

Deutschland Archiv



Deutschland Archiv
2013

Deutschland Archiv 2013

Schriftenreihe Band 1387

Deutschland Archiv 2013

Bonn 2013

© Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Lektorat und Redaktion Print- und E-Book-Ausgabe:
Johannes Piepenbrink, Mitarbeit: Jenny Rademann

Redaktion »Deutschland Archiv« Online:
]init[AG für digitale Kommunikation (Katharina Barnstedt, Hendrik Hoffmann,
Dr. Clemens Maier-Wolthausen, Simon Ruff)

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel
Umschlagfoto: ddp images
Satzherstellung: Naumilkat, Düsseldorf
Druck: freiburger graphische betriebe, Freiburg

Sämtliche Einzeltexte stehen – mit Ausnahme der Bilder – unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland.



ISBN: 978-3-8389-0387-3

www.bpb.de/deutschlandarchiv

Inhalt

Vorwort	7
EDGAR WOLFRUM	
● Der 17. Juni 1953 und Europa	9
EHRHART NEUBERT	
● Geschichtspolitische Aspekte des 17. Juni	16
THOMAS WIEDEMANN	
○ Rütteln an den Grundfesten der Adenauer-Republik: Der folgenschwere Dialog des Publizistikwissenschaftlers Walter Hagemann mit der SED	27
BENJAMIN KOERFER	
○ Die Taktik der »Bürgernähe« des MfS: Willy Brandts Besuch in Ost-Berlin 1985	42
MATTHIAS JUDT	
○ »Bananen, gute Apfelsinen, Erdnüsse u. a. sind doch keine kapitalistischen Privilegien«	59
REGINA WICK	
○ Friedensvertrag auf grüner Pappe – 31. Oktober 1983	77
ARNE HOFFRICHTER	
● Die Berliner Luftbrücke und das Problem der SBZ-Flucht 1948/49	85
TOBIAS WUNSCHIK	
● Die Aufnahmelager für West-Ost-Migranten. Öffentliche Darstellung und heimliche Überwachung nach dem Mauerbau	96
GÜNTER RIEDERER	
● Die Barackenstadt. Wolfsburg und seine Lager nach 1945	107

CORINNA WAGNER

- Die Gedenkstätte und Museum Trutzhain. Probleme einer angemessenen Erinnerung in NS-Gedenkstätten mit multiplen Vergangenheiten nach 1945. Ein Fallbeispiel. 119

JEANNETTE VAN LAAK

- Das Notaufnahmelager Gießen 133

ANKE FIEDLER

- DDR-Zeitungen und Staatssicherheit: Zwischen staatlicher Öffentlichkeitsarbeit und operativer Absicherung 145

MONICA FIORAVANZO

- Die »neue Frau«, Frauenbilder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und der Partito Comunista Italiano (PCI) 1944–1950 im Spiegel von Frauenzeitschriften 156

ASTRID M. ECKERT

- Der andere Mauerfall. Die Öffnung der innerdeutschen Grenze 1989 168

GEORG BAUMERT

- Das »Grüne Band« – ein lebendes Denkmal in Deutschland und Europa 185

Autorinnen und Autoren 198

Bildnachweis 200

THEMENSCHWERPUNKTE

- Der Aufstand des 17. Juni 1953
- Lager nach 1945
- Medien in der DDR
- Grenzgebiete
- ohne Schwerpunktzuordnung

Vorwort

Das »Deutschland Archiv« (DA) hat eine lange Geschichte. Das zu Ende gehende Jahr 2013 aber war für das DA besonders spannend, weil es erstmals seit seiner Gründung 1968 nicht mehr als gedruckte Zeitschrift erschien. Sämtliche Beiträge wurden exklusiv und kostenfrei auf dem Online-Portal »Deutschland Archiv« (www.bpb.de/deutschlandarchiv) veröffentlicht. Wie immer, wenn Neues gewagt wird, war der Anfang nicht reibungslos und galt es, Schwierigkeiten und auch Vorbehalte beim Wechsel in die digitale Welt zu überwinden. Mittlerweile hat sich das DA zu einem dynamischen und sehr gut frequentierten Portal gewandelt:

Statt starrer (Heft-)Ausgaben gibt es Themenschwerpunkte, die laufend weiterwachsen, zudem hat die Redaktion erstmals in der Geschichte des DA einen »Call for Articles« initiiert, dessen Resultate Sie in den kommenden Monaten nach und nach im »Deutschland Archiv« vorfinden werden.

Der Bundeszentrale für politische Bildung als Herausgeberin ist indes daran gelegen, die renommierte »Printmarke« DA in Form eines Jahresbandes zu erhalten. Dieser Band versammelt eine Auswahl der wichtigsten Beiträge, die von Januar bis Oktober 2013 digital erschienen sind. Darunter finden sich sowohl Einzelbeiträge, die keinem Schwerpunkt zuzuordnen sind, als auch Beiträge aus den – in den Kolummentiteln jeweils farblich gekennzeichneten – Themenschwerpunkten »Der Aufstand des 17. Juni 1953« (blau), »Lager nach 1945« (grün), »Medien in der DDR« (orange) und »Grenzgebiete« (rot).

Ich wünsche eine anregende Lektüre und hoffe, dass die Auswahl der Beiträge neugierig auf alle weiteren Texte macht, die zunächst und exklusiv online im »Deutschland Archiv« zu finden sein werden.

Johannes Piepenbrink
Bundeszentrale für politische Bildung
Bonn, November 2013



Protest vor dem Brandenburger Tor

Edgar Wolfrum

Der 17. Juni 1953 und Europa

Ursprünglich fand der 17. Juni 1953 europaweit enorme Beachtung. Er war ein denkwürdiges europäisches Ereignis. Anschließend ist er als »Tag der deutschen Einheit« in der Bundesrepublik national vereinnahmt und zugleich verengt worden. In der DDR wurde der Tag mit einem Tabu belegt und geriet zur »verdrängten Revolution«. Mittlerweile ist kein anderer Tag der DDR-Geschichte so umfassend erforscht wie der Volksaufstand des 17. Juni. Aber die rein nationale Ikonisierung ließ ihn aus dem Geschichtsbewusstsein Europas verschwinden. Wie kann der Platz des 17. Juni 1953 in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts wieder zurückgewonnen werden? Lässt sich der Volksaufstand »europäisieren«?

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich um die Mittagszeit des 17. Juni 1953 die Nachricht, dass der Ausnahmezustand über Ost-Berlin verhängt worden war. Seit 13 Uhr herrschte dort Kriegsrecht. Sowjetische T 34-Panzer

riegelten den Potsdamer Platz und weitere wichtige Straßenzüge ab. Überall Menschenansammlungen und Massenaufläufe. Demonstranten forderten den Rücktritt der SED-Regierung: »Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht Volkes Wille«, skandierten sie – Spitzbart, das war Walter Ulbricht, Bauch Wilhelm Pieck, Brille Otto Grotewohl, das ungeliebte Führungstrio der DDR. Oft hörte man »Nieder mit den Normen«, gelegentlich auch »Russen raus!«, häufig »Freiheit für politische Gefangene« und vor allem »Freie Wahlen«.

1953 – welch ein Menetekel, vier Jahre nach der Staatsgründung des angeblich »besseren«, weil aus der Vergangenheit die richtigen Lehren ziehenden Deutschlands, des ersten »Arbeiter- und Bauernstaates« auf deutschem Boden: Berliner Arbeiter stiegen auf das Brandenburger Tor, rissen die dort gehisste rote Fahne herab. Umgekehrt aber auch, welch aufgesetztes Pathos und publicitywirksame Sakralisierung der Ereignisse vom Westen her: Viele Bonner Bundestagsabgeordnete versuchten mit eingesetzten amerikanischen Dakota-Sondermaschinen nach Berlin zu fliegen, um am Tatort des großen, so unerwartet und eruptiv hereingebrochenen Geschehens zu sein. Nicht alle bekamen Plätze in den Flugzeugen. Gerd Bucerius, CDU-Bundestagsabgeordneter, hatte Glück und kam bald darauf triumphierend mit einem Stück eben jenes Fahmentuches nach Bonn zurück, das die Aufständischen vom Tor heruntergerissen hatten. Er präsentierte es seinen neidischen Kollegen wie einen Skalp. Ein britischer Beobachter kommentierte sarkastisch: »Bald werden so viele Fetzen von der heruntergeholtten Fahne gezeigt werden wie Holzsplitter vom Kreuze Christi. Wenn man sie alle zusammennähen würde, hätte man einen so großen Laken, dass man das ganze Bundeshaus darin einwickeln könnte.« Während Westdeutsche in Berlin Devotionalien sammelten, gab es im Osten der Stadt Tote.

Ungläubig rieben sich ausländische Journalisten am 17. Juni 1953 die Augen: Die obrigkeitshörigen Deutschen, der deutsche Michel mit der Schlafmütze im Aufruhr gegen eine unrechtmäßige Regierung, hier im Land, wo noch nie eine Revolution erfolgreich war, wo sich der Widerstand gegen den Nationalsozialismus nur auf kleine Gruppen beschränkt hatte? Viele konnten, manche wollten es nicht glauben. Der Chefredakteur von *Associated Press*, Augenzeuge in Berlin, hielt das Ganze für ein von den kommunistischen Machthabern inszeniertes Schauspiel, dazu bestimmt, den westlichen Zuschauern zu zeigen, dass der Arbeiter in der DDR nicht nur ein Streikrecht besitze, sondern auch der Regierung die Meinung sagen dürfe. Einige beharrten energisch auf ihren alten Vorurteilen und sprachen von einer dem Reichstagsbrand von 1933 vergleichbaren »Provokation«.

Doch solcher Unsinn war rasch verfliegen, und plötzlich dominierte Respekt. Der 17. Juni habe die durch den Nationalsozialismus beschädigte »nationale Würde« Deutschlands wieder hergestellt, hieß es. Endlich auch hier ein Kampf gegen Willkür und Unmenschlichkeit, den andere Nationen schon lange zuvor geführt hatten. BBC London kommentierte: Mit diesem 17. Juni nehme Deutschland im Denken der anderen Völker wieder einen ehrenwerten Platz ein. »Deutschland ist in den Kreis der westlichen Völkerfamilie heimgekehrt. Deutschland und der Westen sind an diesem Tage zum ersten Mal seit 150 Jahren nicht Gegner gewesen, sondern Verbündete.«

Ob in England, der Schweiz, in den Benelux-Ländern oder den Vereinigten Staaten von Amerika: Überall pries man den Ausdruck demokratischer Gesinnung, die in dieser revolutionären Erhebung zum Ausdruck kam. Besonders viele Franzosen zeigten sich mit den Freiheitskämpfern solidarisch, sammelten Geld für die Witwen der Erschossenen und zogen den Hut. Die philosophischen Weißen und die Überhöhung zu einem internationalen, weltumspannenden Akt folgten auf dem Fuß: Der Dichter und Philosoph Albert Camus teilte auf einer Pariser Großkundgebung von Gewerkschaften und Sozialisten mit, er sehe viele Thesen seines bekannten Werkes »Der Mensch in der Revolte« durch die ostdeutschen Ereignisse aus der Theorie in die Praxis der Aktion übersetzt. Als schließlich der schwedische Ministerpräsident Tage Erlander Anfang Juli in Stockholm den Kongress der Sozialistischen Internationalen eröffnete, würdigte er dieses »bessere Deutschland«, das sich in den aufständischen Menschen gezeigt habe.

Phantom des Kalten Krieges

Seither hat der 17. Juni einen langen Weg vom Ereignis, das in der DDR verdrängt wurde, zur nationalen Ikone zurückgelegt. Nur wenige Daten der deutschen Geschichte sind mittlerweile so umfassend erforscht, nach der Wiedervereinigung 1990 setzte ein wahrer Boom ein. Alljährlich ist der Aufstand in den Medien präsent, und diese Massenmedialisierung beförderte die Erinnerungskultur auf eine neue Stufe. Von der Peripherie wurde die Erhebung als positives Erbe in das Zentrum der DDR-Geschichte gerückt – und verengte sich damit wieder als »deutscher Schicksalstag«. Die Bewegung des 17. Juni 1953 war spontan, weitgehend unorganisiert, führerlos. Ausgehend von den Arbeitern weitete sich die Erhebung zum Volksaufstand. Der Elan war schnell gebrochen, in einigen Städten dau-

erte der 17. Juni nur wenige Stunden. Für viele Ostdeutsche war die Lehre bitter: Moskau war die Schutzmacht der SED. Bis zum Schluss steckte das »Juni-Syndrom« der Partei- und Staatsführung in den Knochen. Sie wusste: Ihre Herrschaft konnte nicht auf mehrheitliche Unterstützung der Bevölkerung rechnen. Zweifel nisteten sich ein: War auf die Russen auch in Zukunft Verlass? Die paranoide Angst vor einem zweiten Aufstand verschwand niemals wieder aus den Hirnen der SED-Oberen.

Vier Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer schrieb Rudolf Augstein 1965 in *Der Spiegel*, der Feiertag des 17. Juni, der »Tag der deutschen Einheit« sei die Lebenslüge der Bundesrepublik. Hatte der streitbare *Spiegel*-Herausgeber etwa Recht? Auf den ersten Blick mag es von heute aus gesehen durchaus so scheinen. Denn wie wäre es sonst zu erklären, dass unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung von 1990 der Feiertag des 17. Juni abgeschafft worden ist? Gehört diese ostwestlich vereinbarte Abschaffung, gehört dieser sang- und klanglose Untergang eines Symbols nicht zu den seltsamsten Begleiterscheinungen der Wiedervereinigung?

Das Problem war: Im Westen hatte sich seit 37 Jahren jeder sein eigenes Bild des 17. Juni modelliert. Der 17. Juni geriet in die Fänge parteipolitischer Vereinnahmungen, die sich wiederum im Zeitverlauf infolge internationaler Rahmenbedingungen, generationeller Umbrüche und eines Wertewandels grundlegend veränderten. Mit einem gehörigen Schuss Sarkasmus könnte man sagen: Zum Glück für die Bundesrepublik ereignete sich der 17. Juni 1953. Denn seit der Republikgründung 1949 gab es eine breite, ziemlich glücklose Debatte darüber, wie sich das neue Gemeinwesen begreifen sollte. Welches waren seine Symbole, wo lag sein Ort in der Geschichte? Der Nationalsozialismus und die deutsche Teilung waren turmhohe Hindernisse, sich selbst zu begreifen. Nach den Aufständen in der DDR einigte man sich im Bonner Parlament kurz entschlossen auf ein Gesetz, das den 17. Juni zum »Tag der deutschen Einheit« erhob – als Symbol der deutschen Einheit in Freiheit.

Im offiziellen Geschichtsbild der DDR firmierte der 17. Juni 1953 unter der Rubrik »imperialistische Machenschaften«, als ein von außen inszenierter, konterrevolutionärer »faschistischer Putschversuch« unter Verführung eines kleinen Teils der Arbeiterschaft. Das lernte jedes Schulkind. In vielen Familien wurde an den 17. Juni anders erinnert, hoffnungsvoll, subversiv. Die SED belegte ihn jedoch mit einem Tabu. Wie unter einem Brennglas bündelten sich in der jeweiligen Aneignung des 17. Juni der Stand und die Zukunft der deutschen Frage. Zwischen 1953 und 1990 oszillierten die Deutungen im Westen zwischen weit auseinander liegenden Polen: In den 1950er Jahren wurde er vor allem als ein Aufstand für die Wieder-

vereinigung interpretiert und als »deutscher Reichsfeiertag« begangen – er verpflichtete, so hieß es, Deutschland in den Grenzen von 1937 wieder herzustellen. Schnell deutete man ihn als Sturm auf die Bastille kommunistischer Zwangsherrschaft oder als Aufstand gegen den Totalitarismus, indem man ihn mit dem Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 parallelisierte. Seit dem Bau der Berliner Mauer und besonders in den 1970er Jahren wandelte sich sein Bild hin zu einer gescheiterten oder steckengebliebenen Revolution, so wie die Revolutionen von 1848 oder von 1918 – eine typisch deutsche Revolution eben. Bisweilen wurde der 17. Juni seither gar verkleinert zu einer bloßen Auflehnung gegen soziale Zumutungen.

Europäischer Gründungsmythos

Niemals haben westeuropäische Gesellschaften in derartigem Maße die kollektive Auflehnung, den Massenprotest, so geliebt, wie im frühen Gedenken an den 17. Juni. Denn diese Massen blieben jenseits der eigenen Plätze. Über die Jahrzehnte hinweg hat sich dieser Aufstand als nationaler Gedenktag verengt. Selbst jene, die ihn als Vorläufer des Mauerfalls von 1989 interpretieren, lassen ihn schrumpfen; denn während 1989 die »friedliche Revolution« siegte, war der 17. Juni wahlweise »gescheitert« oder »unvollendet«.

Der 17. Juni 1953 ist ein Schlüsselereignis für die deutsche Geschichte, gewiss. Alljährlich hören wir diese Melodie wieder, wenn die Kränze an den Gräbern niedergelegt werden. Ein solches Opfergedenken ehrt eine Gesellschaft, es erstickt jedoch im deutschen Klein-Klein und immergleichen Ritual jeden weiterführenden Gedanken. Der 17. Juni wurde viel zu lange auf den nationalen Rahmen begrenzt interpretiert. Dabei handelte es sich doch um eine revolutionäre Volksbewegung für Werte, die Europa hochschätzt: Menschenwürde und individuelle Grundrechte. Es ging um systemsprengenden Eigensinn und um Grenzüberschreitungen in einer Diktatur. Die Akteure und Opfer des 17. Juni können sich retrospektiv und symbolisch mit anderen Aufständischen in europäischen Ländern solidarisieren.

Doch ein solch erweiterter Zugang wird auch durch eine Tendenz innerhalb der Geschichtswissenschaft versperrt. Nicht wenige Historiker vertreten das Argument, es habe sich in den letzten Jahrzehnten ein säkularer Trend vollzogen: ein radikaler Wechsel von einer heroisch verfassten »Stolzkultur« zu einer opferorientierten »Schamkultur«. Diese Interpretation mag plausibel erscheinen und doch ist sie zu einfach. Denn die eng

geflochtenen Stränge zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft lassen sich nicht einfach kappen. Menschen leben nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart und sind auf die Zukunft hin orientiert. Allein mit »Scham« lässt diese sich nicht gestalten. Im Motiv, das dem 17. Juni wie so vielen anderen europäischen Aufständen zugrunde lag, nämlich: Freiheit und Menschenwürde, verschränken sich in der Gegenwart die Vergangenheit und die Zukunft gleichermaßen. Würde man dies stärker als bislang hervorheben, könnte es gelingen, dass historisches Wissen zu einem lebendigen Wissen wird, indem es in soziales Handeln der Menschen einmündet.

Dass dieses Freiheitsmotiv eines ist, welches West- und Osteuropa miteinander verbindet, zeigt sich auch an einem ganz anderen Beispiel. Das Symbol europäischer Freiheit und Freizügigkeit, das Schengener Abkommen, wurde unter dem Vorzeichen des Kalten Krieges 1985 verabschiedet, jedoch erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs umgesetzt. Die Idee, die Grenzkontrollen zwischen den Staaten abzubauen, ging wiederum auf die unmittelbare Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. »Offene Grenzen« und Abbau der Grenzkontrollen – dies wurde nicht einfach aus dem Westen in den Osten übertragen, vielmehr gingen die Revolutionen, die zum Fall des Eisernen Vorhangs führten, vom Osten aus. So ist die gesamteuropäische Melodie der Freiheit in einer Art von kommunizierenden Röhren zwischen West und Ost entstanden.

Dieses Beispiel zeigt, dass das Streben nach Freiheit auch im weiteren Sinne in ganz Europa, ob im Westen oder im Osten präsent war. Freiheit meint dabei: die Gewährleistung eines menschenwürdigen Lebens, das Recht auf Diversität, das Aufbegehren gegen Unterdrückung, die Herrschaft des Rechts. Damit sind wir wieder beim 17. Juni angelangt. Was wir benötigen, ist eine »Kontextualisierung« des Aufstandes in die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts. Statt ihn ausschließlich in eine nationale Meistererzählung zu integrieren, sollte er in den Kontext eines Freiheit suchenden Europas nach den Traumata der beiden Weltkriege gestellt werden. Der Untergang des alten Europas im Ersten Weltkrieg, anschließend in einigen Ländern eine Selbstbehauptung und ein Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seinen Krieg, sodann Aufstände im Sowjetblock, 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in Prag, 1970, 1976 und seit 1980 in Polen; aber auch die Überwindung rechter Diktaturen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts im Süden Europas, in Griechenland, Spanien, Portugal, schließlich die Revolutionen im Osten seit 1989. Welch eine Vielfalt an Grenzüberschreitungen innerhalb von Diktaturen, Welch ein Panorama von Verzweiflung und Niederlagen, Selbstbefreiung und Siegen. Europa

habe, das wird uns in der heutigen Krise gesagt, ein gravierendes Defizit, es besitze keinen Gründungsmythos. So stehe der Untergang einmal wieder bevor. Aber ist es wirklich so? Wir haben doch einen: Überwindung von Diktaturen, Durchbrüche zur Freiheit und Aufbau von Zivilgesellschaften. Oder, um den Ruf der Aufständischen von 1953 zu zitieren: »Wir wollen freie Menschen sein!«



Bundespräsident Karl Carstens hält am 17. Juni 1983 eine Rede im Bundestag.

Ehrhart Neubert

Geschichtspolitische Aspekte des 17. Juni

Die Schockwellen dramatischer Großereignisse durchlaufen weite Zeiträume, auch wenn sie vielfach gebrochen und umgelenkt werden. Und selbst wenn sie sich mit neuen großen Wellen kreuzen, tauchen ihre Ausläufer wieder auf. So erging es dem Volksaufstand im Juni 1953 in Ostdeutschland. Dieses als »17. Juni« bezeichnete Ereignis offenbarte in seiner Wucht die Instabilität des kommunistischen Weltmachtgefüges. Doch im Laufe der Jahre verflachten diese Ausläufer und nur Gekräusel schien auf der glatten Oberfläche übrig geblieben zu sein.

Doch letztlich sollte es anders kommen. Fast vergessen und oft bewusst ignoriert, tauchte es doch immer wieder als politisch relevantes Ereignis auf. Erinnerungen und neue politische Verhältnisse verliehen ihm neue Energien. Nach 1989 feierte der »17. Juni« eine glanzvolle Rückkehr. Jetzt verschmolz er geschichtspolitisch mit der Friedlichen Revolution und der

Wiedervereinigung unseres Landes. Wer jetzt »17. Juni« sagte, hörte als Echo 1989 und umgekehrt.

Von Anfang an hatte dieser Aufstand etwas Unabweisbares für das deutsche Geschichtsbewusstsein an sich. Er sollte hinfort Gegenstand wichtiger geschichtspolitischer Kontroversen werden. Welche unterschiedlichsten Bedeutungszuweisungen und nationalen Sinnstiftungen er dabei in den verschiedenen Phasen in beiden deutschen Staaten erfuhr, hat 1999 Edgar Wolfrum nachgezeichnet. Sein Interesse am 17. Juni gilt vor allem dessen Rolle als »zentralem Indikator, an dem Veränderungen von Identitäten und historisch-politischen Selbstverständnissen« der alten Bundesrepublik »sichtbar gemacht werden können«. ¹ Wolfrum hatte vermutet, was dann auch eingetreten ist: »Es scheint, als würden sich der Revolutionsmythos und der Nationalmythos, die in der Bundesrepublik bereits 1953 entstanden waren, zu einem neuen Großmythos vereinen, wonach der 17. Juni Vorbote der Wiedervereinigungs-Revolution 1989/90 gewesen sei.« ²

Doch dieser Prozess verlief in einem höchst wechselhaften politischen Kontext. Zuweilen begünstigte dieser den eben erwähnten »Großmythos«, wie er andererseits auch dafür sorgte, dass die Erzählung des 17. Juni nur noch peinlich beschwiegen wurde. In all diesen Debatten zeichnen sich auch Ansätze eines Umgangs mit dem 17. Juni ab, die bis heute und wahrscheinlich auch in Zukunft wichtige Elemente eines politisch-historischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik sind.

Ein Aufstand für Deutschland

Schon der erste Bundespräsident Theodor Heuss hatte 1950 im Bundestag beklagt, dass am Beginn der Bundesrepublik keine deutsche Revolution stand. Die neue deutsche Demokratie konnte sich auf kein konstitutives Ereignis berufen, über das die meisten westlichen Demokratien verfügten. Es gab keine sinnlich nacherlebbaren und erzählbaren Geschichten, keinen Ort, keine Zeit und keine alles zusammenführende Handlung.

Nur drei Jahre später gab es dann ein solches Ereignis, den 17. Juni – in der DDR. Äußerlich betrachtet war der Aufstand kein gesamtdeutsches Geschehen. Aber der Ort der Handlung war für manchen damals einfach nur Deutschland, sein vorübergehend abgetrennter Teil. Während Tausende neue Flüchtlinge und die Schreckensnachrichten über Verhaftungen in der DDR eintrafen, wurde die Politik aktiv.

Die beiden großen Parteien brachten Ende Juni 1953 Gesetzesvorlagen in den Bundestag ein. Die SPD wollte den 17. Juni als arbeitsfreien

»Nationalfeiertag« würdigen.³ Die Regierungskoalition, CDU/CSU, FDP und Deutsche Partei (DP), schlug nur einen »nationalen Gedenktag« ohne Feiertagscharakter vor.⁴ Die Bedenken der CDU/CSU-Fraktion, richteten sich vornehmlich dagegen, einen Nationalfeiertag jetzt einzuführen, da dieser einer späteren, realen Wiedervereinigung vorbehalten bleiben sollte. Als Kompromiss kam 1954 der arbeitsfreie »Tag der deutschen Einheit« zustande.⁵ Die Bezeichnung ging auf einen Vorschlag von Herbert Wehner zurück.⁶ Außer den Abgeordneten der KPD stimmten alle anderen Abgeordneten zu.⁷

Auffällig ist der überparteiliche Konsens, wenngleich die parteipolitische Orientierung in den Bedeutungszuschreibungen des Tages sichtbar blieb. Die Regierung konnte für die Einheit wenig tun, wenn auch Jakob Kaiser damals meinte, dass der Feiertag als »Ausgangspunkt neuer und intensiver Aktivitäten für die Wiedervereinigung verstanden werden [müsse].«⁸ Adenauer betrieb unbeirrt die Westbindung der Bundesrepublik und nutzte den 17. Juni nur für symbolische Akte. Willy Brandt erklärte dagegen: »Uns liegt – gerade auch nach dem heroischen und tragischen Geschehen in der Zone – die gesamtdeutsche Haut näher als irgendein kleineuropäisches Hemd.«⁹ Brandt schrieb 1954 ein kleines Buch, in dem er den 17. Juni in die deutsche Arbeiterbewegung einordnete. Die Arbeiterklasse hätte im Osten ihren Freiheitswillen manifestiert. Der in der FDP starke nationalliberale Flügel feierte den 17. Juni bisweilen am Herrmannsdenkmal in Schwarz-Weiß-Rot statt in Schwarz-Rot-Gold.

Bis Mitte der 1960er Jahre avancierte der 17. Juni als Tag der deutschen Einheit geradezu zum Gründungsfest der Bundesrepublik. Es gab festliche Bundestagsreden, unzählige andere offizielle Feiern, Aufmärsche, Kundgebungen, Massenwanderungen an der Grenze, nächtliche Fackelzüge. Auch die Gewerkschaften waren dabei. Sie errichteten damals in West-Berlin ein Erinnerungsmal für den Marsch der Henningsdorfer Stahlarbeiter durch West-Berlin zum Brandenburger Tor am 17. Juni 1953.

Wie elementar das Bedürfnis in der jungen Bundesrepublik nach einer demokratischen Gründungslegende war, erklärt sich aus den traurigen Besonderheiten der jüngsten deutschen Geschichte. Krieg und Völkermord waren damals nicht hinreichend aufgearbeitet, ja weithin verdrängt. Die Deutschen suchten nach einem positiven Anknüpfungspunkt in ihrer Geschichte. Während sich der diktatorische SED-Staat im Osten als wahrer und unschuldiger, antifaschistischer Staat ausgab, brauchte die Bundesrepublik ihr historisch belegtes demokratisches Fundament. Das war der 17. Juni.

Dieses lässt sich an einem von Klaus Harpprecht 1954 veröffentlichten, gut recherchierten Buch dokumentieren. Harpprecht hob den 17. Juni auf

eine Stufe mit dem 20. Juli 1944. Für ihn bedeutete der Volksaufstand den legitimen Versuch, das völkerrechtliche Selbstbestimmungsrecht für Deutschland zurückzuerlangen. Er resümiert: »Die Revolution des 17. Juni meinte auch die Freiheit der Nation. Sie meinte ihr Recht, sich wieder in staatlicher Einheit zusammenzufinden. Sie wollte die Niederlage von 1945 und damit auch die Niederlage von 1933 auslöschen, sie wollte die Heimkehr zur freien deutschen Staatlichkeit. Sie wollte nicht Revanche, sie wollte nicht Nationalismus, sie wollte das Recht und sie wollte den Rechtsstaat. Sie wurde zur stellvertretenden Revolution für das ganze Deutschland, das seine Geschichte vielleicht einmal vom 17. Juni 1953 an datieren wird, wie Frankreich seine neuere Geschichte vom Sturm auf die Bastille an datiert. Der 17. Juni wollte ein Deutschland, das noch nicht ist und dennoch schon heute in der Kontinuität der Nationalgeschichte lebt.«¹⁰

Der tragische Ausgang des Volksaufstandes hatte politisch die Teilung Deutschlands und Europas noch einmal festgeschrieben, obwohl sich die politische Rhetorik noch 1953 im Westen und auch im Osten um die Einheit Deutschlands drehte. Doch längst waren die Weichen ganz anders gestellt. Die Bundesrepublik befand sich im Prozess der Bindung an das westliche Machtsystem, und die DDR war unauflösbar in das sowjetische Großreich integriert. Die jeweiligen Bedingungen für eine Vereinigung waren für beide Seiten unannehmbar.

So war das Einheitsverlangen in Politik und Gesellschaft in der jungen Bundesrepublik einer mentalen Spreizung ausgesetzt. Einerseits bot die reale Politik keine Chance für eine Wiedervereinigung – nach dem Aufstand schon gar nicht. Andererseits nährte die Realpolitik auch die Hoffnung auf Wiedervereinigung. Westdeutschland war wirtschaftlich erfolgreich. Erstmals bewährte sich die ungewohnte demokratische Ordnung. Die Ostdeutschen flohen zu Hunderttausenden in den Westen. Der 17. Juni war damit auch ein Abgesang auf die kommunistischen Versprechungen und Visionen.

Wie sollte diese Spannung zwischen politischer Wirklichkeit und kalkulierbaren Möglichkeiten in einer nationalen Orientierung gebündelt werden?

Der 17. Juni bot dies an. Er kompensierte geschichtspolitisch, was die reale Politik nicht leisten konnte. Der 17. Juni war gleichsam die Medizin, die die deutschen Wunden heilen konnte. Das Pathos dieser nationalen Hoffnung entsprach auch dem Zeitgeist, dem Verlangen nach einer positiv bestimmten deutschen Nation. Flankiert wurde dies durch das Fußballwunder von Bern 1954.

Aber es sollte anders werden. Harpprechts Buch wurde nach wenigen Jahren vergessen. Und der 17. Juni trat in der Öffentlichkeit deutlich zurück. Dass dies geschehen konnte, lag an der veränderten Deutschlandpolitik. Aber es gab einen weiteren Grund. Der 17. Juni stand auch im Schatten einer unbewältigten Vergangenheit. Eine positive nationale Bestimmung konnte offenbar nicht tragen, wenn die negative nicht hinreichend abgearbeitet war. Mit dem Verblassen des 17. Juni setzte zeitgleich eine energische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen ein. Daraus ergibt sich auch eine Schlussfolgerung für heutiges geschichtspolitisches Handeln. Ohne eine konsequente Aufarbeitung der diktatorischen Vergangenheiten, lässt sich keine positive demokratische und nationale Orientierung in der Gesellschaft implantieren.

Verzicht auf die Formel »Einheit in Freiheit«

Das Ausbleiben der Wiedervereinigung, die Errichtung der Berliner Mauer 1961 und die von Krisen begleitete politische Stagnation des Kalten Krieges machten die Hoffnungen einer raschen Lösung der deutschen Frage zunichte. Jetzt wurde auch der Gedenktag an den 17. Juni im Westen zum Spielball der veränderten deutschlandpolitischen Konjunkturen. Mitte der 1960er Jahre ging die Hochzeit des 17. Juni zu Ende. Die Entspannungs- und Status-quo-Politik machte den »Tag der deutschen Einheit« und das Gedenken an den 17. Juni zum politischen Fremdkörper.

Schon die ersten intensiven Bemühungen um Entspannung der seit 1966 amtierenden Großen Koalition mit Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt waren von einer Abwertung der rituellen Symbolik des 17. Juni begleitet. Sie unternahm Anstrengungen, den Tag der deutschen Einheit als Feiertag abzuschaffen. Solche Vorschläge waren schon von der FDP ausgegangen. Sie scheiterten letztlich an den Gewerkschaften, die den arbeitsfreien Tag als sozialen Besitzstand betrachteten, wenngleich auch sie kein Interesse am politischen Gehalt des Tages mehr hatten. Erstmals seit 1954 fand im Bonner Bundestag am 17. Juni 1968, dem 15. Jahrestag des 17. Juni, kein Staatsakt mehr statt.

Die plötzliche Wendung der politischen Funktion des 17. Juni hatte nahezu alle Parteien erfasst. Typisch sind entsprechende Erklärungen dazu, hier von Bundesminister Karl Schiller (SPD): »Dieser Tag [ist] kein Sedantag der glorreichen Erinnerung, er ist kein Tag der politischen Kraftmeierei und des Säbelrasselns [...] Wir wollen ihn auch nicht missbrauchen zum bloßen Appell an die Weltöffentlichkeit mit der nur rituellen Pflicht, die

Beschwörungsformel von der »Einheit in Freiheit« ständig zu wiederholen. Mit dieser Gebetsmühle kämen wir in der Deutschlandfrage nicht einen Schritt weiter.«¹¹

Aus der Großen Koalition heraus kam die Idee, den 17. Juni entweder durch den 8. Mai oder durch den 23. Mai als nationalen Gedenktag abzulösen.¹² Der 8. Mai musste aber scheitern, da er auch bei einer positiven Bewertung der Befreiung, was damals durchaus nicht selbstverständlich war, Anlass zur nationalen Scham bot. Der 23. Mai scheiterte, weil er sich auf ein papiernes Ereignis im Westen bezog, der Verkündung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat 1949. Noch war die sogenannte Selbstanerkennung der sich selbst genügenden Bundesrepublik nicht weit gekommen. Immerhin gab es auch keine Klarheit über einen zukünftigen deutschen Nationalstaat. 1971 hatte auch der neu gewählte Bundespräsident Gustav Heinemann in einer Aufsehen erregenden Rede aus Anlass des 100. Jahrestages der Reichsgründung unter den preußischen Königen den Abschied vom deutschen Nationalstaat in den Mustern des 19. Jahrhunderts vollzogen.¹³ Eine demokratische gesamtdeutsche Alternative bot er nicht an.

Anzumerken ist, dass die DDR diese Entwicklung im Westen förderte. Zwei ihrer Spitzenagenten, die Bundestagsabgeordneten Karl Wienand (SPD) und William Borm (FDP), versuchten mehrfach den 17. Juni als Feiertag zu Fall zu bringen. Die Umwertung des 17. Juni bestimmte nun auch die intellektuellen Diskurse, die im Trend der Entspannungspolitik ein neues Bild vom Aufstand zeichneten. Anschaulich wird das an Arnulf Baring's einflussreichem Buch.¹⁴ Er definierte den 17. Juni als lediglich sozialen Aufstand klassenbewusster Industriearbeiter in Ost-Berlin, die keineswegs die Diktatur beseitigen wollten und die Wiedervereinigung angestrebt hätten. Der Aufstand sei von ziellosen Demonstranten radikalisiert worden, denen er Lynchmorde, Brandschatzungen und Plünderungen zur Last legte. Tatsächlich hat es nur einen solchen Lynchmord gegeben. Die Gewalt sei von diesen deklassierten Elementen und nicht von den Machthabern ausgegangen. Für die Toten auf der Seite der Aufständischen findet Baring keine Worte.

Beeindruckt von Baring war auch Rudolf Augstein.¹⁵ Dieser behauptete, dass der 17. Juni »kein Volksaufstand [war], der von den sowjetischen Panzern im Blut erstickt worden ist. Es war eine nicht gezielte, nicht geplante Demonstration für bessere, freiere Lebensbedingungen, die mehr verlosch, als dass sie unterdrückt worden ist. [...] Nein, es war kein Aufstand. Viel eher war es ein Unglück.«¹⁶ Von politischer Freiheit und nationaler Einheit, dem Geist des 17. Juni, war nichts mehr geblieben. Und damit ver-

schwammen auch die Konturen des Gegensatzes zwischen Diktatur und Demokratie.

In Zukunft sollten die geschichtspolitischen Debatten in der Bundesrepublik kaum noch den 17. Juni als konstitutives Element enthalten. Nun wurde Auschwitz zur »Gründungslegende ex negativo der Bundesrepublik.«¹⁷ Der geschichtspolitische Fokus war die Beteuerung »Nie wieder Auschwitz!« Diesem Satz konnte und kann kein Vernünftiger widersprechen. Aber dieser Satz sagt allein noch nichts über eine demokratische Alternative aus, die ein solches Verbrechen verhindern kann.

An diesen Vorgängen lässt sich gut ablesen, dass sich Geschichtsschreibung und auch staatliches Erinnern sehr leicht den politischen Bedürfnissen anpasst. Auch das enthält eine bis heute wichtige Botschaft. Die in historischen Ereignissen eingeschriebenen Werte sollten stets neu erarbeitet und geprüft werden. Aber sie sollten nicht aufgegeben werden, wenn sie sich auf Recht, Freiheit und Demokratie beziehen. Das kann bis heute die Erinnerung des 17. Juni leisten.

Dass der 17. Juni nicht völlig verschwand, lässt sich an berühmten Ausnahmen der bundesdeutschen Politik erkennen, für die der 17. Juni das Symbol des demokratischen Aufbegehrens gegen die Diktatur blieb. Zu ihnen gehörte die Sozialdemokratin Annemarie Renger, die als Bundestagspräsidentin den Staatsakt am 17. Juni im Bundestag erneuerte. Am 17. Juni 1975 sprach sie – unter Verweis auf den Freiheitswillen der Aufständischen – von Motiven, »die auch unser Handeln bestimmen müssen und die durch keinen Zeitablauf ihre Gültigkeit und Verpflichtungskraft verlieren« würden. Dazu gehöre »Freiheitsliebe, Selbstbestimmung, die Einheit unseres Volkes, die Zusammengehörigkeit unserer Nation und schließlich das Bemühen um ein menschenwürdiges Leben.«¹⁸

Hervorzuheben ist auch die Haltung des damaligen Fraktionschefs der CDU/CSU im Bundestag, Helmut Kohl, der erklärte: »Es ging und es geht noch immer, auch 27 Jahre danach, um den Anspruch von 17 Millionen Deutschen auf Selbstbestimmung, auf Menschenrechte und Freiheit. Das ist und bleibt der Kern der Deutschlandpolitik.«¹⁹ Nach der Wende von 1982 setzte Helmut Kohl weitgehend die Politik der sozial-liberalen Koalition fort. Der Bundeskanzler griff aber wieder auf die historisch gefüllten Symbole der nationalen Frage zurück. So nahm er 1983 die in den Jahren zuvor unterbrochene Tradition der Feierstunde zum 17. Juni im Bundestag wieder auf. 1983 stellte er kategorisch fest, dass an diesem Tag, »den die Bundesrepublik Deutschland zum Tag der deutschen Einheit, zum nationalen Gedenktag des deutschen Volkes gemacht« habe, nicht gerüttelt werde.²⁰ Es erscheint wie eine Ironie der Geschichte, dass Kohl, des-

sen Verdienste an der Wiedervereinigung außer Frage stehen, den 17. Juni als Feiertag abgeschafft hat, zugunsten des 3. Oktobers, den Tag der realen Wiedervereinigung.

Falsche Diskurse in der DDR

Über die geschichtspolitische Bewertung des 17. Juni durch die SED muss nicht viel gesagt werden. Diese kommunistische Partei war damals nur durch sowjetische Panzer zu retten. Sie blieb traumatisiert und musste sich durch immer neue Sicherheitsvorkehrungen aller Art bis 1989 vor dem eigenen Volk schützen. Vor allem aber hatte der SED-Staat ein grundsätzliches Legitimationsproblem. Er musste das Ereignis als Aktion westlicher Agenten und als von faschistischen Elementen inspiriert diskreditieren. Er forderte, dass in der DDR keine andere Lesart zum Zuge kam.

Dennoch gab es in der DDR einen erbitterten Deutungskampf. Tatsächlich haben sich die DDR-Literaten, SED-treue und tatsächlich oder vermeintlich dissidentische Künstler, dieses Themas angenommen. Von 1953 bis 1989 schrieben sie über diesen Aufstand an die hundert Gedichte, Poeme, Novellen, Romane, Theaterstücke.²¹ Diese offenbarten die von den Autoren gewählte Rolle als politisch Bekennende und spiegeln das zentrale historische Problem ihres Landes. Offenbar stellte sich ihnen die Gretchenfrage: Wie hältst Du es mit dem »17. Juni«? Alles was die DDR ausmachte, ihre Legitimation und ihr Anspruch als Alternative zur deutschen Vergangenheit standen im dramatischen Geschehen des Aufstandes auf dem Prüfstand.

Die große Mehrheit der DDR-Literaten hat ihre Deutungsmuster nahe an denen der SED-Propaganda platziert. Der Aufstand war für sie offen oder verdeckt, manchmal nur beiläufig und versteckt, aber eben doch ein Werk von Faschisten und Agenten und ausgeführt von deklassierten Elementen der ehemaligen bürgerlichen Klasse. Es gab Ausnahmen, wie Christoph Hein, der mit seiner Novelle »Der fremde Freund« und 1985 mit seinem Roman »Horns Ende« die Geschichtspolitik der SED kritisiert.²² Sein Romanheld, der Historiker Horn, sagt kurz vor seinem Selbstmord über die offiziellen Geschichtsbilder: »Die Fälschungen und unsere Irrtümer sind der Kitt dieser Bilder, sie machen sie haltbar und griffig. Sie sind es, die unsere Weisheiten so einleuchtend machen.«²³

Einige Schriftsteller, die sich der SED-Stereotypen bedienten, mussten Verbote oder ein Verschleppen des Erscheinens ihrer Werke erdulden, etwa Stefan Heym, Werner Heiduczek, Kurt Bartsch und Erich Loest.

Sie hatten der SED gut gemeinte, aber doch abweichende Deutungen des 17. Juni angeboten. Was sie aber alle gemeinsam hatten, war das Leiden an dem im Aufstand aufgetretenen Riss zwischen Partei und Klasse, am Aufstand der irdischen Arbeiterklasse gegen die in der SED inkarnierte Arbeiterklasse. In dieser Literatur geht es nicht um die Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur, sondern um einen mythologisierten Kampf zwischen dem Bösen im Westen und dem Guten im Osten. Wie irrational sich das bei vielen Schriftstellern liest, ist selbst noch an Stefan Heym zu erkennen. In seinen beiden Romanfassungen, in denen er verschlammte Frauen oder verkommene Prostituierte auftreten lässt, erscheint die Hure Babylon leibhaftig.²⁴ Er konstruiert eine amerikanische Inspiratorin des 17. Juni, die »durchaus Ausdruck zeigte, und zwar Wollust. Es war aber eine Wollust jenseits des Geschlechtlichen; oder vielleicht war es auch Geschlecht, das nicht mehr Mann oder Frau ersehnte, sondern ein Armageddon, in das sie die Heerscharen hineinpeitschte.«²⁵

Die wirklichen SED-Gegner der 1980er Jahre nahmen die Geschichtsmythologie der Kommunisten nicht ernst. Aber für sie war der 17. Juni auch kein strategisches Leitbild. Sie hielten einen kollektiven Aufstand der Bevölkerung und auch den Untergang der sowjetischen Provinz nicht für möglich. Sie hofften, das Regime zu Reformen zwingen zu können. Immerhin haben Bärbel Bohley und ihre Mitstreiter im Sommer 1989 eine illegale Schrift unter dem ironischen Titel »Urkunde. 40 Jahre DDR« herausgegeben, die dem 17. Juni gewidmet war.²⁶ Diese Texte sind ein Aufruf zur gesellschaftlichen Mobilisierung gegen den SED-Staat. »Und dieser Kampf darf nicht so ausgehen wie am 17. Juni 1953«, spricht Bärbel Bohley 1989 ihre Hoffnung aus.²⁷

Die Diskurse um die Bedeutung des 17. Juni zeigen bis heute, dass Geschichte sehr leicht in mythische Bilder gepresst werden kann. Das trifft auch auf die Friedliche Revolution von 1989 zu. In ihren Bildern erscheinen viele falsche Heilsbringer und viele abgründige Bösewichter. Hier gibt es eine dauernde Aufgabe für die Erinnerungsarbeit, eine rationale Sicht zu ermöglichen.

Was bleibt?

Im Jahr 2013 wurde der Geschichts-Boom von 2003 nicht erreicht. Aber die geschichtspolitische Aufmerksamkeit für den 17. Juni ist geblieben. Es gibt immer wieder neue Versuche, den Tag aufzuwerten. Jüngst rief das »Bürgerbüro e. V. Verein zur Aufarbeitung der Folgeschäden der SED-

Diktatur« die Politik dazu auf, »den 17. Juni zum Denktag über deutsche Geschichte nach 1945 zu ernennen«,²⁸

Darüber hinaus zeigt sich auf europäischer Ebene, dass der 17. Juni 1953 in die Reihe der fortgesetzten Aufstände und Freiheitsbewegungen im ehemaligen Ostblock gehört. Die geschichtspolitischen Initiativen der Europäischen Union haben darauf zu wenig reagiert. Die wichtigste transnationale, gemeinsame Erinnerung aller ostmitteleuropäischen Länder bezieht sich auf den gemeinsamen Widerstand. Der 17. Juni hätte, neben anderen Ereignissen, gute Chancen, in einem europäischen Erinnerungskanon verankert zu werden. Er stellte eine revolutionäre Volksbewegung für den demokratischen Verfassungsstaat dar. Er zielte auf die Überwindung von Grenzen. Er belegte, dass es sich trotz der übermächtig erscheinenden Großmacht, immer und überall lohnt, die Würde und die Freiheit des Einzelnen zu behaupten und zu verteidigen.

Damit ist auch angesprochen, dass die Eroberung von Freiheit und Recht nur durch eine sensibilisierte Zivilgesellschaft erfolgen kann. Das gilt auch für die vielen Freiheitsbewegungen in der Gegenwart in aller Welt. Die Politik demokratischer Staaten sollte hier ihre Partner suchen und Hilfe zukommen lassen.

Anmerkungen

- 1 Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999, S. 6.
- 2 Ebd., S. 356.
- 3 Wortprotokoll zur 278. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 1.7.1954, S. 13875.
- 4 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, FDP, DP, Drucksache Nr. 4625 des Deutschen Bundestages (o. D.).
- 5 Der neue Gesetzentwurf wurde am 3. Juli 1953 verabschiedet.
- 6 Sabine Sütterlin, Der Tag der deutschen Einheit im Wandel der Zeit. Dissertation, Universität Kiel 1992, S. 28.
- 7 Wortprotokolle zur 280. und 281. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 3.7.1953, S. 14070.
- 8 Bulletin der Bundesregierung Nr. 110 vom 16.6.1954, S. 981.
- 9 Wortprotokoll zur 278. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 1.7.1953, S. 13883 A.
- 10 Stefan Brant (Pseudonym von Klaus Harpprecht) unter Mitarbeit von Klaus Bölling, Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953, Stuttgart 1954. S. 322.
- 11 Rede von Karl Schiller vor dem American Council on Germany in New York am 19.6.1967, in: Bulletin Nr. 64 vom 20.6.1967, S. 545.
- 12 Sütterlin (Anm. 6), S. 121 ff.

- 13 Wolfrum (Anm. 1), S. 258–260.
- 14 Arnulf Baring, *Der 17. Juni 1953. Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland*, Bonn 1957 und weitere veränderte Auflagen bis 1983.
- 15 *Der Spiegel* 25/1965, S. 78–88; Rudolf Augstein, 17. Juni. Kapitulation, Aufstand oder Was sonst?, in: Beilage zu *Der Spiegel* 26/1965, S. 12.
- 16 Ebd.
- 17 Rainer Eckert, *Triumph über die Diktatur oder Verschleierung der Vergangenheit? Zwölf Jahre Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur: Eine vorläufige Bilanz*, in: *Horch und Guck*, 39 (2002), S. 25.
- 18 Wortprotokoll zur 179. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 17.6.1975, S. 12556.
- 19 Wortprotokoll zur 222. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 17.6.1980, S. 17949.
- 20 Wortprotokoll zur 16. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 23.6.1983, S. 987 ff.
- 21 Johannes Haupt gibt 82 Titel der Primärliteratur an, allerdings ohne Bertolt Brecht. Vgl. Johannes Haupt, *Der 17. Juni 1953 in der Prosaliteratur der DDR bis 1989. Über den Zusammenhang von Politik und Literatur und die Frage nach einem Lese-land DDR*, Mannheim 1991, S. 451–454. In der neusten Bibliographie von Peter Bruhn, *17. Juni 1953. Bibliographie*, Berlin 2003, S. 57–59, werden in der Primärliteratur, einschließlich der Werke von Brecht, 100 Titel, darunter 4 Nachauflagen, von 49 Autoren genannt. Doch auch hier fehlen einige Autoren, etwa Klaus Kordon, und deren Titel.
- 22 Christoph Hein, *Der fremde Freund*, Berlin und Weimar 1982; Christoph Hein, *Horns Ende*, Berlin und Weimar 1985.
- 23 Ebd., S. 279.
- 24 Stefan Heym, *Der Tag X, 1958*, nicht erschienen; Stefan Heym, *5 Tage im Juni*, München 1974.
- 25 Zitiert nach: Herbert Krämer, *Ein dreißigjähriger Krieg gegen ein Buch. Zur Publikations- und Rezeptionsgeschichte von Stefan Heyms Roman über den 17. Juni 1953*, Tübingen 1999, S. 43.
- 26 Bärbel Bohley u. a. (Hg.), *Urkunde 40 Jahre DDR*, Samisdat Berlin 1989.
- 27 Ebd., S. 10.
- 28 Bürgerbüro e. V. Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur, *Der 17. Juni soll Denktag werden*, Pressemitteilung vom 8.6.2013, Berlin.



Portrait von Walter Hagemann

Thomas Wiedemann

Rütteln an den Grundfesten der Adenauer-Republik: Der folgenschwere Dialog des Publizistikwissenschaftlers Walter Hagemann mit der SED

Im Mittelpunkt des Aufsatzes steht das, was für den Zusammenhalt der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn ihres Bestehens wesentlich war: die Abgrenzung von der DDR. Veranschaulichen kann dies der Fall des Publizistikwissenschaftlers Walter Hagemann (1900 bis 1964), der sich Ende der 1950er Jahre als CDU-Mitglied gegen die Westorientierung der bundesdeutschen Außenpolitik wandte und auf eigene Faust den Dialog mit der SED suchte. Dabei beging Hagemann am 18. Oktober 1958

einen folgenschweren Tabubruch. Mit einer Rede vor dem *Nationalrat* der *Nationalen Front* wurde er in Westdeutschland zur Unperson und verspielte schlagartig den Kredit, den er als Publizist und Angehöriger der Deutschen Zentrumspartei in der Weimarer Republik erworben und nach dem Zweiten Weltkrieg für eine wissenschaftliche Karriere an der Universität Münster fruchtbar gemacht hatte. Aus der Union ausgeschlossen, vom Hochschuldienst entlassen und mit einem Strafverfahren konfrontiert, sah er die Flucht in die DDR als letzte Möglichkeit, um einer Haftstrafe zu entgehen.

Die Fallstudie zeichnet Hagemanns Oppositionskurs nach. Sie gewährt Einblick in die Kommunikationsstrukturen im geteilten Deutschland der 1950er Jahre und veranschaulicht den Umgang mit Abweichlern innerhalb der Adenauer-CDU. Natürlich war Hagemann nicht der Einzige, der seine Stimme gegen Konrad Adenauers Kurs erhob. Doch lassen sich an seiner Person exemplarisch die Regeln festmachen, nach denen die junge Bundesrepublik funktioniert hat. Denn in der heterogenen Oppositionsbewegung war nur der Münsteraner Universitätsprofessor bereit, offen die Prinzipien infrage zu stellen, die sich aus dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung ergaben. Dieser Regelverstoß erklärt vielleicht auch, warum man Hagemann so drastisch zu Leibe rückte. Folglich wird hier die These vertreten, dass der Bezug auf den anderen deutschen Staat womöglich nicht nur für die DDR konstitutiv war.¹ Öffentliche Solidaritätsbekundungen mit SED-Positionen wurden auch in der Bundesrepublik mit umfassendem Reputationsverlust bestraft.

Diese Aussage stützt sich auf einen breiten Quellenfundus, über den im folgenden Abschnitt informiert wird. Der Beitrag skizziert dann zunächst Hagemanns gesellschaftliche Position vor seinem Übertritt in die Politik im Jahr 1957. In den Fokus gerückt werden schließlich das öffentliche Engagement des Publizistikwissenschaftlers gegen die Außenpolitik der Bundesregierung sowie die Sanktionen, die bald darauf gegen ihn eingeleitet wurden.

Quellen

Das wichtigste Quellenfundament der Fallstudie ist Material aus elf Archiven, das bisher noch nicht systematisch ausgewertet wurde und Hagemanns beruflichen Werdegang ebenso dokumentiert wie seinen Feldzug gegen Bundeskanzler Adenauer und dessen Folgen. Dazu zählen unter anderem Unterlagen aus dem Archiv der Westfälischen Wilhelms-Uni-

versität, dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik, dem Landesarchiv Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf und Münster, dem Bundesarchiv in Koblenz und Berlin, der Stasi-Unterlagenbehörde sowie dem Privatarchiv von Hagemanns Sohn. Außerdem greift die Studie auf ausgewählte Publikationen Hagemanns aus Journalismus und Politik zurück. Zu erwähnen sind hier seine außenpolitischen Leitartikel in der *Germania* aus den 1920er und 1930er Jahren, seine Stellungnahmen zur Weltpolitik, die zur selben Zeit in Buchform erschienen sind, sowie seine Veröffentlichungen Ende der 1950er Jahre, die sich mit der Außenpolitik der Bundesregierung auseinandersetzen. Hinzu kommen Zeitungsartikel, die das politische Engagement des Publizistikwissenschaftlers kommentieren und es damit ermöglichen, die Resonanz auf seine Verlautbarungen in der Öffentlichkeit abzuschätzen.

Gesellschaftliche Position bis 1957

Dass sich Walter Hagemann dazu berufen fühlte, als Vermittler zwischen Ost und West mit der SED zu verhandeln, verwundert nicht, wenn man seinen biografischen Hintergrund kennt. Geboren 1900 in Euskirchen im katholischen Rheinland, studierte er nach einem kurzen Weltkriegs-Einsatz Geschichte, vor allem in Berlin.² Wichtigster akademischer Lehrer war Friedrich Meinecke, der zwar aus seiner konservativen Gesinnung keinen Hehl machte, der Weimarer Republik aber durch couragiertes Auftreten in der Öffentlichkeit Stabilität verleihen wollte.³ Geprägt wurde Hagemann auch durch das konfessionelle Milieu, mit dem er sich in Berlin umgab. Folgerichtig schloss er sich 1925 dem Zentrum an. Für den Journalismus qualifizierte er sich weniger durch seine Promotion über den Staatstheoretiker Paolo Paruta, als vielmehr durch vier Weltreisen, die er publizistisch auswertete. Als Verfasser mehrerer Bücher zur internationalen Politik hatte sich Hagemann bereits mit 27 Jahren einen solchen Expertenstatus erarbeitet, dass ihn der Mitherausgeber der *Germania*, Richard Kuenzer, zum Ressortleiter Ausland bei der prestigeträchtigen katholischen Tageszeitung machte.⁴ Rasch wurde er dort zu einem der einflussreichsten Publizisten der Reichshauptstadt, der alle politischen Ereignisse in der Welt kommentierte und dabei seine nationale, aber demokratische und christliche Weltansicht zur Schau stellte. Stets warb er für eine Politik der Verständigung und die schrittweise Gleichberechtigung des Deutschen Reichs in einem friedvollen Europa.⁵ Dass Hagemann seinem Ziel, als »geistige Persönlichkeit« in die Gesellschaft hineinzuwirken, schon früh sehr nahegekommen war

und ihm große Aufmerksamkeit zuteilwurde, verdeutlichen auch seine Kontakte.⁶ Wie er selbst später berichtete, hatte er es mit noch nicht einmal 30 Jahren zum journalistischen Vertrauensmann von Joseph Wirth, Gustav Stresemann und Heinrich Brüning gebracht.⁷

Im Dritten Reich geriet die Karriere des ehrgeizigen Gesinnungsjournalisten ins Stocken. Zwar stieg Hagemann noch 1934 zum Hauptschriftleiter der *Germania* auf, doch war sein Handlungsspielraum begrenzt. Den katholischen Charakter des einstigen Zentrums-Organs konnte er nicht bewahren. Nachdem er von Joseph Goebbels persönlich über die neuen Aufgaben der deutschen Presse belehrt worden war, kam er nicht mehr um lobende Worte für die Neugestaltung des öffentlichen Lebens herum. Positiv bewertete er etwa den wirtschaftlichen, sozialen und technischen Aufschwung unter Adolf Hitler, der beweise, wozu das deutsche Volk fähig sei, wenn es geschlossen geführt werde.⁸ 1938 verließ Hagemann die politisch bedeutungslos gewordene *Germania* und gründete einen Pressedienst. Doch auch hier ließ sich das Regime nicht auf Distanz halten. *Vox Gentium* wurde 1941 dem Reichspropagandaministerium unterstellt und drei Jahre später als nicht kriegswichtig eingestellt.⁹

Dass Walter Hagemann wiederholt seine Sympathie für Adolf Hitlers Revisionskurs zum Ausdruck brachte, durch den das Deutsche Reich die »Fesseln von Versailles endgültig und unwiderruflich abgestreift« habe, bereitete ihm nach Kriegsende kaum Schwierigkeiten.¹⁰ Hoch angerechnet wurde ihm vielmehr, nie Mitglied der NSDAP gewesen und öffentlich für die Belange der katholischen Publizistik eingetreten zu sein.¹¹ Im Nachkriegsdeutschland war er so wieder eine gefragte Persönlichkeit. Er zählte zum Gründungszirkel der Münchner CSU und debütierte im Oktober 1945 als erster deutscher Redakteur bei der *Neuen Zeitung*, dem offiziellen Blatt der US-amerikanischen Militärregierung.¹² Beseelt von dem Wunsch, »junge Menschen für eine bessere, wahrhaft demokratische [...] Presse heranzubilden«, nahm Hagemann aber schon ein halbes Jahr später eine Honorarprofessur für Zeitungswissenschaft an der Westfälischen Landesuniversität in Münster an und wurde dort 1948 zum Extraordinarius ernannt.¹³ Zu verdanken hatte der Universitäts- und Fachfremde das nur seinem journalistischen Renommee und seinen Freunden aus der Weimarer Republik.¹⁴ Doch war es ausgerechnet Hagemann, der das kleine und nach dem Nationalsozialismus diskreditierte Fach wie kein Zweiter prägte. Sein Theoriegebäude der Publizistikwissenschaft, seine praxisorientierte Lehre und Forschung und sein institutionelles Engagement verschafften ihm Respekt in der Wissenschaft und sorgten dafür, dass die Nachkriegsdisziplin ihre Existenzkrise überwinden konnte. Zugute kam ihm dabei

auch sein hervorragender Draht nach Bonn. Vor allem das Bundespresseamt zeigte sich aufgeschlossen, Hagemanns Bitten um finanzielle Unterstützung für seine Projekte zu entsprechen.¹⁵

Feldzug gegen Konrad Adenauer

Nach seiner Ankunft in Münster hatte sich Walter Hagemann ganz aus der Politik zurückgezogen. 1950 war er zwar der CDU beigetreten, allerdings hatte er die »Hoffnung, daß eine neue Generation auf Grund der harten Lehren zweier Weltkriege einen grundsätzlich neuen Kurs steuern« werde.¹⁶ Sein Interesse am außenpolitischen Geschehen war jedoch nicht erloschen. Kummer bereitete ihm die enge Bindung der Bundesrepublik an den Westen, die 1955 in den Nato-Beitritt mündete, sowie die kompromisslose Haltung gegenüber der DDR, zum Ausdruck gebracht vor allem durch den in der Hallstein-Doktrin formulierten Alleinvertretungsanspruch. Mit der Ansicht, Adenauers Kurs sei einer Wiedervereinigung alles andere als förderlich, war der Publizistikwissenschaftler auch in der Union nicht allein. So trat etwa Bundesinnenminister Gustav Heinemann 1950 aus Protest gegen die Wiederbewaffnung von seinem Amt zurück, verließ die CDU zwei Jahre später, gründete 1953 mit der ehemaligen Zentrums-Politikerin Helene Wessel die Gesamtdeutsche Volkspartei und schloss sich nach deren Scheitern der SPD an. Ein prominenter Kritiker der einseitigen Vertragspolitik war ferner der CDU-Mitbegründer Wilhelm Elfes, der 1951 nach einem öffentlichen Konflikt mit dem Bundeskanzler aus der Partei ausgeschlossen wurde und dann mit Joseph Wirth den Bund der Deutschen ins Leben rief.¹⁷ Aber auch die Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier und Hermann Ehlers sowie der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, plädierten als führende Köpfe des Kuratoriums Unteilbares Deutschland für eine Verständigung mit der DDR.¹⁸ Walter Hagemann blieb dagegen ganz in der Rolle des stummen Beobachters. Obgleich er besorgt zur Kenntnis nahm, dass sich von ihm geschätzte Persönlichkeiten wie der FDP-Angehörige Karl Georg Pfeleiderer oder der Schriftsteller Reinhold Schneider resigniert aus der Politik zurückzogen, und auch einige seiner engsten Freunde in der CDU (wie Ernst Lemmer und Johann Baptist Gradl) ihren Unmut über die vermeintliche Passivität des Bundeskanzlers in der deutschen Frage äußerten, kam für ihn ein Engagement gegen die eigene Parteispitze nicht infrage. Ändern sollte sich das erst 1957. Als Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) die Bereitschaft signalisierte, die Bundeswehr gemäß den Plänen der Nato

mittelfristig mit taktischen Atomwaffen auszustatten, brach der Publizistikwissenschaftler sein Schweigen.¹⁹ Wie Hagemann erklärte, machte es ihm die »Sorge um die atomare Katastrophe und um die Verewigung der deutschen Spaltung« zur »Gewissensverpflichtung«, seine »Überzeugung offen zu bekennen«.²⁰ Er bezeichnete seinen Gang in die Öffentlichkeit als »nationales Opfer«.²¹ Doch spricht vieles dafür, dass er auch wieder die Geltung erlangen wollte, die er in der Weimarer Republik bereits besessen hatte und die ihm die Lehrkanzel in Münster trotz des wissenschaftlichen Erfolges nicht bieten konnte.

Mit aller Macht strebte Hagemann auf die politische Bühne zurück. Da er keinen hochrangigen Unionspolitiker für eine öffentliche Debatte gewinnen konnte (abgesagt hatten der Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger sowie der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Kurt Georg Kiesinger), betrachtete er die außerparlamentarische Opposition als einzige Möglichkeit, um den »Irrweg der CDU« zu stoppen.²² Mittlerweile hatte das *Göttinger Manifest*, in dem 18 namhafte Physiker (darunter Carl Friedrich von Weizsäcker, Otto Hahn, Werner Heisenberg und Max Born) eindringlich vor der Verharmlosung atomarer Waffen warnten, eine Welle des öffentlichen Protests gegen eine Atombewaffnung der Bundeswehr ausgelöst – und Hagemann engagierte sich in fast allen Initiativen, die von Vertretern der Opposition, der Gewerkschaften und der Kirchen sowie von Intellektuellen und Künstlern ins Leben gerufen worden waren. Er zählte im März 1958 zu den Erstunterzeichnern der Kampagne *Kampf dem Atomtod* (neben Herbert Wehner, Gustav Heinemann, Thomas Dehler, Martin Niemöller, Eugen Kogon, Ernst Wolf und Heinrich Böll) und war an der Seite von Ulrike Meinhof führende Figur des Netzwerks in Münster. Ebenso ließ er sich ins Präsidium der *Aktionsgemeinschaft gegen atomare Aufrüstung* wählen (zusammen mit Gerhard Gollwitzer, Ernst Rowohlt und Klara-Marie Faßbinder) und wurde Mitglied im erweiterten Vorstand des *Deutschen Klubs 1954*, einer bürgerlichen Vereinigung gegen Wiederaufrüstung und Westintegration, die im Zuge der Pariser Verträge von Karl Graf von Westphalen ins Leben gerufen worden war. Er setzte seine Unterschrift unter ein von Renate Riemeck initiiertes Schreiben von 44 Professoren an den DGB, unterzeichnete einen Aufruf von 100 westdeutschen Professoren an die Kirchen, hinter dem Gerhard Gollwitzer stand, war Mitverfasser eines offenen Briefes an den polnischen Außenminister Adam Rapacki, in dem dessen Konzept einer neutralen Zone in Mitteleuropa befürwortet wurde, und sprach auf Kundgebungen und Diskussionsveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet.²³ Daneben schrieb Hagemann schon ab 1957 wieder außenpolitische Meinungsartikel, vor allem in den

Blättern für deutsche und internationale Politik im Pahl-Rugenstein-Verlag, der aus der DDR mitfinanziert wurde, aber auch im *Westdeutschen Tageblatt* und in der *Welt*.

Ergriffen von dem Ziel, die eigene Partei wieder zu ihren Grundsätzen zurückzuführen, nahm der Publizistikwissenschaftler kein Blatt vor den Mund.²⁴ Vernichtend fiel sein Urteil über die Vereinigten Staaten aus, die Westeuropa für ihren »aggressiven postkolonialen Imperialismus« instrumentalisierten.²⁵ Dass Adenauer einen Pakt mit dem Tod geschlossen habe, zeigten die Pläne zur Aufrüstung der Bundeswehr, die direkt ins »atomare Massengrab« führten.²⁶ Man müsse »weit in der deutschen Geschichte zurückgehen, um eine Epoche zu finden, in der die deutsche Außenpolitik auf so knappe geistige Rationen gesetzt war«.²⁷ Anstatt das Ziel der nationalen Einheit zu verfolgen, mache man in Bonn der Bevölkerung mit der Parole »Der Bolschewik greift an!« den Kalten Krieg schmackhaft. Diesen »Hexenwahn« warf Hagemann nicht nur der CDU vor, sondern auch der Katholischen Kirche, die das christliche Abendland mit Massenvernichtungswaffen absichern wolle.²⁸ Dagegen sei es höchste Zeit, den Entspannungsbemühungen der DDR-Führung konstruktiv zu begegnen. »Wenn wir Deutschen in dieser Stunde versagen«, schlussfolgerte er, »dann haben wir es wirklich verdient, dass wir aus dem Buch der Geschichte ausgelöscht werden«.²⁹

Deutlich wurde bereits, dass sich Hagemann mit seiner Kritik am außenpolitischen Kurs der Bundesregierung in prominenter Gesellschaft befand. Und auch wenn seine Stellungnahmen radikal waren, unterschieden sie sich kaum von den Äußerungen seiner Mitstreiter und erzielten nur deshalb so viel Beachtung, weil sie von einem bekennenden CDU-Mitglied stammten. Dass der Publizistikwissenschaftler dennoch aus der »unsichtbaren Akademie freier Geister« herausragte, hatte einen anderen Grund.³⁰ Berührungsängste mit dem Osten konnte man zwar Martin Niemöller, dem Kirchenpräsidenten von Hessen-Nassau, ebenso wenig nachsagen wie den Universitätsprofessorinnen Renate Riemeck und Klara-Marie Faßbinder, die alle im Rahmen ihrer Aktivität für die Friedensbewegung in die Sowjetunion, nach Prag oder in die DDR gereist waren. Und auch Gustav Heinemann hatte als Präses der Evangelischen Kirche an deren gesamtdeutscher Funktion festgehalten. Doch war in der Oppositionsbewegung nur Walter Hagemann bereit, offen das Gespräch mit maßgeblichen DDR-Offiziellen zu suchen.

Der SED-Führung war es bis dato nicht gelungen, die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung für sich zu gewinnen und die Massenflucht in den Westen zu stoppen. Um dem weitverbreiteten Zweifel an der Glaubwürdig-

keit der Politik im eigenen Land zu begegnen, ordnete die Staatsführung eine ausführliche Medienberichterstattung über die Kriegsorientierung des gegnerischen Lagers an und demonstrierte ihrerseits das Festhalten an der Unteilbarkeit Deutschlands.³¹ In der Hoffnung auf einen Imagegewinn wurden außerdem Kontakte mit bürgerlichen Persönlichkeiten in der Bundesrepublik angebahnt. Hagemanns Verlautbarungen waren auch im Osten vernommen worden und als CDU-Angehöriger, der nicht im Verdacht stand, ein Kommunist zu sein, erschien er der SED-Führung für ihre »nationale« Zielsetzung besonders attraktiv.³² Noch dazu hatte er bereits im April 1958 eine Interviewanfrage des Pressedienstes der Ost-CDU angenommen und den DDR-Journalisten dann unumwunden erklärt, die Union im Westen werde von Reaktionären beherrscht.³³ Ein halbes Jahr später lud deshalb der Volkskammerabgeordnete Hermann Kalb (Ost-CDU) Hagemann ein, auf der kommenden Tagung des *Nationalrats* der *Nationalen Front* in Berlin zu sprechen. Überzeugt davon, dass »einmal jemand im Interesse der gesamtdeutschen Sache den Mut aufbringen« müsse, »das Tabu zu durchbrechen«, ging der Hochschullehrer auf das Angebot ein.³⁴

Dass Hagemanns öffentlicher Auftritt in der Hauptstadt der DDR am 18. Oktober 1958 den Höhepunkt seines politischen Engagements markierte, lag weniger an dem Inhalt seiner Rede, als vielmehr an der Unerhörtheit seines Handelns an sich. Kontakte in den Osten waren nur auf privater Ebene erlaubt.³⁵ Zudem vertrat Hagemann auf der Tagung lediglich seine schon bekannte Auffassung. Er mahnte direkte Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der DDR-Führung an und lobte Walter Ulbrichts Vorschlag zur Bildung einer neutralen deutschen Konföderation. Schließlich stellte er dem anwesenden Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED fünf Fragen, die es diesem erlaubten, seine deutschlandpolitische Konzeption öffentlichkeitswirksam zu präsentieren.³⁶ Für die *Nationale Front* war die Tagung ein großer Erfolg. Mitarbeiter berichteten der Leitung, Hagemann sei von dem Austausch mit Ulbricht beeindruckt. Der Empfang habe bestätigt, dass man mit der DDR verhandeln könne.³⁷ Seinem Wunsch nach medialer Resonanz wurde entsprochen. Das *Neue Deutschland* widmete dem Besuch aus Münster die ganze Titelseite.³⁸ Zudem bemühten sich mit Unterstützung der SED der *Deutsche Klub 1954* und der Pahl-Rugenstein-Verlag auch, die westdeutsche Öffentlichkeit über Hagemanns Thesen zu informieren (mit dem Versand von 3000 Redeexemplaren, einer Sonderbeilage in der *Deutschen Volkszeitung* und einer Pressekonferenz des Publizistikwissenschaftlers in Bonn).

Hagemann war sich der Tragweite seines Schrittes durchaus bewusst. Um dem Instrumentalisierungsverdacht zumindest in Kreisen der Politik

zu begegnen, unterrichtete er noch in Berlin Gustav Heinemann sowie Johann Baptist Gradl über sein Vorgehen.³⁹ Zurück in Münster war er um Beschwichtigung bemüht. Gegenüber der Universität betonte er, seine Initiative sei der »einmalige Versuch eines politischen Außenseiters« gewesen, einer »Minderheit in der CDU« Gehör zu verschaffen.⁴⁰ Ferner verwies er darauf, dass in den Monaten zuvor »nicht nur höhere Beamte und westdeutsche Kaufleute«, sondern auch Abgeordnete des Bundestags den Dialog mit dem Osten gesucht hätten.⁴¹ Das Echo auf sein Unterfangen war dennoch verheerend.

Folgen des Tabubruchs

Hagemanns Engagement verfehlte sein Ziel. Weder bewegte er die CDU zu einem Richtungswechsel, noch brachte er den deutsch-deutschen Dialog in Gang. Durch seinen Auftritt in der DDR verspielte er im Gegenteil jeden Kredit, den er sich im Lauf seines Lebens als Journalist, Politiker und Wissenschaftler erworben hatte.

An seinen publizistischen Erfolg in der Weimarer Republik, als er eine Referenz in der Hauptstadtresse war, konnte Hagemann nicht mehr anknüpfen. Stattdessen machte die Annäherung an die SED nicht nur seine Kontakte mit führenden Vertretern der journalistischen Zunft zunichte, sondern überdeckte auch sein Renommee als Chefredakteur der *Germania* in schwieriger Zeit. Zum einen bereitete es Hagemann plötzlich Schwierigkeiten, Artikel in der Presse unterzubringen. Weigerten sich zunächst nur bürgerliche Organe, seine Thesen abzudrucken, waren seine Beiträge nach der *Nationalrats*-Rede höchstens noch in kleinen linksgerichteten Blättern wie der *Anderen Zeitung* zu lesen. Zum anderen wurde Hagemann auf einmal von beinahe der ganzen westdeutschen Presse diffamiert. Nachdem er wegen seiner »Liebe zur Moskauer Außenpolitik« schon im Frühjahr 1958 dazu aufgefordert worden war, in den Osten zu gehen, waren sich die Kommentare nach seinem Auftritt mit Ulbricht endgültig einig über die Ziele seiner Opposition.⁴² »Der unermüdliche Vorkämpfer für die Wehrlosigkeit der Bundesrepublik« habe nun »vollends die Maske fallen lassen«, befand etwa Hans Töpfer im *Rheinischen Merkur*.⁴³ Als »bedingungsloser Mitläufer des sowjetischen Terrorsystems« wurde ihm vorgeworfen, »Verrat an der Freiheit« begangen zu haben.⁴⁴

Das politische Gewicht, das Hagemann als Zentrums-Mitglied und Mitbegründer der CSU besessen hatte, konnte er auch nicht mehr geltend machen. Schon im Februar 1958 drang aus der CDU-Bundespartei, man

möge endlich Maßnahmen gegen den Rebellen ergreifen.⁴⁵ Da Hagemann nicht bereit war, die Union freiwillig zu verlassen, konstituierte der CDU-Kreisverband in Münster ein Ehrengericht, das ihn am 21. April 1958 aus seinen Reihen ausschloss. Der Grund: Der Publizistikwissenschaftler habe sich »fortgesetzt in beleidigender und gehässiger Weise über die Politik der CDU und ihre führenden Persönlichkeiten in Wort und Schrift geäußert.«⁴⁶ Hagemann beanstandete, es sei »nicht einmal der Versuch gemacht worden«, sich »mit meinem Recht der freien Meinungsäußerung und meiner Verpflichtung als Hochschullehrer ernsthaft auseinanderzusetzen«, und legte Berufung ein.⁴⁷ Bis zur Verhandlung vor dem Landesehrengericht hatte sich seine Position aber verschlechtert. Das prominent besetzte Gremium mit den Vorsitzenden Joseph Blank und Artur Sträter trat zwei Wochen nach der *Nationalrats*-Tagung zusammen und bestätigte nicht nur die Feststellungen des Kreisehrengerichts, sondern legte dem Professor auch dessen Auftritt in der DDR zur Last, mit dem er die »Grenzen des Zulässigen endgültig überschritten« habe.⁴⁸ Aus Hagemanns Netzwerk (zu dem auch der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Heinrich Krone, gehörte) fand sich niemand mehr bereit, für den einstigen Zentrums-Freund ein gutes Wort einzulegen und da die CDU über kein Ehrengericht auf Bundesebene verfügte, war der Ausschluss endgültig. Hinzu kam, dass die Staatsanwaltschaft am Dortmunder Landgericht gegen Hagemann ermittelte.⁴⁹ Der Vorwurf, die Westarbeit der SED und damit verfassungsfeindliche Bestrebungen unterstützt zu haben, beschädigte sein Ansehen weiter. Mit der Sympathie, die ihm anfangs vonseiten der SPD und der FDP entgegengebracht wurde, war es nun vorbei und selbst in Kreisen der außerparlamentarischen Opposition ging man auf Abstand.

Zwar leitete die Karlsruher Bundesanwaltschaft letztlich kein Strafverfahren ein, doch eröffnete der nordrhein-westfälische Kultusminister Werner Schütz (CDU) Anfang April 1959 ein Disziplinarverfahren gegen den Universitätsprofessor, weil er die für Beamten vorgeschriebene politische Mäßigung verletzt habe und für ein totalitäres System eingetreten sei.⁵⁰ Während die Öffentlichkeit noch darüber diskutierte, ob damit nicht ein Gesinnungsprozess angestrebt werde, ordnete man in Düsseldorf am 21. April 1959 an, Hagemann wegen sittlicher Verfehlungen zu suspendieren.⁵¹ Vorgeworfen wurde ihm jetzt auch die Beziehung mit einer minderjährigen Studentin und die Staatsanwaltschaft am Oberlandesgericht in Hamm durchsuchte Hagemanns gesamte Privatkorrespondenz und vernahm ein halbes Dutzend Frauen aus dem Umfeld des Münsteraner Instituts für Publizistik. Das Ergebnis der Ermittlungen war eine über 100-seitige Anklageschrift, die Politisches und Privates vermischte

und den Adenauer-Widersacher zu Fall brachte.⁵² Bis auf einen Protestbrief von 30 Professoren (darunter der Marburger Politologe Wolfgang Abendroth) und mehrere Schreiben des Senats und der Philosophischen Fakultät der Universität Münster hielt sich die Entrüstung über das Vorgehen der Justiz in Grenzen.⁵³ Die Publizistikwissenschaft hatte sich schon zuvor von Hagemann abgewandt.⁵⁴ Der Angeklagte wies zwar alle privaten Vorwürfe zurück und beteuerte, er habe die »konspirative Absicht« der *Nationalen Front* nicht unterstützt, sondern nur ein »hohes Anliegen« verfolgt, nämlich »das Leben und die Einheit meines Volkes«.⁵⁵ Dennoch beschied das Verwaltungsgericht Münster am 1. Dezember 1959, ihn vom Universitätsdienst zu entfernen, seinen Professorentitel einzukassieren und seine Pensionsansprüche zu streichen.⁵⁶

Darüber hinaus hatte das Urteil ein strafrechtliches Nachspiel. Im November 1960 klagte die Staatsanwaltschaft am Landgericht Münster Hagemann »wegen Unzucht mit Abhängigen« sowie »wegen Meineids« in einer Vaterschaftsklage an.⁵⁷ Eine Welle der öffentlichen Empörung schlug über ihm zusammen.⁵⁸ Für Hagemann gestaltete sich die Situation immer auswegloser. Nachdem er bereits Anfang Januar 1961 zwei Tage in Untersuchungshaft verbracht hatte und im März untergetaucht war, um einem erneuten Haftbefehl wegen Flucht- und Verdunklungsgefahr zu entgehen, setzte er sich in der Nacht vor Prozessbeginn am 14. April 1961 in die DDR ab.⁵⁹

Die SED-Führung hatte für diesen Fall vorgesorgt. Hagemann erhielt ein Haus in Potsdam und wurde Professor für Imperialismus an der Humboldt-Universität. Um die »Bonner Hexenjagd« gegen ihn zu »brandmarken«, bereitete das Stadtbezirksgericht Berlin-Lichtenberg zudem einen Schauprozess »vor Vertretern der Weltpresse« vor und sprach ihn am 11. August 1961 von allen Vorwürfen frei.⁶⁰ Mit dem Mauerbau zwei Tage später war der Überläufer aber kaum noch von Wert für die DDR-Kommunikationsstrategen. Da die eigene Bevölkerung nicht mehr fliehen konnte und die internationale Anerkennung sowie der Ausbau von Handelsbeziehungen auf die Tagesordnung rückten, ebte die Kritik an der Bundesrepublik ab. Hagemann lobte in einigen Stellungnahmen zwar noch sein neues »Vaterland«, das »mit Entschlossenheit, Optimismus und Erfolg den Weg der Freiheit und des echten Humanismus« beschreite, und trat im Februar 1962 feierlich der Ost-CDU bei, verstarb aber bereits am 16. Mai 1964.⁶¹

Fazit

Es ist bekannt, dass die SED-Führung bis 1989 jeden DDR-Bürger mit einem Bann belegte, der ohne Erlaubnis mit den Westmedien zusammenarbeitete. Für diese Praxis stehen nicht nur die Namen Wolf Biermann, Robert Havemann, Stefan Heym oder Roland Jahn, sondern auch der Umgang mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen wie der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz in Zeitz im August 1976.⁶² Der Fall Hagemann zeigt, dass die andere Seite in den 1950er Jahren ganz ähnlich reagierte, wenn ein westdeutscher Protagonist die öffentliche Bühne in der DDR nutzte, um die Bundesregierung zu kritisieren. Als der Publizistikprofessor sein Engagement im Jahr 1957 begann, war er eine angesehenere Persönlichkeit in Politik, Journalismus und Wissenschaft. Wie selbstverständlich positionierte er sich in der Oppositionsbewegung gegen die Bundesregierung an vorderster Front und erhielt dort die erhoffte öffentliche Aufmerksamkeit. Sein Versuch, als Vermittler zwischen Ost und West zu agieren, wurde ihm aber zum Verhängnis. Die politischen Regeln in der damaligen Bundesrepublik erlaubten zwar, in der einheimischen Presse gegen die Adenauer-Politik anzuschreiben und sich an Protestveranstaltungen gegen die Atombewaffnung zu beteiligen, ein öffentlich sichtbarer Dialog mit der DDR-Spitze war dagegen ein Tabu. Nach seinem Auftritt vor dem *Nationalrat* wurde Walter Hagemann zur Unperson. Er verlor nicht nur seine Reputation als Politiker, sondern wurde auch aus Journalismus und Wissenschaft ausgeschlossen und schließlich moralisch vernichtet. Dass Kontakte mit dem Osten in der westdeutschen Politik der 1950er Jahre einen nicht zu überbietenden Fauxpas darstellten, lässt sich am Schicksal einiger prominenter Gegner der Außenpolitik Adenauers erahnen. So verlor etwa Joseph Wirth Anfang des Jahrzehnts seine Reichskanzlerpension, nachdem er den Dialog mit Moskau gesucht hatte und wiederholt auf Gesprächsangebote mit Vertretern der DDR eingegangen war.⁶³ Einen direkten Angriff auf das außenpolitische Credo der Bundesregierung vor einem offiziellen Gremium der SED hatte er sich aber gar nicht zuschulden kommen lassen. Vermutlich trug deshalb Walter Hagemanns öffentlicher Schulterschluss mit den Machthabern im Osten Berlins nicht nur zufällig dazu bei, dass seine Existenz in der Bundesrepublik ein abruptes Ende nahm.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Anke Fiedler, Wenn aus Feinden plötzlich Freunde werden, in: Anke Fiedler/Michael Meyen (Hg.), Fiktionen für das Volk: DDR-Zeitungen als PR-Instrument, Münster 2011, S. 135–163.
- 2 Walter Hagemann, Lebenslauf, 23.6.1961, Universitätsarchiv (UA) Berlin, Personalakte Hagemann, H 547 I.
- 3 Vgl. Imanuel Geiss, Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft, Frankfurt/Main 1972, S. 89–96.
- 4 Walter Hagemann, Lebenslauf, November 1947, UA Münster, Phil. Fak., 63, Nr. 28, Bd. 1.
- 5 Exemplarisch: Walter Hagemann, Buchstabe und Geist von Locarno, in: Germania, 3.2.1928.
- 6 Vgl. Walter Hagemann, Grundzüge der Publizistik, Münster 1947, S. 191.
- 7 Walter Hagemann, Persönliche Bemerkungen, 19.3.1959, UA Münster, Rektorat, 5, Nr. 363, Bd. 1.
- 8 Exemplarisch: Walter Hagemann, Der Führer spricht, in: Germania, 21.2.1938.
- 9 Walter Hagemann, Lebenslauf, Dezember 1952, Privatarhiv Horst Hagemann.
- 10 Exemplarisch: Walter Hagemann, Der deutsch-französische Gegensatz in Vergangenheit und Gegenwart, Leipzig, Berlin 1940, S. 31 f.
- 11 Vgl. Military Government of Germany, Fragebogen Hagemann, Landesarchiv NRW Düsseldorf, Entnazifizierung Hagemann, NW 1039-H, Nr. 5742.
- 12 Vernehmung Hagemann, 4.5.1959, Archiv des Liberalismus (ADL), Nachlass Dehler, N1-3010.
- 13 Hagemann, Persönliche Bemerkungen (Anm. 7).
- 14 Exemplarisch: Georg Schreiber an Rudolf Amelunxen, 12.4.1946, UA Münster, Kurator, 10, Nr. 12567, Bd. 1.
- 15 Vgl. Thomas Wiedemann/Maria Löblich/Michael Meyen, Praxisorientierung als Überlebensstrategie, in: Studies in Communication/Media 2 (2012), S. 225–255.
- 16 Hagemann, Persönliche Bemerkungen (Anm. 7).
- 17 Jörg Treffke, Gustav Heinemann, Paderborn 2009, S. 101–167; Reinhold Lütgenmaier-Davin, Wilhelm Elfes – ein CDU-Politiker gegen die Wiederaufrüstung, in: Detlef Bald/Wolfram Wette (Hg.), Alternativen zur Wiederbewaffnung, Essen 2008, S. 87–105.
- 18 Udo Wengst, Neutralistische Positionen in der CDU und in der FDP in den 1950er Jahren, in: Dominik Geppert/Udo Wengst (Hg.), Neutralität – Chance oder Chimäre?, München 2005, S. 33–43.
- 19 Hans-Peter Schwarz, Adenauer und die Kernwaffen, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 37 (1989), S. 565–593.
- 20 Hagemann, Persönliche Bemerkungen (Anm. 7).
- 21 Vernehmung Hagemann (Anm. 12).
- 22 Walter Hagemann, Der Irrweg der CDU, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3 (1958), S. 217–224.
- 23 Vgl. Anschuldigungsschrift Hagemann, 10.7.1959, Landesarchiv NRW Düsseldorf, Innenministerium, NW 248, Nr. 60.

- 24 Protokoll Sitzung Ehrengericht CDU-Landesverband Westfalen, 4.11.1958, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Parteiausschluss Hagemann, III-002-671/1.
- 25 Walter Hagemann, Für ein Linsengericht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3 (1958), S. 567–572.
- 26 Zitiert nach Landgericht Dortmund an Fritz Schäffer, 19.11.1960, Bundesarchiv (BArch) Koblenz, Bundeskanzleramt, B136, Bd. 3939.
- 27 Walter Hagemann, Mit gebundenen Händen, in: Westdeutsches Tageblatt, 15.11.1957.
- 28 Walter Hagemann, Der Hexenwahn des 20. Jahrhunderts, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3 (1958), S. 161–166.
- 29 Zitiert nach Beschluss des Landesverwaltungsgerichts Münster, 1.12.1959, UA Münster, Kurator, 10, Nr. 12567, Bd. 3.
- 30 Renate Riembeck, Ich bin ein Mensch für mich, Stuttgart 1994, S. 175.
- 31 Vgl. Michael Meyen, Denver Clan und Neues Deutschland, Berlin 2003, S. 43–52; Fiedler, Wenn aus Feinden plötzlich Freunde werden (Anm. 1), S. 136–138, 154–157.
- 32 Vgl. Bernd Stöver, Zuflucht DDR, München 2009, S. 131–134.
- 33 Scharfe Kritik an der CDU, in: Telegraf, 20.4.1958.
- 34 Walter Hagemann an Wilhelm Rudolph, 3.11.1958, UA Münster, Rektorat, 5, Nr. 363, Bd. 1.
- 35 Vgl. Heike Amos, Die Westpolitik der SED 1949/49–1961, Berlin 1999, S. 246.
- 36 Walter Hagemann, Fragen an die Regierung der DDR, in: Die Information, Sonderdruck (1958), S. 3–9.
- 37 Walter Vesper an Walter Ulbricht, 24.10.1958, BArch Berlin, Zentralkomitee (ZK) der SED, Internes Parteiarchiv, DY/30/J, IV, 2/2J/532.
- 38 Um die nationale Wiedergeburt Deutschlands, in: Neues Deutschland, 21.10.1958, S. 1.
- 39 Vgl. Walter Hagemann an Johann Baptist Gradl, 16.9.1959, ACDP, Nachlass Gradl, I-294-073/1.
- 40 Walter Hagemann an Max Wegner, 24.10.1958, UA Münster (wie Anm. 10).
- 41 Walter Hagemann an Wilhelm Rudolph, 3.11.1958, UA Münster, Rektorat, 5, Nr. 363, Bd. 1.
- 42 Exemplarisch: Hagemann bei Pankow gelandet, in: Badische Neueste Nachrichten, 24.4.1958.
- 43 Hans Töpfer, Walter Hagemann, der Nationalheld Pankows, in: Rheinischer Merkur, 24.10.1958.
- 44 Exemplarisch: Wolf-Bernd Althoff, Hagemann – Reporter Ulbrichts?, in: Deutsche Tagespost, 28.10.1958.
- 45 Vgl. Bericht über den Stand des Ausschlussverfahrens gegen Hagemann, 15.3.1958, ACDP, Parteiausschluss Hagemann, III-002-671/1.
- 46 Beschluss des Ehrengerichts des CDU-Kreisverbandes Münster, 21.4.1958, ACDP, Parteiausschluss Hagemann, III-002-671/1.
- 47 Walter Hagemann an Ehrengericht des CDU-Landesverbandes Westfalen, 5.5.1958, ACDP, Parteiausschluss Hagemann, III-002-671/1.

- 48 Beschluss des Ehrengerichts des CDU-Landesverbandes Westfalen, 4.11.1958, ACDP, Parteiausschluss Hagemann, III-002-671/1.
- 49 Landgericht Dortmund an Fritz Schäffer (Anm. 26).
- 50 Werner Schütz an Walter Hagemann, 3.4.1959, UA Münster, Kurator, 10, Nr. 12567, Bd. 3.
- 51 Exemplarisch: Wolfram Köhler, Wenn ein Professor nach Ostberlin fährt , in: Die Welt, 20.4.1959; vgl. Wilhelm Rudolph, Bekanntmachung, 23.4.1959, UA Münster, UA Münster, Phil. Fak., 63, Nr. 28, Bd. 1.
- 52 Anschuldigungsschrift Hagemann (Anm. 23).
- 53 Wolfgang Abendroth an Werner Schütz, Juni 1959, BArch Koblenz, Nachlass Wolf, N1367/139; exemplarisch: Wilhelm Rudolph an Werner Schütz, 14.5.1959, UA Münster, Kurator, 10, Nr. 12567, Bd. 3.
- 54 Exemplarisch: Emil Dovifat an Walter Hagemann, 11.5.1958, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Nachlass Dovifat, I HA Rep. 92, Nr. 556.
- 55 Walter Hagemann, Stellungnahme zum Untersuchungsergebnis, 18.6.1959, ADL, Nachlass Dehler, N1-3010.
- 56 Beschluss des Landesverwaltungsgerichts Münster (Anm. 29).
- 57 Anklageschrift Hagemann, 22.11.1960, BArch Berlin, Strafsache Hagemann, DP/3/2058.
- 58 Exemplarisch: Strafverfahren gegen Hagemann, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 23.1.1961.
- 59 Beschluss des Landgerichts Münster, 10.3.1961, Landesarchiv NRW Münster, Staatsanwaltschaft Münster, Nr. 879.
- 60 Paula Acker an Walter Ulbricht, 30.5.1961, BArch Berlin, ZK der SED, Büro Ulbricht, DY/30/3564.
- 61 Walter Hagemann: Ansprache, 17.8.1961, UA Münster, 5, Nr. 363, Bd. 1.
- 62 Michael Meyen, Öffentlichkeit in der DDR, in: Studies in Communication/Media 1 (2011), S. 3–69, hier 41.
- 63 Vgl. Heinrich Küppers, Joseph Wirth, Stuttgart, 1997, S. 326–328.



Willy Brandt mit Frau Brigitte am 18. September 1985 in Ost-Berlin.

Benjamin Koerfer

Die Taktik der »Bürgernähe« des MfS: Willy Brandts Besuch in Ost-Berlin 1985

Als Bundeskanzler Willy Brandt 1970 nach Erfurt reiste, wurde ihm riesiger Zuspruch der DDR-Bürger zu Teil. Als er 1985 Ost-Berlin besuchte, war davon nichts zu spüren. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (nachfolgend: MfS) hatte getarnte Mitarbeiter als Schaulustige eingesetzt, um eine ähnliche Szenerie zu verhindern. Im Jargon des MfS wurde dies irreführend als »bürgernahe Sicherungstaktik« bezeichnet.

In der Folge werden Brandts Besuch im Spiegel der westlichen Medien beschrieben und die internen Abläufe des MfS bei diesem Einsatz aufgearbeitet. Die Ergebnisse münden im Hinblick auf die Geschichte der DDR und des MfS in den 1980er Jahren in der These, dass es sich hier nicht nur um eine Strategieberücksichtigung bezüglich Willy Brandt handelte, sondern

dass sich in der »bürgernahen« Taktik ein Anpassungsversuch des MfS auf die neuen Herausforderungen der DDR und die Kontextbedingungen der 1980er Jahre insgesamt offenbart.

Als Quellengrundlage dienen dabei die Akten des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU). Diese ermöglichen einen Einblick in die internen Abläufe zwischen den verschiedenen involvierten Abteilungen des MfS und offenbaren durchaus Diskrepanzen zwischen den einzelnen Stellen. Es kann vermutet werden, dass die neue Taktik in der Folge noch häufiger zum Einsatz gebracht wurde. Es wären weitere Forschungen von Nöten, um den genauen Umfang des Einsatzes dieser Vorgehensweise einschätzen zu können. Die Betrachtung des »bürgernahen« Einsatzes stellt einen neuartigen Zugang zur Geschichte der Stasi dar.

Der Brandt-Besuch in den Medien

»Die Polizeiabsperrungen hielten dem Druck nicht mehr stand. Scharen von Menschen strömten auf den Bahnhofsvorplatz. [...] Plötzlich ertönten die ersten Willy-Rufe. »Willy Brandt ans Fenster.«¹ So oder ähnlich wurde in den westdeutschen Medien 15 Jahre später des historischen Besuchs Willy Brandts in Erfurt 1970 gedacht. Anlass für die neuerliche Berichterstattung war die anstehende Visite des SPD-Vorsitzenden in Ost-Berlin am 18. September 1985, die ebenfalls einen bemerkenswerten Verlauf nehmen sollte. Denn Willy Brandts Besuch sollte für das MfS der Auftakt zu einem veränderten Umgang mit den DDR-Bürgern werden. Sie reagierte damit auf die abnehmende Akzeptanz des Regimes im Inneren.

»Willy Brandt [war] im deutsch-deutschen Verhältnis nicht irgendwer«, wie betont wurde – nach seinen großen Erfolgen in der Ostpolitik war er 1974 wegen der Guillaume-Affäre als Bundeskanzler zurückgetreten.² Sein Verhältnis zu den Spitzen der DDR blieb schwer belastet: »Die Spionageaffäre Guillaume [...] war nicht vergessen.«³ Jahre zuvor hatten die begeisterten Reaktionen der ostdeutschen Bevölkerung auf den Aufenthalt Brandts in Erfurt die Machthaber in eine unangenehme Situation gebracht. Folgerichtig wurde die Strategie bei künftigen Besuchen geändert – so wirkte die Stadt Güstrow wie ausgestorben, als Bundeskanzler Helmut Schmidt sie 1981 für ein Arbeitstreffen besuchte. Zu dieser Zeit erinnerte man sich in der Staatsführung »mit Grausen« an die Reaktionen in der Bevölkerung auf Brandts Visite 1970.⁴ Daher ließ die Staatssicherheit lediglich ausgewählte Kader in die Nähe von Schmidt und Honecker, um spontane Sympathiebekundungen zu verhindern. Das Regime hatte

aus den eigenen Fehlern gelernt.⁵ Dennoch waren die leeren Straßen nicht das optimale Bild, um sich propagandistisch stimmig gegenüber der eigenen Bevölkerung und dem Westen zu präsentieren.

Damit stellte sich die Frage nach der Organisation des Brandt-Besuchs 1985, denn »Helmut Schmidts Gang durch das zur Geisterstadt abgeriegelte Güstrow« war »da noch in genauso guter Erinnerung wie Brandts einziger Kurz-Aufenthalt in der ›DDR‹, als er 1981 François Mitterrand [...] begleitete.«⁶ Er selbst hegte wohl keine allzu großen Hoffnungen, erneut in engen Kontakt mit der Bevölkerung treten zu können: »Die lassen mich in der DDR nicht frei herumspazieren, die denken gar nicht daran.«⁷ Er schätzte vielmehr, »daß da etwas übriggeblieben ist von damals [...], etwas, das nicht zur Wiederholung ermutigt.«⁸ Diese Einschätzung entsprach dem Tenor in den westdeutschen Medien, die es ebenfalls für »höchst fraglich« hielten, ob sich Szenen wie in Erfurt wiederholen würden.⁹ Zudem wurde schlicht festgestellt, dass »Ost-Berlin Willy-Rufe zu verhindern wissen« werde.¹⁰

Brandts Besuch verlief durchaus unüblich, da er von Honecker wie ein Staatsgast empfangen wurde, obwohl weder er noch die SPD Regierungsverantwortung trugen und die Folgen der Guillaume-Affäre das Verhältnis der beiden belasteten.¹¹ Das Protokoll umfasste die folgenden Termine: ein gemeinsames Abendessen, eine Stadtrundfahrt durch Ost-Berlin, ein Treffen mit Vertretern der evangelischen Kirche und Gespräche mit Honecker, bei denen unter anderem »die Einrichtung [einer] gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Bildung eines ›atomwaffenfreien Korridors in Europa‹ vereinbart wurde.¹² Außerdem gab es einen öffentlichen Auftritt *Unter den Linden*. Jedoch ließ man Brandt keineswegs »frei herumlaufen [...], jede spontane Begegnung mit Ost-Berlinern nach Art der Erfurter ›Willy, Willy-Rufe 1970 [wurde] vorsorglich ausgeschlossen.«¹³ Umso mehr verwundert die Szenerie, die sich bei Brandts Termin *Unter den Linden* ergab. Hier legte er einen Kranz am Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Krieg nieder und besuchte das Museum für Deutsche Geschichte. Als er an diesen öffentlichen Orten ankam, hatte sich auch tatsächlich eine größere Menschenmenge versammelt. Jedoch verharrten »hunderte von DDR-Bürgern in Totenstille«, als Brandt zur Ehrung der Opfer schritt.¹⁴ Wieso blieben Reaktionen auf den einst gefeierten Brandt aus, obwohl die anwesenden Menschen allem Anschein nach eine exklusive Gelegenheit dazu gehabt hätten? In der Zeit seit seinem Erfurtbesuch hatte sich nichts ereignet, was die öffentliche Meinung in der DDR über Willy Brandt so nachhaltig verändert haben könnte. Viele Beobachter versuchten die Reserviertheit durch die kurzfristige Ankündigung des Besuchs oder die

schlecht einsehbare Szenerie vor Ort zu erklären, manche dokumentierten diese lediglich, ohne sie zu hinterfragen.¹⁵

Andere schauten jedoch genauer hin. So stellte etwa Günter Müchler in seinem Artikel für die *Bonner Rundschau* nüchtern fest: »Die Beamten des Staatssicherheitsdienstes (MfS) hielten sich dezent im Hintergrund.«¹⁶ Er identifizierte zwar nicht das Ausmaß des Einsatzes, erkannte unter den Schaulustigen anscheinend aber einige Mitarbeiter des MfS. Auch die ARD-Tagesschau thematisierte diese Beobachtung in der Spätausgabe am 18. September.¹⁷ Deutlich wurden die Journalisten Dravenau und Pieper: Es habe sich »eine 350-köpfige Menschengruppe vor dem Mahnmal gebildet, darunter – man konnte sie gut erkennen – viele Mitglieder des Staatssicherheitsdienstes [...]. Sie stehen zumeist in der zweiten Reihe, unauffällig in ihren Lederjacken.« Die Autoren offenbaren die Szenerie also als Ergebnis einer »listenreichen Regie« seitens des MfS.¹⁸ Interessanterweise erwähnte Heinz Dravenau sie in seinem einige Zeit später erschienenen Artikel im »Vorwärts« nicht mehr.¹⁹ Auch in der am 23. September 1985 publizierten Ausgabe des Magazins *Der Spiegel* wurde diese Beobachtung nicht thematisiert, obwohl sie aufgrund des zeitlichen Abstands mittlerweile bekannt gewesen sein dürfte. Möglicherweise wurde dieser Feststellung in der medialen Betrachtung mit größerem zeitlichem Abstand wenig Bedeutung beigemessen.²⁰ Barbara Marshall fasst in ihrer Brandt-Biographie zusammen: »Für wie »gefährlich« die DDR-Machthaber die potentielle Wirkung Brandts auf die ostdeutsche Öffentlichkeit noch immer einschätzten, kam darin zum Ausdruck, daß bei seinem Museumsbesuch alle anderen Besucher MfS-Angehörige waren.«²¹

Eine neuartige Taktik

Die Beobachtung einiger Journalisten entsprach den Tatsachen. In den mittlerweile zugänglichen Akten ist zunächst von »insgesamt und teilweise modifiziert[en], auf den Besuches des SPD-Vorsitzenden abgestimmt[en] zum Einsatz gebrachten Sicherungselemente[n]« die Rede.²² Hinter dieser hölzernen Umschreibung verbirgt sich eine bei dieser Gelegenheit erstmals angewandte Taktik des MfS.²³ Es waren tatsächlich in großer Zahl getarnte Mitarbeiter samt ihrer Familienangehörigen zum Mahnmal *Unter den Linden* und ins Museum für Deutsche Geschichte transportiert worden, um die Szenerie des Besuchs zu kontrollieren und das Straßenbild, welches sich Beobachtern in West und Ost bot, zu gestalten. Über dieses neuartige Vorgehen tauschten sich die verschiedenen Abteilungen des MfS intern

aus. Dabei taucht ein Begriff immer wieder auf, den man heutzutage nur aus anderen Kontexten kennt: der Begriff der *Bürgernähe*. Was meinte das MfS damit und was bezweckte sie mit ihrer – gegenüber früheren Anlässen – veränderten Taktik?

Das neuartige Vorgehen der Staatssicherheit: Die »bürger-nahe Sicherungstaktik«

Der Begriff der *Bürgernähe* ist im heutigen Sprachverständnis einigermaßen klar definiert. Nimmt man das populäre Online-Lexikon Wikipedia als Maßstab für das aktuell verbreitetste Verständnis dieses Begriffs, so ist eine bürgernahe Regierung oder Verwaltung eine, die »auf die Bedürfnisse, Probleme und die allenfalls geäußerten Wünsche der Bürger eingeht« und dabei möglichst »unbürokratische« Vorgangsweisen anwendet.²⁴ Für politische Vereinigungen stellt die *Bürgernähe* ein prinzipiell positives Konzept dar, wenn die eigene demokratische Legitimation erhöht werden soll.

Legt man ein solches Verständnis zu Grunde, verwundert es, dass eine Terminologie wie etwa die »bürgernahe Sicherungstaktik« in den Akten der Staatssicherheit der DDR auftaucht.²⁵ Diese hatte jedoch nicht das Ziel, den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten (wie eventuell zunächst zu vermuten), sondern vielmehr eine Strategie zu entwickeln, die »generell [...] das Vertrauen der Bevölkerung zur Partei und Staatsführung« befördern sollte.²⁶

Diese Vorgehensweise wurde wie folgt begründet: »die zunehmende Schärfe der Klassenauseinandersetzung [...] und die weitere allseitige Entwicklung unserer Republik und die nicht zuletzt immer mehr zum Tragen kommende Politik der Bürgernähe ergeben insgesamt ein neues Anforderungsbild, das mit perspektivischem Blick neu bestimmt und konsequent realisiert werden muß.«²⁷ So heißt es in einer Stellungnahme zu den Erkenntnissen aus den Maßnahmen bei Willy Brandts Besuch. Ziel sei »eine das Vertrauen der Bevölkerung zur Partei- und Staatsführung fördernde Sicherungstaktik.«²⁸ Zu diesem Zweck wurden – wie bereits erwähnt – Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und deren Angehörige getarnt als »Schaulustige« bei Willy Brandts Besuch in Ost-Berlin eingesetzt. Parallel zeigte die Staatsmacht jedoch auch durch uniformierte Kräfte Präsenz, um das gewohnte Bild derartiger Anlässe nicht zu gefährden. Der Begriff der *Bürgernähe* gehörte bis dato nicht zur gängigen Terminologie des MfS. Der Ausdruck wurde wahrscheinlich erst im Zuge der Ausarbeitung der neuartigen Strategie entwickelt.

Arbeitsteilung und Ausführung der Aktion

Federführend für die Operation während des Brandt-Besuchs war die Hauptabteilung Personenschutz (HA PS), deren Aufgabe die »Gewährleistung des Schutzes der führenden Repräsentanten der SED und der DDR sowie ihrer ausländischen Gäste unter allen Bedingungen« war.²⁹ Leiter der dieser Abteilung war seit 1974 Günter Wolf.³⁰ Ebenfalls involviert war die Hauptabteilung XXII, »Terrorabwehr«.³¹ Wie wurde nun das neuartige Vorgehen intern bei der Staatssicherheit betrachtet und bewertet?

Zunächst waren Vorbereitungen nötig, da die Vorgehensweise des »gedeckten« (soll heißen: getarnten) Einsatzes von Mitarbeitern in Zivilkleidung bei offiziellen Terminen ein neuartiger Ansatz war. Daher musste das Personal auf die neue Aufgabe vorbereitet werden. So geht aus einem handschriftlichen Bericht des Hauptamtes Personenschutz hervor, dass »zur Realisierung dieser Einsatzaufgabe, die in gedeckter Form realisiert werden sollte, es notwendig war, aus dem Personalbestand solche Kader auszuwählen und auszubilden (kurzfristig) die in der Lage sind, operativ und flexibel der Situation und Aufgabenstellung entsprechend zu handeln«.³² Und weiter: »In Vorbereitung beider Einsätze wurden ausgehend von den Aufgabenstellungen des Genossen Minister und des Ltr. der HA PS die für die jeweiligen Stützpunkte des Sicherungssystems, der speziellen Handlungen und Einsatzrichtungen der Reserve verantwortlich eingesetzten Leiter anhand der Sicherungskonzeption und vor Ort konkret in ihre speziellen Aufgaben eingewiesen.«³³ Insgesamt waren laut diesem Dokument ca. 600 Mitarbeiter (gedeckt und ungedeckt) im Einsatz. Wie die weitere Auswertung der Akten ergab, wurde die Vorbereitung auf diesen Einsatz überwiegend als nicht ausreichend angesehen, anders als es die obige Beschreibung suggeriert.

Interne Auswertung – Positive Bewertung

Über den Verlauf des Einsatzes sowie die Erkenntnisse aus ihm und die Vorgehensweise insgesamt tauschten sich verschiedene Dienststellen aus. Die Bewertung fiel insgesamt recht positiv aus: »Während der Gesamtdauer der Aktion war im Verantwortungsbereich der Hauptabteilung PS eine stabile politisch-operative Lage zu verzeichnen«.³⁴ Grundsätzlich wurde zudem festgehalten, dass sich »die gedeckte Einsatzdurchführung [...] beim Brandt-Besuch im wesentlichen bewährt« habe.³⁵ Konkreter hieß es später an anderer Stelle, dass es gelungen sei, trotz der zahlreichen »gedeckt« eingesetzten Kräfte, ein normal wirkendes Straßenbild beizu-

behalten: »Bewährt hat sich der ausschließliche Einsatz von gedeckt handelnden Kräften des MfS, die Einbeziehung von weiblichen Angehörigen und Familienangehörigen der eingesetzten Sicherungskräfte, [...] zur Aufrechterhaltung eines völlig normal wirkenden öffentlichen Lebens in den verschiedensten Handlungsräumen. Die normale Präsenz uniformierter Kräfte und ihr Wirken vor allem in der Tiefe sowie die beabsichtigte Vermeidung des Einsatzes gesellschaftlicher Kräfte ist richtig und zweckmäßig.«³⁶ Zu diesem »völlig normal wirkenden öffentlichen Leben« trug auch die Kleidung der »gedeckten« Mitarbeiter bei, da sie sich unauffällig in das Straßenbild einfügen sollten: »Die Anpassung in der Bekleidung der SK [Sicherungskräfte] entsprechend der konkreten Einsatzlage (Straßenbild) trug zur Tarnung der SM [Sicherungsmaßnahmen] bei und sollte in den weiteren Einsatzdurchführungen beachtet werden.«³⁷ Betont wurde jedoch auch, dass die »bürgernahe Sicherungstaktik [...] nicht auf den Einsatz gedeckt handelnder Kräfte beschränkt werden« solle, damit »für die teilnehmende Bevölkerung [...] auch das gewohnte Bild bei öffentlichen Anlässen gesichert werden« könne.³⁸ Diese positiven Eindrücke über einzelne Aspekte des Einsatzes führten jedoch partiell zu Fehleinschätzungen des Einsatzes. So konstatierte beispielsweise Oberstleutnant Oswald (Hauptabteilung PS, Abteilung XI) es sei »erreicht« worden, »daß die Sicherungskräfte zwar im Handlungsraum präsent waren, aber nicht als solche erkannt wurden.«³⁹

»Enttarnung« durch die westlichen Medien

Diese Einschätzung war wie gezeigt nur zum Teil korrekt, da der Einsatz getarnter Kräfte von westlichen Medienvertretern erkannt wurde. Dies war logischerweise auch die Hauptkritik, die MfS-intern in der Folge häufig geäußert wurde: »Durch die westlichen Massenmedien« würden »abfällige Bemerkungen über die Sicherungskräfte und -maßnahmen in Umlauf gesetzt«, es erfolgte eine »teilweise Enttarnung unseres Vorgehens [...]«, so das Resümee der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe. Darauf folgte eine Reihe von Zitaten westlicher Medien zur Kenntnisnahme der übrigen Abteilungen.⁴⁰ »Insbesondere die eingesetzten Kamerateams« interessierten »sich auffallend deutlich für die laufenden politisch-operativen Sicherungsmaßnahmen«, hieß es dazu noch am Tag des Besuchs von Seiten des Zentralen Operativstabs.⁴¹ Kritisiert wurde, dass »unerfahrene, nicht genügend politisch vorbereitete Angehörige als ›Bevölkerung‹ zum Einsatz« kamen und damit das Gesamtbild unrealistisch erscheinen ließen.⁴² Diese Kritik steht freilich im Widerspruch zum Bericht über

die Vorbereitung der eingesetzten Kräfte weiter oben. Um eine Enttarnung zukünftig zu vermeiden, wurde die Empfehlung ausgesprochen, dass »beim Einsatz gedeckt handelnder Kräfte [...] generell deren konkrete Instruierung über das Verhalten am Einsatzort erforderlich« sei und dadurch zu verhindern sei, »daß Unterschiede im Verhalten von als »gedeckte Kräfte« eingesetzte[n] Angehörige[n] des MfS und »normaler Bevölkerung« für die ausländische Presse sichtbar« werde und »zur Enttarnung der Sicherungselemente führten.«⁴³

Verbesserung der Strategie

Um gegen dieses Defizit anzugehen, wurden diverse Verbesserungsvorschläge artikuliert. Beispielsweise wurde die Empfehlung ausgesprochen, die An- und Abreise der getarnt eingesetzten Mitarbeiter besser und unauffälliger zu koordinieren. Bei Brandts Besuch waren die MfS-Mitarbeiter größtenteils als geschlossene Gruppe am Ziel angekommen. In der Folge war für Außenstehende wohl auch deutlich zu erkennen, dass die anwesenden Menschen sich untereinander kannten, da sich viele Gesprächskreise bildeten, was den Eindruck einer zufällig zusammen gekommenen Menschenmenge konterkarierte. Auch die Kleidung solle besser abgestimmt werden. Um die Auswirkungen dieser besseren Tarnung auf die eigene Arbeit zu minimieren, sollten Erkennungszeichen festgelegt werden, an denen sich die Mitarbeiter untereinander erkennen sollten.⁴⁴

Trotz der Probleme wurde beabsichtigt, die Einsatzform des »gedeckten« Auftretens weiterzuentwickeln: »Die Methode der stichpunktartigen gedeckten Durchführung von Einsatzmaßnahmen erwies sich insgesamt als eine zweckmäßige Form und kann unter Beachtung spezifischer Anforderungen hinsichtlich der Ausbildung und Befähigung der Leiter und Angehörigen als taktische Handlungsvariante der HA PS weiterentwickelt werden.«⁴⁵ Es wurde jedoch auch angemahnt, dass die neue Taktik kein »Allheilmittel« darstelle und »eine prinzipielle Schlußfolgerung [...], daß der Einsatz von »gedeckten Kräften« als Bevölkerung ein bei allen Einsatzarten vorrangig einzusetzendes Sicherungselement« darstelle, als »nicht realistisch und [...] nicht zu empfehlen« abgelehnt.⁴⁶

Die vorliegenden Akten offenbaren das Bild einer Behörde, welche intensiv und zumindest partiell kontrovers versuchte, die neue Taktik bei offiziellen Anlässen zu optimieren, um die gewünschten Reaktionen, Bilder und Eindrücke in Zukunft zu erreichen. Die gesammelten Erfahrungen wurden kritisch reflektiert, um die Taktik für zukünftige Einsätze zu verbessern. Eine gewisse Diskrepanz zwischen einzelnen Abteilungen deu-

tet sich dabei an. Dieser Binneneindruck entspricht den Weisungen von MfS-Chef Erich Mielke. Dieser hatte angeordnet, »dem Interesse Brandts, DDR-Bürger zu treffen, ›offensichtlich entgegen zu kommen«, Kontakte aber letztlich »zuverlässig zu verhindern«.⁴⁷ Die gegenüber früheren vergleichbaren Einsätzen veränderte Taktik offenbart sich also sehr deutlich bei der Analyse der relevanten MfS-Akten.⁴⁸ Es ist naheliegend zu vermuten, dass die negativen Bilanzen (aus Sicht des MfS) der Besuche 1970 und 1981 ein wichtiger Faktor bei der Neukonzipierung der MfS-Vorgehensweise beim Brandt-Besuch 1985 waren. Darüber hinaus soll aber in der Folge gezeigt werden, dass hinter dem Konzept der *bürgernahen Sicherheitstaktik* mehr steckte als nur ein taktischer Neuansatz des MfS, nachdem man bei ähnlichen Anlässen zuvor mit der eigenen Einsatzbilanz unzufrieden war. Vielmehr erkennt man hier die prekäre Lage von DDR und MfS in der Mitte der 1980er Jahre generell. Wie ist dies zu begründen?

Die Lage des Regimes 1985 – Wie kam es zum »bürger-nahen« Einsatz?

Will man die Situation, in der sich die DDR Mitte der 1980er Jahre befand, verstehen, muss man verschiedene innen- und außenpolitische Faktoren berücksichtigen. Zudem gilt es, das Verhältnis des MfS zur SED zu skizzieren. Im Rahmen dieses Beitrages ist nur die Schilderung von Grundzügen möglich. Zur genaueren Betrachtung und Charakterisierung des MfS gibt es mittlerweile sehr gute, einschlägige Forschungsliteratur.⁴⁹

Die Herausforderungen der DDR in den 1980er Jahren

Anfang der 1980er Jahre stand die DDR vor »fundamentalen Herausforderungen«. Es machte sich »wachsendes Unbehagen« in der Bevölkerung breit, da »die diktatorischen Machtstrukturen immer schmerzlicher als nicht zu rechtfertigende, illegitime Anmaßung empfunden« wurden, widersprachen sie doch der Zustimmung zur KSZE-Vereinbarung von 1975.⁵⁰ Diese war jedoch nur auf Grund strategischer Kalküle zu Stande gekommen und erlangte in der politischen Praxis der DDR-Führung nie Relevanz.

Hinzu kamen immer stärker hervortretende wirtschaftliche Probleme, durch die sich »die Lage der DDR [...] in den frühen achtziger Jahren bedrohlich« zuspitzte.⁵¹ Die DDR war auf wirtschaftliche Hilfen des Westens angewiesen und musste sich diesem im Gegenzug mehr öffnen. Der

MfS-Führung missfiel der »Westdrall« der DDR-Führung, was einen unterschweligen Konflikt zwischen Parteiführung und Staatssicherheit zur Folge hatte.⁵² Ab 1985 veränderte sich die Situation gravierend durch den Amtsantritt des neuen Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow. Dieser erkannte, stärker als die Spitzen des DDR-Regimes, dass sich die Sowjetunion und der Ostblock insgesamt wirtschaftlich und militärisch überdehnt hatten. Die Führungsriege der DDR war allerdings nicht bereit, den neuen Kurs der Öffnung mitzugehen – trotz der vorherigen (in erster Linie ökonomisch motivierten) leichten Annäherung an den Westen. Insgesamt war der Reformwille sehr gering und sollte dies auch bis Ende der 1980er Jahre bleiben.⁵³

Es lässt sich schon für das Jahr 1985 konstatieren, dass »Honeckers Haltung zu Gorbatschow [...] von Beginn an zwiespältig« war.⁵⁴ Zum Zeitpunkt des Besuches von Bundeskanzler Willy Brandt in Ost-Berlin »waren die Animositäten [...] noch ganz frisch«.⁵⁵ Diese Verwerfungen zwischen Ost-Berlin und Moskau will auch Brandt zum damaligen Zeitpunkt schon wahrgenommen haben. Mittelfristig ging er von einer Ablösung der DDR-Führung durch Gorbatschow aus.⁵⁶ Zusammenfassend lässt sich festhalten: Innenpolitisch war die DDR mit wachsenden ökonomischen Problemen und einer durch die KSZE-Zusagen gestärkten Opposition konfrontiert, welche eine demokratische Reform der Strukturen der DDR anstrebte.⁵⁷ Außenpolitisch war die DDR zusätzlich vermehrt auf wirtschaftliche Unterstützung des Westens angewiesen, was zu Unstimmigkeiten in der Führungsriege des Regimes führte. Ab 1985 konnte man sich zudem nicht mehr auf die vorbehaltlose Unterstützung des »großen Bruders« Sowjetunion verlassen, der 1953 den Aufstand in der DDR noch mit Panzern niedergeschlagen hatte.

Anpassungsversuche der Staatssicherheit

Trotz dieser für die DDR negativen Tendenzen stand »zu Anfang der achtziger Jahre [...] das Ministerium für Staatssicherheit [noch] im Zenit seiner Macht«.⁵⁸ Im Laufe des Jahrzehnts sollten sich die Veränderungen jedoch auch innerhalb des MfS bemerkbar machen: »Aus der Perspektive der MfS-Mitarbeiter verschoben sich die politischen Rahmenbedingungen [...] ständig zu ihrem Nachteil. Dies war eine Folge der Öffnungspolitik zum Westen.«⁵⁹ Diese Entwicklung zu Ungunsten des MfS bewirkte einen »Zwang zur Verringerung offener Repression« und »das Bemühen, innergesellschaftlichen Widerspruch präventiv zu bekämpfen und möglichst unsichtbar zu zersetzen«.⁶⁰ Um die gesellschaftlichen Forderungen

nach einer Verringerung der Repressionen zu berücksichtigen und seine Aufgaben dennoch weiter erfüllen zu können, war das MfS gezwungen, seine Strategien zu überdenken und stärker im Verborgenen vorzugehen: Es erfolgte ein Übergang zu einer »defensiven, die Herrschaftsstrukturen konservierenden und sichernden Repression.«⁶¹ Diese Änderung stellte jedoch mitnichten eine Liberalisierung dar, sondern nur eine neue Vorgehensweise bei der Kontrolle und Repression der Bevölkerung.

So verstärkte sich auch die Tendenz, die Bevölkerung der DDR als politisch unzuverlässig und vom Westen unterwandert zu betrachten.⁶² Dabei wurden nicht nur Menschen aus eher oppositionell eingestellten Milieus (wie beispielsweise der Kirche) sehr kritisch beäugt, »sondern [...] selbst die Angehörigen institutioneller Säulen des Regimes grundsätzlich als potentiell unzuverlässig« verdächtigt.⁶³ Diese Einschätzung des eigenen Volkes war dabei nicht völlig aus der Luft gegriffen: »Faktisch führten die verstärkten Kontakte und Beziehungen seit den siebziger Jahren zu einer schleichenden und nicht umkehrbaren Verwestlichung im akzeptierten oder zumindest tolerierten Wertehorizont der DDR-Bürger.«⁶⁴ Da die Hauptaufgabe des MfS in der Sicherung des Machterhalts des SED-Regimes lag, reagierte sie beinahe paranoid auf diese Tendenzen und entwickelte ausgeklügelte verdeckte Strategien, um potentielle Feinde des Regimes einzuschüchtern und in die Schranken zu weisen. Verleumdung, Rufmord und rücksichtslose Eingriffe in das Privatleben der Verdächtigen waren die Regel.⁶⁵ »Das Ausweichen [...] auf andere Methoden der »Feindbekämpfung« war auch ein Symptom der Schwäche des SED-Staats«, fasst Gieseke das Dilemma von MfS und Staatspartei zusammen.⁶⁶

Parallel setzte man im MfS daher auch auf eine optimierte Öffentlichkeitsarbeit, um zu versuchen, sich ein besseres Image in der Bevölkerung zu verschaffen.⁶⁷ Verdeutlicht wurde das in der Dienstanweisung Nr. 2/84. Darin wurde eingeräumt, dass beim MfS ein Reformbedarf bestehe, der es erfordere, »die Öffentlichkeitsarbeit insgesamt zu verstärken, sie differenzierter, überzeugungskräftiger, anschaulicher und damit sicherheitspolitisch wirkungsvoller zu gestalten.«⁶⁸ Ziel dabei sei die »allseitige[n] Stärkung und zuverlässige[n] Sicherung der Arbeiter- und Bauern-Macht bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR durch Darstellung und Verdeutlichung.«⁶⁹ Die von der Führung des MfS unterstellte Notwendigkeit, das vorherrschende Bild des Sicherheitsapparats in der Öffentlichkeit zu verbessern, wird hier deutlich. Dieser Ansatz schloss strategische Neuausrichtungen ein. Offenbar wollte man im Geheimen verstärkt gegen Teile der Bevölkerung vorgehen, das allgemeine Bild des MfS in der Öffentlichkeit jedoch verbessern. Es zeigte sich

trotz dieser Maßnahmen, dass das MfS in der Bevölkerung zunehmend an Zuspruch und Rückhalt verlor – daher glaubte man umso mehr, der eigenen Bevölkerung auf keinen Fall trauen zu können.⁷⁰ Ebenfalls wurde zu dieser Zeit versucht, das eigene Vorgehen zu verrechtlichen, um sich selbst zumindest eine Scheinlegitimität zu verschaffen. Diese Bestrebungen sind von Clemens Vollnhals ausführlich beschrieben worden.⁷¹ Diese Entwicklungen hatten auch Folgen für den Personalbestand des MfS: »Die Verschärfung der inneren Überwachung als Reaktion auf die äußere Entspannung führte im Ministerium für Staatssicherheit zu einem erheblich verstärkten Personalausbau.«⁷² Insbesondere die Zahl der »Inoffiziellen Mitarbeiter« stieg bis Mitte der 1980er Jahre auf einen Rekordwert – diese sollten als »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind« und als »Augen und Ohren« des MfS in der Bevölkerung dienen.⁷³

Der »bürgernahe« Einsatz als Anpassungsversuch des Ministeriums für Staatssicherheit

Vergleicht man diese allgemeinen Entwicklungstendenzen und Problemfelder des MfS mit den Eindrücken, die man durch Betrachtung der Vorgehensweise beim Brandt-Besuch gewinnt, so fallen interessante Übereinstimmungen auf, welche die allgemeinen Erkenntnisse beispielhaft untermauern. So zeigt sich mit Blick auf die Zielsetzung des verdeckten Vorgehens des MfS, hier die Sicherstellung eines authentisch wirkenden Straßenbildes bei gleichzeitig ausbleibenden Sympathiekundgebungen für Brandt, dass der Anschein einer Scheinliberalität erzeugt werden sollte, wie er auch in Versuchen einer Verrechtlichung der eigenen Maßnahmen oder eines verdeckten Vorgehens gegen potentielle Regimegegner beabsichtigt war. Wie sehr dabei der eigenen Bevölkerung misstraut wurde, verdeutlicht die Tatsache, dass nicht etwa »Gesellschaftliche« oder »Inoffizielle Mitarbeiter« für diesen Einsatz herangezogen wurden, sondern hauptamtliche Kräfte des MfS und ihre Familien. Darüber hinaus wurde die Bevölkerung über den Besuch von Bundeskanzler Brandt im Vorfeld kaum informiert und sollte bei Betrachtung der Szenerie durch eine Kombination aus uniformierten und verdeckten Einsatzkräften das übliche Straßenbild erkennen. Daher kann man postulieren, dass die Taktik der *Bürgernähe*, wie bei Willy Brandts Besuch erstmals eingesetzt, eine direkte Folge der Neuausrichtung des MfS war.

Alle Maßnahmen, die Vorbereitungen, Ausführung und Auswertung des Einsatzes zeigen ein bereits verunsichertes oder zumindest umdenkendes, wenn auch beileibe kein schwankendes Regime. Man ging bei Willy

Brandts Besuch quasi auf *Nummer sicher*, hatte aber neue Mittel und Wege, um den gewünschten Effekt zu erzielen. Diese Vorgehensweise war zum Teil – im Sinne des MfS – durchaus erfolgreich: Wie gezeigt, gingen nur einige der Medienberichte auf die Anwesenheit verdeckter MfS-Mitarbeiter ein, oftmals war es nur eine Randnotiz. In den meisten Berichterstattungen standen andere Themen im Vordergrund: etwa der Inhalt der Gespräche zwischen Brandt und Honecker, das sonst Regierungsvertretern anderer Länder vorbehaltene Protokoll oder die ungewöhnliche Geste Honeckers, die Delegation aus dem Westen bei einer Stadtrundfahrt persönlich zu begleiten. Insofern war den Behörden einigermaßen gelungen, was 1970 in Erfurt oder 1981 in Güstrow noch gänzlich fehlgeschlagen war: die Szenerie nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten, ohne dass seitens des Westens die dazu erforderlichen Maßnahmen gänzlich aufgedeckt wurden. Man könnte von einem Teilerfolg der Staatssicherheit sprechen. Die intern geäußerte Kritik verdeutlicht dabei jedoch, dass durchaus hohes Optimierungspotential gesehen wurde.

Die ganze Konzeption des Einsatzes lässt allerdings bereits erkennen, wie stark sich die Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume der SED und ihres »Schwertes und Schildes« bereits gewandelt hatten und wie versucht wurde, sich dem anzupassen. Die Strategie, subsumiert unter dem irreführenden und (aus heutiger Sicht) verfälschend anmutenden Begriff der *Bürgernähe*, zeigt in der Mikroperspektive Anpassungsversuche der Staatssicherheit an die neuen Herausforderungen, vor denen die DDR 1985 stand. Diese allein hätten nicht das Ende der DDR bedeutet, geben aber erste Hinweise auf die Ereignisse der Jahre 1989/1990.

Mit den Ergebnissen dieser Untersuchung offenbart sich die Möglichkeit, makroperspektivisch ähnliche Strategieanpassungen des MfS in anderen Bereichen ausfindig zu machen und den sehr fokussierten Blickwinkel dieser Untersuchung auszuweiten. Dies würde es erlauben, die Forschung über das MfS in den letzten Jahren der DDR voranzubringen.

Anmerkungen

1 Bonner Rundschau, 18. September 1985.

2 Augsburgs Allgemeine, 18. September 1985.

3 Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Einleitung: Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992, in: Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler (Hg.): Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992 (Willy Brandt. Berliner Ausgabe 10), Bonn 2009, S. 15–112, hier S. 39.

- 4 Norbert F. Pötzl, Erich Honecker. Eine deutsche Biographie, Stuttgart und München 2002, S. 190.
- 5 Jan N. Lorenzen, Erich Honecker. Eine Biographie, Hamburg 2001, S. 151 ff.
- 6 Die Welt, 18. September 1985.
- 7 Zitiert nach: Ebd.
- 8 Zitiert nach: Stuttgarter Nachrichten, 18. September 1985.
- 9 Westdeutsche Allgemeine, 18. September 1985.
- 10 Stuttgarter Nachrichten, 18. September 1985.
- 11 Jedoch machte Honecker gegenüber Brandt bei dieser Gelegenheit klar, dass er hoffe, die SPD würde die 1987 anstehenden Bundestagswahlen gewinnen. Vgl. Daniel Friedrich Sturm, Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/1990 (Willy-Brandt-Studien 1), Bonn 2006, S. 76 f.
- 12 Ebd., S. 89.
- 13 Ebd.
- 14 Neue Osnabrücker Zeitung, 19. September 1985.
- 15 Die entsprechenden Darstellungen finden sich beispielsweise in den Beiträgen der Westdeutschen Allgemeinen, der Westfälischen Rundschau, der Neuen Osnabrücker Zeitung, der Frankfurter Rundschau und anderen vom 19. September 1985.
- 16 Bonner Rundschau, 19. September 1985.
- 17 Auf den Inhalt der Sendung verweisen sowohl die entsprechenden MfS-Akten, als auch Siegfried Suckut, Willy Brandt in der DDR. Oder: Die Schwierigkeiten des MfS mit »Autoritätsperson im Weltmaßstab«, in: Jahrbuch für Historische Kommunismus-Forschung 21 (2008), Berlin, S. 170–182.
- 18 Auch vorheriges Zitat: Westdeutsche Allgemeine, 19. September 1985.
- 19 Vorwärts, Nr. 39, 1985, S. 3. Die verschiedenen Stationen von Brandts Besuch und die Ergebnisse des Treffens werden hingegen ausführlich dokumentiert.
- 20 Der Spiegel, Nr. 39, 1985, S. 22 f.
- 21 Barbara Marshall, Willy Brandt. Eine politische Biographie (Schriftenreihe Extremismus & Demokratie 6), Bonn 1993, S. 234 f.
- 22 MfS, Hauptabteilung PS Operativer Einsatzstab, Zentraler Operativstab, Abschlußbericht zum Besuch Willy Brandts, 20. September 1985, BStU, HA PS/MF 634, S. 1.
- 23 MfS, AKG, Vorlage zu Erkenntnissen aus den Sicherungsmaßnahmen beim Besuch Willi Brandts und möglichen taktischen Konsequenzen, 25. September 1985, BStU, HA PS/MF 634, S. 2.
- 24 Ohne Autor, Bürgernähe, in: Wikipedia – Die freie Enzyklopädie, <http://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrgern%C3%A4he>, Abruf am 13. September 2012. Selbstverständlich stellt Wikipedia keine wissenschaftliche oder zweifellos zuverlässige Quelle dar. Ihre Verwendung ist allerdings dazu geeignet, einen Eindruck des aktuell gängigen Verständnisses des Begriffs »Bürgernähe« zu gewinnen.
- 25 MfS, Hauptabteilung PS Leiter, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe Leiter, Stellungnahme zum Dokument »Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Realisierung des Planes beim Besuch von Willy Brandt«, 22. November 1985, BStU, HA PS/MF 634, S. 2.

- 26 Ebd.
- 27 MfS, AKG, Vorlage zu Erkenntnissen aus den Sicherungsmaßnahmen beim Besuch Willi Brandts (Anm. 23), S. 1.
- 28 MfS, HA PS, Leiter an ZAIG (Anm. 25), S. 2.
- 29 Roland Wiedmann, Hauptabteilung PS (Personenschutz), in: Roger Engelmann, Bernd Florath, Helge Heidemeyer u. a. (Hg.), Das MfS-Lexikon, Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, Berlin 2011, S. 148. Hier finden sich auch weitere Informationen und Fakten zur HA PS.
- 30 Weitere Informationen über Günter Wolf siehe in: Jens Gieseke (Hg.), Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989 (Anatomie der Staatssicherheit – MfS Handbuch V 4), Berlin 1995, S. 77.
- 31 Weitere Informationen zu dieser Abteilung siehe beispielsweise: Tobias Wunschik, Die Hauptabteilung XXII: ›Terrorabwehr‹ (Anatomie der Staatssicherheit – MfS Handbuch III 16), 2. Auflage, Berlin 1996.
- 32 MfS, Auswertungsbericht, Besuch Willy Brandt in der DDR. Einsatz Mahnmahl und Museum, 25. September 1985, BStU, HA PS/MF 634, S. 1.
- 33 Ebd., S. 2.
- 34 MfS, HA PS Operativer Einsatzstab, Zentraler Operativstab, Abschlußbericht zum Besuch Willy Brandts (Anm. 22), S. 1.
- 35 MfS, AKG, Vorlage zu Erkenntnissen aus den Sicherungsmaßnahmen beim Besuch Willi Brandts (Anm. 23), S. 8.
- 36 MfS, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Realisierung der Sicherungsmaßnahmen bei Willy Brandts Besuch, September 1985, BStU, HA PS/634, S. 4. Zur Erläuterung der erwähnten Kategorie der ›Gesellschaftlicher Kräfte‹: »Informelle Informanten, die [...] eine in Öffentlichkeit bekannte ›staatsbewusste Einstellung und Haltung‹ aufwiesen und entsprechend auftraten. Mit den GMS [= Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit] strebte das MfS die ›Einbeziehung breiter gesellschaftlicher Kräfte [...] an.«, siehe: Helmut Müller-Enbergs, Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit (GMS), in: Engelmann, Florath, Heidemeyer u. a. (Hg.), Das MfS-Lexikon (Anm. 29), S. 108.
- 37 MfS, Auswertungsbericht, Besuch Willy Brandt in der DDR (Anm. 32), S. 8.
- 38 MfS, HA PS, Leiter an ZAIG (Anm. 25), S. 2–3.
- 39 MfS, Abteilung XI, Erfahrungsprotokoll Besuch Willi Brandt in der DDR, 23. September 1985, BStU, HA PS/MF 634 S. 2.
- 40 MfS, ZAIG, Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Realisierung der Sicherungsmaßnahmen bei Willy Brandts Besuch (Anm. 36), S. 7. Bei den zitierten westlichen Medien handelt es sich um die Berliner Morgenpost, das Volksblatt Berlin, eine AP-Korrespondenz und die ARD. Diese Auflistung deckt sich nicht ganz mit den Ergebnissen der Recherchen für diesen Aufsatz.
- 41 MfS, Hauptabteilung PS Operativer Einsatzstab, Zentraler Operativstab, Erster Tagesbericht zum Besuch von Willi Brandt, 18. September 1985, BStU, HA PS/MF 634, S. 1.
- 42 MfS, HA PS, Leiter an ZAIG (Anm. 25), S. 3.

- 43 Ebd.
- 44 Die dargestellten Vorschläge stammen von Oberst Mann, Leiter der AKG, Hauptabteilung PS, Vgl.: MfS, AKG, Vorlage zu Erkenntnissen aus den Sicherungsmaßnahmen beim Besuch Willi Brandts (Anm. 23), S. 8.
- 45 MfS, Auswertungsbericht, Besuch Willy Brandt in der DDR (Anm. 32), S. 5.
- 46 MfS, HA PS, Leiter an ZAIG (Anm. 25), S. 7.
- 47 Suckut, Willy Brandt in der DDR (Anm. 17), S. 171. Suckut bezieht sich bei diesen Zitaten auf: BStU, MfS, ZOS 2414, Bl. 52 ff.
- 48 Zum Vorgehen der MfS 1970 siehe: Ebd., S. 172–176.
- 49 Einen guten Einblick vermittelt beispielsweise: Clemens Vollnhals, Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung (BStU – Abteilung Bildung und Forschung), Berlin 1995; oder auch Jens Gieseke, Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der MfS 1945 bis 1990, erweiterte und aktualisierte Auflage, München 2006.
- 50 Alle drei Zitate: Walter Süß, Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR. Geschichte der Staatssicherheit Teil III, Berlin 2009, S. 3 f. Mit der Zustimmung zur KSZE-Schlussakte 1975 sicherte die DDR formell die Achtung der Menschenrechte zu.
- 51 Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, S. 387.
- 52 Süß, Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR (Anm. 50), S. 9 ff.
- 53 Ebd., S. 22.
- 54 Lorenzen, Erich Honecker (Anm. 5), S. 177.
- 55 Pötzl, Erich Honecker (Anm. 4), S. 282. Neben unterschiedlichen Auffassungen bei grundsätzlichen Themen sorgte vor allem ein geplanter China-Besuch Honeckers für Verstimmungen.
- 56 Willy Brandt – Erinnerungen, 50 Jahre Bundesrepublik in der Erinnerung ihrer Gestalter, Jubiläumsausgabe, Berlin und Frankfurt a. M. 1999, S. 465 f.
- 57 Gieseke, Der Mielke-Konzern (Anm. 49), S. 172 f.
- 58 Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit (Anm. 51), S. 433.
- 59 Ebd., S. 434.
- 60 Walter Süß, Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung (BF informiert 17), Berlin 1997, S. 22.
- 61 Gieseke, Der Mielke-Konzern (Anm. 49), S. 177.
- 62 Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90. Ein kurzer historischer Abriß (BF informiert 21), Berlin 1998, S. 26.
- 63 Süß, Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR (Anm. 50), S. 23.
- 64 Gieseke, Der Mielke-Konzern (Anm. 49), S. 177.
- 65 Ebd., S. 192 ff. Hier werden die Vorgehensweisen und Strategien des MfS sehr anschaulich zusammengefasst und die Folgen für die Betroffenen erläutert.
- 66 Ebd., S. 200.
- 67 Definition von Öffentlichkeitsarbeit, siehe Siegfried Suckut, Wörterbuch der Staatssicherheit, Definitionen zur »politisch-operativen Arbeit«, 2. Aufl., Berlin 1996, S. 261. Öffentlichkeitsarbeit als eine »notwendige, offensive politisch-ideolo-

- gische Aufklärungs- und Erziehungsarbeit, die durch bestimmte damit beauftragte Dienstleistungen, Leiter und Mitarbeiter des MfS geleistet wird«.
- 68 Dienstanweisung Nr. 2/84 zur Führung und Organisierung der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit vom 12. Januar 1984, in: Roger Engelmann und Frank Joestel, Grundsatzdokumente des MfS (Anatomie der Staatssicherheit – MfS-Handbuch V 5), Berlin 2004, S. 422–431, hier S. 422.
- 69 Ebd., S. 424. Die genauen Anweisungen an die einzelnen Abteilungen folgen auf Seite 427, sind hier aber nicht weiter relevant.
- 70 Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit (Anm. 51), S. 436 f.
- 71 Clemens Vollnhals, Der Schein der Normalität. Staatssicherheit und Justiz in der Ära Honecker, in: Walter Süß und Siegfried Suckut (Hg.), Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 213–247.
- 72 Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90 (Anm. 62), S. 28.
- 73 Beide Zitate und Statistiken zur Anzahl der verschiedenen Kategorien von »Inoffiziellen Mitarbeitern« siehe: Vollnhals, Ministerium für Staatssicherheit (Anm. 49), S. 12 ff.



Familie beim Einkauf in einer »Selbstbedienungs-Kaufhalle« im Jahr 1976.

Matthias Judd

**»Bananen, gute Apfelsinen, Erdnüsse u. a.
sind doch keine kapitalistischen Privilegien«¹**

Alltäglicher Mangel am Ende der 1980er Jahre in der DDR

Im Systemwettbewerb der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts spielte der Konsum eine zentrale Rolle. Für DDR-Bürger boten der in weiten Teilen des eigenen Landes mögliche Empfang westdeutscher Rundfunk- und Fernsehprogramme, persönliche Beziehungen oder Reisen in die Bundesrepublik vielfache Gelegenheit, die jeweiligen Konsumniveaus zu vergleichen. Zwar gab es seit den 1950er Jahren in der DDR keinen Hunger und bei der erwerbstätigen Bevölkerung keine Armut mehr.² In der Ära Honecker verbesserten sich die Einkommenssituation und die Haushaltsausstattung mit langlebigen Konsumgütern sogar noch weiter. Allerdings konnten die Ost-

deutschen sehen, dass sich ein erhöhter Lebensstandard bei den Bundesbürgern früher und umfassender einstellte als bei ihnen. Sahen sie die DDR zwar in Bezug auf soziale Leistungen und Arbeitsplatzsicherheit im Vorteil, so erkannten sie doch den wachsenden Rückstand im Hinblick auf das technologische Niveau vieler inländischer Erzeugnisse und die weiter vorhandenen und sich offensichtlich verstärkenden Versorgungsgengpässe.

Hier soll untersucht werden, ob die »Aufgabe« der DDR durch ihre Bürger am Ende der 1980er Jahre auch durch den immer mehr spürbaren Mangel an ganz alltäglichen Produkten motiviert war: War es am Ende die lückenhaft oder nur schwer erhältliche Kindergarderobe und die sprichwörtlich fehlende Banane, die bei den DDR-Bewohnern das Fass zum Überlaufen brachte?

Die Entwicklung der Versorgungslage bei Textilien und Bekleidung bzw. bei Obst und Gemüse in den 1970er und 1980er Jahren und die Reaktion der DDR-Bevölkerung lässt sich anhand unterschiedlicher Quellen beleuchten – veröffentliche und interne Statistiken, Stimmungsberichte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), Einschätzungen im Auftrag des Ministeriums für Handel und Versorgung (MHV) sowie Eingaben aus der Bevölkerung.

Die Statistischen Jahrbücher der DDR wiesen fortlaufend Daten zu den Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung, ihren Sparguthaben und den Einzelhandelsumsätzen aus. Sie belegen einerseits, dass sich die Ostdeutschen im »Konsumsozialismus« der 1970er und 1980er Jahre, der ganz wesentlich mit dem Namen des SED-Generalsekretärs Erich Honecker verbunden war, mehr leisten konnten als zuvor.³ Andererseits zeigen schon diese Angaben, dass es ihnen nicht möglich war, ihre wachsenden Einnahmen weitgehend in Warenkäufe umzusetzen.

Steigende Einkommen konnten nicht in Waren umgesetzt werden

Zwei Faktoren sind hierfür herauszustellen. Erstens stiegen die Sparguthaben in fast jedem Jahr stärker als die Einzelhandelsumsätze, ganz offensichtlich auch wegen nicht in Warenkäufe umsetzbarer Einkünfte.⁴ Zweitens wuchsen die Pro-Kopf-Nettogeldeinnahmen in elf Jahren (1972/73, 1975, 1977/78, 1981 bis 1983, 1986/87, 1989) stärker als die Einzelhandelsumsätze. 1988 wiesen beide Pro-Kopf-Werte die gleiche Steigerungsrate auf.⁵

Bis zum Beginn der 1980er Jahre konnten wachsende Teile der Einnahmen im Einzelhandel umgesetzt werden, während andere Verwendungen

(Spenden, Versicherungen, Beiträge, kommunale Abgaben u.a.) relativ an Bedeutung verloren. In den 1970er Jahren entsprach der jährliche Einzelhandelsumsatz durchweg mindestens 80,5 Prozent der Nettogeldeinnahmen und erreichte 1980 mit 82,7 Prozent seinen historischen Höchststand. Seit 1981 nahm dieser Wert indes kontinuierlich bis 1987 auf 77,9 Prozent ab und stieg nur 1989 noch einmal leicht auf 78,2 Prozent an.⁶ Das sich bei den DDR-Bürgern besonders in den 1980er Jahren verstärkende Gefühl, es gebe »nichts zu kaufen«, findet hierin einen ersten Beleg.

Diese Angaben verschleiern allerdings das wahre Ausmaß der Verschlechterungen in der Versorgungslage. Zum einen verdecken die Daten zum gesamten Einzelhandelsumsatz ungünstige Entwicklungen in Teilbereichen in anderen Jahren. 1982 ging etwa der Umsatz im Bereich der Industriewaren gegenüber dem Vorjahr zurück, was noch durch das Wachstum der Umsätze für Nahrungs- und besonders für Genussmittel mehr als ausgeglichen wurde.⁷

Zum anderen sagen die rein-monetären Angaben nichts darüber aus, in welcher Qualität und vor allem in welchen Mengen Güter erworben werden konnten. Bei wichtigen langlebigen Konsumgütern blieb die technologische Entwicklung spätestens seit Beginn der 1970er Jahre faktisch stehen: Die PKW-Typen der Marken Trabant und Wartburg wurden seit Einführung ihrer Serienproduktion in den frühen 1960er Jahren im Wesentlichen unverändert hergestellt. Bei Haushaltsgroßgeräten, Radios, Stereoanlagen oder Fernsehapparaten zeigte sich ein ähnliches Bild. Für Kühlschränke lautete etwa das Fazit einer Analyse vom März 1989: »85 % der Erzeugnisse der Inlandsproduktion entsprechen wissenschaftlich-technischem Niveau der [19]70-er Jahre.«⁸ Die DDR-Konsumenten hatten indes keine Alternative, als diese technologisch veralteten Konsumgüter zu kaufen, wenn sie nicht über Devisen verfügten, die den Erwerb westlicher Erzeugnisse in den »Intershops« oder über das Devisenversandhaus »Genex« ermöglichte.

Bessere Versorgung in den 1970er Jahren

Die Analyse von Daten zu den Warenmengen bei Gütern des alltäglichen Bedarfs belegt für die 1970er Jahre Angebotsverbesserungen bei wichtigen Sortimenten an Textilien und an Bekleidung (vgl. Abb. 1)⁹ sowie bei Schuhen (vgl. Abb. 2).¹⁰ Die Pro-Kopf-Ausgaben in diesem Bereich stiegen langsamer als die Warenbereitstellung. Mithin standen also relativ mehr Waren zur Verfügung, selbst wenn es dabei auch zu verdeckten Preissteigerungen gekommen war. Bei Schuhen belegen die Angaben für die

zweite Hälfte der 1970er Jahre ein relativ stabiles (bei Straßenschuhen für Erwachsene sogar verbessertes) Angebot, das sich allerdings bereits zum Ende des Jahrzehnts zu verschlechtern begann.

Ähnlich verhielt es sich bei der Versorgung mit Obst und Gemüse. Bei Obst wurden insbesondere in der ersten Hälfte der 1970er Jahre stabile oder gar größere Mengen in einem vergleichsweise breiten Sortiment heimischer und nicht-heimischer Obstsorten und Südfrüchte bereitgestellt, ohne jedoch den tatsächlichen Bedarf zu decken.

1978 betrug der Verbrauch an Obst und Südfrüchten etwa 31 kg pro Kopf und Jahr.¹¹ Mehr als die Hälfte davon (vgl. Abb. 3) wurde durch Obstsorten gedeckt, die auch im Inland geerntet werden konnten (Äpfel, Kirschen, Erdbeeren, Pflaumen und Birnen).¹² Bis 1978 wurde mehr als die Hälfte des gesamten Obstangebots durch Importe gedeckt. Das sicherte eine größere Breite des Sortiments, ohne indes zu garantieren, dass es jederzeit und überall in der DDR erhältlich war. 1978 machten Südfrüchte (Bananen, Orangen, Mandarinen und Grapefruits) immerhin gut 40 Prozent des Angebots aus.¹³

Bei Gemüse kann für die 1970er Jahre von einem insgesamt jährlich steigenden Gesamtangebot gesprochen werden (vgl. Abb. 4).¹⁴ Im Unterschied zur Obstversorgung spielte jedoch der Import von Gemüse bereits damals eine eher untergeordnete Rolle. Mit weniger als 22,5 Prozent erreichte importiertes Gemüse im Jahr 1976 seinen höchsten Anteil. Mehr noch: Früher als bei Obst begann der Importanteil schon im Folgejahr zu sinken. 1980 machten die Importe nur noch knapp 11,2 Prozent der dem Handel zur Verfügung gestellten Gemüsemengen aus.¹⁵ Verkauft wurden vor allem damals gängige, auch im Inland zu erntende Sorten (Rot- und Weißkohl, Möhren, Porree und Gurken). Allerdings war bereits damals insgesamt ein regional und saisonal sehr schwankendes Angebot zu beobachten, insbesondere bei importierten Erzeugnissen. So wurden 1977 nur 130 Tonnen (t) Paprika in den Einzelhandel gebracht, zwei Jahre später 4,6 Kilotonnen (kt), 1981 nur noch knapp 1,75 kt. Bei Tomaten standen 1977 über 10 kt zur Verfügung, ein gutes Drittel mehr als 1975. 1980 waren es nur noch knapp 6,3 kt.¹⁶

Versorgungsengpässe in den 1980er Jahren

Sowohl für die Versorgung mit Textilien und Bekleidung als auch für Obst und Gemüse markiert das Jahr 1980 einen Wendepunkt. Bei der ersten Produktgruppe sorgte der verstärkte Export für ein deutlich verschlech-

tertes Angebot im Inland (vgl. Abb. 2 und 5), bei der zweiten die fast vollständige Ablösung von Importen (vgl. Abb. 3 und 4).¹⁷

Der Blick auf die Entwicklung der Pro-Kopf-Ausgaben belegt für wichtige Sortimente, dass nunmehr für weniger Warenmenge von der Bevölkerung mehr Einkommen eingesetzt werden musste, das heißt die Preise stiegen. 1982/83 standen wegen verstärkter Exporte während der Kreditkrise für Erwachsene etwa 30 Prozent und für Kinder etwa 20 Prozent weniger Oberbekleidung zur Verfügung als 1980.¹⁸ Bei einigen Sortimenten verbesserte sich zwar die Versorgung nach dem Ende der Kreditkrise schnell wieder. Bei anderen wurde jedoch das Versorgungsniveau von 1980 erst 1987 oder bis 1988 überhaupt nicht mehr erreicht. Die Warenbereitstellung bei Schuhen und Oberbekleidung für Erwachsene war in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre durchweg besser als in den 1980er Jahren.¹⁹

Die geringeren Warenmengen in diesem Bereich führten indes nicht zu Umsatzeinbußen, weil die Preise regelmäßig und verdeckt erheblich erhöht wurden. Zwischen 1980 und 1989 stiegen in der DDR die Lebenshaltungskosten für einen 4-Personenhaushalt mit mittlerem Einkommen insgesamt um 12,3 Prozent, bei Bekleidung und Schuhen aber um 32,1 Prozent. Die Umsatzwerte je Mengeneinheit stiegen beim gesamten Warenumsatz um 14,8 Prozent, bei Schuhen und Lederwaren jedoch um 47 Prozent, bei Konfektion und Stoffen um 29,6 Prozent sowie bei Wäsche und Trikotagen um 19,6 Prozent.²⁰ Diese Daten machen deutlich, dass das Abschöpfen von gewachsener Kaufkraft vor allem durch Preiserhöhungen und nicht durch vergrößerte Warenbereitstellung realisiert wurde.

Höhere Preise für neu eingeführte Produkte zu verlangen, ist zwar in jeder Wirtschaftsordnung ein übliches Verfahren und kann gerade im Bereich der modeabhängigen Textilien und Schuhe besonders leicht und entsprechend häufig angewendet werden. Im Falle der DDR wurde jedoch dabei zusätzlich kaschiert, dass sich das Warenangebot insgesamt verschlechterte. Dazu wurden regelmäßig Teile der inländischen, für den Binnenhandel vorgesehenen Produktion an Textilien und Bekleidung exportiert, um westliche Produkte einführen und zu hohen Preisen im Inland absetzen zu können. Im Ergebnis wurden größere Mengen ausgeführt als aus dem Ausland eingeführt, ohne dass dieser Produktaustausch zu einem Umsatzrückgang führen musste. Jedes Mal hatte er den gleichen Effekt: Das Sortiment an angebotenen Waren wurde qualitativ verbreitert und quantitativ verringert.

Maßgeblich trugen zu dieser Entwicklung die Läden des Volkseigenen Handelsbetriebes (VHB) »Exquisit« bei. In den 1980er Jahren (außer 1983 und 1988) stammten jeweils über 40 Prozent der dort angebotenen Waren

aus Importen.²¹ Zwischen 1978 und 1988 verkaufte das Unternehmen für 19,7 Mrd. Mark Textil- und Bekleidungszeugnisse. 1988 hatte es einen Anteil von 14 Prozent am Gesamtumsatz im Bereich Textil/Bekleidung/Schuhe. Besonders hoch war dieser bei Oberbekleidung (47 Prozent), Badebekleidung (29,7 Prozent), Damenoberbekleidung (28,9 Prozent) und Straßenschuhen (23,8 Prozent). Hinsichtlich der Warenmengen lagen die Anteile jedoch unter diesen Werten. Bei Oberbekleidung betrug der Exquisit-Anteil nur 25,2 Prozent, bei Damenoberbekleidung 20,1 Prozent, bei Badebekleidung 12 Prozent und bei Straßenschuhen 10,4 Prozent.²²

Die hohen Preise in den von der Bevölkerung »Ex« genannten Läden dienten vornehmlich der Abschöpfung von Kaufkraft, die in Form der sogenannten produktgebundenen Abgaben an den Staatshaushalt abgeführt wurde (zwischen 1978 und 1988 insgesamt fast 5,9 Mrd. Mark oder knapp 30 Prozent des Umsatzes). Besonders hoch war der Anteil der Abgaben am Umsatz in den Jahren 1980 (37,2 Prozent), 1982 (35,6 Prozent) und 1983 (35,4 Prozent).²³ Das Abschöpfen von Kaufkraft im Bereich der Versorgung mit Obst und Gemüse durch überhöhte Preise beschränkte sich vor allem auf verarbeitete Produkte, die in den Läden des Zentralen Handelsunternehmens (ZHU) »delikat« – nicht von ungefähr in der Bevölkerung auch als »Fress-Ex« titulierte – verkauft wurden. Bei nicht-verarbeiteter Ware konnten Preiserhöhungen wegen des in der DDR-Propaganda herausgestellten Dogmas der »stabilen Preise für Grundnahrungsmittel« nur schwer und sehr eingeschränkt durchgesetzt werden, etwa durch Einführung von neuen Größenklassen bei Obstsorten.

Überhaupt zeigt die Versorgung mit Obst und Gemüse in den 1980er Jahren auch hinsichtlich der Breite und der Menge des Sortiments einen anderen Trend als die Versorgung mit Textilien und Bekleidung. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Obst und Gemüse und die bereitgestellten Mengen wuchsen zwar, doch die Vielfalt an regelmäßig erhältlichen Sorten verringerte sich. Bis 1988 stieg der Verbrauch an Obst und Südfrüchten auf fast 34 kg pro Kopf und Jahr (vgl. Abb. 3). Nunmehr machten jedoch die im Inland geernteten Obstsorten deutlich das Gros des Angebots aus, während importierte Sorten erheblich an Bedeutung verloren. Letztere machten 1988 nur noch knapp ein Drittel des Pro-Kopf-Verbrauchs aus, darunter die Südfrüchte weniger als ein Viertel.²⁴

Besonders stark war der Rückgang bei Pfirsichen und Aprikosen, von denen 1988 nur noch weniger als 4,7 kt in den DDR-Handel kamen, mithin nur 16 Prozent der Menge von 1970. 1987 hatte diese Menge sogar noch um 1,1 kt niedriger gelegen. Konnten DDR-Bürger 1974 pro Kopf noch 2,03 kg Pfirsiche und Aprikosen konsumieren, waren es 1988 nur

noch 280 g (1987: ca. 215 g).²⁵ Bei Weintrauben fiel der Rückgang 1988 gegenüber 1974 zwar weniger stark aus (von 1,85 kg auf 800 g), doch hatte er in den Jahren unmittelbar vor 1988 noch niedriger gelegen. Vergleicht man die bereitgestellten Warenmengen im schlechtesten Jahr mit dem besten, so standen 1985 nur etwas mehr als 21 Prozent der Menge von 1973 zur Verfügung. 1988 erreichte sie knapp 37,5 Prozent der Liefermenge von 1973.²⁶ Bei Bananen ging der Verbrauch zwischen 1978 und 1988 um mehr als 55 Prozent von gut 6,3 auf etwa 2,8 kg pro Kopf und Jahr zurück. Der Rückgang bei Mandarinen und Orangen fiel mit 13,3 Prozent zwar geringer aus, doch wurden in den 1980er Jahren vor allem Apfelsinen aus Kuba importiert, die wegen anderer klimatischer Bedingungen weniger geschmackvoll waren als Orangen aus dem Mittelmeerraum.²⁷ Kubanische Apfelsinen konnten ohne den Einsatz harter Devisen eingeführt werden, weil sie im Rahmen des Intra-RGW-Handels von der Karibikinsel bezogen wurden.

Das in den 1980er Jahren dennoch gestiegene Obstangebot basierte also zum großen Teil auf inländischer Ernte und daher auf einer Verengung auf hier leicht zu kultivierende Sorten, wobei vor allem Äpfel das Angebot prägten. Seit 1979 stammte das Obstangebot in der DDR weit überwiegend aus dem Inland. 1988 lieferten inländische Agrarbetriebe fast 89 Prozent der angebotenen Ware.²⁸ Bereits Mitte der 1970er Jahre hatten Äpfel einen Anteil von zwei Dritteln, ein Wert, der 1981 mit 77,3 Prozent sogar noch deutlich übertroffen wurde. Bis 1978 wurden noch mehr als die Hälfte der Äpfel importiert, in einzelnen Jahren sogar deutlich über 60 Prozent. Seit 1982 war der Importanteil indes sehr gering. 1985 und 1986 erfolgte sogar überhaupt keine Einfuhr, ohne dass das erhebliche Auswirkungen auf die insgesamt bereitgestellte Warenmenge an Äpfeln haben sollte.²⁹

Bei der Versorgung mit Gemüse wurden in den 1980er Jahren zwar wachsende Mengen bereitgestellt (vgl. Abb. 4), doch die Sortimentsbreite verengte sich auch hier.

Der weiter sinkende Importanteil wurde durch den Zuwachs der inländischen Produktion von Weißkohl, Rotkohl und Möhren ausgeglichen. Die noch verringerten Importe hatten nun zur Folge, dass »in bestimmten Zeiträumen des Jahres das Versorgungsniveau gegenüber früheren Jahren« zurückging, »da in der Republik für eine Eigenproduktion entweder die natürlichen oder [die] ökonomischen Voraussetzungen nicht gegeben« waren.³⁰

Die Versorgung mit Obst und Gemüse in den 1980er Jahren belegt einen ausgeprägten Drang zur Autarkie. Importe wurden weitgehend ver-

mieden und konzentrierten sich im Übrigen auf sehr kurze Fristen innerhalb des Jahres, etwa auf die sogenannte Festtagsversorgung zu Weihnachten, Ostern oder wichtigen Daten des sozialistischen Festtagskalenders (Gründungstag der DDR, 1. Mai).

Reaktionen der Bevölkerung

Temporäre Versorgungsschwierigkeiten waren für DDR-Bürger nichts Ungewöhnliches. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Einkommen rückten sie in den 1980er Jahren allerdings zunehmend in den Mittelpunkt der Bewertung der SED-Politik insgesamt. Die Bereitschaft, die dauernden Versorgungsengpässe stoisch hinzunehmen, nahm ab: »Bei uns geht die Entwicklung nicht vorwärts, sondern zurück«, erklärte im Herbst 1987 ein Kunde im Dresdner »HO-Kinderkaufhaus«, und im »Magnetkaufhaus Lübbenau« im Bezirk Cottbus war das Urteil kaum anders: »So ein katastrophales Angebot, das kann man doch nicht begreifen, daß man wegen so selbstverständlichen Dingen so viel Probleme hat.«³¹

DDR-Bürger waren nach Einschätzungen des MfS zwar bereit, »wertintensive Importe« – also Waren mit zum Teil sehr hohen Preisen – »ohne Diskussion« sofort zu kaufen, doch die ausgeprägten Angebotslücken in Geschäften, die nicht zu »Exquisit« oder »delikat« gehörten, ließen ihnen auch kaum eine andere Wahl. Genau das verstärkte die Verärgerung.³²

Im Herbst 1987 übermittelte der Generaldirektor des »volkseigenen Einzelhandels (HO)«, Helmut Zacher, an den für Handel und Versorgung zuständigen ZK-Sekretär Werner Jarowinsky eine Information über Stimmungen und Meinungen von DDR-Konsumenten zur Versorgung mit Textilien und anderen Konsumgütern in den Bezirken Dresden und Cottbus. Die Befragung von Verkaufsstellenleitern und die Einsicht in Kundenbücher in 20 Verkaufseinrichtungen in Dresden, Cottbus und weiteren kleineren Orten ergab ein düsteres Bild: »Aufgrund der unbefriedigenden Angebotssituation in den o. g. Sortimenten, insbesondere bei Kinderbekleidung [...] kommt es in allen befragten Verkaufseinrichtungen zu kritischen bis zu aggressiven Meinungsäußerungen der Kunden.«³³ Eher selten würden diese auch schriftlich niedergelegt, doch die Eintragung einer Dresdner Bürgerin im Kundenbuch des dortigen HO-Kinderkaufhauses war es Zacher wert, sie in seinem Bericht für Jarowinsky zu zitieren: »Seit vielen Wochen komme ich fast täglich, um eine Hose in der Größe 98/110 für meinen Sohn zu bekommen. Für ein Kaufhaus ist es ein völlig untragbarer Zustand, daß nicht eine Hose in dieser Größe zu bekommen

ist. [...] Ich erwarte eine Stellungnahme zu diesen unmöglichen Zuständen, denn meine Zeit ist auch kostbar und der Winter steht vor der Tür.«³⁴

Die Verärgerung der Kundin war verständlich, auch wenn sie den Grund für die Misere in der Verkaufseinrichtung selbst suchte (»Der Verantwortliche für Warenbeschaffung in diesem Kaufhaus wird seinen Aufgaben nur teilweise gerecht.«³⁵). Tatsächlich litt nicht nur das HO-Kinderkaufhaus in Dresden darunter, dass die Textilproduzenten der DDR ihre Liefer- und Vertragsverpflichtungen gegenüber dem Handel zugunsten des Exports regelmäßig verletzen.

Im Januar 1988 beschrieb Jarowinsky dem SED-Generalsekretär Honecker diese Situation exemplarisch für den Bereich der Lieferungen an Kinderhosen im Jahr davor.³⁶ In einigen Monaten seien jeweils über 1,1 Millionen Kinderhosen geliefert worden, in anderen hingegen nur etwa die Hälfte, just auch vor Beginn der kalten Jahreszeit.³⁷ Honeckers Kommentar dazu – nach einem negativen Erlebnis seines eigenen Enkels, für den zeitweilig keine passende Knabenhose erworben werden konnte – war drastisch: »Ich bin nicht dafür, daß unsere Leute nackt laufen und dafür exportiert wird.«³⁸ Die Abbildung 5 belegt, dass sich das Versorgungsniveau bei Textilien 1988 gegenüber 1987 insgesamt zwar verbesserte, doch just bei Oberbekleidung für Kinder verschlechterte sich die Lage weiter. Das blieb nicht ohne Folgen.

Das MfS schätzte bereits im Januar 1988 ein, dass »in der Hauptstadt und allen Bezirken der DDR Meinungsäußerungen breiter Kreise der Bevölkerung zu Fragen des Handels und der Versorgung an Umfang und Intensität ständig« zunähmen. Sie seien »vorherrschendes Thema zahlreicher Diskussionen in Arbeitskollektiven«, würden »aber auch zunehmend in Versammlungen gesellschaftlicher Organisationen in Betrieben und Wohngebieten angesprochen. Diesbezügliche Meinungsäußerungen« seien »schärfer und in der Aussage kritischer geworden«. Sie widerspiegeln »in wachsendem Maße Unmut und Unverständnis, insbesondere unter Hinweis auf immer offener zutage tretende Angebots- und Sortimentslücken bei Waren unterschiedlichster Erzeugnisgruppen, Qualitätsmängel bei Industriewaren und hochwertigen Konsumgütern, diskontinuierliche Warenlieferungen, auch bei Grundnahrungsmitteln, fehlende Ersatzteile und unvertretbar lange Wartezeiten in den Dienstleistungs- und Serviceeinrichtungen, besonders im Kfz-Reparaturbereich,« und »die als ungerechtfertigt bezeichneten Preisrelationen im Delikat- und Exquisithandel.«³⁹

Sie scheuten sich nun nicht mehr, in Briefen an das MHV die schlechte Versorgungslage mit direkter Kritik an der SED-Politik zu verbinden. Eine Dresdnerin fragte 1989 in einer Eingabe: »Kann das heutige Angebot

[an Obst und Gemüse] im Sinne der Politik zum Wohle des Volkes sein?« Sie griff damit eine vielfach gebrauchte Propagandaformel der SED direkt auf und verband das mit der Klage, sie empfinde »es als äußerst unwürdig, wenn« sie ihren »Kindern chemische Präparate, wie Sumavit-forte oder Traverdin« (zwei Vitaminersatzmittel) verabreichen müsse, »um wenigstens etwas das Gefühl zu besitzen, daß meine Kinder auch Vitamine zu sich nehmen.« Diese wüssten nicht mehr, »wie eine Aprikose aussieht«. Noch Anfang der 1970er Jahre sei es möglich gewesen, »Aprikosen und Pfirsiche stiegenweise zu kaufen.« Es habe Ananasfrüchte, Mandarinen, Apfelsinen, Bananen, Feigen gegeben »und verschiedene Sorten Äpfel«. Das Obstangebot 1989 beschränke sich indes im Wesentlichen auf den »Apfel ›Gelber Köstlicher«, der alles andere als köstlich ist und im Volksmund ›Gelbes Elend« hieße.⁴⁰ Ein anderer Bürger fragte sich, »wofür ich gute Arbeit leiste, was ich als Soldat der NVA verteidige«, weil er das Gefühl habe, »daß es Ihnen in Ihrem Ministerialsessel so gut geht, daß die Probleme der Bevölkerung ihnen ziemlich gleichgültig sind.«⁴¹

Kritik an Versorgungsengpässen schlug in generelle Kritik am politischen System um

Die Versorgungsengpässe und die hohen Preise erreichten nun eine für das SED-Regime gefährliche politische Dimension. DDR-Bürger verwiesen in ihren Schreiben an das MHV auf die weitaus bessere Versorgungslage in der Bundesrepublik und zweifelten deshalb ganz generell die Attraktivität des Sozialismus an: »Bananen, gute Apfelsinen, Erdnüsse u. a. sind doch keine kapitalistischen Privilegien. Wenn so kleine Länder wie die Schweiz oder Österreich Südfrüchte in großer Auswahl anbieten können, müßte das doch in unserem Land, einem führenden Industrieland, möglich sein. Wir alten Menschen, wie unsere Kinder und Enkelkinder möchten Südfrüchte nicht nur als ‚milde Gaben‘ von Verwandten aus der BRD geschenkt bekommen, sondern in unseren Geschäften selbst kaufen können.«⁴²

Das MfS registrierte im August 1989 Ähnliches: Die Diskussionen in der Bevölkerung zu Versorgungsfragen würden »zunehmend von Personen beeinflusst, die nach erfolgten Reisen in die BRD/Westberlin in ihren Arbeitskollektiven ausführlich über das dort vorgefundene ‚überwältigende‘ Warenangebot, über die große Sauberkeit und Ordnung in den Geschäften und Orten, über pünktliches sowie bequemes Reisen mit der Bundesbahn berichten und dabei Vergleiche mit der Lage auf diesen Gebieten in der DDR anstellen.« Die Berichterstatter vom MfS beton-

ten, wenn »sich bei uns [in der DDR] nicht bald etwas [ändere]«, seien »die Menschen nicht mehr für den Sozialismus [zu] begeistern.« Da zudem die DDR-Medien »ständig ein rosa-rot gefärbtes Bild der Entwicklung der Volkswirtschaft« präsentierten, »das im krassen Widerspruch zum täglichen Erlebten stehe«, bestehe »die Gefahr, dass bei Fortsetzung derartiger Veröffentlichungen die Partei, bezogen auf ihre Wirtschaftspolitik, erheblich an Vertrauen und Glaubwürdigkeit bei den Werktätigen einbüße.«⁴³

Das MfS berichtete zudem über eine abnehmende Bereitschaft in der Bevölkerung, durch zusätzliches Engagement (wie Sonderschichten in der Produktion) oder die Übernahme von Führungsaufgaben zur Behebung der Versorgungsschwierigkeiten beizutragen. »Anlassbezogen« käme »es in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zu spontanen Austrittserklärungen aus der SED und aus Massenorganisationen.«⁴⁴ Unter den Gründen, die SED-Mitglieder für ihren Austritt angaben, rangierte der Vertrauensverlust gegenüber der Parteispitze – auch wegen der Versorgungslage – an vorderster Stelle.⁴⁵

SED-Führung verkannte den Ernst der Lage

Man könnte meinen, die SED-Führung hätte aus der Dramatik solcher Berichte ihre Schlüsse ziehen und gegensteuern müssen. Indes waren nicht alle Mitglieder des Politbüros gleichmäßig über die reale Versorgungslage in der DDR und die Reaktionen der Bevölkerung darauf informiert. Sie wohnten in einer abgeschotteten Siedlung in Wandlitz nördlich von Berlin mit eigener Versorgung, erlebten den Alltag in den Betrieben der DDR nur bei sorgsam vorbereiteten Besuchen und erhielten zudem nicht unbedingt Kenntnis vom Inhalt der Berichte des MfS oder des MHV.⁴⁶ Von 1972 bis 1989 wurden Stimmungsberichte des MfS nicht an das gesamte Politbüro übermittelt.⁴⁷

Selbst von dem seit Sommer 1989 anschwellenden Flüchtlingsstrom von DDR-Bürgern über diplomatische Vertretungen der Bundesrepublik in Warschau und Prag sowie Flüchtlingslager in Ungarn ließ sich die SED-Spitze nicht beirren. Am 29. August 1989 meinte Politbüromitglied Schabowski angesichts der drohenden Massenflucht über Ungarn, der »Gegner« (die Bundesrepublik) habe »doch ein großes Konzept, er« wolle »bei uns alles zerschlagen.« Zwar solle die SED-Spitze »auch die Versorgungsfrage beachten«, doch »den Verrat müssen wir auch als solchen brandmarken.«⁴⁸

Fünf Wochen später veröffentlichte das SED-Zentralorgan »Neues Deutschland« einen Kommentar zur nunmehr laufenden Fluchtwelle.

Unter der Überschrift »Sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt« wurde den Flüchtlingen vorgehalten, sie hätten »durch ihr Verhalten die moralischen Werte« des Sozialismus »mit Füßen getreten«. Deshalb solle man »ihnen keine Träne nachweinen«. ⁴⁹ Einige Tage später nahm das Politbüro in einer Erklärung diese harsche Bewertung der Fluchtbewegung nach heftigen Protesten in der DDR zwar zurück. Es ließe die SED-Führung »nicht gleichgültig, wenn sich Menschen, die hier arbeiteten und lebten, von unserer Deutschen Demokratischen Republik losgesagt haben«. Man werde die »Ursachen für ihren Schritt« auch bei sich selbst suchen. ⁵⁰ Für die Bevölkerung kam diese Erklärung jedoch »zu spät«. Sie sei »lediglich unter dem Druck der Ereignisse in der DDR abgegeben worden«, zitierte das MfS am 16. Oktober 1989 Aussagen aus der Bevölkerung und verwies erneut »auf nachdrückliche Forderungen bezüglich der unverzüglichen Verbesserung des Warenangebots und des Dienstleistungsniveaus«. Bereits seit dem VIII. Parteitag der SED im Jahre 1971 (bei dem Erich Honeckers kurz zuvor im SED-Zentralkomitee erfolgte Wahl zum Parteichef bestätigt worden war) sei »über grundlegende Veränderungen zu diesen Problemen [...] gesprochen [...] und Aufgabenstellungen abgeleitet« worden, »die nicht gelöst wurden«. ⁵¹

Honeckers Rücktritt am 18. Oktober 1989 beruhigte die Bevölkerung nicht mehr. Als in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 die innerdeutschen Grenzen geöffnet wurden, konnten sich nunmehr alle DDR-Bürger einen eigenen Eindruck vom Warenangebot im Westen machen. Innerhalb weniger Wochen reisten Millionen von ihnen nach Berlin-West bzw. in das grenznahe Bundesgebiet. Die politische und wirtschaftliche Systemauseinandersetzung hatte ihr Land zu diesem Zeitpunkt indes längst verloren – nicht zuletzt wegen seines Scheiterns beim Erfüllen der Konsumwünsche seiner Einwohner.

Abb. 1: Warenbereitstellung und Pro-Kopf-Ausgaben bei Textilien und Bekleidung 1970 und 1975 bis 1979 (1980 = 100 Prozent)

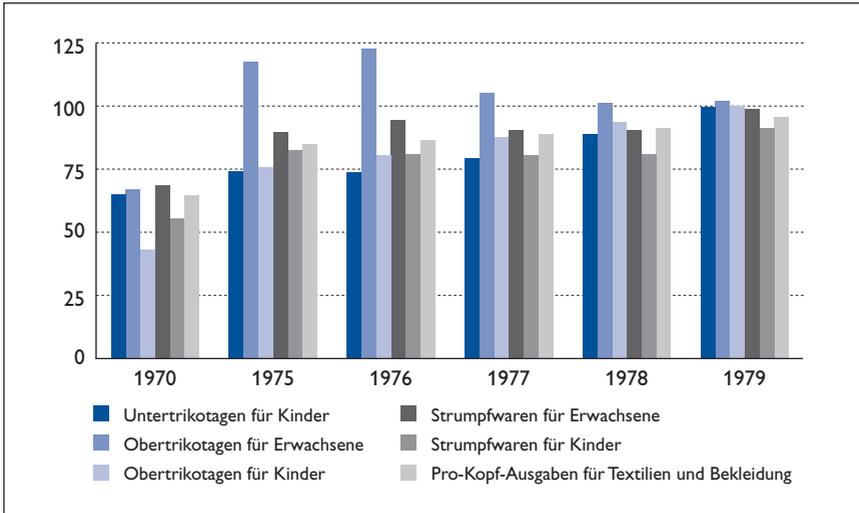


Abb. 2: Warenbereitstellung und Pro-Kopf-Ausgaben bei Schuhen 1970 und 1975 bis 1988 (1980 = 100 Prozent)

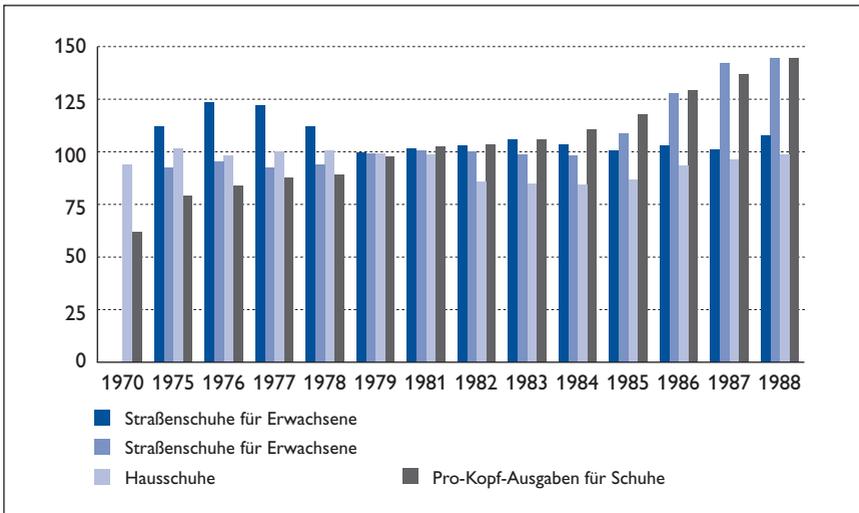


Abb. 3: Pro-Kopf-Verbrauch an ausgewählten Obstsorten in der DDR 1974 bis 1988 (in kg)

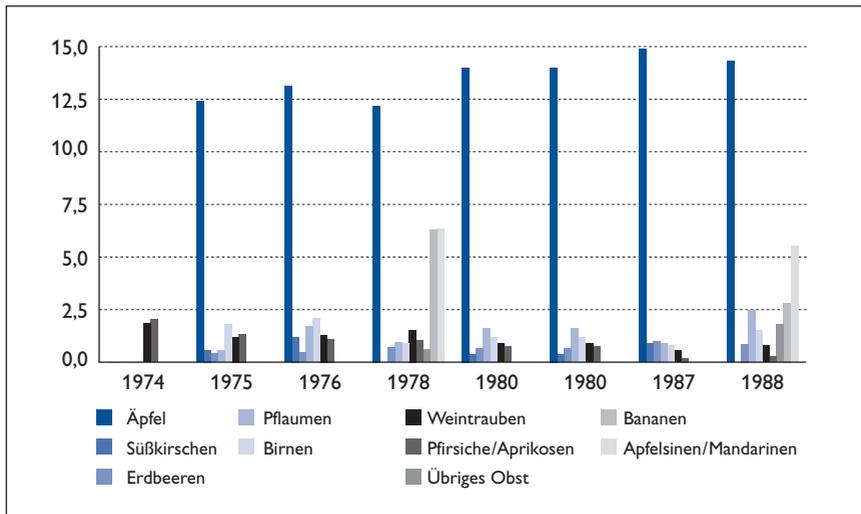


Abb. 4: Warenbereitstellung bei Gemüse 1970, 1975 bis 1987 und Plan 1988 (in kt)

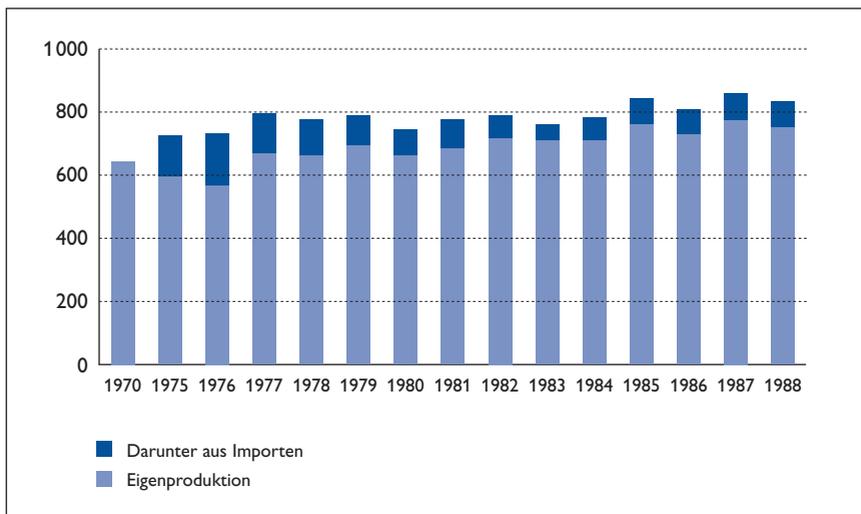
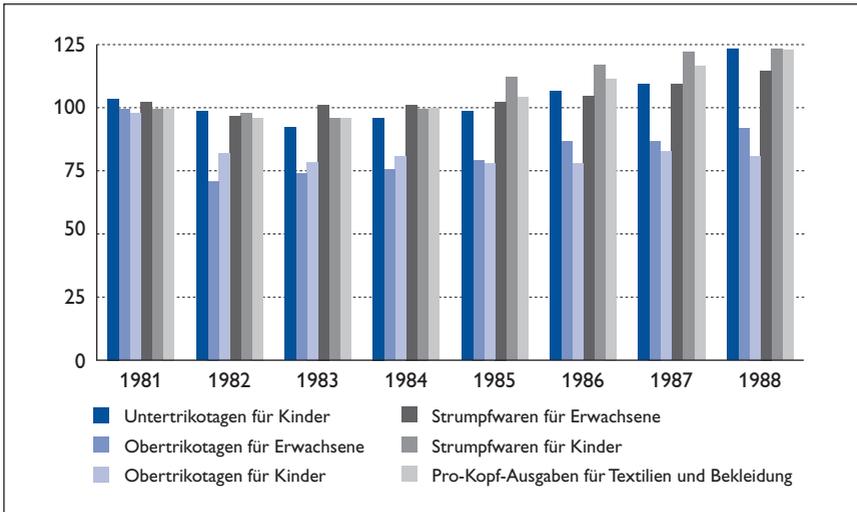


Abb. 5: Warenbereitstellung und Pro-Kopf-Ausgaben bei Textilien und Bekleidung 1981 bis 1988 (1980 = 100 Prozent)



Anmerkungen

- 1 Ministerium für Handel und Versorgung (MHV), Auskunftsbereich zur gegenwärtigen Lage und Vorausschau auf dem Gebiet der Bereitstellung von Obst, Gemüse und Speisekartoffeln mit Stand vom 20. August 1989, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), Bestand SED, Zentralkomitee (DY 30), hier Büro Jarowinsky, Nr. 9021, Bl. 338–370, hier Bl. 365.
- 2 Ina Merkel, Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln u. a. 1999, S. 415; Christina Schröder, Sozialismus und Versorgungsprobleme: Die Zunahme materieller Unzufriedenheit und das Ende der DDR, in: Hermann-Josef Rupieper, Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte, Heft 10, Halle (Saale) 2001, S. 43–90, hier S. 68.
- 3 Dietrich Staritz, Geschichte der DDR 1949–1990, Frankfurt/Main 1996, S. 281.
- 4 Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR (StJb DDR) 1975, Berlin (Ost) 1975, S. 1; StJb DDR 1990, Berlin 1990, S. 1 und 52.
- 5 Siehe auch: Andre Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, aktualisierte und neubearbeitete Ausgabe, Berlin 2007, S. 246.
- 6 Berechnet unter Gegenüberstellung der Pro-Kopf-Werte nach: StJb DDR 1990, Berlin 1990, S. 1, 52 und 55.
- 7 Ebd.

- 8 Information der Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel des ZK an Jarowinsky vom 10. März 1989, in: SAPMO-BA, DY 30, hier Büro Jarowinsky, Nr. 9027, Bl. 20–23, hier Bl. 23.
- 9 Berechnet nach den Angaben in 1.000 Stück, in: StJb DDR 1981, Berlin (Ost) 1981, S. 222.
- 10 Berechnet nach den Angaben in 1.000 Paar, in: StJb DDR 1981, Berlin (Ost) 1981, S. 222; StJb DDR 1984, Berlin (Ost) 1984, S. 231; StJb DDR 1985, Berlin (Ost) 1985, S. 233; StJb DDR 1988, Berlin (Ost) 1988, S. 233 und StJb DDR 1989, Berlin (Ost) 1989, S. 233.
- 11 Geschätzt nach: MHV, Auskunftsbericht vom 20. August 1989 (Anm. 1), Bl. 370. In der Quelle werden 30,3 kg angegeben. Die Summierung der dort einzeln aufgeführten Werte ergibt jedoch 30,55 kg, wobei keine Angabe für Süßkirschen enthalten ist.
- 12 Zusammengestellt nach: Ebd., Bl. 344 und 370; MHV, Information und Maßnahmen zur Versorgung mit Frischobst, ohne Datum, ca. 1988, in: SAPMO-BA, DY 30, hier Büro Jarowinsky, Nr. 9021, Bl. 85–96, hier Bl. 85.
- 13 Berechnet nach MHV, Auskunftsbericht vom 20. August 1989 (Anm. 1), Bl. 370.
- 14 Zusammengestellt nach: MHV, Warenbereitstellung bei ausgewählten Erzeugnissen, ohne Datum, nach 1985, in: SAPMO-BA, DY 30, hier Büro Jarowinsky, Nr. 8996, Bl. 317 (für 1970); MHV, Stand und Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Versorgung mit Frischgemüse [ohne Datum, 1. Halbjahr 1989], in: SAPMO-BA, DY 30, hier Büro Jarowinsky, Nr. 9021, Bl. 64–84, hier Bl. 70 und 79 (für alle anderen Jahre).
- 15 Berechnet nach: MHV, Stand und Maßnahmen (Anm. 14), Bl. 79.
- 16 Ebd., Bl. 70; MHV, Auskunftsbericht vom 20. August 1989 (Anm. 1), Bl. 356–358.
- 17 Abbildung 5 errechnet nach den Angaben in 1.000 Stück, in: StJb DDR 1984, Berlin (Ost) 1984, S. 231; StJb DDR 1985, Berlin (Ost) 1985, S. 233; StJb DDR 1988, Berlin (Ost) 1988, S. 233 und StJb DDR 1989, Berlin (Ost) 1989, S. 233.
- 18 Zur Kreditkrise, ihrer Bewältigung und den Beitrag der DDR-Bevölkerung dazu siehe u. a.: Matthias Judt, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität, Berlin 2013, S. 131–174, besonders S. 166–171.
- 19 StJb DDR 1984, Berlin (Ost) 1984, S. 231; StJb DDR 1985, Berlin (Ost) 1985, S. 233; StJb DDR 1988, Berlin (Ost) 1988, S. 233 und StJb DDR 1989, Berlin (Ost) 1989, S. 233.
- 20 StJb DDR 1990, Berlin 1990, S. 308.
- 21 Analyse zur Entwicklung des EVP-Preisniveaus, der produktgebundenen Abgabe und der wirkenden Faktoren im Exquisithandel vom 18. November 1987, versandt vom Stellvertreter des Ministers für Handel und Versorgung, Merkle, an Jarowinsky, in: SAPMO-BA, DY 30, hier Büro Jarowinsky, Nr. 9026, Bl. 173–177, hier Bl. 173.
- 22 Alle Angaben nach: Rodowitsch (Generaldirektor des VHB Exquisit) an Jarowinsky vom 1. August 1989, Analyse der Entwicklung des Exquisithandels für den Zeitraum 1977–1988, in: SAPMO-BA, DY 30, hier Büro Jarowinsky, Nr. 8998, Bl. 187–191, hier Bl. 187.

- 23 Zusammengestellt und berechnet nach ebd.
- 24 MHV, Auskunftsbericht vom 20. August 1989 (Anm. 1), Bl. 370; MHV, Information und Maßnahmen, (Anm. 12), Bl. 85.
- 25 Zusammengestellt und berechnet nach: MHV, Auskunftsbericht vom 20. August 1989 (Anm. 1), Bl. 344 und 362.
- 26 Ebd., Bl. 370; MHV, Information und Maßnahmen, (Anm. 12), Bl. 85.
- 27 Berechnet nach ebd.
- 28 MHV, Auskunftsbericht vom 20. August 1989 (Anm. 1), Bl. 359.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd., Bl. 343.
- 31 Generaldirektion des volkseigenen Einzelhandels (HO), Information über Stimmungen und Meinungen der Bevölkerung zur Angebotssituation bei Kinderbekleidung, Jugendmode, Haushaltswaren sowie Ersatzteile und Zubehör in den Sortimenten Elektroakustik einschließlich Elektromaterial vom 3. November 1987, übermittelt von Generaldirektor Zacher an ZK-Sekretär Werner Jarowinsky, in: SAPMO-BA, DY 30, hier Büro Jarowinsky, Nr. 9028, Bl. 316–327, hier Bl. 318 und 321.
- 32 Ebd., Bl. 319.
- 33 Ebd., Bl. 317; Vgl. auch Rebecca Menzel, Jeans in der DDR. Vom tieferen Sinn einer Freizeithose, Berlin 2004, S. 174.
- 34 HO, Information über Stimmungen und Meinungen (Anm. 31), Bl. 318.
- 35 Ebd.
- 36 Information von Jarowinsky an Honecker vom 19. Januar 1988, Zur Versorgung mit Kinderhosen, in: SAPMO-BA, DY 30, hier Büro Jarowinsky, Nr. 9028, Bl. 341.
- 37 Ebd.
- 38 Heinz Klopfer, Persönliche Niederschrift über die Beratung im Politbüro, 19. Januar 1988, in: SAPMO-BA, DY 30/3755. Quellenangabe und Zitat nach: Steiner, Von Plan zu Plan (Anm. 5), S. 247.
- 39 Hinweise über einige beachtenswerte Aspekte der Reaktion der Bevölkerung zu Problemen des Handels und der Versorgung, Bericht O/1996a – Langfassung vom 12. Januar 1988, in: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU, MfS), Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), Nr. 4165, Bl. 74–79, zitiert nach: http://www.ddr-im-blick.de/Hubert_Co-BStUINTERNET/html/568ivhfknvg_/S1018_600_de_1111914011/MAINTAB%5Esearch_sheet/_OLINK_SEARCHTOC+CL+132839, aufgerufen am 14. Februar 2013.
- 40 MHV, Auskunftsbericht vom 20. August 1989 (Anm. 1), Bl. 365.
- 41 Ebd., Bl. 366f.
- 42 Ebd., Bl. 365.
- 43 Zitiert nach: ZAIG, Hinweise über einige beachtenswerte Aspekte (Anm. 39).
- 44 Ebd.
- 45 Hinweise auf beachtenswerte Reaktionen von Mitgliedern und Funktionären der SED zu einigen aktuellen Aspekten der Lage in der DDR und zum innerparteilichen Leben vom 11. September 1989, in: BStU, MfS, ZAIG, 0/223, abgedruckt in: Armin

- Mitter und Stefan Wolle, *Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar – November 1989*, Berlin 1990, S. 148–150, hier S. 149.
- 46 Matthias Judt, *Der Bereich Kommerzielle Koordinierung* (Anm. 18), S. 11 und 255.
- 47 *Der letzte*, 1972 versandte Stimmungsbericht befasste sich mit Reaktionen der DDR-Bürger auf das Ergebnis der Bundestagswahl vom 19. November 1972, die von großer Sympathie für den damals im Amt bestätigten Bundeskanzler Willy Brandt geprägt war. Erst im September 1989 nutzten die anderen Politbüromitglieder die krankheitsbedingte Abwesenheit von Erich Honecker dafür, vom MfS Berichte zur Stimmungslage in der Bevölkerung einzuholen. Der Verfasser dankt Jens Gieseke (Potsdam) für diese Information.
- 48 Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 29. August 1989, in: SAPMO-BA, Bestand Büro Krenz (DY 30/IV 2/2029), Nr. 76, o. Bl., zitiert nach: Matthias Judt, *Deutschland- und Außenpolitik*, in: Ders. (Hg.), *DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse*, Berlin 1997 und Bonn 1998, S. 493–558, hier S. 529.
- 49 *Neues Deutschland*, 2. Oktober 1989.
- 50 Erklärung des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: *Neues Deutschland*, 12. Oktober 1989.
- 51 Weitere Hinweise auf Reaktionen der Bevölkerung zur Erklärung des Politbüros des ZK der SED (Ergänzung der Information vom 13. Oktober 1989) vom 16. Oktober 1989, in BStU, MfS, ZAIG, 0/228, abgedruckt in: Mitter und Wolle, *Ich liebe euch doch alle!* (Anm. 45), S. 225 f.



Bundestagsabgeordnete der Grünen demonstrieren am 12. Mai auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz für Abrüstung in Ost und West. Ein Sicherheitsbeamter entreißt Petra Kelly (mit Sonnenbrille) das Transparent.

Regina Wick

Friedensvertrag auf grüner Pappe – 31. Oktober 1983

Deutschland im Herbst 1983: Die Straßen der Hauptstadt hallen wider von den Rufen hunderttausender Demonstranten, die sich zum Protest gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Bonn eingefunden haben. In Berlin, der Hauptstadt des anderen Deutschlands, beschließt die Regierung die Wehrpflicht in der Nationalen Volksarmee auf Frauen auszuweiten, während sich im Land eine immer stärker werdende Bürgerrechtsbewegung formiert. Hitzige Kontroversen zum NATO-Doppelbeschluss werfen drohend ihre Schatten voraus. Der Kalte Krieg hat einen seiner letzten Höhepunkte erreicht. Inmitten dieser angespannten Stimmung setzt Erich Honecker, Staatschef der DDR, am 31. Oktober 1983 überraschend seine Unterschrift unter einen deutsch-deutschen Friedens-

vertrag: einen Friedensvertrag auf grüner Pappe, handschriftlich verfasst von Bundestagsabgeordneten der Grünen. Wie war es dazu gekommen?

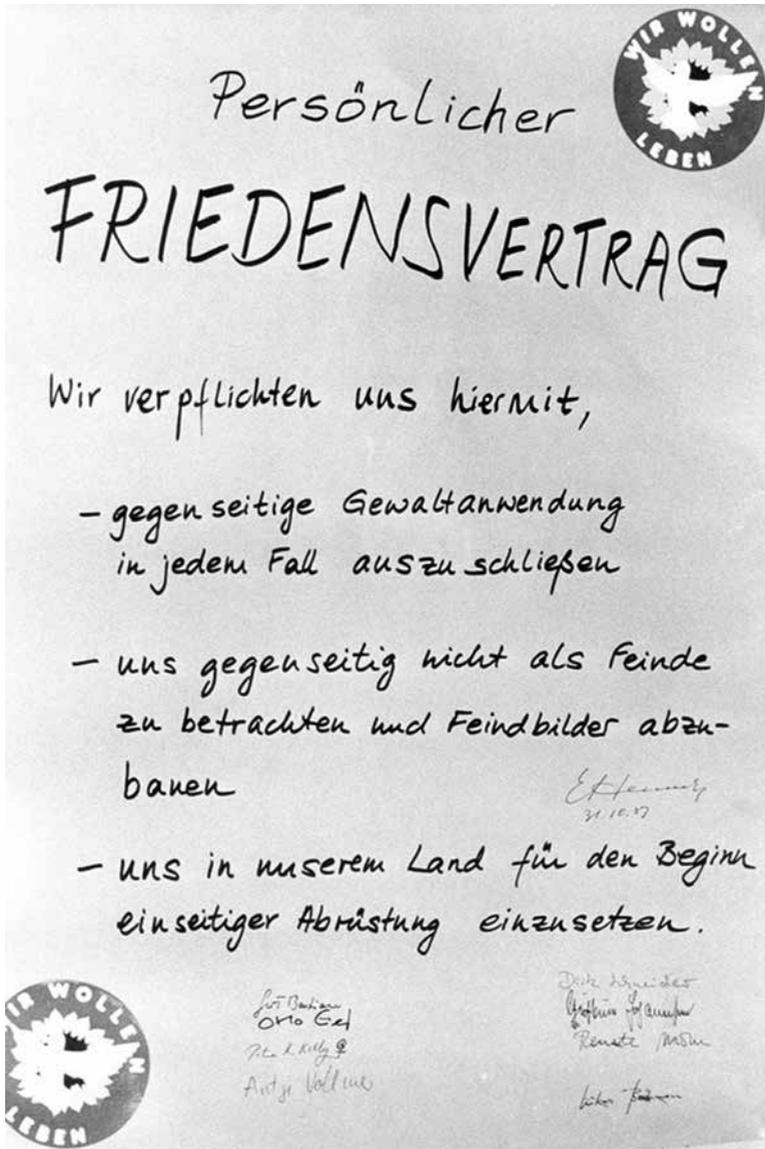
Einladung der Grünen

Unter dem Eindruck der zugespitzten politischen und militärischen Lage setzte die Regierung der DDR in jenen Herbsttagen einige Hoffnung auf das jüngste Kind des bundesrepublikanischen Parlamentarismus. Die Grünen, so lässt der Blick in die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit erkennen, sollten manipuliert und für die Zwecke der SED instrumentalisiert werden. Denn erklärtes Ziel der noch jungen Grünen Partei war es, die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und damit die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu verhindern. Selbst aus der Friedensbewegung hervorgegangen, taten sich die Grünen bei Friedensaktionen lautstark hervor. Den etablierten Bonner Parteien waren sie so zum unangenehmen Gegenspieler im eigenen Haus geworden. Die SED hingegen sah in der Kritik der Grünen an der Rüstung des Westens einen willkommenen Anknüpfungspunkt. Und so lud Erich Honecker die Grünen-Abgeordneten am 31. Oktober 1983 zum Gespräch in die DDR – die erste Einladung durch ein ausländisches Staatsoberhaupt in der Geschichte der Partei.

Dennoch war die Einladung Honeckers keinesfalls der vermuteten Manipulierbarkeit der Grünen geschuldet. Sie ging vielmehr auf die so genannte Alexanderplatz-Aktion der West-Grünen vom 12. Mai desselben Jahres zurück. Diese war von dem auch für die SED unbequemen Teil der Partei organisiert worden, der sich der Idee einer blockübergreifenden Friedensbewegung verschrieben hatte.

Protest auf dem Alexanderplatz

In West-Berlin wurde zu dieser Zeit von der Friedensbewegung die 2. Europäische Konferenz für atomare Abrüstung abgehalten. Den Mitgliedern der DDR-Friedensbewegung jedoch war die Reise nach West-Berlin und damit die Teilnahme an der Konferenz von der DDR-Administration verweigert worden. Am 4. Konferenztag versammelten sich daher einige der Konferenzteilnehmer gemeinsam mit Friedensaktivisten aus der DDR zum Protest im Osten der geteilten Stadt auf dem Alexanderplatz. Die Grünen Bundestagsabgeordneten Petra Kelly, Gert Bastian, Gaby Potthast,



Aufnahme des »Persönlichen Friedensvertrages« zwischen Erich Honecker und Vertretern der Grünen am 31. Oktober 1983 in Bonn – Honeckers Unterschrift ist unter dem zweiten Punkt.

Lukas Beckmann und Roland Vogt traten geschmückt mit Blumen und Transparenten auf und forderten »Abrüstung in Ost und West.«

Ihr Auftritt währte nur kurz. Lukas Beckmann schilderte den Einsatz der Volkspolizei später so: »Die Aktion begann um 11.55 Uhr – und dauerte nur wenige Minuten. Im Nu waren 50 Lederjacken da, wir wurden verhaftet, in einem Kleinbus ins Gefängnis gefahren.«¹ Dort angekommen begannen heftige Diskussionen zwischen den Grünen und Vertretern der Staatsmacht der DDR. Den Unterlagen der Stasi zufolge waren die Gespräche dominiert von einem Spagat zwischen offener Antipathie und versuchter Höflichkeit. Petra Kelly, die nach Meinung der Staatssicherheit besonders »aggressiv und herausfordernd« auftrat, und Gert Bastian bemühten sich um eine Telefonverbindung zu Erich Honecker. Lukas Beckmann forderte entschieden die Freilassung von in der DDR inhaftierten Friedensaktivisten. Roland Vogt konzentrierte sich darauf, die Gesprächsführenden in politische Diskussionen zu verwickeln. Gert Bastian betonte, dass die Grünen planten, ihre Aktion in ähnlicher Form zu wiederholen. Die Beamten erwiderten lapidar, dass es dann zu ähnlichen Schwierigkeiten kommen könne.² Anders als ihre Friedensfreunde aus der DDR freilich mussten die Grünen als Parlamentarier eines anderen Staates weder politische Verfolgung noch Haftstrafen befürchten. Nach einigen Stunden wurden sie zurück auf bundesdeutschen Boden gebracht.

Forderungen nach Abrüstung in West und Ost

Parteiintern entfachte die Aktion eine für die Anfangsjahre der Grünen typische und vor allem hitzig geführte Debatte. Petra Kelly und Gert Bastian waren der Meinung, dass ähnliche Aktionen auch in Zukunft Teil der Deutschlandpolitik der Grünen sein sollten. Gert Bastian zeigte sich besonders erfreut darüber, deutlich gemacht zu haben, dass die Grünen für Abrüstung in beiden Blöcken eintraten. Der aus der Tschechoslowakei stammende Dissident Milan Horáček forderte sogar, künftig ähnliche Aktionen auch dann zu starten, wenn massiver Widerstand der Staatsgewalt zu erwarten sei. Rudolf Bahro, 1979 aus der DDR abgeschoben, bescheinigte den Initiatoren der Proteste, sichtbar gemacht zu haben, dass die Friedensbewegung »nicht dem Osten, nicht dem Westen gegenüber, sondern untereinander loyal« sei. Otto Schily begrüßte, dass durch die Aktion gezeigt worden sei, »daß wir unseren politischen Bewegungsspielraum erweitern, nicht nur gegen die NATO-Nachrüstung anzugehen, sondern auch gegen die Rüstung in den Ostblockstaaten.«³

Der orthodox-linke Flügel der Grünen hingegen zeigte sich alles andere als zufrieden mit dem Eindruck, den die Partei in Ost-Berlin hinterlassen hatte. Aus Hamburg und Berlin wurde der Vorwurf laut, die Akteure der Alexanderplatz-Aktion hätten durch ihr Auftreten in der DDR die Kritik der Grünen an der Rüstungspolitik des Westens relativiert. In einer noch am 12. Mai herausgegebenen Erklärung kritisierte die Alternative Liste Berlin, dass angesichts der derzeit sehr empfindlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten eine solche Aktion alte Feindbilder reaktiviere. Lobende Worte für die Alexanderplatz-Aktion von Seiten der konservativen bundesdeutschen Presse, etwa durch *Die Welt*, wurden als Beweis für die Richtigkeit dieser Einschätzung gewertet.

Während sich die orthodoxe Linke noch die Haare raufte, traf aus dem Palast der Republik jene Einladung ein, die von Joschka Fischer als »eleganteste Reaktion, die es je aus Ost-Berlin gab«, bezeichnet wurde.⁴ Unmittelbar vor der Nachrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag lud Erich Honecker zum »Meinungsaustausch« zu Fragen der Sicherheits- und Friedenspolitik ein. So reisten die Grünen am 31. Oktober 1983, sechs Tage nachdem die SED dem Rocksänger Udo Lindenberg einen Auftritt im Palast der Republik gewährt hatte, erneut nach Ost-Berlin. Zu der Delegation gehörten unter anderen die Bundestagsabgeordneten Petra Kelly, Otto Schily, Gert Bastian, Antje Vollmer, Lukas Beckmann und der später als Stasi-Informant enttarnte Dirk Schneider.

Grünenbesuch in der DDR

Zum Missfallen der SED nahmen die Grünen die offizielle Einladung in die DDR zum Anlass, sich auch mit Mitgliedern der unabhängigen Friedensgruppen zu treffen. Von deren Ideen inspiriert, überraschten sie Erich Honecker schließlich mit jenem, kurz vor dem Treffen spontan auf grüner Pappe verfassten »Friedensvertrag«. Darauf forderten sie handschriftlich, gegenseitige Gewaltanwendung in jedem Fall auszuschließen und Feindbilder abzubauen. Es geschah, womit keiner gerechnet hatte: Erich Honecker setzte tatsächlich seinen Namenszug unter diese Forderungen. Allerdings erklärte er, die ebenfalls geforderte einseitige Abrüstung könne er aufgrund des verfassungsmäßigen Auftrages, die Verteidigung seines Landes sicher zu stellen, und wegen der Bündnisverpflichtungen gegenüber dem Warschauer Pakt leider nicht unterzeichnen.

Otto Schily nutzte dennoch die Gunst der Stunde, um Erich Honecker eine Mappe mit Petitionen zur Freilassung von in der DDR Inhaftierten zu

überreichen und insbesondere die Freilassung der Bürgerrechtsaktivistin Katrin Eigenfeldt zu verlangen. Auch hier landete er einen Überraschungserfolg: Der Staatsratsvorsitzende willigte ein.

Höflichkeitsfloskeln und Wohlwollen schliffen sich jedoch schnell ab. Vor allem beim Thema Friedensbewegung kam es zu unübersehbaren Differenzen. Während die Grünen immer wieder auf die Menschenrechtsverletzungen in der DDR zu sprechen kamen, betonte Erich Honecker: »Die wichtigste Frage bleibt für uns: Wie die Nachrüstung verhindern?« Er zeigte sich von dem scharfen Ton Petra Kellys äußerst irritiert, die ihm vorwarf, angesichts der wehrpolitischen Maßnahmen und der Einschränkung von Kontakten der Grünen mit den unabhängigen Friedensgruppen der DDR sei die SED-Regierung »nicht glaubwürdig«. Ihre Politik sei eine »Heuchelei«. Auch wenn sich die Grünen laut Aussage der Staatssicherheit von der Einladung des Staatsratsvorsitzenden durchaus geschmeichelt fühlten, blenden ließen sie sich nicht. Direkt an den Staatsratsvorsitzenden gewandt, sagte Petra Kelly: »Ich würde Sie bitten zu erklären, Herr Honecker, warum Sie hier verbieten, was Sie bei uns bejubeln.«⁵

Dass die Unterzeichnung des Friedensvertrages politisch folgenlos bleiben würde, stand von Anfang an außer Zweifel. War er also nicht mehr als ein politischer Gag, initiiert »just for the show«,⁶ wie Otto Schily es später ausdrückte? Nicht ganz.

Ein Besuch mit Folgen

Der Besuch der Grünen in der DDR war symptomatisch für die Beziehung der Partei zum anderen Deutschland und er machte das Jahr 1983 zum Höhepunkt Grüner Symbolpolitik im Kalten Krieg. Er verwandelte die anfängliche Euphorie der SED gegenüber den Grünen in anhaltende Skepsis. Entsprechend wurden auch die Grenzen deutlich, an die die Grünen in ihrer Politik als kleine Oppositionspartei stießen. Kreativer Zugang zur Obrigkeit der DDR und damit verbundene Einzelerfolge – ja. Langfristige Kooperation – nein. Dazu fehlte den Grünen letztlich die Entscheidungsmacht im eigenen Land.

Das Auftreten der Grünen am 31. Oktober 1983 zeigte der SED, dass die Grünen sich nicht dauerhaft manipulieren ließen und – anders als die DKP – nicht zu einem Instrument der SED werden würden. In der Folge reagierte die SED mit jahrelangen Einreiseverboten gegen Mitglieder der Grünen. Gleichzeitig ließ der Besuch der Grünen die Sympathien erkennen, die Erich Honecker ganz offenbar für Petra Kelly hegte. Ihr verzieh

er so manche Kritik.⁷ Und das, obwohl es in hohem Maße Petra Kelly zu verdanken war, dass es den Grünen immer wieder gelang, die Friedensbewegung der DDR nach außen hin sichtbar zu machen. Geschickt nutzte sie auch beim Fototermin mit Erich Honecker die Wahl ihrer Garderobe, um die Zensur der Staatssicherheit zu umgehen und ihrer politischen Gesinnung Ausdruck zu verleihen. Sie trug ein T-Shirt mit der Aufschrift »Schwerter zu Pflugscharen«. Auf diese Weise gelangte der Slogan der DDR-Friedensbewegung am 1. November 1983 auf die Titelseite des SED-Zentralorgans Neues Deutschland.

Deutschlandpolitische Zerrissenheit der Grünen

Die parteiinternen Diskussionen im Vorfeld des Meinungsaustausches mit Erich Honecker zeigten außerdem die deutschlandpolitische Zerrissenheit der Grünen. Diese schwankten zwischen der Forderung nach Anerkennung der DDR und der bedingungslosen Solidarisierung mit der dortigen Opposition. Mit ihren öffentlichen Aktionen und ihrer unbedingten Solidarität mit der DDR-Opposition legten die Initiatoren der Alexanderplatz-Aktion vor allem aber den Grundstein für das anhaltende Vertrauen der DDR-Bürgerrechtsgruppen in die Grünen, die für sie Vorbild und Bündnispartner zugleich waren.

Die Gründe für den Niedergang des sozialistischen Deutschlands mögen vielfältig gewesen sein. Unumstritten aber ist, dass die Wut und der Protest der Bürgerrechtsbewegung, die sich ab Herbst 1989 in spektakulären Massendemonstrationen entluden, einen wichtigen Beitrag zum Zerfall der SED-Herrschaft leisteten. Das Ende des Kalten Krieges, das Einlenken der Regierungen Gorbatschow und Honecker in den Herbsttagen des Jahres 1989, es wäre zweifellos auch ohne den Einfluss der Grünen eingetreten. Vor 30 Jahren, im Rahmen des Honecker-Besuches am 31. Oktober 1983 wurde jedoch deren Unterstützung für die Oppositionsbewegung des Ostblocks erstmals deutlich sichtbar. Mit ihr trugen die Grünen zu dem raschen Anwachsen dieser Bewegung bei, die schließlich dafür sorgte, dass eben jener 9. November 1989 und kein späterer Zeitpunkt zum Wendepunkt der deutschen Geschichte wurde.

Anmerkungen

- 1 Lukas Beckmann, Fuchs und die Grünen. Zentrale Nahtstelle zwischen Ost und West: Fuchs und Jahn, in: Gerbergasse 18, Sonderausgabe zum Fuchs-Symposium (2000), S. 56–63, hier S. 60.
- 2 Ministerium für Staatssicherheit, Information über demonstratives Auftreten, in: Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ZAIG/Nr. 3292.
- 3 Die Grünen im Bundestag, Fraktionssitzung: 17. Mai 1983, in: Josef Boyer und Helge Heidemeyer (Hg.), Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1983–1987, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Vierte Reihe. Deutschland seit 1945, 14/I Erster Halbband, Düsseldorf, S. 130.
- 4 Antje Vollmer,... und wehret euch täglich! Bonn – ein Grünes Tagebuch, Gütersloh, 1984, S. 65.
- 5 Renate Mohn, Vorläufiges Gedächtnisprotokoll des Gesprächs mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker am 31. Oktober 1983, o. O., 1. November 1983, in: Archiv Grünes Gedächtnis (AGG), A – Petra Kelly/Akte 332.
- 6 Regina Wick, Die Mauer muss weg – Die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012, S. 152.
- 7 Die Briefe Erich Honeckers an Petra Kelly fallen durch einen recht herzlichen Tonfall auf, im September 1986 ließ er Petra Kelly sogar einen Strauß Blumen übermitteln. Vgl. hierzu auch: Wick, Die Mauer muss weg, S. 201 f.



Der Flughafen Berlin-Gatow 1947

Arne Hoffrichter

Die Berliner Luftbrücke und das Problem der SBZ-Flucht 1948/49

Personentransport mit der Berliner Luftbrücke

Über die Einzelheiten der Luftbrückenaktion ließen sich Bände schreiben; vielleicht werden sie einmal auch geschrieben, obwohl ich zweifle, daß sie ihr gerecht werden können.¹

Die Erwartung einer extensiven publizistischen Rezeption der Berliner Luftbrücke von 1948/49, wie sie Lucius D. Clay – amerikanischer Oberbefehlshaber in Deutschland und bereits von seinen Zeitgenossen als *Vater der Luftbrücke* bezeichnet – im unmittelbaren Nachgang der Ereignisse entäußerte, hat sich mittlerweile mehr als bestätigt. Die wissenschaftliche, aber auch die populäre Literatur zu der einzigartigen Versorgung einer geteil-

ten Millionenstadt per Flugzeug füllen inzwischen mehrere Regalmeter in den Bibliotheken.²

Dennoch fördert die Forschung bis heute immer wieder neue Erkenntnisse zu Tage. So wurde unlängst herausgestellt, dass sich während der Berlin-Blockade selbst im Verhältnis zwischen der amerikanischen Besatzungsmacht und der westdeutschen bzw. Westberliner Bevölkerung keine wesentlichen Veränderungen vollzogen haben, vielmehr die Alliierten erst im Nachgang der Ereignisse nicht mehr nur als Besatzer, sondern auch als verlässliche Partner wahrgenommen wurden.³ Diese erinnerungskulturelle Aufladung der Luftbrücke als Katalysator in den deutsch-amerikanischen Beziehungen scheint teilweise den Blick darauf verstellt zu haben, dass es nicht die US-Amerikaner alleine waren, die die Versorgung der Halbstadt aus der Luft bewältigten. Auch Großbritannien hatte hierbei einen gewichtigen Anteil, der sich nicht nur auf die praktische Hilfe durch die Royal Airforce beschränkte, sondern darüber hinaus wohl auch Einflüsse in der Planungs- und Anlaufphase umfasste.⁴

General Clay sollte mithin Recht damit behalten, dass die Literatur trotz ihrer Fülle bis heute nicht sämtliche Aspekte bei diesem Großprojekt humanitärer Hilfe ausreichend behandelt hat. Dies trifft besonders auf den britischen Beitrag zu und bei aller Fokussierung auf die Versorgung durch den *Airlift* wurde dem *Backlift* so gut wie keine Beachtung geschenkt. Denn die Maschinen der angloamerikanischen Streitkräfte flogen keineswegs immer leer zurück.

Westberlin war zwischen dem 26. Juni 1948 und dem 12. Mai 1949 von den sowjetischen Besatzungstruppen längst nicht so hermetisch abgeriegelt worden, wie dies zunächst scheinen mag – auch das ist mittlerweile Konsens in der Forschung.⁵ Für die Einwohner der drei Westsektoren bedeutete dies, dass lokaler Handel und Personenverkehr zwischen Westberlin und dem sowjetischen Einflussbereich, das heißt Ostberlin und dem brandenburgischen Umland, weitestgehend möglich waren. Dennoch stellte die Blockierung der Transitrouten nach Westdeutschland die West-Alliierten nicht nur vor größere Probleme, was die Versorgung ihrer Sektoren mit lebenswichtigen Gütern anbetraf.⁶ Auch der zivile Personenverkehr zwischen den Westzonen und dem Vorposten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurde unmöglich gemacht, sodass diesbezüglich die Notwendigkeit eines Lufttransfers von Berlin nach Westdeutschland entstand. Eine Aufgabe, die mit wenigen Ausnahmen ausschließlich der Royal Airforce (R. A. F.) zu kam, wie die Briten in einem zeitgenössischen Informationsheft mehr als deutlich hervorhoben: *There was a considerable number of people in West Berlin whom it was desirable, for one reason or another to*

*bring away. These were all carried in R. A. F. aircraft. The R. A. F. took the whole of this human backlog.*⁷

Abgewickelt wurde der Personenverkehr von der Royal Airforce zumeist zwischen dem Berliner Flugplatz Gatow und Lübeck–Blankensee (teilweise auch Wunstorf).⁸ Da die Transporte bisher von der Literatur allenfalls beiläufig erwähnt wurden, kann der allgemeine Ablauf hier nur kurz skizziert werden. Zunächst flogen die britischen Maschinen im Juni/Juli 1948 4000 nicht in Berlin ansässige Personen aus, die sich von der Abriegelung der ehemaligen Reichshauptstadt dort überrascht sahen. Ab August stand der Transport im Wesentlichen jedem offen, der eine Zuzugsgenehmigung oder eine sonstige Aufenthaltserlaubnis für die westlichen Zonen besaß. Allerdings mussten diese Personen zusichern, dass sie ein halbes Jahr nicht in die Stadt zurückkehren würden. Angesichts des aufkommenden Winters wurden in der Folge vor allem Kranke und erholungsbedürftige Personen in die Westzonen überführt.⁹ Einen Schwerpunkt bildete auch der Ausflug von unterernährten Kindern, denen in Westdeutschland eine bessere Versorgung geboten werden sollte. Allein bis zum Jahreswechsel 1948/49 transportierte die R. A. F. auf diese Weise etwa 8600 Kinder teils mit, teils ohne ihre Verwandten.¹⁰ Insgesamt wurden von Ende Juni 1948 bis Anfang Mai 1949 68000 Passagiere ausgeflogen, die in der Regel für ihren Flug aber eine Gebühr zu entrichten hatten. Nur Kinder flogen kostenlos.¹¹

Im Folgenden soll der Fokus auf einer weiteren Gruppe liegen: Denn unter den Ausgeflogenen befanden sich ebenso Menschen, die aus dem Gebiet der SBZ nach Westberlin geflüchtet waren. Mithin bietet die kleine Studie nicht nur die Möglichkeit, einen weiteren Baustein in die Erforschung der Berliner Luftbrücke einzufügen, sondern gestattet auch einen Blick auf den Umgang mit den SBZ-Flüchtlingen in der Gründungsphase der Bundesrepublik.

Arbeitskräfte für den Ruhr-Bergbau: Die *Operation Planet*

Obwohl ein Grenzübertritt von der SBZ in die Britische Zone noch vergleichsweise wenig Gefahr beinhaltete, war auch Berlin mit Aufkommen des Kalten Krieges verstärkt zu einem Anlaufpunkt für Personen geworden, die den sowjetischen Machtbereich aus verschiedenen Gründen verlassen wollten.¹² Genaue Aussagen über die Zahl der 1948/49 in der Stadt befindlichen SBZ-Flüchtlinge lassen sich kaum treffen, da Berlin nach dem Krieg wie die meisten größeren Städte mit nachlassender Wohnungs-

knappheit Zuwanderer aus seinem Umland anlockte und zudem weiterhin als Verkehrsknotenpunkt fungierte. Westberlin hatte zu diesem Zeitpunkt etwas mehr als 2 Millionen Einwohner. Schätzungen des statistischen Landesamtes Berlin führten um die Jahreswende 1948/49 etwa 130 000 Heimatvertriebene und 55 000 Zuwanderer aus der SBZ auf.¹³ Es wird deutlich, dass unterschieden werden müsste, welche dieser Personen Berlin lediglich als Zwischenstation nutzten und wer dort dauerhaft sesshaft werden wollte. Daher können die Zahlen nur ein ebensolcher Anhaltspunkt sein, wie die des Hauptsozialamtes Berlin. Diese Zentralstelle des Sozialsenators in der Kuno-Fischer-Straße – auch als Flüchtlingsdienst betitelt – war von den Sozialämtern im Januar 1949 ins Leben gerufen worden und sollte das Umherziehen der Flüchtlinge zwischen den verschiedenen Stadtteilen verhindern. Dort ließen sich im ersten Halbjahr 1949 rund 14 000 Flüchtlinge aus der SBZ registrieren.¹⁴

Aufgrund der dargestellten Ausgangslage wäre zu vermuten, dass es vornehmlich die Überfüllung Westberlins war, die den Plan nahelegte, Flüchtlinge in den ohnehin ständig pendelnden Flugzeugen in die Westzonen auszufliegen. Dagegen spricht allerdings schon die Tatsache, dass im ganzen Jahr 1949 nur rund 5 000 Flüchtlinge auf diesem Weg offiziell transportiert wurden und darüber hinaus wohl auch etliche, die der SBZ den Rücken gekehrt hatten, ihren Platz im Flugzeug selbst bezahlen konnten.¹⁵

Um die Zielsetzung des Flüchtlingsausflugs mit der Berliner Luftbrücke zu ergründen, ist es daher aufschlussreicher, den Blick zunächst von Berlin weg in den Westen der britischen Besatzungszone zu wenden. Denn bei der Flüchtlingslenkung nach dem Zweiten Weltkrieg spielten die Sogkräfte in Westdeutschland eine ebenso große Rolle wie die Schubkraft der sich sowjetisierenden SBZ. In dem vorliegenden Fall bestanden diese Sogkräfte ohne Frage auch in der Erwartung von Freiheit und besseren Lebensumständen im Westen, doch entgegen dem Trend einer generellen Ablehnungshaltung nutzten die staatlichen Stellen diese Kräfte selbst aus.

Denn die in die britische und die amerikanische Zone einströmenden Menschen aus der SBZ wurden von der westdeutschen Gesellschaft keineswegs mit offenen Armen empfangen.¹⁶ Ungeachtet aller Integrationsprobleme der Flüchtlinge und Vertriebenen aus Ostmitteleuropa, akzeptierten die Westdeutschen doch weitgehend, dass diese unter Zwang ihre Heimat hatten verlassen müssen. Vor allem für die mit Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten stark belegten Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein, aber auch für das von Bombenzerstörungen sehr in Mitleidenschaft gezogene Nordrhein-Westfalen, stellte die Wohnraumbeschaffung ein großes Problem dar. Die ab 1947 vermehrt in den

Westzonen ankommenden Menschen aus dem russischen Einflussbereich wurden somit als weitere Verschärfung des Problems wahrgenommen. Ab Frühling 1947 grenzten die Behörden aus diesen Gründen zunächst die Vertriebenen von den SBZ-Zuwanderern ab. Unter den so bezeichneten *illegalen Grenzgängern* unterschieden die Verwaltungen dann vereinfacht gesagt abermals zwischen *echten Flüchtlingen*, die aufgrund politischer Verfolgung geflohen waren und Zuwanderern, die anderweitige Motivation zum Verlassen der SBZ bewogen hatte. In Niedersachsen wurde diese Unterscheidung im Durchgangslager Uelzen-Bohldamm vorgenommen.¹⁷ Gegen eine zwangsmäßige Rückführung von Abgelehnten in die SBZ erhob die britische Militärregierung aber stets Einspruch, sodass eine Anerkennung grundsätzlich gleichzusetzen war mit dem Anspruch auf Wohnraumvermittlung und weitere Hilfsleistungen, keineswegs aber über das Bleiberecht als solches entschied.¹⁸

Gerade Nordrhein-Westfalen brauchte jedoch die SBZ-Zuwanderer als Arbeitskräfte für den Bergbau und die Industrie.¹⁹ Eine fehlende fachliche Qualifikation war kein Hindernis, weil vor allem im Bergbau auch ungelernete Hilfskräfte benötigt wurden. Vorteilhaft war zudem, dass innerhalb der SBZ-Flüchtlinge der Anteil an jungen, arbeitsfähigen Männern deutlich höher war, als unter den Vertriebenen und auch dadurch bedingt ihre Unterbringung vergleichsweise einfacher fiel. Die SBZ-Zuwanderer brachten seltener eine Familie mit und konnten so in Zeiten extremer Wohnungsknappheit besser in Massenquartieren untergebracht werden.²⁰ Darüber hinaus wurde eine zeitweise Trennung von den Familien akzeptiert. Dies habe das Beispiel der illegalen Zuwanderer aus Berlin gezeigt, wie das Landesarbeitsamt 1955 in der Rückschau bemerkte.²¹ Hiermit könnten auch die Luftbrückenflüchtlinge gemeint gewesen sein, an deren Beispiel im Folgenden belegt wird, dass die britische Militärregierung und die deutschen Behörden vor allem den Arbeitsmarkt im Blick hatten, sich aber sonst mit einer zielgerichteten Flüchtlingslenkung schwer taten.

Ganz im Sinne der britischen Praxis des *indirect-rule* – am treffendsten wohl zu übersetzen mit Planungsverwaltung – war die Arbeitskräfteelenkung in der britischen Besatzungszone die Aufgabe der deutschen Behörden, dies allerdings unter der Aufsicht der *Manpower Division*.²² Im Spätsommer 1948 war es aber das Berliner Hauptquartier der *Control Commission for Germany, British Element* (CCG, BE), das die Möglichkeit erkannte, die Bedarfsdeckung an Arbeitskräften im Ruhrgebiet und das Berliner Flüchtlingsproblem zu verbinden. Hierbei kam den Briten die Zusammensetzung der SBZ-Flüchtlinge, die nach Berlin strömten, sehr entgegen. Neben politisch Verfolgten und Personen, die sich aus persönlichen Grün-

den nicht mit dem sich herausbildenden System in der SBZ arrangieren konnten, stellten die sogenannten Aue-Flüchtlinge das größte Kontingent. Bei dieser Gruppe handelte es sich um junge Männer, die zur Arbeit in den Uran-Minen im Erzgebirge verpflichtet worden waren. Teilweise wurden die »Bergleute wider Willen« unter die politischen Flüchtlinge gezählt, weil das Ost-Regime viele von ihnen aufgrund politischer Oppositionshaltung zu der gesundheitsgefährdenden Arbeit herangezogen hatte.²³

Die Zusammensetzung der Aue-Flüchtlinge entsprach ziemlich genau dem Bedarf und den bezeichneten Präferenzen im westdeutschen Revier und so drängte sich die Idee nahezu auf, diese als Arbeiter dort einzusetzen:

*This class consists mainly of young fit men [...]. In spite of this it is considered that on the whole these young men would be an asset to the British Zone, particularly in coal mining.[...] The Chief Manpower Officer Nord Rhein/Westfalen has said he is willing to accept single young men and can place them in other manual employment should they prove unfit for coal mining. It is recommended, therefore, that single men willing to work in the coal mines should be assisted to travel to the Ruhr.*²⁴

Das tragende Argument war also die Bereitschaft und die Fähigkeit zu körperlicher Arbeit, wobei ein weiterer möglicher Aspekt in dem Papier keine Erwähnung findet. So dürfte es auch von Vorteil gewesen sein, dass diejenigen Männer, die tatsächlich schon in den Wismut-Bergwerken um Aue gearbeitet hatten, zumindest über grundsätzliche Bergbau-Kenntnisse verfügten. Für die Arbeitskräfte lenkung schien jedoch entscheidender gewesen zu sein, dass die jungen Männer ledig waren. Selbst wenn Verheiratete, wie oben beschrieben, ihre Familien zunächst zurückließen, würde ein anhaltender Druck entstehen, auch deren Familien eine Zuzugsgenehmigung für das an Wohnraum knappe Ruhrgebiet zu erteilen. Verheiratete Männer könnten daher nicht akzeptiert werden.²⁵

Die angestellten Überlegungen waren in ihren Grundzügen schon die Basis für das Konzept, das in der Folge für den Transfer von Arbeitskräften entworfen wurde – später versehen mit dem militärischen Decknamen *Operation Planet*.²⁶ In der Entwurfsphase wurde abermals deutlich, dass für die Militärregierung das Problem nicht in erster Linie die in Berlin ankommenden Flüchtlinge waren – ihre Zahl wurde mit weniger als 50 pro Woche als unwesentlich eingestuft – sondern die Frage, wie die Berliner SBZ-Flüchtlinge möglichst arbeitsmarktorientiert in ihrer Zone angesiedelt werden könnten.²⁷ Denn entgegen den Wunschvorstellungen setzten sich die Flüchtlinge nicht nur aus potenziellen Bergleuten zusammen. So enthielt ein erster Entwurf, der die Zahl der auszufliegenden Flüchtlinge bestimmte, gleichzeitig auch Quoten für drei verschiedene Gruppen.

Das größte Kontingent (Kategorie A) sollte pro Monat maximal 140 ledige Aue-Flüchtlinge (*refugees from the uranium mines*) umfassen. Dazu sahen die Überlegungen höchstens 80 Personen der zweiten Gruppe (Kategorie B) vor, die aus verheirateten Aue-Flüchtlingen mit ihren Familien bestand, hiervon aber immer noch 30 potenzielle Bergarbeiter. Zuletzt schließlich sollten weitere 80 Flüchtlinge (Kategorie C) akzeptiert werden, von denen wiederum 30 Arbeiter sein sollten, allerdings nicht im Bergbau.²⁸ Die Genehmigung der Quoten erfolgte am 6. Oktober 1948 durch die Regionalkommissare der Militärregierung²⁹ und Ende des Monats sollte der erste Transport von 150 Aue-Flüchtlingen der Kategorie A zum Abtransport nach Lübeck bereitstehen.³⁰

Der Ablauf der Ausflüge war sehr genau festgelegt. Nach ihrer Ankunft in Berlin wurden die Flüchtlinge, die in Westdeutschland arbeiten wollten, in Zuständigkeit des Arbeitsamtes Charlottenburg für den Abflug mit der Luftbrücke registriert und anschließend aus Sicherheitsgründen überprüft.³¹ Wer dort nicht abgewiesen wurde, hatte sich einer medizinischen Untersuchung zu stellen, die neben der Arbeitsfähigkeit auch sicherstellen sollte, dass keine ansteckenden Krankheiten vorlagen. Mit einem Maximum von 30 Kilogramm Gepäck wurden die kleinen Gruppen in Frachtflugzeugen des Typs York dann von Gatow zum Flughafen Lübeck-Blankensee³² geflogen und von dort per Zug weiter zum Flüchtlingsaufnahmelaager Hiltrop (nördlich von Bochum) geleitet.³³

Das Unterbringungsproblem für Familien war auch mit dem Anlaufen der *Operation Planet* Anfang November 1948 noch nicht befriedigend gelöst worden. Für verheiratete Männer, die zur Arbeit ins Ruhrgebiet geschickt wurden, bedeutete dies, dass sie dort voraussichtlich ohne ihre Familien leben müssten. Aus diesem Grund wurde für die Kategorie-C-Flüchtlinge (keine Bergbauverwendung) erstmals Niedersachsen als Zielraum ins Spiel gebracht.³⁴ Ab Dezember kamen vermehrt *Non-Miners* in Nordrhein-Westfalen an – teils mit ihren Familien.³⁵ Viele der ins Ruhrgebiet geleiteten Flüchtlinge waren zudem nicht geeignet, um in den Bergwerken zu arbeiten. Mitte Januar schließlich fiel die Entscheidung zu einer Übernahme der Kategorie-C-Flüchtlinge durch Niedersachsen, nachdem das Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen wegen der Überbelegung der Lagerkapazitäten abermals darauf insistiert hatte.³⁶

In Niedersachsen war die Unterbringung dieser Flüchtlinge, die ja nur zu einem geringeren Teil aus Arbeitern bestanden, die vordringliche Aufgabe. Deshalb hatte hier anstatt des Arbeitsamtes das Ministerium für Flüchtlingsangelegenheiten unter dem Minister Heinrich Albertz (SPD) die Übernahme der Berlin-Flüchtlinge zu organisieren.³⁷ Im Zuständigkeits-

bereich Albertz' – 1966/67 kurzzeitig regierender Bürgermeister von Berlin – lag auch das Flüchtlingsdurchgangslager Uelzen-Bohldamm. Schon seit Anfang 1947 war die Registrierung, Überprüfung und Weiterleitung von SBZ-Zuwanderern die Aufgabe dieser Ost-West-Schleuse und folgerichtig wurden von Uelzen aus auch die dort ankommenden Transporte der Berliner SBZ-Flüchtlinge an ihre Bestimmungsorte weitergeleitet.³⁸

Obwohl das Problem der Kategorie-C-Flüchtlinge damit notdürftig gelöst war, wähten die Briten eine Verschlechterung der Berliner Flüchtlingssituation gerade durch die Flüchtlingsausflüge im Zeichen der *Operation Planet*:

*A detailed survey of Berlin refugee problem has been made and the effect of Operation »Planet« carefully studied. [...] It has been decided that this operation has little beneficial effect on the general problem but on the contrary offers an inducement to Soviet Sector and Soviet Zone residents to drift into Berlin in the hope of obtaining an air passage to the West.*³⁹

In der Konsequenz zögerte die Militärregierung nicht lange und entschloss sich schon am 24. März 1949 dazu die Aktion zum 14. April auslaufen zu lassen. Die letzten 300 noch in Berlin auf den Abflug wartenden Flüchtlinge waren in die Kategorie C einzuordnen.⁴⁰ Eine Tatsache, die den Briten die Abbruch-Entscheidung nicht gerade erschwert haben dürfte, hieß dies doch im Umkehrschluss, dass keine geeigneten jungen Männer aus dem Erzgebirge mehr zur Verfügung standen. Eine Annahme, die auch die Gesamtzahlen der *Operation Planet* nicht unrealistisch erscheinen lassen: 661 arbeitsfähigen, ledigen Männern der Kategorie A standen 55 Personen der Kategorie B und 701 der Kategorie C gegenüber.⁴¹ Die Zahlen legen nahe, dass der Hauptzweck, die Arbeitskräftelenkung ins Ruhrgebiet, kaum noch zu erfüllen war, da zu wenig unverheiratete männliche Flüchtlinge zur Verfügung standen, die ferner für harte körperliche Arbeit geeignet waren. Eine Weiterführung der *Operation Planet* schien aus diesem Blickwinkel nicht erfolversprechend gewesen zu sein.

Anmerkungen

1 Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt a.M. 1950, S. 426.

2 Beispielhaft für die wissenschaftlichen Publikationen: Helmut Trotnow/Bernd von Kostka (Hg.), Die Berliner Luftbrücke. Ereignis und Erinnerung, Berlin 2010; Paul Steege, Black Market, Cold War. Every Day Life in Berlin, 1946–1949, Cambridge 2007; Roger G. Miller, To Save a City. The Berlin Airlift, 1948–1949, College Station/Tex. 2000.

- Vgl. als eher populäre Veröffentlichungen etwa Michael D. Haydock, *City under Siege. The Berlin Blockade and Airlift, 1948–1949*, Washington D.C. 1999; Richard Reeves, *Daring Young Men. The Heroism and Triumph of the Berlin Airlift*, June 1948 – May 1949, New York 2010; D.M. Giangreco/Robert E. Griffin, *Airbridge to Berlin. The Berlin Crisis of 1948, its Origins and Aftermath*, Novato/Cal. 1988.
- 3 Torben Giese, Die Westdeutschen und ihr Verhältnis zur Luftbrücke und den Amerikanern, in: *Historische Zeitschrift*, Nr. 291, 2010, S. 663–687.
 - 4 »The Airlift was very much a British idea«, so Sir Frank Roberts, Privatsekretär des britischen Außenministers Ernest Bevin. Zitiert nach Patrick Salmon, *Riding out the crisis. Ernest Bevin and the Berlin Blockade*, in: Trotnow/v. Kostka, *Die Berliner Luftbrücke* (Anm. 2), S. 39–50, hier S. 43.
 - 5 William Stivers, *The Incomplete Blockade. Soviet Zone Supply of West Berlin, 1948–49*, in: *Diplomatic History*, Nr. 21, 1997, S. 569–602; Michael Lemke, *Totale Blockade? Über das Verhältnis von Abschottung und Durchlässigkeit im Berliner Krisenalltag 1948/49*, in: Trotnow/v. Kostka, *Die Berliner Luftbrücke* (Anm. 2), S. 121–135.
 - 6 Hans Heinrich Mahnke, *Der Zugang nach Berlin* (2 Teile), in: *Deutschland Archiv*, Nr. 5, 1972, S. 140–148, 364–387.
 - 7 *Berlin Air Lift. An Account of the British Contribution*, London 1949, S. 54.
 - 8 Ulrich Kubisch, *Klein, aber flexibel, Der Luftbrückenstützpunkt Lübeck-Blankensee*, in: Uwe Förster u. a. (Hg.), *Auftrag Luftbrücke. Der Himmel über Berlin 1948–1949*, Berlin 1998; Wolfgang J. Huschke, *Die Luftbrücke nach Berlin 1948/49. Ihre technischen Voraussetzungen und deren erfolgreiche Umsetzung*, Berlin 1998 (Diss. TU Berlin, Ms.), S. 115–116.
 - 9 *Berlin Air Lift* (Anm. 7), S. 54.
 - 10 *HQ British Troops Berlin/RAF Gatow* (Hg.), *Notes on the Blockade of Berlin 1948. From a British Viewpoint in Berlin, 1949*, S. 54; Vgl. hierzu auch die populärhistorische Studie von Klaus Scherff, *Luftbrücke Berlin*, Stuttgart 1976, S. 143–144.
 - 11 *Berlin Air Lift* (Anm. 7), S. 50, 54.
 - 12 Vgl. Hans Joachim von Koerber, *Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge aus der Sowjetzone in Westberlin*, Berlin 1954, S. 7–9; S. auch Damian van Melis, »Republikflucht« – Flucht und Vertreibung aus der SBZ/DDR 1945–1961, München 2006.
 - 13 Koerber, *Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge aus der Sowjetzone in Westberlin* (Anm. 12), S. 34.
 - 14 *Der Flüchtlingsberater* 2, 1949, S. 254.
 - 15 Koerber, *Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge aus der Sowjetzone in Westberlin* (Anm. 12), S. 18.
 - 16 Vgl. zu der Problematik Volker Ackermann, *Der »echte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961*, Osnabrück 1995.
 - 17 Vgl. hierzu ausführlich Arne Hoffrichter, Heinrich Albertz und die SBZ-Flucht. Zur Rolle Niedersachsens, der Presse und des Durchgangslagers Uelzen-Bohldamm im Prozess der Notaufnahmegesetzgebung 1949/1950, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte*, Nr. 84, 2012, S. 377–409.

- 18 Hierzu detailliert Helge Heidemeyer, *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer*, Düsseldorf 1994.
- 19 Uwe Kleinert, *Die Flüchtlinge als Arbeitskräfte – zur Eingliederung der Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen nach 1945*, in: Klaus J. Bade (Hg.), *Neue Heimat im Westen: Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler*, Münster 1990, S. 37–60, hier S. 38.
- 20 Ebd., S. 43–44; Vgl. zu den Unterbringungsproblemen trotz Arbeitskräftebedarf auch: Erlass des Ministers für Wiederaufbau und des Sozialministers (NRW) zur Aufnahme illegaler Grenzgänger als Arbeitskräfte, 1.4.1949, abgedr. in: Günter Grannicky/Hanns Peters, *Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge im Land Nordrhein-Westfalen*, Troisdorf 1949, S. 39–40.
- 21 Kleinert, *Die Flüchtlinge als Arbeitskräfte* (Anm. 19), S. 50.
- 22 Labour Supply Directive der Manpower Division, 20.12.1947, in: National Archives London (NAL), Foreign Office (FO) 1051/251 (Movement Refugee from Berlin »Operation Planet« [Policy]). Die in der Akte enthaltenen Dokumente geben einen umfassenden Einblick in die Arbeitskräftelenkung im Zuge der Berliner Luftbrücke. Zur britischen Besatzungsverwaltung insgesamt vgl. exemplarisch Adolf M. Birke/Eva A. Mayring (Hg.), *Britische Besatzung in Deutschland. Aktenerschließung und Forschungsfelder*, London 1992.
- 23 Koerber, *Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge aus der Sowjetzone in Westberlin* (Anm. 12), S. 16–17; Headquarters (HQ) Military Government (MG), British Troops Berlin (BTB) an Central Secretariat Berlin, HQ Control Commission for Germany, British Element (CCG, BE), 9.11.1948, in: NAL, FO 1051/251. In Niedersachsen genügte generell auch eine Arbeitsverpflichtung im Uran-Bergbau nicht, um als politischer Flüchtling zu gelten. Vgl. Zeugenaussage des Uelzener Lagerleiters Georg Ahlers vor dem Amtsgericht Köln, 2.3.1949, in: Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover (HStAH), Nds. 385, Nr. 265, Bl. 17.
- 24 HQ MG, BTB an Central Secretariat Berlin (Anm. 23).
- 25 Ebd.
- 26 Zonal Office, Manpower Adviser, Lemgo an Chief Manpower Officers der Länder, 24.1.1949, in: NAL, FO 1051/251.
- 27 Deputy to the Manpower Adviser an Manpower Zonal Office, 23.9.1948, in: NAL, FO 1051/251; Vgl. auch den Kommentar der Militärregierung in Lemgo, 1.10.1948: My own guess is that the problem is too insignificant to worry about. In: NAL, FO 1051/251.
- 28 HQ CCG (BE) Berlin an Deputy Chief of Staff, Zonal Executive Offices, Lübbecke, 29.9.1948, in: NAL, FO 1051/251.
- 29 HQ CCG (BE) Berlin an Deputy Chief of Staff, Zonal Executive Offices, Lübbecke, 12.10.1948, in: NAL, FO 1051/251.
- 30 Manpower Branch, HQ MG, BTB an Chief Manpower Officer, HQ CCG (BE) Kiel, 19.10.1948, in: NAL, FO 1051/251.
- 31 Die Untersuchungen durch den Geheimdienst seien eine große Hilfe für die zuständigen Stellen in Berlin gewesen. Vgl. Auszug aus dem 18. Depco Meeting, 24.11.1948, in: NAL, FO 1051/251.

- 32 Auch wenn dies nicht in der Anweisung steht, wurden ebenso Flüchtlinge nach Wunstorf bei Hannover geflogen. Vgl. Manpower Branch HQ MG, BTB an Zonal Office, Manpower Adviser Lemgo, in: NAL, FO 1051/251.
- 33 HQ MG, BTB an diverse Empfänger, 30.10.1948, in: NAL, FO 1051/251.
- 34 Zwei Schreiben D.M. Clearys, Manpower Zonal Office Lemgo, 9.11.1948, in: NAL, FO 1051/251.
- 35 Statistik, 14.1.1949, in: NAL, FO 1051/251.
- 36 Zonal Office, Manpower Adviser Lemgo an Chief Manpower Officers der Länder, 24.1.1949, in: NAL, FO 1051/251.
- 37 Manpower Branch, HQ Niedersachsen an Zonal Office, Manpower Adviser Lemgo, 16.2.1949, in: NAL, FO 1051/251.
- 38 Ebd.
- 39 Manpower Branch HQ MG, BTB an diverse Empfänger, 7.4.1949, in: NAL, FO 1051/251.
- 40 Manpower Branch, HQ Niedersachsen an Zonal Office, Manpower Adviser Lemgo, 16.2.1949, in: NAL, FO 1051/251.
- 41 Statistik, 2.5.1949, in: NAL, FO 1051/251.



Aufnahmeheim Eisenach

Tobias Wunschik

Die Aufnahmelager für West-Ost-Migranten. Öffentliche Darstellung und heimliche Überwachung nach dem Mauerbau

Die Aufnahme der Migranten

Im geteilten Deutschland flüchteten zwischen 1949 und 1988 3,3 Millionen Menschen in die Bundesrepublik.¹ Etwa 400 000 unter ihnen kamen wieder zurück in die DDR. Dahinter standen, zumindest seit der wirtschaftlichen Konsolidierung der Bundesrepublik gegen Mitte der fünfziger Jahre, wohl weniger ökonomische oder politische als vielmehr private Motive.² Hinzu kamen noch etwa 200 000 im Westen geborene Bürger, die in den anderen Teil Deutschlands wechselten – so genannte

Erstzuziehende, wie sie Ostberlin in Abgrenzung zu den Rückkehrern nannte. Diese Wanderungsbewegung blieb nach der Pionierarbeit von Andrea Schmelz lange Zeit unerforscht; erst Bernd Stöver, Ulrich Stoll und Kim Priemel schenkten ihr wieder Beachtung.³

Insbesondere weil die DDR beim wirtschaftlichen Aufschwung mit der Bundesrepublik nicht mithalten konnte, kamen ab Mitte der fünfziger Jahre immer weniger Menschen. Wenn jedoch die »Abstimmung mit den Füßen« schon nicht zu gewinnen war, wollte das SED-Regime die neuen DDR-Bürger zumindest streng überprüfen, um Spione, politisch Missliebige und Kriminelle herauszufiltern. Seit 1957 sollte daher jeder West-Ost-Übersiedler zunächst in einem Lager oder Aufnahmeheim untergebracht werden; dies betraf etwa 96 Prozent der West-Ost-Migranten des Jahres 1960.⁴ 1958 stellte eine Neufassung des Passgesetzes das »illegale Verlassen der DDR« ausdrücklich unter Strafe. Zwar sicherte der Staatsrat im August 1964 den meisten Rückkehrern Straffreiheit zu, doch kamen zwischen Mauerbau und Jahresende 1965 insgesamt nur noch 65 803 West-Ost-Migranten – was etwa dem Durchschnitt eines Jahres vor dem Mauerbau entsprach.⁵ Dabei wurden 27 Prozent der Rückkehrer und 58 Prozent der Zuziehenden abgelehnt. Dieses war ein Ausdruck einer strengeren Auswahl als vor dem Mauerbau.⁶ Als die DDR dann 1966 das Passierscheinabkommen auf dringende Familienfälle beschränkte, wurde die West-Ost-Migration weitgehend zur Einbahnstraße – die nur noch 2 000 bis 3 000 Personen im Jahr zu nehmen wagten.⁷

Aufnahmeheime bestanden Mitte der sechziger Jahre auf zentralstaatlicher Ebene in Barby, Eisenach, Pritzler und Saasa sowie auf bezirklicher Ebene in Velgast, Militzsee, Loburg, Schmalkalden, Kraftsdorf, Karl-Marx-Stadt, Zirkelschacht, Leipzig, Dresden, Kablenz, Fürstenwalde, Potsdam und Berlin-Weißensee.⁸ Dieses Netz ließ sich die DDR mehr als 3 Millionen Mark im Jahr kosten. 1969 waren in den Aufnahmeheimen 285 Mitarbeiter beschäftigt, die als Angestellte der Heime die Migranten versorgten, sie als Mitarbeiter des Pass- und Meldewesens erfassten, sie als Angehörige der Kriminalpolizei vernahmen oder sie als Mitarbeiter des Betriebsschutzes bewachten. Nicht mitgerechnet sind hierbei die Mitarbeiter der Staatssicherheit, die Migranten vernahmen sowie Spitzel anwarben.⁹ Obwohl die Heime ihre Plätze bereits reduziert hatten (so etwa das größte, Barby, von 650 auf 260 Betten), waren die Heime mit ihrer Gesamtkapazität von 1 500 Plätzen nicht einmal zu einem Fünftel ausgelastet. Die Migranten mussten dabei durchschnittlich 24 Tage in den zentralen und 38 Tage in den regionalen Aufnahmeheimen bleiben.

Mitarbeiter, Rückkehrer, Zuziehende und Staatsicherheit in den Zentralen Aufnahmeheimen und den Aufnahmeheimen der Bezirke (1969)¹⁰

Aufnahmeheim	Mitarbeiter				Kosten/Jahr
	MA Heim	K, P/M	Be- triebss.	ges.	
Barby	34	13	14	61	694 227
Saasa	16	11	10	37	284 900
Blankenfelde	22	10	12	44	349 428
Pritzler	25	6	10	41	395 100
Molkenberg	13	3	6	22	143 200
Zwischensumme	110	43	52	205	1 866 855
Berlin	k. A.	k. A.	k. A.	8	73 000
Cottbus	k. A.	k. A.	k. A.	6,5	73 000
Dresden	k. A.	k. A.	k. A.	6,5	225 000
Frankfurt/Oder	k. A.	k. A.	k. A.	4	83 000
Gera	k. A.	k. A.	k. A.	8	52 000
Halle	k. A.	k. A.	k. A.	10	141 000
Karl-Marx-Stadt	k. A.	k. A.	k. A.	5	149 000
Leipzig	k. A.	k. A.	k. A.	9	86 000
Magdeburg	k. A.	k. A.	k. A.	2	68 000
Neubrandenbg.	k. A.	k. A.	k. A.	4	79 000
Potsdam	k. A.	k. A.	k. A.	7	66 000
Rostock	k. A.	k. A.	k. A.	2	75 000
Schwerin	k. A.	k. A.	k. A.	1	80 000
Suhl	k. A.	k. A.	k. A.	7	52 000
Wismut	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Zwischensumme	k. A.	k. A.	k. A.	80	≥ 1 302 000
gesamt	> 110	> 43	> 52	> 285	≥ 3 168 855

Weil der erhoffte Zuspruch ausblieb, wurden etliche Lager und Heime geschlossen, so im Sommer 1972 Blankenfelde und Pritzler.¹¹ Die deutsch-deutschen Grundlagenverträge führten nicht automatisch zu mehr West-Ost-Migranten, doch gingen jährlich 1 000 bis 1 200 schriftliche Vorausfragen aus der Bundesrepublik ein.¹² Um die Kräfte zu bündeln, wurde dann

Migranten			Maßnahmen des MFS					
Kapazität	Durchlauf 1969	monatl. Auslast./%	OV	op. Vorlauf	Festnahme	op. Anfangsmat.	IM-Anfangsmat	IM-Vorlauf
240	1060	36	1	2	2	21	15	8
200	1127	61	0	1	5	33	4	3
189	716	60	1	4	7	22	22	0
250	462	15	0	3	4	1	12	2
35	75	17	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
914	3440	25,6	≥2	≥10	≥18	≥77	≥53	≥13
100	157	13	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
60	23	3	0	0	0	4	0	0
30	64	16	0	1	1	3	2	1
50	30	6	0	0	1	5	3	1
50	18	4	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
70	71	8	0	0	0	10	0	0
16	64	31	0	0	0	4	3	1
80	45	5	0	0	0	0	0	0
35	107	26	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
36	17	6	0	0	0	0	0	0
46	53	9	0	0	0	5	0	2
45	49	9	0	0	0	0	4	1
24	86	33	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
32	37	9	5	0	4	0	0	0
k. A.	k. A.	k. A.	0	1	0	13	1	0
≥674	≥821	~12,7	≥5	≥2	≥6	≥44	≥13	≥6
≥1588	≥4261	~19,3	≥7	≥12	≥24	≥121	≥66	≥19

im April 1979 das Zentrale Aufnahmeheim Röntgental (mit einer Kapazität von 117 Betten) eröffnet.¹³ Im Gegenzug wurden dann auch Saasa und Barby geschlossen; neben einigen Bezirksheimen blieb auf zentraler Ebene lediglich Molkenberg bestehen, bis es 1986 in das neue Haus 11 in Röntgental verlegt wurde.¹⁴

Das Aufnahmeheim Röntgental

Auch das neue Aufnahmeheim unterstand zwar dem Ministerium des Innern, doch hinter den Kulissen zog die Staatssicherheit die Strippen.¹⁵ Sie hatte zur Errichtung von Röntgental beigetragen und steuerte das Reglement vor Ort. Leitende Kader im Ministerium des Innern kooperierten mit der Geheimpolizei, und als Leiter Röntgentals fungierte ein Offizier in besonderem Einsatz, Roland Stegbauer. Bei einer Belegung mit durchschnittlich nur 12 West-Ost-Migranten unterstanden ihm 114 Mitarbeiter, die der Hauptabteilung Kriminalpolizei, dem Bereich Innere Angelegenheiten und dem Betriebsschutz angehörten. Stegbauer nicht untergeordnet waren die 19 Hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit,¹⁶ die in Röntgental Vernehmungen führten und unter den vorgenannten Beschäftigten 26 Zuträger führten (22,8 Prozent).¹⁷ In dieser Stärke waren die verschiedenen Abteilungen der Staatssicherheit sonst nur in besonders bedeutsamen Dienststeinheiten des Ministeriums des Innern präsent.¹⁸

Die Beschäftigten sollten dem SED-Regime treu ergeben sein sowie möglichst keine »Westverwandtschaft« besitzen.¹⁹ Weil die Praxis oft eine andere war, führte die zuständige Hauptabteilung VII in den achtziger Jahren etwa 25 Überwachungsmaßnahmen (in Form einer Operativen Personenkontrolle/OPK) überwiegend gegen die Mitarbeiter Röntgentals durch.²⁰ Und 1977 liefen gegen die seinerzeit 72 Mitarbeiter Barbys immerhin sieben OPKs.²¹ So wurde beispielsweise ein Vernehmer der Kriminalpolizei ab 1987 in OPK bearbeitet, weil er trotz eines Gehalts von 1 700 Mark wegen Unterhaltszahlungen in finanziellen Schwierigkeiten steckte und deswegen als erpressbar galt. Es wurden dann sieben Inoffizielle Mitarbeiter (IM) auf ihn angesetzt, Zweitschlüssel von Dienstzimmer und Wohnung gefertigt sowie sein Telefon abgehört – letztlich ergebnislos.²² Dagegen wurde selbst ein Kraftfahrer Röntgentals entlassen, da er in »negativen Kreisen« verkehrte.²³ Und die Staatssicherheit überprüfte selbst zeitweilig eingesetzte Handwerker²⁴ sowie sämtliche 700 Einwohner der Gemeinde Röntgental.²⁵

Die Migranten im Visier der Staatssicherheit

Wenn potentielle DDR-Bürger aus den Westen bei verschiedenen Stellen von Staat und Partei um Aufnahme ersuchten, wurden der Staatsrat oder das Büro Honecker, das Ministerium des Innern sowie die Staatssicherheit involviert. Förmlich formulierte dann das Ministerium des Innern Ant-

wortschreiben, während zugleich eine Rückinformation an das Zentralkomitee der SED erfolgte.²⁶ Ersuchten Personen um Wiederaufnahme, die von Westreisen nicht zurückgekehrt waren, war die für strafrechtliche Untersuchungen verantwortliche Linie IX des Ministeriums für Staatssicherheit zu beteiligen.²⁷

Unterbringung und »Durchleuchtung« in einem Heim blieb kaum einem Betroffenen erspart. Alle Migranten mussten bei Ankunft ihre Devisen ganz oder teilweise den DDR-Behörden überlassen, wodurch die Staatskasse der DDR zwischen 1981 und 1985 fast 7,5 Millionen D-Mark einnahm.²⁸ Die Migranten durften während ihres Aufenthaltes das Aufnahmeheim nicht verlassen, mit Ausnahme etwa eines Arztbesuchs, wobei ein Mitarbeiter Röntgentals den Betreffenden nicht aus den Augen ließ.²⁹

Der Tagesablauf begann mit Wecken um 6:30 Uhr, ab 8 Uhr folgten Vernehmungen und Nachtruhe war für 22 Uhr angeordnet. Von verheerender Wirkung waren besonders die Verhöre durch Volkspolizei und Staatssicherheit.³⁰ So wurden die Angehörigen einer Familie nach Möglichkeit getrennt voneinander, gleichzeitig und mehrfach hintereinander befragt um Widersprüche aufzudecken.³¹ Zuletzt wurden außerdem zwei von drei Aufnahmeersuchenden abgehört.³² Diese »Durchleuchtung« war derart bedrückend, die Lebenssituationen teils so ausweglos und die Migranten mitunter psychisch derart instabil, dass sich in den achtziger Jahren mindestens fünf Personen das Leben nahmen und drei weitere dies versuchten.³³

Ausweislich der oben stehenden Tabelle bearbeitete die Staatssicherheit 3,2 Prozent der West-Ost-Migranten des Jahres 1969 operativ, verhaftete 0,5 Prozent sofort und wollte 2 Prozent als IM anwerben. Nicht erfasst sind die Zurückweisungen sowie spätere Verhaftungen.³⁴ Im Jahr 1987 bearbeitete der Mielke-Apparat demgegenüber 6,4 Prozent aller West-Ost-Migranten³⁵ und warb (in den ersten neun Monaten des Jahres 1986) fast 3 Prozent der Migranten als IM (13 von 453 Personen).³⁶ Sofern diese Momentaufnahmen aussagekräftig sind, zogen die wenigeren Aufnahmeersuchenden offenbar eine immer intensivere Überwachung auf sich. Deswegen – und weil offenbar nur noch aussichtsreiche Kandidaten kamen – wurden 1986 auch höchstens 16 Prozent abgelehnt.³⁷

In einer OPK wurde beispielsweise eine 26-jährige Frau bearbeitet, deren Mann als entschiedener Gegner des SED-Regimes galt und sie möglicherweise in die DDR geschickt hatte – weswegen acht IM sie in Röntgental ausforschten. Um noch mehr zu erfahren, wurde sie in die DDR aufgenommen, mehrere Tage observiert und durch mindestens vier weitere IM beobachtet; die friedliche Revolution verhinderte die Klärung der

Vorwürfe.³⁸ Da West-Ost-Migranten in den späten achtziger Jahren meist nur noch 14 Tage in Röntgental blieben, wurden ohnehin viele erst am neuen Wohnort »durchleuchtet«.³⁹ Und gerade weil sie so genau beobachtet wurden, gingen in den sechziger Jahren durchschnittlich 8,5 Prozent aller registrierten Straftaten auf West-Ost-Migranten zurück, obwohl ihr Bevölkerungsanteil nur 3,2 Prozent betrug.⁴⁰

Darstellung und Verschweigen der Migration

Schon die Abwanderung vor dem Mauerbau ließ sich propagandistisch kaum verwerten.⁴¹ Vorzüglich passte es hingegen in das Weltbild des Regimes, wenn geflohene DDR-Bürger zurückkehrten oder geborene Bundesbürger zuzogen. West-Ost-Migranten wurden daher offensiv umworben und konnten geschönte Autobiographien veröffentlichen.⁴² Rückkehrer berichteten der Tagespresse etwa, sie hätten »die ganze Härte des Bonner Regimes zu spüren« bekommen und »immer Hunger« gehabt.⁴³ Solche Propagandaschriften wurden trotz sinkender Zahlen von West-Ost-Migranten bis in die sechziger Jahre produziert.⁴⁴ Und 1963 sowie 1965 drehte die DEFA sogar Kurzfilme, in denen beispielsweise eine 21-Jährige im Aufnahmeheim Eisenach erzählt, dass sie im Westen als Animierdame in einer Bar arbeiten musste.⁴⁵ Demgegenüber seien die ostdeutschen Aufnahmeheime, so hieß es in einschlägigen Ratgebern, »in keiner Weise eine Parallele zu den berüchtigten westdeutschen »Flüchtlingslagern«.⁴⁶

1965 wurde gar einem britischen Journalisten gestattet,⁴⁷ über Barby zu berichten, doch nannte dieser die Motive einiger Migranten (Schulden, Vorstrafen etc.) beim Namen und ließ die Trostlosigkeit des Lagerlebens durchblicken.⁴⁸ Möglicherweise durch diesen Misserfolg befördert – und weil immer weniger Personen kamen –, enthielt sich das SED-Regime fortan eines offensiven Umgangs mit dem Thema.⁴⁹ Die wichtigste Tageszeitung des Landes brachte fast 15 Jahre lang keinen einschlägigen Artikel, so wie die Grenze überhaupt meist verschwiegen wurde.⁵⁰

Erst am 5. März 1985 berichtete das Neue Deutschland mehrspaltig, 20000 Übergesiedelte würden in die DDR zurückkehren wollen und nannte einige von ihnen namentlich. Vermutlich ließ sich die Ausreisewelle im Vorjahr nicht leugnen – und ein leichter Anstieg der Rückkehrerzahlen trug wohl dazu bei, dass das SED-Regime jetzt auf einen Propagandaerfolg hoffte.⁵¹ Dem Artikel »mit besonderer Anstrengung« zugearbeitet und »die Mehrzahl der in der Veröffentlichung [des Neuen Deutschlands] genannten Personen« ausgewählt hatte indes die Staatssicherheit. In den

letzten beiden Jahren, so lobte sich die Geheimpolizei, seien »wesentlich bessere Ergebnisse bei der Prüfung auf Eignung von Personen für öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zur Zurückdrängung von Antragstellungen auf Ausreise« erzielt worden.⁵²

Als indes westliche Journalisten, u. a. Ulrich Stoll, die angeblichen Rückkehrwilligen interviewen wollten, war (vermutlich von ostdeutscher Seite so instruiert) kein einziger zu Aussagen bereit. Andere verneinten sogar, entsprechende Ersuchen gestellt zu haben. Möglicherweise fürchteten sie berufliche oder private Nachteile. Das DDR-Fernsehen nahm daraufhin davon Abstand, einen Film zu diesem Thema zu drehen. Das »Filmstudio Agitation« der Staatssicherheit drehte 1986 zwar einen Streifen, in dem Zugezogene schleppend von ihren Motiven berichten, da sie wohl unter Druck standen, doch der Film wurde bis 1989 nicht gesendet.⁵³

Bereits vor dem Mauerbau kapitulierte das SED-Regime bei seinem Versuch, mehr geflohene DDR-Bürger und Bundesbürger zur Übersiedlung nach Ostdeutschland zu bewegen. Weit überzogene Feindperzeptionen, insbesondere die Furcht vor dem Einschleusen von Spionen, führten zu einer immer intensiveren Durchleuchtung von immer weniger West-Ost-Migranten.

Erst mit enormer zeitlicher Verzögerung wurden Aufnahmeheime in der DDR geschlossen und die Kapazitäten teilweise in Röntgental konzentriert. Die Überwachung und Abschottung des Heimes von Außenwelt und Öffentlichkeit, das Stärkeverhältnisse zwischen den Migranten und ihren Bewachern sowie die Akribie der Überprüfung zeugen einmal mehr von der weit überzogenen Sicherheitsdoktrin des Mielke-Apparates.

Obwohl die Ausreisewelle im Vorfeld der friedlichen Revolution auch mehr Rückkehrer mit sich brachte, wollte die Staatssicherheit bis zuletzt den Überblick behalten.⁵⁴ Das Ministerium des Innern wies unmittelbar nach dem Mauerfall an, das Aufnahmeverfahren auf maximal drei Tage zu verkürzen und die Staatssicherheit wollte die zuständigen Abteilungen personell aufstocken.⁵⁵ Diese Reflexe gingen durch den Fortlauf der Ereignisse freilich ins Leere.

Anmerkungen

1 Vgl. Helge Heidemeyer, *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer*, Düsseldorf 1994, S. 45.

- 2 Vgl. Andrea Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland während des Kalten Krieges. Die West-Ost-Migration in die DDR in den 1950er und 1960er Jahren, Opladen 2002, S. 45–48. Einen extremen Sonderfall stellen rund 600 Fälle von Entführung durch die Staatssicherheit dar. Vgl. Karl-Wilhelm Fricke, Entführungsaktionen der DDR-Staatssicherheit und die Folgen für die Betroffenen, in: Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur«, Band II/1, S. 1169–1208; Susanne Muhle, Auftrag: Menschenraub. Das MfS und seine inoffiziellen Mitarbeiter im »speziellen Westeinsatz«, <http://www.stiftung-aufarbeitung.de/uploads/pdf/muhle.pdf> [1.10.2012].
- 3 Vgl. Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland (Anm. 2); Bernd Stöver, Zuflucht DDR. Spione und andere Übersiedler, München 2009; Ulrich Stoll, Einmal Freiheit und zurück. Die Geschichte der DDR-Rückkehrer, Berlin 2009; Kim Christian Priemel (Hg.), Transit/Transfer. Politik und Praxis der Einwanderung in die DDR 1945–1990, Berlin 2011.
- 4 Vgl. Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland (Anm. 2), S. 188–190, 225.
- 5 Vgl. Stöver, Zuflucht DDR (Anm. 3), S. 83.
- 6 Vgl. Schmelz, Migration und Politik im geteilten Deutschland (Anm. 2), S. 207.
- 7 Vgl. Stöver, Zuflucht DDR (Anm. 3), S. 85, 214.
- 8 Vgl. Instruktion des Ministeriums für Staatssicherheit vom 15.11.1965; BStU, MfS-BdL/Dok. 3349.
- 9 Vgl. Gerhard Neumeier, »Rückkehrer« in die DDR, Das Beispiel des Bezirks Suhl 1961 bis 1972, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 1/2010, S. 69–91.
- 10 Vgl. Arbeitsergebnisse der Aufnahmeheime 1.1969–30.6.1970; BStU, MfS ZKG 17098, Bl. 19–22; Übersicht über die bestehenden Aufnahmeheime; BStU, MfS ZKG 17098, Bl. 23–24; Schreiben des Leiters der Hauptabteilung VII vom 3.5.1971; BStU, MfS ZKG 17098, Bl. 7–8. Die Zwischensumme der Mitarbeiter in den Aufnahmeheimen der Bezirke (Spalte 5) wird im Originaldokument mit 83 angegeben.
- 11 Vgl. Befehl 65/72 des Ministerium des Innern vom 9.6.1972, BStU, MfS-BdL/Dok. 010615.
- 12 Vgl. Stöver, Zuflucht DDR (Anm. 3), S. 85; Stellungnahme der Abteilung 3 der Hauptabteilung VII vom 19.4.1978, BStU, MfS HA VII 519, Bl. 10–15.
- 13 Vgl. Dienstanweisung 1/79 des Ministers für Staatssicherheit vom 9.3.1979, BStU, MfS-BdL/Dok. 6818. S. a. Ordnung 134/86 des Ministers des Innern über das Zentrale Aufnahmeheim vom 9.4.1986, BStU, MfS-BdL/Dok 11773.
- 14 Vgl. Schreiben des Ministers für Staatssicherheit an den Minister des Innern o. D. [ca. 1971], BStU, MfS ZKG 17098, Bl. 1–2; Stoll, Einmal Freiheit und zurück (Anm. 3), S. 15.
- 15 Vgl. ausführlich hierzu mit weiteren Nachweisen Tobias Wunschik, Migrationspolitische Hypertrophien: Aufnahme und Überwachung von Zuwanderern aus der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, in: Jochen Oltmer (Hg.), Migration, Staat und Politik (IMIS-Beiträge Nr. 32/2007), S. 33–60.

- 16 Vgl. Sicherungskonzeption der Hauptabteilung VII/3 für das Zentrale Aufnahmeheim vom 31.1.1983, BStU, MfS HA VII Bdl. 455.
- 17 18 Inoffizielle Mitarbeiter für Sicherheit (IMS), 5 Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit (GMS), 1 hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter (HIM), 1 Experten-IM (IME) sowie 1 Offizier in besonderem Einsatz (OibE). Vgl. Abteilung 3 der Hauptabteilung VII: Einschätzung des Standes der Vorbeugung vom 19.3.1987, BStU, MfS HA VII/AKG PK 1/2.2., Bd. 7, Bl. 77–113.
- 18 Vgl. Tobias Wunschik, Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch), BStU, Berlin 2009.
- 19 Vgl. Ordnung 134/86 des Ministers des Inneren über das Zentrale Aufnahmeheim vom 9.4.1986, BStU, MfS-BdL/Dok 011773, Bl. 5.
- 20 Hauptabteilung VII/3 vom 11.1.1986, 15 S. und 1 Anlage, BStU, MfS HA VII Bdl. 782.
- 21 Vgl. Jens Müller, Übersiedler von West nach Ost in den Aufnahmeheimen der DDR am Beispiel Barbys, Naumburg 2000, S. 85.
- 22 Vgl. BStU, MfS AOPK 183/89.
- 23 Vgl. [Abschlußbericht der OPK; Deckblatt fehlend] o. D. [1982/83], BStU, MfS HA VII 4470, Bl. 32–36.
- 24 Vgl. Ordnung 134/86 des Ministers des Inneren über das Zentrale Aufnahmeheim vom 9.4.1986, BStU, MfS-BdL/Dok 011773, Bl. 6.
- 25 Vgl. Stoll, Einmal Freiheit und zurück (Anm. 3), S. 18.
- 26 Vgl. BStU, MfS HA VII Bdl. 782.
- 27 Vgl. 1. Entwurf der Koordinierungsvereinbarung des Leiter der Hauptabteilung VII und des Leiters der ZKG vom 1.7.1987, BStU, MfS HA VII Bdl. 782; Schreiben der Hauptabteilung VII/3 vom 11.6.1987, BStU, MfS HA VII Bdl. 782.
- 28 Vgl. Hauptabteilung VII/3 vom 11.1.1986, BStU, MfS HA VII Bdl. 782.
- 29 Vgl. Claus Hornung, Wo bitte geht's in die DDR? Überraschende Einblicke in das »Zentrale Aufnahmeheim Röntgental«, in: Ute Frevert (Hg.), Geschichte bewegt. Über Spurensucher und die Macht der Vergangenheit, Hamburg 2006, S. 39–53, S. 45; Stöver, Zuflucht DDR (Anm. 3), S. 120.
- 30 Vgl. Hornung, Wo bitte geht's in die DDR? (Anm. 29), S. 45.
- 31 Vgl. Hauptabteilung VII/3 vom 11.1.1986, BStU, MfS HA VII Bdl. 782.
- 32 Vgl. Abteilung 3 der Hauptabteilung VII: Übersicht der erzielten Ergebnisse vom 12.1.1987, BStU, MfS HA VII 2523, Bl. 26–39.
- 33 Vgl. Stoll, Einmal Freiheit und zurück (Anm. 3), S. 9.
- 34 Zeitweise betraf dies angeblich jeden zweiten Rückkehrer, insbesondere wegen »Geheimnisverrats« im Westen. Vgl. Neumeier, »Rückkehrer« in die DDR (Anm. 9), S. 91.
- 35 Vgl. Bilanz der Hauptabteilung VII 1987: Bearbeitung von Aufnahmeersuchenden R/Z/Ausl., BStU, MfS HA VII Bdl. 782.
- 36 Hauptabteilung VII/3: Einschätzung der politisch-operativen Lage vom 10.10.1986, BStU, MfS HA VII Bdl. 782.
- 37 Im Jahr 1986 ersuchten 587 Personen um Aufnahme, davon 327 in den 14 Bezirken und 260 in Röntgental. Zusammengenommen wurden 492 Migranten auf-

- genommen und lediglich 54 abgelehnt; 41 Fälle waren am Jahresende noch nicht entschieden. Vgl. Hauptabteilung VII/3: Kurzfassung der erzielten Ergebnisse vom 9.1.1987, BStU, MfS HA VII Bdl. 782.
- 38 Vgl. BStU, MfS AOP 11830/91, Bd. 3.
- 39 Vgl. Bericht der AKG der Hauptabteilung VII über die durchgeführten Untersuchungen in der Abteilung 3 der HA VII vom 15.6.1989, 14 S. und 1 Anlage, BStU, MfS HA VII Bdl. 851, Bd. 4.
- 40 Vgl. [Statistik der Straftaten von Rückkehrern und Zuziehenden 1.1.1960 bis 30.6.1970], BStU, MfS ZKG 17098, Bl. 17–18; Stöver, Zuflucht DDR (Anm. 3), S. 85.
- 41 Vgl. Hope M. Harrison, Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach, Berlin 2011, S. 258.
- 42 Vgl. Stöver, Zuflucht DDR (Anm. 3), S. 71.
- 43 Zitiert nach Stoll, Einmal Freiheit und zurück (Anm. 3), S. 14.
- 44 Vgl. Wir kamen in die DDR! Wir blieben in der DDR! Junge Zuwanderer berichten warum sie Westdeutschland den Rücken kehrten, Berlin (Ost) 1964.
- 45 Zitiert nach Stoll, Einmal Freiheit und zurück (Anm. 3), S. 14–15.
- 46 Ausschuß für Deutsche Einheit, DDR. 300 Fragen, 300 Antworten, 2. Auflage, Berlin (Ost) 1958, S. 148.
- 47 Zu Sefton Delmer vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Sefton_Delmer [22.9.2011]
- 48 Vgl. Sefton Delmer, Spinner, Schuldner, Deserteure, in: Quick, Nr. 48/1965, S. 18–22, 128–130.
- 49 Vgl. Stöver, Zuflucht DDR (Anm. 3), S. 97–99.
- 50 Zu den Stichwörtern »Rückkehrer«, »Röntgental« und „Barby erschienen in folgenden Ausgaben des Neuen Deutschland Artikel: 20.10.1953, 14.1.1956, 21.4.1956, 4.6.1956, 2.2.1957, 18.10.1958, 28.12.1959, 30.12.1960, 21.10.1963, 12.8.1964, 2.9.1978, 30.1.1982, 13.4.1984, 18.8.1984, 6.3.1985, 8.3.1985, 9.3.1985.
- 51 Vgl. Stöver, Zuflucht DDR (Anm. 3), S. 99, 119.
- 52 Schreiben des Ministers für Staatssicherheit vom 24.11.1986, BStU, MfS-BdL/Dok 008391; Hauptabteilung VII/3 vom 11.1.1986, BStU, MfS HA VII Bdl. 782.
- 53 Vgl. Stoll, Einmal Freiheit und zurück (Anm. 3), S. 7–9, 21.
- 54 Vgl. Schreiben des Leiters der Hauptabteilung VII an die Bezirksverwaltungen vom 21.2.1989, BStU, MfS HA VII Bdl. 25.
- 55 Vgl. Vorsitzender des Ministerrates an Vorsitzende der Räte der Bezirke vom 11.11.1989, 9 S., BStU, MfS HA VII Bdl. 995; [Aufgabenstellung der] Abteilung 3 der Hauptabteilung VII o.D. [November 1989], BStU, MfS HA VII 1359, Bl. 153–155.



Barackenydill in Wolfsburg in den 1950er Jahren

Günter Riederer

Die Barackenstadt. Wolfsburg und seine Lager nach 1945

Im Sommer des Jahres 1950 veröffentlichte das damals noch junge Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* eine mehrteilige Serie mit dem Titel »Porsche von Fallersleben. Geschichte eines Automobils«. Darin wurde der kometenhafte Aufstieg des Volkswagenwerkes und seine besondere Vorgeschichte als nationalsozialistisches Prestigeprojekt der Massenmotorisierung erzählt. Der fünfte und letzte Teil der Artikelserie widmete sich ausführlich den Lebensbedingungen in der dem Werk zur Seite gestellten Stadt. Im typischen *Spiegel*-Jargon wurde über Wolfsburg reißerisch als von einer »Stadt Klondyk, der mißbratenen Menschenplantage, dem politischen Gomorra der zweiten Republik« gesprochen.

Mit eindringlichen Worten beschrieb der Verfasser das provisorische Erscheinungsbild der Stadt: Die Wohnbautätigkeit sei Anfang der 1940er Jahre kriegsbedingt weitgehend eingestellt worden, und das von überdimensionierten Betonstraßen durchzogene Wolfsburger Siedlungsgebiet gleiche einem Torso. Zwischen dieser »Abraumlandschaft« lägen die »Barackenstädte der 11 000 Fremdarbeiter aus Italien, Polen, Frankreich und Jugoslawien«. Nach deren Befreiung und Abtransport bevölkere nun eine eigenwillige Mischung aus Versprengten die Baracken der Lager – Flüchtlinge aus dem Osten, Displaced Persons (DPs) und ehemalige kriegsgefangene Wehrmachtsangehörige. Ihr trostloses Dasein führte den Verfasser des Artikels zu den zeitgenössisch weit verbreiteten Befürchtungen vom gesellschaftszersetzenden Charakter dieser Art der Unterbringung. Und in Anspielung auf die sittliche Verwahrlosung und moralische Verwilderung, die das Lagerleben angeblich nach sich zog, endet der Absatz mit dem traurigen Hinweis: »In Wolfsburg hat die Liebe kein Dach über dem Kopf.«¹

Mit erstaunlicher Deutlichkeit umreißen diese Aussagen die Lebensrealität und den alltäglichen Erfahrungshorizont der damaligen Bewohner Wolfsburgs. Zugespielt lässt sich formulieren: Die Geschichte der Stadt ist in der Frühzeit ihrer Entwicklung über weite Strecken die Geschichte ihrer Lager. Trotz des sich rasant entwickelnden Wirtschaftswunders gehörte das Lagerdasein in Wolfsburg zu einer weit verbreiteten Lebensform. Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Beginn des eigentlichen Stadtaufbaus blieb Wolfsburg zunächst eine Barackenstadt.

Die nationalsozialistische Musterstadt wird geplant

Am 31. Dezember 1937 lebten – verteilt auf die beiden Landgemeinden Heßlingen und Rothehof-Rothenfelde – genau 857 Einwohner auf dem Gebiet des späteren Wolfsburg.² Die Population des dünn besiedelten Ackerlandes an der sanft in die norddeutsche Tiefebene auslaufenden Hügellandschaft am Mittellandkanal sollte sich allerdings rasch vergrößern: Im Zusammenhang mit der Suche nach einem geeigneten Standort für den Bau einer großen Automobilfabrik, mit der die Nationalsozialisten die Massenmotorisierung der deutschen »Volksgemeinschaft« erreichen wollten, stießen die Planer auf die Gegend des heutigen Wolfsburg. Die verkehrstechnisch günstige Lage bot gute Voraussetzungen für ein solches Unternehmen, das im wahrsten Sinne des Wortes auf der »grünen Wiese« geplant wurde.³

Nach dem Willen der Stadtplaner sollte an die Seite der Autofabrik nicht eine Werksiedlung als bloßer Fortsatz oder Anhängsel des Volkswagenwerkes treten. Die am 1. Juli 1938 durch eine Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover gegründete »Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben« war als eine mittelgroße Kommune geplant, entworfen für 90 000 Einwohner mit allen Einrichtungen, wie sie für eine funktionierende städtische Infrastruktur nötig waren. Schon auf dem ersten im Frühjahr 1938 von dem Architekten Peter Koller erstellten Gesamtbebauungsplan ist die bis heute vorherrschende räumliche Zweiteilung deutlich zu erkennen: Nördlich von Eisenbahnlinie und Mittellandkanal liegen die Hallen des Volkswagenwerkes, südlich davon die ringförmig angelegte Stadt, mit einer sogenannten Stadtkrone auf einer Anhöhe im Zentrum, die monumentale Parteibauten beherbergen sollte.

Mit der peripheren Lage dieser Industriegründung abseits der großen industriellen Ballungszentren war aber auch klar, dass die Arbeitskräfte für den Aufbau von Werk und Stadt nicht aus dem unmittelbaren Umfeld kommen konnten, sondern vielmehr von außen zugeführt werden mussten. Die Unterbringung der Beschäftigten der im Stadt- und Werksaufbau tätigen Firmen in einem zentral gelegenen »Gemeinschaftslager« stellte also keine Besonderheit dar und war wegen der nicht vorhandenen baulichen Substanz puren Notwendigkeiten geschuldet.⁴

Schon früh trat ein Mangel an Arbeitskräften auf. Im September 1938 wurden die fehlenden Kapazitäten zunächst mit Arbeitern aufgefüllt, die von der faschistischen italienischen Schwesterorganisation der Deutschen Arbeitsfront (DAF), der »Confederazione Fascista dei Lavoratori dell'Industria (CFLI), gestellt wurden, und die ebenfalls in den Baracken des »Gemeinschaftslagers« untergebracht waren.

Die Stadt als Torso

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und die darauf folgende Eingliederung des Volkswagenwerkes in die Rüstungswirtschaft ließen dann ein betriebliches System der Zwangsarbeit entstehen. Polnische Frauen, Militärstrafgefangene, sowjetische Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge waren diskriminierenden Arbeits- und Lebensbedingungen ausgesetzt.⁵

In der Folge begannen die Baracken zu wuchern und das Bild der entstehenden Stadt wurde von einer Vielzahl verschiedener Lager mit unterschiedlichen Funktionen geprägt. Den Kern der Barackenstadt bildete das bereits erwähnte »Gemeinschaftslager«, das südlich unmittelbar an

die Bahnlinie Berlin–Hannover und den Mittellandkanal anschloss. Dort waren zunächst deutsche und italienische Arbeitskräfte untergebracht, die am Aufbau von Werk und Stadt mitwirkten. Später wurde dieser Bereich auch mit französischen, niederländischen und belgischen Zivilarbeitern bzw. Kriegsgefangenen belegt. Daneben bestand das streng bewachte, mit hohen stacheldrahtbewehrten Zäunen gesicherte »Ostlager«, in dem Zwangsarbeiter aus Osteuropa untergebracht waren. Zentrale Einrichtungen der Stadtverwaltung sowie verschiedene Schulen befanden sich ebenfalls provisorisch in Baracken.

Über den gesamten Stadtbereich verstreut existierten weitere Wohnlager wie beispielsweise das Reislinger Lager, das von deutschen Arbeitern mit ihren Familien bewohnt wurde, oder das Lager Hohenstein, in dem zur Schulung abkommandierte SS-Männer untergebracht waren. Eine besondere Bedeutung in dieser Lagerlandschaft kam dem außerhalb des unmittelbaren Stadtkerns liegenden Laagberg-Lager zu, in dem seit Mai 1944 800 Häftlinge aus dem KZ Neuengamme unter menschenunwürdigen Umständen untergebracht waren.⁶

Die hochtrabenden Pläne einer nationalsozialistischen Mustersiedlung mit Aufmarschplätzen, komfortablen Siedlungshäusern und modern ausgestatteten Stadtwohnungen waren nur in kümmerlichen Ansätzen verwirklicht worden. Steinbauten beschränkten sich im wesentlichen auf die für die Führungskräfte des Werkes geplante und gebaute Waldsiedlung Steimker Berg, den Bereich Schillerteich und den Stadtteil Wellekamp. Von den 24 000 geplanten Wohneinheiten waren Ende 1944 knapp 3 000 Wohnungen fertiggestellt.⁷ Die »Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben« stellte sich – komplementär zu ihrem provisorischen Titel – als hässlicher Komplex von Barackenlagern dar, in denen bei Kriegsende um die 15 000 Menschen hausten.

Das Leben in der »Lagerstadt« nach 1945

Nach der Befreiung leerten sich im Frühsommer 1945 die Lager, um kurze Zeit später gleich wieder gefüllt zu werden. Die Alliierten nutzten die ehemaligen Baracken als Lager zur Unterbringung von Flüchtlingen und Displaced Persons (DPs). Wolfsburg wurde zum Sammelpunkt und zur Durchgangsstation für viele Displaced Persons, die aus ganz Norddeutschland hier zusammengezogen wurden. Die topografische Situation hatte sich im Vergleich zu dem Plan von 1941 in ihrem Kern nicht wesentlich geändert. Wolfsburg – wie die ehemalige »Stadt des KdF-Wagens« mittlerweile

auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Mai 1945 hieß – war als Stadt kaum existent, die eigentliche Wohnbebauung beschränkte sich auf einige wenige Häuserzeilen, einzig die Lager waren umbenannt und mit neuen Namen versehen: Auf dem Gebiet des heutigen Innenstadtbereichs befanden sich das »C-«, »D-« und »E-Camp«, das ehemalige »Gemeinschaftslager«, daran schlossen sich das »F-« und »G-Camp«, das ehemalige »Ostlager«, an. Außerhalb des unmittelbaren Stadtkerns lagen das Laagberg-Lager als »A-Camp«, das kleinere Hohenstein-Lager, das nun als »B-Camp« firmierte, und das Reislinger Lager bei den Baracken des Stadtkrankenhauses.

Das Leben im Provisorium stellte im Wolfsburg der unmittelbaren Nachkriegszeit den Normalfall der Unterbringung dar, und folgerichtig existierte in der Stadt ein ständiger Erzählstrom über das Lager. Der in der Forschung bisweilen geäußerte Eindruck vom Lagerdasein als einem tabuisierten Thema der deutschen Nachkriegsgeschichte trifft auf die Stadt Wolfsburg definitiv nicht zu.⁸ In der Publizistik, den Tageszeitungen, in Berichten über den Aufbau der städtischen Infrastruktur – immer wieder ist von Wolfsburg als der »halbwüchsigen Stadt« die Rede, vom Gemeinwesen, das den »Eindruck des Unvollendeten« hinterlasse.⁹

Obwohl ein Großteil der Baracken als sprechendes Symbol an die Zwangsarbeit im Volkswagenwerk erinnerte, wurden die Lager in der kollektiven Wahrnehmung der Stadtgesellschaft mit Nachkriegselend und der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten in Verbindung gebracht. Moralische Bedenken gegenüber einer Weiternutzung der Lager und Baracken, in denen kurz zuvor KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter untergebracht waren, gab es keine. Stattdessen setzte sich unter der deutschen Bevölkerung der Stadt rasch eine Umkehrung der Vorstellung von Tätern und Opfern durch: Es gab Klagen über Beschädigungen und Plünderungen der Lager durch Displaced Persons und ehemalige Zwangsarbeiter, die angeblich wagenweise Einrichtungsgegenstände und Baumaterial abtransportierten.¹⁰

Unmittelbar nach Kriegsende waren sich Werk und Stadt in ihrem Wunsch einig, die noch in den Baracken lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter und Displaced Persons, also die Hauptopfer der verbrecherischen NS-Wirtschaftspolitik, möglichst rasch loszuwerden. In einer Aktennotiz über eine Besprechung zwischen Vertretern der Stadt und des Werkes hieß es am 3. Juli 1945: »Weiterhin ist es sehr wesentlich, wenn es gelingen würde, sämtliche Fremdländer aus dem Gebiet der Stadt Wolfsburg hinauszunehmen, damit den im Arbeitsprozess eingesetzten deutschen Arbeitskräften die Gewähr gegeben ist, dass sie ihre Arbeit ungestört und unbelästigt durch Fremdländer ausführen können.«¹¹

Diesen Wünschen wurde von der britischen Militärregierung nicht nachgegeben. Wolfsburg entwickelte sich im ersten Übergangsjahr nach dem Krieg vielmehr zu einer Durchgangsstation für Displaced Persons, die zunächst in den ehemaligen Lagern zusammengefasst und von dort in ihre Heimatländer abtransportiert wurden. In einem Artikel der lokalen Presse hieß es 1950 aus der Rückschau auf diese Zeit: »Laufend rollten 1945 und im Frühjahr 1946 die großen amerikanischen Sattelschlepper nach dem Laagberg und brachten DPs von Berlin. Hier bei uns wurden diese Menschen aus aller Herren Länder gesammelt und anschließend in ihr Heimatland abtransportiert. [...] Ein buntes Völkergemisch strömte auf dem Laagberg zusammen, und das Lager hatte tatsächlich den Beinamen ›Die Welt im Kleinen‹. Zu Zeiten, an denen Hochbetrieb im Lager herrschte, wurden mehr als vierzig Nationalitäten gezählt.«¹²

An die Stelle von ehemaligen Zwangsarbeitern und Displaced Persons rückten spätestens seit Mitte des Jahres 1946 zunehmend deutsche Flüchtlinge aus dem Osten, deren Zuzug zunächst auf der Zuweisungspolitik der Behörden beruhte.¹³ Aus Sicht der zuständigen Kommunalpolitiker, aber auch übergeordneter Regierungsstellen begannen sich die Lager zunehmend zu gefährlichen politischen Unruheherden zu entwickeln. Im Gegensatz zu anderen Kommunen fanden diese Befürchtungen in Wolfsburg allerdings einen ganz konkreten Anknüpfungspunkt: Bei den niedersächsischen Gemeinde- und Kreiswahlen am 28. November 1948 feierte die Deutsche Rechts-Partei mit einem Anteil von 64,3 Prozent der Stimmen einen ebenso überraschenden wie fulminanten Wahlsieg.¹⁴ Aus dem politischen Nichts errang sie im bislang von den Sozialdemokraten dominierten Rat der Stadt die Mehrheit und stellte für kurze Zeit – bis zur Annullierung der Wahl aus formalen Gründen durch das zuständige Wahlprüfungsgericht im März 1949 – auch den Bürgermeister. Die Wahlerfolge einer Partei des organisierten Rechtsextremismus wurden außerhalb Wolfsburgs aufmerksam wahrgenommen. Die *Süddeutsche Zeitung* beispielsweise nahm den Ausgang der Wahl zum Anlass, um in einer längeren Reportage über die Lebenssituation in der jüngsten Stadt Deutschlands zu berichten. Der Verfasser des Artikels kam dabei zu einem niederschmetternden Ergebnis: Das Stadtbild Wolfsburgs werde von »kasernenartigen, schmucklosen Wohnblocks« bestimmt, die durchzogen seien »von ausgefahrenen Fußpfaden und Splittergräben, bedeckt mit Gerümpel, Kaninchenställen und einzelnen Schrebergärten«.¹⁵

Der Wahlsieg der Deutschen Rechts-Partei lässt sich nicht monokausal erklären, ein Motiv für das auffällige Wahlverhalten in Wolfsburg war aber sicher die dort herrschende dramatische Wohnungsnot. Das Leben in die-

ser Stadt gestaltete sich beschwerlicher als anderswo: Zahlreiche Ämter der Stadtverwaltung waren in Baracken untergebracht, nach und nach errichtete die Stadt Steinbauten für Schulen, und erst im August 1957 wurde der Neubau eines Bahnhofs erstellt. Selbst das bereits 1941 eröffnete städtische Krankenhaus war in Behelfsbauten untergebracht, ein Zustand, der auch nach dem Ende des Krieges noch längere Zeit anhielt. Erst im November 1955 nahm dann das neu gebaute, mit moderner medizinischer Technik ausgestattete Stadtkrankenhaus seinen Betrieb auf.

»Elendsquartiere« oder »freundliche Wohnsiedlung«?

Wie überall verlief auch in Wolfsburg das Leben in den Behelfsunterkünften nicht ohne Reibungen. Die Beschwerden über Konflikte unter den Bewohnern und über die unhaltbaren Zustände in den Lagern fanden immer wieder Eingang in die kommunale Verwaltung, mehrmals wurde die dortige Lebenssituation im Laufe der 1950er Jahre zum Gegenstand der Sitzungen des Rates. Im Dezember 1951 beispielsweise beschloss der Rat der Stadt auf Antrag der SPD-Fraktion eine Zuzugssperre in den verschiedenen Lagern aufgrund der dort herrschenden katastrophalen Wohnraumverhältnisse. Die »Elendsquartiere« müssten dringend beseitigt werden.¹⁶ Auslöser der Ratsdebatte und des Beschlusses war ein Treffen des sogenannten »Siedlungsausschusses« des Reislinger Lagers, einem Vertretungsorgan der Bewohner des Lagers, mit Abgesandten aller im Rat vertretenen Parteien vor Ort. Der Ausschuss hatte dabei erfolgreich die Klagen über den schlechten baulichen Zustand der Baracken, die Forderung nach einer ausreichenden Beleuchtung in der Nacht und die drangvolle Enge durch die Überfüllung des Lagers vorgetragen.¹⁷

Drei Jahre später kam ein Bericht über eine Inspektion der Lager durch das Staatliche Gesundheitsamt in Gifhorn zu einem ebenfalls ernüchternden Ergebnis. Durch zunehmenden Zuzug sei eine weitere Überbelegung der Baracken eingetreten. Von Seiten der Bewohner bestünden »große Klagen [...] über Feuchtigkeit und rheumatische Erkrankungen«. Im Falle des sogenannten »Gemeinschaftslagers« kam das Gesundheitsamt zu dem Fazit: »Das Lager ist durchweg als abbruchreif anzusehen und eine baldige Umsetzung der Bewohner notwendig.«¹⁸ Und in einer Ratssitzung im Juli 1956 wies Bürgermeister Nissen auf die moralische Verrohung der Wolfsburger Jugend hin: »Die Jugendlichen sind in der Regel allein schon dadurch gefährdet, daß die dünnen Holzwände jegliches Geräusch durchlassen und Kinder Zeuge von Szenen werden, die sie ihrem Alter gemäß noch nicht verkraften können.«¹⁹

Andererseits gibt es aber Hinweise darauf, dass das Lagerleben in den frühen 1950er Jahren durch manche Bewohner der Baracken positiv wahrgenommen wurde. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang Fotografien, die spielende, lachende Kinder vor mit Blumen geschmückten Baracken zeigen. Diese Aufnahmen vermitteln eine Art Barackenidylle, in der die provisorische Lagerexistenz zum Erlebnis- und Erholungsaufenthalt verklärt wurde.

Diese Wahrnehmung war zumeist abhängig von der ursprünglichen Verwendung der Lager, die zu beträchtlichen Unterschieden in der Beurteilung der dortigen Wohnverhältnisse führte. Das Lager für KZ-Häftlinge am Laagberg sowie das »Ostlager« unterschieden sich in äußerer Gestalt und Erhaltungszustand deutlich von dem bereits erwähnten Reislinger Lager, das vom nationalsozialistischen »Amt für Schönheit der Arbeit« eingerichtet worden war. Gerade für dieses Lager finden sich in den Quellen immer wieder positive Einschätzungen der dortigen Unterbringungssituation. In einem Artikel mit dem Titel »Wolfsburgs holzgebaute Vorstadt« heißt es im Februar 1950, dass aus dem ehemaligen Reislinger Lager »eine freundliche Wohnsiedlung mit weiß-grün gestrichenen Häuschen« geworden sei, alles in allem eher eine schöne Vorstadt als ein finsternes Lager, die mehr als »kleine Sommerfrische« wahrgenommen wurde.²⁰

Kurioserweise war im speziellen Fall von Wolfsburg diese Art der Unterbringung aber gerade nicht den unmittelbaren Kriegsschäden geschuldet. Die Zerstörungen an der Bausubstanz durch Bombenangriffe waren marginal, zumal eine funktionierende Stadt vor 1945 überhaupt nicht existiert hatte. Der unfertige Charakter war tatsächlich eine Folge des gescheiterten Stadtaufbaus im Nationalsozialismus. Die am Reißbrett geplante NS-Mustergemeinde fiel gewissermaßen der Lebensraumpolitik im Osten zum Opfer. Bei allen Beschwerden war eines in Wolfsburg nicht der Fall – und damit unterscheidet sich die dortige Situation von den Erfahrungen anderer Städte: Ein Ausschluss aus einer eingesessenen Stadtgesellschaft war mit der Tatsache, in einem Lager zu leben, nicht verbunden, weil diese in der »Stadt des KdF-Wagens« schlichtweg nicht existiert hatte. Da es vor 1938 keine nennenswerte »autochthone« Bevölkerung gegeben hatte, fiel das Übergewicht der Flüchtlinge, die im Jahr 1951 bei einer Gesamtbevölkerung von 28 002 Personen einen Anteil von 10 327 Personen ausmachten (36,88 Prozent), nicht so sehr ins Gewicht wie in anderen Kommunen.²¹ In Wolfsburg war das Flüchtlingsschicksal kein Alleinstellungsmerkmal, sondern stellte aufgrund der besonderen Umstände der Stadtgründung und der Entwicklung in der Nachkriegszeit den Normalfall kommunaler Sozialisation dar – oder, wie es *Der Spiegel* in einem Bericht über die Fol-

gen des Rechtsruckes in der Kommunalwahl vom November 1948 auf den treffenden Punkt brachte: »Jeder ist in Wolfsburg ein Fremder, jeder in der für 90 000 geplanten Stadt.«²² Dabei sind die »Fremden« des Jahres 1948 – Flüchtlinge und Heimatvertriebene aus den ehemals deutschen Gebieten im Osten – deutlich zu unterscheiden von den sogenannten »Fremdländischen« vor 1945, mit denen die Nationalsozialisten Zwangsarbeiter bezeichneten.

Das Verschwinden der Baracken

Mit dem rasant fortschreitenden wirtschaftlichen Aufschwung wurde die Unterbringung in Behelfsunterkünften zunehmend zu einem Problem. Die Dynamik des Wirtschaftswunders und das Aufstiegsstreben waren mit dem Leben in Baracken nicht mehr in Einklang zu bringen. Kommunale Verwaltungen versuchten mit Hilfe von sogenannten Barackenräumprogrammen und einer umfangreichen Wohnbauförderung der Lagerrealität entgegenzuwirken – ein Vorgehen, dem sich auch die Wolfsburger Stadtverwaltung seit Mitte der 1950er Jahre intensiv widmete.²³ In zahlreichen Sitzungen des Stadtplanungsamtes wurden »Dringlichkeitslisten« erstellt, nach denen der Abbruch einzelner Baracken festgelegt wurde.²⁴ Darüber hinaus entstanden zahlreiche neue Wohnquartiere, und viele Baracken wurden von Neubauten verdrängt. Waren im Jahr 1955 noch 899 Familien in Barackenwohnungen untergebracht, reduzierte sich diese Zahl im Jahr 1964 auf 86 Familien.²⁵ Neben den von städtischer Seite initiierten Wohnbauprogrammen nahm das prosperierende Volkswagenwerk die Unterbringungsfrage seiner Beschäftigten selbst in die Hand: Eine im Januar 1953 eigens gegründete Wohnungsbaugesellschaft errichtete für die Arbeiter des Werkes fehlende Wohnungen und griff auf diese Weise zugleich indirekt in die Stadtplanung ein.²⁶

Die Barackenräumprogramme und die Maßnahmen zur Beschaffung von Wohnraum erwiesen sich als überaus erfolgreich. Das Wachstum der Stadt war in dieser Zeit von einer unglaublichen Dynamik geprägt. Mit den großen Wohnquartieren Detmerode und Westhagen, die als Trabantsiedlungen außerhalb des Stadtkerns entstanden, wurde Wolfsburg der Weg zur Großstadt geebnet.²⁷

Damit markieren die 1960er Jahre tatsächlich den Endpunkt der Geschichte der »Barackenstadt« Wolfsburg. Eine neue Ära der Stadtentwicklung mit neuen, anders gelagerten Aufgaben begann, wie der Einrichtung einer Fußgängerzone im Zentrum oder der Vorbereitung der

Großstadtwerdung Wolfsburgs durch eine im Jahr 1972 durchgeführte Gebietsreform. Im Dezember 1969 konnte Rüdiger Recknagel, der in seiner Amtszeit als Stadtbaurat zwischen 1960 und 1970 den Aufbau der Stadt wesentlich mitgestaltet hat, in seiner Abschiedsrede darauf hinweisen, dass »Ende der 1950er Jahre [...] bei der Namensnennung der Volkswagenstadt noch die Klischeevorstellung von der Dominante der Baracken« gegolten hätte. Mancher Besucher habe inzwischen aber sein Vorurteil revidiert und nehme erstaunt zur Kenntnis, dass diese Stadt ihr Gesicht verändert habe.²⁸

Überlegungen wie diese zeigen, dass das Verschwinden der Baracken tatsächlich das Ende einer Epoche markiert. Damit vollzieht sich auch in Wolfsburg die Historisierung der Baracke und des Lagers. Zugespitzt heißt es in einem Artikel der *Wolfsburger Allgemeinen Zeitung* vom 30. März 1961 anlässlich des Abrisses der letzten Baracke des Reislinger Lagers, dass »ein Stück Wolfsburger Pioniergeschichte ad akta gelegt« worden sei.²⁹ Die sichtbaren Reste aus der Zeit des Stadtaufbaus und des Krieges verschwanden und für die nächsten beiden Jahrzehnte, bis etwa Mitte der 1980er Jahre senkte sich auch in Wolfsburg – und hier spiegelt die Stadt allgemeine Tendenzen der Entwicklung in der Bundesrepublik wider – der Schleier des Vergessens über die Erinnerung an die Lager und ihre ursprünglichen Funktionen. Die Zeit des jahrelang auch am Mittellandkanal vorzufindenden »Homo barackensis« war damit auch in Wolfsburg zu Ende.³⁰

Anmerkungen

- 1 Porsche von Fallersleben. Geschichte eines Automobils, in: Der Spiegel, Nr. 18, 4.5.1950, S. 21–26; Nr. 19, 11.5.1950, S. 28–33; Nr. 20, 18.5.1950, S. 21–27; Nr. 21, 25.5.1950, S. 22–28; Nr. 22, 1.6.1950, S. 21–26. Die Zitate finden sich in Nr. 22, 1.6.1950, S. 22f.
- 2 Statistisches Jahrbuch der Stadt Wolfsburg 1978, S. 9.
- 3 Siehe zur Geschichte der Stadtgründung z. B. Marie-Luise Recker, Die Großstadt als Wohn- und Lebensbereich im Nationalsozialismus. Zur Gründung der ›Stadt des KdF-Wagens‹, Frankfurt am Main/New York 1981 oder Klaus-Jörg Siegfried, Wolfsburger Stadtgeschichte in Dokumenten. Entstehung und Aufbau 1938–1945, Wolfsburg 1982.
- 4 Siehe dazu in einem größeren Zusammenhang ausführlich Manfred Grieger, Zuwanderung und junge Industriestadt. Wolfsburg und die Migranten seit 1938, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 81 (2009), S. 177–221.
- 5 Siehe dazu ausführlich Klaus-Jörg Siegfried, Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939 bis 1945. Eine Dokumentation. Frankfurt am Main/New York 1986; Ders., Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939–1945.

- Frankfurt am Main/New York 1988; Hans Mommsen und Manfred Grieger, Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich. Düsseldorf 1996.
- 6 Zum Laagberg-Lager ausführlich Manfred Grieger, Wolfsburg-»Laagberg«, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 5: Hinzert, Auschwitz, Neuengamme, München 2007, S. 551–555.
 - 7 Marie-Luise Recker, Wolfsburg im Dritten Reich. Städtebauliche Planung und soziale Realität, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 65 (1993), S. 17–31, hier S. 30.
 - 8 Siehe dazu etwa Mathias Beer, Lager als Lebensform in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Zur Neubewertung der Funktion der Flüchtlingswohnlagern im Eingliederungsprozeß, in: Jan Motte/Rainer Ohliger/Anne von Oswald (Hg.), 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 56–75, hier S. 65.
 - 9 So etwa der damalige Leiter der Werbeabteilung des Volkswagenwerkes: Oskar Herbert Hahn, Die halbwüchsige Stadt, in: Gute Fahrt. Die Zeitschrift für den Volkswagenfahrer, Oktober 1950, Heft 1, S. 8–10.
 - 10 Siehe z. B. Vermerk Quartiermeister, 26.6.1945, Stadtarchiv Wolfsburg (im folgenden abgekürzt als StA WOB) HA 2491.
 - 11 Aktennotiz Schmidt-Depas, 3.7.1945, StA WOB HA 2800, Bd. I.
 - 12 Wird Wolfsburg besetzungsfrei? Aus turbulenten Tagen – Die »Kleine Welt« am Laagberg, in: Wolfsburger Nachrichten, 28/29.1.1950, S. 5.
 - 13 Zur Flüchtlingsfrage in Wolfsburg siehe Grieger, Zuwanderung und junge Industriestadt (Anm. 4), S. 188–198 bzw. Monika Uliczka, Berufsbiographie und Flüchtlingschicksal. VW-Arbeiter in der Nachkriegszeit, Hannover 1993.
 - 14 Siehe dazu ausführlich Günter J. Trittel, »Genossen, es gilt den Anfängen zu wehren...!« Sozialdemokratie und Rechtsextremismus in der frühen Nachkriegszeit in Niedersachsen (1948–1955), in: Karsten Rudolph/Christl Wickert (Hg.), Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie. Festschrift für Helga Grebing, Essen 1995, S. 270–289, hier v. a. 270–272.
 - 15 J.-A. Elten, Eine beschlagnahmte Stadt wählt Schwarz-Weiß-Rot. Merkwürdige politische Entwicklung in Wolfsburg – 17 Stadträte der »Deutschen Rechtspartei«, in: Süddeutsche Zeitung, 22.1.1949, S. 3.
 - 16 So der Wortlaut im Protokoll der 2. ordentlichen Sitzung des Rates der Stadt vom 14.12.1951, StA WOB HA 2862.
 - 17 Reislinger Lager vor dem Winter. Ueberfüllung und schlechter Zustand der Baracken erfordern Abhilfe, in: Wolfsburger Nachrichten, 12.12.1951, S. 4.
 - 18 Auszug aus dem Bericht des Staatlichen Gesundheitsamtes in Gifhorn über die Besichtigung von Flüchtlingsunterkünften vom 10. Januar 1953, StA WOB HA 3153.
 - 19 Baracken sollen verschwinden, in: Braunschweiger Presse, 12.7.1956 (StA WOB HA 6411, Bd. I beigeheftet).
 - 20 Wolfsburgs Holzgebaute Vorstadt. Die hellgrünen Häuschen der Reislinger Siedlung, in: Wolfsburger Nachrichten, 13.2.1950, S. 6.

- 21 Der Anteil an Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung blieb konstant hoch und erreichte im Jahr 1957 mit einem Anteil von 44,98 Prozent seinen höchsten Stand. Siehe zu den Zahlen Pressestelle der Stadtverwaltung (Hg.), Wolfsburg – Tatsachen und Zahlen. Angaben bis Ende 1964, Wolfsburg, o.J.
- 22 Ueber alles in der Welt. In unsittlicher Weise, in: Der Spiegel, Nr. 11, 12.3.1949, S. 6–8, hier S. 7.
- 23 Siehe in einem allgemeinen Zusammenhang: Oskar Schuster, Wohnlagerräumungen von 1953 bis 1971. Eine Zusammenstellung nach amtlichen Berichten, in: Der Fachberater für Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgeschädigte 24 (1971), S. 274–280.
- 24 Siehe z. B. Vermerk Stadtplanungsamt 20.3.1954, StA WOB HA 6411, Bd. I.
- 25 Siehe zu den Zahlen Pressestelle der Stadtverwaltung (Hg.), Wolfsburg – Tatsachen und Zahlen. Angaben bis Ende 1964, Wolfsburg, o.J.
- 26 Dazu ausführlich Ute Engelen, Betriebliche Wohnungspolitik im »fordistischen« Zeitalter. Das Volkswagenwerk in Wolfsburg und Automobiles Peugeot in Sochaux von 1944 bis 1979, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 55 (2010), H. 2, S. 181–203.
- 27 Zur Stadtplanung Wolfsburgs existieren mittlerweile zahlreiche Publikationen wie z. B. Ortwin Reichold (Hg.), ... erleben, wie eine Stadt entsteht. Städtebau, Architektur und Wohnen in Wolfsburg 1938–1998, Braunschweig 1998 oder Rosmarie Beier (Hg.), aufbau west – aufbau ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit, Ostfildern-Ruit 1997.
- 28 Dr. Rüdiger Recknagel: »Der Bürger hat mehr Zeit, seine Stadt zu benutzen.« Abschiedsrede des Stadtbaurats, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung, 18.12.1969, ohne Paginierung.
- 29 Barackenräumung geht ständig weiter. Nur noch wenige Holzbehausungen an der Reislinger Straße – Wohnblocks wachsen nach, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung, 30.3.1961, S. 9.
- 30 So der viel zitierte Begriff bei Volker Ackermann, Homo Barackensis – Westdeutsche Flüchtlingslager in den 1950er Jahren, in: Ders./Bernd-A. Rusinek/Falk Wiesemann (Hg.), Anknüpfungen. Kulturgeschichte – Landesgeschichte – Zeitgeschichte. Gedenkschrift für Peter Hüttenberger, Essen 1995, S. 330–346.



Lagerstraße des Stalag IX A Ziegenhain 1942

Corinna Wagner

Die Gedenkstätte und Museum Trutzhain. Probleme einer angemessenen Erinnerung in NS-Gedenkstätten mit multiplen Ver- gangenheiten nach 1945. Ein Fallbeispiel.

»STALAG – TRUTZHAIN – HEIMAT!«¹ – mit diesen Worten verlieh 1948 ein unbekannter Flüchtling seiner Erleichterung und Freude Ausdruck, in Trutzhain nach Monaten der Flucht ein Dach über dem Kopf erhalten zu haben. Seine neue Unterkunft war in einer Baracke des STALAG IX A Ziegenhain. In einem Lager, welches 1939 zu Kriegsbeginn auf einer Viehweide in der Schwalm errichtet worden war, um dort Tausende von Kriegsgefangene zu internieren. Das Lager gehörte zu dem

Netz von nationalsozialistischen Zwangseinrichtungen unterschiedlicher Art, deren Geschichte nach der Befreiung durch die Alliierten eigentlich beendet sein sollte. Als provisorische Übergangseinrichtungen angesehen, um mutmaßlich Kriegsverbrecher zu internieren oder um Flüchtlinge, Vertriebene oder Displaced Persons (DPs) kurzfristig zu betreuen, entwickelten sich manche ehemalige NS-Lager zu festen Einrichtungen und neuen Lebensmittelpunkten der Nachkriegsgesellschaft.

Auch das im Folgenden vorgestellte Fallbeispiel ist ein solcher Ort. Aus dem Kriegsgefangenenlager STALAG IX A Ziegenhain entwickelte sich in der Nachkriegszeit zunächst ein Internierungslager für NS-Größen und ein Durchgangslager für Displaced Persons, bis aus der Flüchtlingsiedlung die hessische Gemeinde Trutzhain wurde. Innerhalb von sechs Jahren hatte das ehemalige Kriegsgefangenenlager drei weitere Gruppen von Personen »beherbergt« und sich zu einem Dorf weiterentwickelt. 73 Jahre nach der Errichtung des Kriegsgefangenenlagers STALAG IX A Ziegenhain beschäftigt sich dieser Beitrag deshalb mit der Frage, was aus dem Lager nach 1945 geworden ist und wie mit dem Erbe der NS-Vergangenheit vor Ort umgegangen wurde.

Multiple Vergangenheiten in Trutzhain – 1939–1945 STALAG IX A Ziegenhain

Das von 1939 bis 1945 bestehende STALAG IX A Ziegenhain war eines von 83 Kriegsgefangenenlagern im damaligen Reichsgebiet und das Größte auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen.² Es wurde am 26. September 1939 auf einer 47 Hektar großen Fläche in der Schwalm errichtet und unterstand dem Oberkommando der Wehrmacht. Die Bezeichnung STALAG IX A bedeutet Kriegsgefangenen- und Mannschafsstammlager des Wehrkreises IX in Ziegenhain. Im STALAG IX A waren im Verlauf seiner Existenz Kriegsgefangene aus Polen, Frankreich, Belgien, Holland, England, der Sowjetunion und Südosteuropa sowie italienische Militärinternierte und amerikanische Soldaten untergebracht. Zeitweilig fasste das Lager mehr als 10 000 Insassen und die Höchstzahl an registrierten Gefangenen wurde im September 1944 mit 53 408 Menschen erreicht. Für den überwiegenden Teil von ihnen war es ein Durchgangslager. Von hier wurden sie auf verschiedene Arbeitskommandos außerhalb des Lagers verteilt, um Zwangsarbeit in der Landwirtschaft oder in der Industrie zu leisten.

Die Topographie des Lagers zeigte eine Dreiteilung: Im Vorlager befanden sich die Holz- und Fachwerkbaracken für die Wachmannschaften und

die Verwaltung. Das Hauptlager bestand aus den Fachwerkbaracken für die Gefangenen. Mit der Ankunft der sowjetischen Kriegsgefangenen im November 1941 kam es zu einer räumlichen Separierung dieser von den anderen Gefangenengruppen. Für das sogenannte »Russenslager« wurden die acht letzten Baracken durch Stacheldraht vom Hauptlager getrennt. Hier waren ab 1943 auch die italienischen Militärinternierten untergebracht. Die systematische Ungleichbehandlung und Trennung der Gefangenengruppen zeigte sich auch in der Gestaltung der Friedhöfe und der Bestattungspraxis: Die toten polnischen, französischen, jugoslawischen und amerikanischen Kriegsgefangenen wurden auf dem Stalag-Friedhof I – Alliiertenfriedhof – begraben. Hier wurden insbesondere die westlichen Kriegsgefangenen nach internationalen Gepflogenheiten bestattet. Im Gegensatz zu den westalliierten Toten wurden die sowjetischen und serbischen Toten in zum Teil mehrfach belegten Einzel- und Massengräbern anonym, ohne feierliche Bestattung, auf dem Stalag-Friedhof II – Waldfriedhof – im Kreiswald unter die Erde gebracht. An den Gräbern fehlte eine namentliche Kennzeichnung. Die Grabstellen wurden mit fortlaufend nummerierten Betonpflocken markiert. Am Karfreitag, den 30. März 1945, befreiten Einheiten der 3. US-Armee das STALAG IX A Ziegenhain.

1945–1951 Umnutzung des STALAG IX A – Civil-Internment Camp 95, Displaced-Persons-Lager 95-443 und Flüchtlingssiedlung

Bereits ab dem 16. April 1945 bis zum Sommer 1946 nutzte die amerikanische Militärverwaltung das Lager als Civil-Internment Camp 95 (CIC 95) zur Unterbringung internierter Funktionäre der NSDAP, der SA, von Wehrmachtssoldaten und SS-Angehörigen.³ Im Schnitt war das Lager mit 6000 deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten belegt. Im März 1946 wurde ein Teil der deutschen Gefangenen entlassen oder in das Lager CIC 91 nach Darmstadt verlegt.

Die ersten jüdischen Displaced Persons wurden von der amerikanischen Militärverwaltung ab August 1946 in den völlig heruntergekommenen Baracken untergebracht.⁴ Es waren vor allem osteuropäische beziehungsweise polnische Juden, die nach wiederholten antijüdischen Ausschreitungen in Polen zwischen 1945 und 1946 ihr Heimatland verließen. Das ehemalige Kriegsgefangenenlager wurde zu einem »Durchgangslager«, in dem

im Schnitt 2000 Personen untergebracht waren, um auf ihre gewünschte Ausreise nach Palästina, in die USA oder in andere Staaten zu warten. Am 30. November 1947 wurde das DP-Camp Trutzhain geschlossen. Die DPs wurden in das DP-Lager Jägerkaserne nach Kassel verlegt.

Als Folge des Zweiten Weltkriegs nahm das Land Hessen bis Juni 1949 etwa 700 000 Flüchtlinge und Heimatvertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und dem Sudetenland auf. Ab dem 1. März 1948 wurde die Barackensiedlung als Wohnraum für die Flüchtlingsfamilien herangezogen. Sie glich noch immer dem Kriegsgefangenenlager: Zwei Reihen Stacheldrahtzaun umgaben das Areal und zeugten neben den Wachhäusern und Wachtürmen vom ehemaligen Gefangenenlager.⁵ Es wurden Arbeitsgruppen gebildet, um Aufräumarbeiten durchzuführen, die Baracken herzurichten und den Stacheldraht zu entfernen, so begann sich nach und nach eine Flüchtlingsgemeinschaft zu formieren.

Multiple Erinnerungen in Trutzhain von 1951 bis heute

Erinnern und Gedenken ab 1951

Am 1. April 1951 wurde aus der Flüchtlingsunterkunft die selbstständige Gemeinde Trutzhain gegründet. Der alte »Ortskern ist das einzige Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht aus dem Zweiten Weltkrieg, das bis heute in seiner Gesamtheit fast vollständig erhalten geblieben ist.«⁶ Die Straßennamen wie Posener Straße, Königsberger Straße, Breslauer Straße verweisen auf die Herkunft der ersten Bewohner, wie auch »die Verschiedenheit der Mundarten ein Merkmal des Dorfes und seiner Bewohner« wurde.⁷ Zur Zeit der Gemeindewerdung zählte Trutzhain 31 Industrie-, Handwerks- und Gewerbebetriebe, die 281 Menschen Arbeit boten.⁸ Die positive wirtschaftliche Entwicklung in einer vorwiegend landwirtschaftlich geprägten Region, die eng verknüpft war mit dem Aufbauwillen der Bewohner, wurde ein weiteres Merkmal der neuen Gemeinde. Anfang der 1960er Jahre existierten etwa 60 Unternehmen, die dem Ort den Beinamen »Ruhrpott der Schwalm« einbrachten.⁹ Neben dem wirtschaftlichen Erfolg basierte das ausgeprägte Gemeinschaftsgefühl auf einem funktionierenden kulturellen Leben. Als Stützen konnten hier die Kirchen sowie die Vereine wie der Turn- und Sportverein und die Freiwillige Feuerwehr, aber auch der Zweigverein des Mährisch-Schlesischen Sudenengebirgsvereins und die Schlesische Volkstanz- und Trachtengruppe »Schreiberhau« ausgemacht werden.¹⁰

In den ersten Jahren beziehungsweise Jahrzehnten dominierte das eigene Schicksal der Vertreibung aus der alten Heimat die Erinnerung, welches mit zwölf Millionen Menschen geteilt wurde. Diese Erinnerung überlagerte dabei die Rückschau auf die Vergangenheit der NS-Zeit. Die Flüchtlingsfamilien in Trutzhain kannten zwar die Vorgeschichte des Lagers – sie hatten die sechs Jahre des STALAG IX A aber nicht persönlich miterlebt, und so begann für die meisten die Geschichte Trutzhains erst mit dem Jahr 1948. Die neuen Bewohner waren mit der psychischen Verarbeitung ihres persönlichen Schicksals und dem Neuanfang beschäftigt. In den Fokus der Aufmerksamkeit rückte die wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung der neugegründeten Gemeinde. Den Blick zurück ließen sie nur in Verbindung mit ihrer persönlichen Geschichte zu und die Erinnerungen daran hielten sie in den ersten Jahrzehnten mit Festen, Prozessionen und einem aktiven Vereinsleben in ihrer Freizeit aufrecht.

»Das Museum für den Frieden«

1968 war die neue Heimat Trutzhain Anlass für die Kyffhäuserkameradschaft Trutzhain, Verbindung zu den ehemaligen internierten Kriegsgefangenen und italienischen Militärinternierten des ehemaligen Lagers aufzunehmen.¹¹ So wurde am 2. und 3. August 1969 zum zehnjährigen Bestehen des Kreisverbandes Deutsche Kriegsgräberfürsorge ein Fest im Zeichen der »Völkerversöhnung und Verständigung« von der Kameradschaft in Trutzhain ausgerichtet, wozu sechs Franzosen, zwei Belgier und ein Ehrenzug der französischen Armee kamen. So fand nach 24 Jahren die erste große Gedenkfeier zu Ehren der Kriegstoten auf der Kriegsgräberstätte im Kreiswald statt.

Die ersten greifbaren Fortschritte im Bemühen um die Aussöhnung mit ehemaligen Gefangenen entstanden durch die Verbindung zum ehemaligen Lagerpfarrer und Vertrauensmann der Franzosen im Stalag, Abbé Pierre Dentin.¹² Der katholische Pfarrer setzte sich ebenfalls für die Versöhnung und Verständigung ein und hatte dazu in Frankreich ehemalige Kriegsgefangene des Lagers in der Organisation »Les Anciens du Stalag IX A« zusammengebracht.¹³ Im Juni 1970 reiste er zum ersten Mal mit einer Gruppe von 38 Ehemaligen nach Trutzhain. Es folgten zwischen 1970 und 2003 zehn weitere Reisen nach Trutzhain und Trutzhainer besuchten Frankreich zehn Mal.

Das fünfte deutsch-französische Treffen am 17. Juni 1983 wurde durch die Einweihung des restaurierten Denkmals auf dem Gemeindefriedhof sowie des »Museum für den Frieden« zu einer besonderen Zusammen-

kunft. In Räumlichkeiten der Gemeinde wurden unter anderem durch eine Sammelaktion in Frankreich zusammengetragene Dokumente und Erinnerungsstücke wie Fotos und Kriegsgefangenenpost, die an die Zeit des Kriegsgefangenenlagers erinnern sollten, ausgestellt. Neben der französischen Sicht zum Gefangenenlager wurde das Flüchtlingssschicksal in dem Museum unter der ehrenamtlichen Leitung von Horst Munk dokumentiert.¹⁴ Waltraud Burger, Leiterin der Gedenkstätte und Museum Trutzhain von 2000 bis 2010, resümierte: »Das [...] ›Friedensmuseum‹ betonte sehr stark die positiven Erlebnisse und Erfahrungen der Kriegsgefangenen im Lager, wohingegen der Hunger, Übergriffe durch deutsche Wachleute und die katastrophalen Lebensbedingungen während des ersten Kriegsjahres sich in der alten Ausstellung nicht ablesen ließen. Die zahlreichen Originalfotografien, produziert von Propagandakompanien [...] und die überwiegend Freizeitaktivitäten widerspiegelnden Exponate der französischen Kriegsgefangenen, manifestierten aufgrund fehlender Quellenkritik beim Betrachter den Eindruck eines vorbildlich, unter Einhaltung der Genfer Konvention geführten Lagers. Die Ausstellung des ›Friedensmuseums‹ drückte, kurz gesagt, die Anliegen ehemaliger Kriegsteilnehmer nach Friedenserhalt und Völkerverständigung aus, die sich in der Forderung ›Nie wieder Krieg!‹ und eines Beschweigens der Taten artikulierten.«¹⁵

Nachdem die Bewohner Trutzhains und die Bevölkerung der Schwalm aber lange den Deckmantel des Schweigens über dem Kriegsgefangenenlager haben ruhen lassen, war die Gründung des Museum ein erster Schritt zur Institutionalisierung der Erinnerung an das ehemalige Lager. Im Rahmen der deutsch-französischen Freundschaft entsprach diese Einrichtung dem Anliegen nach Frieden und Verständigung, »was in der Bezeichnung ›Friedensmuseum Trutzhain‹ seinen sinnfälligen Ausdruck fand.«¹⁶

Mahn- und Gedenkstätte Waldfriedhof

Der kleine Ort Trutzhain besitzt aufgrund seiner Geschichte zwei Friedhöfe: Der ältere der beiden, der heutige Gemeindefriedhof, diente ursprünglich als Kriegsgefangenenfriedhof des STALAG IX A Ziegenhain. Abgelegen im Kreiswald, deutlich separiert von diesem Friedhof, wurde nach dem Eintreffen der ersten sowjetischen Kriegsgefangenen im Lager der Stalag-Friedhof II – Waldfriedhof – angelegt. Die toten sowjetischen und serbischen Soldaten wurden in 162 Einzel- und sechs Massengräbern anonym verscharrt. Neben diesen Toten fanden italienische Militärinternierte auf dem Waldfriedhof in 50 Einzelgräbern und einem Sammelgrab für zwölf Soldaten ihre letzte Ruhestätte. Nach einem

versehentlichen Bombardement am 21. März 1945 wurden in einem deutlichen Abstand vom sowjetischen Gräberfeld, links vom heutigen Eingang, 16 Franzosen in einem Sammelgrab auf dem Waldfriedhof beigesetzt. Dies war der Überfüllung des eigentlichen Alliiertenfriedhofs geschuldet. Im gleichen Monat folgten in vier Einzelgräbern die Beisetzungen von drei Franzosen und einem amerikanischen Piloten. Der Umgangssprachlich als »Russenfriedhof« bezeichnete Waldfriedhof wurde nach der Befreiung durch die amerikanischen Truppen weiter als Begräbnisstätte verwendet. So wurde im Juni 1945, abgesehen von allen anderen Gräbern, ein Gräberfeld für die deutschen Internierten der Lager Ziegenhain und Schwarzenborn angelegt. Im Januar 1946 folgten die ersten Beerdigungen von Verstorbenen des International Refugee Organisation (IRO) Hospitals Steinatal. Das Internationale Rote Kreuz und die Vereinten Nationen hatten dieses Hospital zur Versorgung von geflüchteten Displaced Persons in den von den Alliierten besetzten Gebieten eingerichtet. In einem unterhalb der Gräber der Franzosen angelegten Gräberfeld entstanden bis Februar 1949 15 Einzelgräber.¹⁷ Wie diese Ausführungen zeigen, ist der Waldfriedhof ein Abbild der Geschichte des Stalags und seiner verschiedenen Umnutzungsphasen. An diesem Friedhof »lassen sich Verdrängungs- und Tabuisierungstendenzen besonders offensichtlich verfolgen«, was schließlich auch zu einer Erinnerungsverschiebung in der öffentlichen Wahrnehmung der Grabstätte vom »Russenfriedhof« zum »Interniertenfriedhof« führte.¹⁸

Auf Drängen der Bundeswehr, die den Truppenübungsplatz Schwarzenborn übernommen hatte und ihn seiner ursprünglichen Bestimmung zurückführen wollte, sollten die verstorbenen Internierten des Lagers Schwarzenborn, die dort 1945/46 auf den Schießbahnen beerdigt worden waren, exhumiert und nach Trutzhain umgebettet werden. Dies war 1960 Anlass für eine Umgestaltung des Interniertenteils des Friedhofs unter finanzieller Beteiligung der Bundeswehr und deutschnationaler Verbände.¹⁹ In dieser Zeit entstand ein Weg zwischen den kissenartigen Grabsteinen, die mit Vor- und Nachnamen der verstorbenen Internierten versehen waren. Dieser Weg führte auf einen ebenfalls aus rotem Sandstein bestehenden Gedenkstein zu mit der Inschrift: »Ehre den in den Lagern Ziegenhain und Schwarzenborn verstorbenen Internierten. Ihr Leben war Treue und Hingabe. 1945–1946.« Der Gedenkstein wurde zum Sammelpunkt für politisch rechte Gruppierungen, die dort neben den Gräbern der Kriegstoten ihre revanchistischen Gedenkfeiern abhielten.²⁰ Regelmäßig am 1. September eines Jahres wurden Deutsche für ihre »Treue und Hingabe« im Zweiten Weltkrieg und als »wahre Vorbilder« glorifiziert.²¹

In den 1960er Jahren folgten weitere Umgestaltungen des Areals, die »von der [Ursprungs-] Bedeutung des Ortes immer weiter weggeführt« haben.²² Das Landratsamt gestaltete im Jahr 1966/67 das IRO-Gräberfeld um.²³ Jedes Grab erhielt ein Steinkissen mit Namen und Daten. Ähnliches fehlte bis zu diesem Zeitpunkt für die Kriegsgräber. Im Jahr 1977 wurden die Gräber der Kriegsgefangenen vermessen und anschließend die »kleinen unschönen Betonpflocke« zur leichteren Pflege des Areals entfernt.²⁴ Die letzten sichtbaren Hinweise auf die sowjetischen und serbischen Toten verschwanden. Ein Steinkreuz vom Landkreis Ziegenhain 1967 errichtet, verwies mit folgenden Worten auf die begrabenen Toten: »Hier ruhen mahnen in fremder Erde Tote des Weltkriegs 1939 bis 1945«.

Die starke optische Aufwertung der Interniertengräber und die Gedenkfeiern ihrer zu Ehren bewirkten eine stärkere Wahrnehmung des Interniertenteils des Friedhofs auch in der Öffentlichkeit, sodass im allgemeinen Sprachgebrauch aus dem »Russenfriedhof« ein »Interniertenfriedhof« wurde und dies sich schließlich auch auf dem einzigen Hinweisschild an der alten Bundesstraße mit der Aufschrift »Interniertenfriedhof« niederschlug.²⁵ Ein Verweis auf die Kriegsgräberstätte und die Beschäftigung mit diesen Opfern des Krieges fehlten bis in die 1980er Jahre.

Erst die Gruppe Arbeitskreis »Spurensicherung« des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Kreis Schwalm-Eder unter der Leitung von Hans Gerstmann begann mit Nachforschungen zu den sowjetischen Toten.²⁶ Der DGB-Arbeitskreis gehörte zu der Gruppe von Initiativen, die sich in den 1980er Jahren im Zuge einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem NS-Regime der Geschichte vor Ort angenommen hatten und mit Friedensmärschen zum Waldfriedhof an die sowjetischen Gefangenen erinnern wollten. Dem damit einhergehenden Appell an die Stadt Schwalmstadt und den Kreis Schwalm-Eder, »die Gräber wieder herzurichten und zu beschildern, um sie so zu einer antifaschistischen Gedenkstätte zu machen«, wurde ab 1990 entsprochen.²⁷ In einer Feierstunde am 1. September 1992 wurde der umgestaltete Waldfriedhof schließlich als »Mahn- und Gedenkstätte Waldfriedhof Trutzhain« der Öffentlichkeit übergeben. Die Ruhestätten der verstorbenen Kriegsgefangenen wurden durch Pflastereinfassungen und Basaltstelen mit Bronzetafeln kenntlich gemacht. Eine Informationstafel am Eingangsbereich, bestehend aus dem Lageplan der Anlage mit der Kennzeichnung der verschiedenen Gräberfelder und einer kurzen Legende, informiert seither über das Schicksal aller Toten auf dem Waldfriedhof. Bis heute (Stand 2012) konnten nach Nachforschungen in öffentlichen Archiven auf Totenscheinen und -listen 349 sowjetische und drei serbische Namen von Kriegsgefangenen ermittelt werden,

die auf Bronzetafeln dokumentiert sind. Nur für 27 sowjetische Tote ist die genaue Grablage bekannt.²⁸ Mit der Umgestaltung des Waldfriedhofs zur Mahn- und Gedenkstätte konnte nach 47 Jahren das »kommunikative Beschweigen« und die selektive Erinnerungspraxis in der regionalen Heimatgeschichte beendet werden.²⁹

Gedenkstätte und Museum Trutzhain

Die »Gedenkstätte und Museum Trutzhain« wurde schließlich elf Jahre später am 27. Juni 2003 feierlich eröffnet. Die vierte zentrale NS-Gedenkstätte in Hessen erinnert an das Schicksal der Kriegsgefangenen im Stalag IX A Ziegenhain unter dem NS-Regime sowie an die Umnutzungsphasen des Lagers nach 1945.³⁰ Es verknüpfte die verschiedenen, häufig nicht miteinander arbeitenden Initiativen vor Ort und beendete eine bis in die 1990er Jahre andauernde selektive Erinnerung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste am 26. April 1995 den Beschluss, das bestehende Friedensmuseum »mit einer wissenschaftlich, museal und didaktisch fundierten Konzeption sowie einer thematischen Erweiterung« in eine ehemalige Wachbaracke des STALAG IX A zu verlegen.³¹ Es sollte ein »Lernort für künftige Generationen« geschaffen werden.³² Mit der Neukonzipierung des Museums ist ein regionales und überregionales Spezialmuseum entstanden, welches exemplarisch für einen vierten Themenkomplex in Hessen steht, nämlich den Verfolgungsbereich »Kriegsgefangene«. Aber im eigentlichen Sinne stellt das Museum eine museal und didaktisch fundierte Einrichtung zur Gedenkstätte Trutzhain dar, welche mit der Siedlung Trutzhain und den beiden Friedhöfen einen Erinnerungsort bildet. In vier Präsentationsräumen werden die wechselvollen Nutzungsphasen des Lagers dargestellt und die politischen und gesellschaftlichen Prozesse aufgezeigt. Auf etwa 60 m² Ausstellungsfläche, verteilt auf zwei Räume, steht die Entstehung und die Organisation des STALAG IX A im Mittelpunkt. In zwei weiteren Räumen widmet sich die Ausstellung dem Arbeitseinsatz in der Industrie und Landwirtschaft und der Zeit des Lagers unter der amerikanischen Besatzung (1945–1947). Die anschließende Umnutzung als DP- sowie Flüchtlings- und Heimatvertriebenenlager ist im letzten Raum visualisiert und bildet den Abschluss der Präsentation.

Schlussbemerkung: Probleme einer angemessenen Erinnerung in Trutzhain

Von jeher war es schwierig, Geschichte objektiv aufzuzeichnen. Denn die geschichtlichen Erfahrungen, die ein jeder in sich trägt, sind subjektiv und werden durch äußere Einflüsse, wie neue Erfahrungen, Erlebnisse und Gespräche mit anderen interpretiert, sodass jede Person, aber auch eine Gruppe oder Nation ein eigenes Bewusstsein von der Geschichte entwickelt und dieses bewahrt.³³ Dies ist auch ein sehr stark von politischer Seite geprägter Prozess. Die Folge ist, dass gewisse historische Ereignisse oder Personengruppen aus einem politischen, öffentlichen oder persönlichen Interesse heraus vergessen oder verdrängt werden. In diese Bewusstseinsbildung fließt die eigene Rolle während des Krieges, die eigene Schicksalsgeschichte als Flüchtling oder Vertriebener, aber auch das »kulturelle Gedächtnis« der Gruppe oder Nation, in der man lebt, mit ein und beeinflusst die Wahrnehmung und den Umgang mit der Geschichte.³⁴

Dies war in Trutzhain nicht anders. Bis zur politischen Entscheidung 1995, eine Gedenkstätte und ein Museum in Trutzhain zu errichten, wurden von den unterschiedlichsten Gruppen aus den vielfältigsten Motiven an verschiedene Zeiten der Geschichte des Lagers erinnert, während andere wiederum in Vergessenheit gerieten. Außerdem spiegelte die Erinnerung in Trutzhain auch die bundesdeutsche Erinnerungspolitik wider, die bis in die 1980er Jahre von einem Verdrängen der NS-Zeit geprägt war.

Das ehemalige STALAG IX A Ziegenhain erfuhr in der Nachkriegszeit drei Umnutzungen. Es ist also auch kein ungebrochenes Ergebnis historischer Überlieferung, sondern es trägt verschiedene zeitlich aufeinanderfolgende Spuren der Nutzung in sich und daraus ergibt sich keine eindeutige Form des Gedenkens. So besitzt das Lager neben den ehemaligen Kriegsgefangenen des Stalags für drei weitere Personengruppen eine ganz unterschiedliche emotionale und symbolische Aussagekraft.

Zur Zeit des Internierten- und DP-Lagers wies das Lager noch keine größeren architektonischen Veränderungen auf. Der Stacheldraht und die Wachtürme waren genauso noch vorhanden wie die karg eingerichteten Baracken. Erst nach dem Einzug der heimatlosen Deutschen wurden verschiedene Überreste, die an das Stalag erinnerten, abmontiert und die Baracken zu Wohnhäusern umgebaut, sodass nur noch die äußeren Fassaden und die Straßenzüge an das Lager erinnern. Der Geist des Kriegsgefangenenlagers – soweit das möglich war – wurde vertrieben und ein Familien- und Wirtschaftsleben hielt in den ehemaligen Baracken Ein-

zug, sodass sich auch die öffentliche Wahrnehmung an das Lager veränderte: Das STALAG IX A Ziegenhain gab es nicht mehr, nun existierte an gleicher Stelle die (Flüchtlings-) Gemeinde Trutzhain, die aber trotz der vielfältigen Bemühungen die Aura des Gefangenenlagers nicht vollständig abstreifen konnte.

Auch die beiden Friedhöfe veränderten sich nach dem Krieg. Auf dem Alliiertenfriedhof erinnerten nach den Exhumierungen der Kriegsgefangenen nur noch das Denkmal der trauernden Frau und das geschnitzte Eingangstor an das Kriegsgefangenenlager. Doch da es als Symbol für alle trauernden Frauen, Mütter und Töchter stehen konnte, wurde es in das allgemeine Gedächtnis der Gemeinde an die verstorbenen Angehörigen des Krieges miteinbezogen, hatte darüber hinaus aber zunächst keine auf das Kriegsgefangenenlager bezogene öffentliche Symbolkraft. Erst mit der Annäherung zwischen dem französischen Veteranenverband und der Bevölkerung Trutzhains erhielt es wieder eine ausdifferenzierte Aufgabe. Für »Les Anciens du Stalag« war sie Gedenkort für die verstorbenen Kameraden und im Rahmen der deutsch-französischen Freundschaftstreffen wurde sie zum Sinnbild für die Verständigung und Versöhnung zwischen Gegnern, die gemeinsame Gedenkfeiern an diesem Denkmal feierten.

Besonders der Waldfriedhof zeigte wie das Lager selbst die Mehrdeutigkeit des Erinnerungsortes Trutzhain auf und wie ein Ort für verschiedene Erinnerungspraxen herangezogen werden konnte. Wie oben beschrieben, liegen dort Tote aus drei Lagerphasen begraben, derer in sehr unterschiedlicher Weise und Intensität gedacht wurde. Auffällig war die optische Aufwertung der Interniertengräber in den 1960er Jahren und Gedenkfeiern ihnen zu Ehren sowie das im gleichen Zeitraum einsetzende Vergessen der dort auch bestatteten sowjetischen und serbischen Kriegsgefangenen durch das Einebnen ihrer Grabstätten. Dies entsprach einer allgemeinen Tendenz in der Nachkriegszeit, das Gedächtnis an den Zweiten Weltkrieg und die NS-Verbrechen auszulöschen. Der Umgang mit dem Lager in Trutzhain, seine Überformung und architektonischen Veränderungen durch die multiplen Umnutzungen und schließlich die Gründung des Ortes war nicht einzigartig im Nachkriegsdeutschland, wie die Beispiele von anderen Lagern wie Sandbostel oder auch Bathorn zeigen.

Auch in Trutzhain waren Erinnerungsverschiebungen durch die verschiedenen Lagerphasen und deren Akteure die Folge. Sie beeinflussten, ob und wie an die Geschichte vor Ort erinnert wurde. Eine differenzierte und kritisch hinterfragende Erinnerungsarbeit, bei der alle multiplen Lagerphasen dargestellt und erinnert werden, blieb bis zur Gründung der »Gedenkstätte und Museum Trutzhain« 2003 aus. In den letzten 20

Jahren ist ein allgemeiner Institutionalisierungsprozess von Gedenkstätten auf lokaler wie nationaler Ebene erkennbar. Gedenkstätten haben sich als Teil der deutschen Erinnerungskultur etabliert und stehen nicht mehr am Rand der öffentlichen Wahrnehmung. Offen bleibt jedoch, wie sich die Formeln des Erinnerns und Gedenkens verändern. Auf jeden Fall darf mit der Etablierung der NS-Gedenkstätten – auch nicht in Trutzhain – Erinnerung als »vollbrachte Leistung« angesehen werden, wie Volkhard Knigge warnte.³⁵ Vielmehr muss weiterhin – auch von den Gedenkstätten – eine gegenwartsbezogene kritische Auseinandersetzung mit dem Geschehenen geleistet werden. Dazu gehört auch, die Nachgeschichte der NS-Orte aufzuarbeiten.

Anmerkungen

- 1 Unbekannter Verfasser, Festschrift zur Einweihung des Gemeinschaftshauses der Gemeinde Trutzhain, Trutzhain 06.06.1955, in: Stadt Schwalmstadt, Trutzhain-Chronik 1951–2001, S. 96.
- 2 Vgl. Waltraud Burger, Gedenkstätte und Museum Trutzhain, in: Gedenkstätte und Museum Trutzhain, Die Dauerausstellung, Schwalmstadt 2010, S. 7–29.
- 3 Vgl. Waltraud Burger, Raum 3 Das Leben der Kriegsgefangenen in den Arbeitskommandos, in: Gedenkstätte und Museum Trutzhain, Die Dauerausstellung, Schwalmstadt 2010, S. 30–31.
- 4 Vgl. Waltraud Burger, Raum 4 Jüdisches DP-Lager und Ansiedlung Heimatvertriebener, in: Gedenkstätte und Museum Trutzhain, Die Dauerausstellung, Schwalmstadt 2010, S. 32–38.
- 5 Vgl. Horst Munk/Wolfgang Scholz, Aus dem ehemaligen Kriegsgefangenenlager wird eine Siedlung für Flüchtlinge und Vertriebene von 1948 bis 1951, in: Stadt Schwalmstadt, Trutzhain-Chronik 1951–2001, S. 85.
- 6 Aribert Ley, Trutzhain – ein Dorf wie jedes andere?, in: Stadt Schwalmstadt, Trutzhain-Chronik 1951–2001, S. 12.
- 7 Martin Grzimek, Trutzhain. Ein Dorf, München-Wien 1984, S. 63.
- 8 Unbekannter Verfasser, Festschrift zur Einweihung des Gemeinschaftshauses der Gemeinde Trutzhain (Anm. 1).
- 9 Vgl. Waltraud Burger, Gedenkstätte und Museum Trutzhain. Die Dauerausstellung, in: Gedenkstätte und Museum Trutzhain, Marburg 2010, S. 45.
- 10 Vgl. Erhard Hökel, Der Mährisch-Schlesische Sudetengebirgsverein 1881 e.V., S. 232f. und Karl Heinz Fink, Die Schlesische Volkstanz- und Trachtengruppe »Schreiberhau«, in: Stadt Schwalmstadt, Trutzhain-Chronik 1951–2001, S. 230f.
- 11 Die Kyffhäuserkameradschaft Trutzhain ist ein 1962 gegründeter Zweigbund des über zweihundertjährigen Soldatenbundes Kyffhäuser, der 1786 in Wangerin/Pommern gegründet wurde. 1943 von der NS-Führung aufgelöst, wurde er 1952 als über-

- parteilicher gemeinnütziger Verband wieder gegründet. Die Hauptanliegen des Trutzhainer Zweigbundes bestanden unter anderem im Einsatz für die Erhaltung des Friedens und die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu den Veteranenverbänden der ehemaligen Kriegsgegner. Vgl. Horst Munk, Die Kyffhäuserkameradschaft Trutzhain, in: Stadt Schwalmstadt, Trutzhain-Chronik 1951–2001, S. 234 ff.
- 12 Vgl. Wolfgang Scholz, Abbé Pierre Dentin, in: Stadt Schwalmstadt, Trutzhain-Chronik 1951–2001, S. 157 f.
- 13 Ebd.
- 14 Vgl. Wolfgang Scholz, Horst Munk, in: Stadt Schwalmstadt, Trutzhain-Chronik 1951–2001, S. 156.
- 15 Vgl. Waltraud Burger, Gedenkstätte und Museum Trutzhain in Schwalmstadt. Eröffnung der vierten NS-Gedenkstätte in Hessen, in: Aktion Sühnezeichen, Gedenkstätten-Rundbrief Nr. 119, 2003, S. 10.
- 16 Karin Brandes, Konzept für das »Friedensmuseum Trutzhain« – Arbeitstitel, Schwalmstadt 1999, Archiv Gedenkstätte und Museum Trutzhain, ohne Signatur, S. 5.
- 17 Hans Gerstmann, Mahn- und Gedenkstätte Waldfriedhof Trutzhain. Rede anlässlich der Übergabe der Mahn- und Gedenkstätte Waldfriedhof Trutzhain 1. September 1992, in: Aktion Sühnezeichen, Gedenkstätten-Rundbrief Nr. 51, 1992, S. 6 f.
- 18 Brandes, Konzept für das »Friedensmuseum Trutzhain« (Anm. 16), S. 3.
- 19 Gerstmann, Mahn- und Gedenkstätte Waldfriedhof Trutzhain (Anm. 17), S. 7.
- 20 Ebd., S. 7 f.
- 21 Grzimek, Trutzhain (Anm. 7), S. 48.
- 22 Gerstmann, Mahn- und Gedenkstätte Waldfriedhof Trutzhain (Anm. 17), S. 8.
- 23 Vgl. Zeittafel Waldfriedhof Trutzhain, in: Karin Brandes/Hans Gerstmann, Gedenkstätte und Museum Trutzhain. Vom Stalag IX A Ziegenhain zur Gemeinde Trutzhain. Begleitheft zur Ausstellung 18. Mai bis 4. Juni 2000, in: Stadt Schwalmstadt, Gedenkstätte und Museum Trutzhain, Schwalmstadt 2003, S. 64 f.
- 24 Aktennotiz des Landratsamtes Homburg (Efze) zur Kenntnisnahme Herrn Amtsrat Martin vorgelegt, nach einem Besuch des Kriegsgräberfeldes auf Anordnung des Regierungspräsidenten in Kassel, 17.02.1977, Archiv Gedenkstätte und Museum Trutzhain, ohne Signatur.
- 25 Vgl. die Abbildung in: Brandes/Gerstmann, Gedenkstätte und Museum Trutzhain. (Anm. 23), S. 62.
- 26 Hans Gerstmann, pensionierten Lehrer aus Ziegenhain, besuchte nach einer Notiz in der Zeitung 1983 das »Museum für den Frieden« und begann nach den sowjetischen Gefangenen zu fragen. Die wenigen Informationen im Museum über diese Gefangenengruppe regten ihn zum Nachforschen an und er bat den DGB um Unterstützung, daraufhin formierte sich eine Gruppe von Interessierten im DGB Arbeitskreis »Spurensicherung«.
- 27 DGB forderte Abrüstung, in: Hessische/Niedersächsische Allgemeine Zeitung, 03.09.1988.
- 28 Diese Forschungsergebnisse sind nach ausgedehnten Recherchen in verschiedenen Archiven vor allem Karin Brandes, Waltraud Burger und Hans Gerstmann zu verdanken. Außerdem konnten im Rahmen eines deutsch-russischen Forschungs-

- projektes im Archiv Podolsk/Russland, Listen mit Namen von im STALAG IX A verstorbenen russischen Kriegsgefangenen durch Dr. Reinhard Otto (Lemgo) gefunden werden.
- 29 Aleida Assmann/Ute Frevert, *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten.* Stuttgart 1999, S.33.
- 30 Die Gedenkstätten arbeiten in selbstständigen Trägerschaften, zu einem Teil mit Fördermitteln des Landes Hessen. Um ihre Bedeutung zu unterstreichen, wurde Ende 1992 durch einen Landtagsbeschluss die Hessische Landeszentrale für Politische Bildung als Koordinierungsstelle beauftragt und ein eigenes Referat »Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus/Zeitgeschichte« eingerichtet. Zu ihren Aufgaben gehört unter anderem die Koordinierung und Zusammenarbeit unter den Gedenkstätten. 1983 wurde die Gedenkstätte für die Opfer der nationalsozialistischen »Euthanasie-Verbrechen« in Hadamar eingerichtet. Es folgte die 1984 initiierte Ausstellung zu den Opfern des Arbeitserziehungslagers in Breitenau und seit 1994 existiert ein Dokumentations- und Informationszentrum zur Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie in Stadtallendorf.
- 31 Burger, Gedenkstätte und Museum Trutzhain in Schwalmstadt (Anm. 15), S. 11.
- 32 Wilhelm Kröll, Schreiben zur Verlegung des Friedensmuseums Trutzhain in eine ehemalige Baracke, Schwalmstadt 18.10.1995, Archiv Gedenkstätte und Museum Trutzhain, ohne Signatur.
- 33 Dies ist die Idee, die hinter der von Maurice Halbwachs entwickelten Theorie des »memoire collective« steht. Vgl. Maurice Halbwachs, *Das kollektive Gedächtnis*, Stuttgart 1967.
- 34 Ebd.
- 35 Volkhard Knigge zitiert nach Stefanie Endlich, *Orte des Erinnerns – Mahnmale und Gedenkstätten*, in: Peter Reichel/Harald Schmid/Peter Steinbach, *Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung*, BpB, Band 766, Bonn 2009, S.377.



Familie im Notaufnahmelaager Gießen, August 1950

Jeannette van Laak

Das Notaufnahmelaager Gießen

Gemeinhin lässt der Begriff der Notaufnahme an die entsprechende Station eines Krankenhauses denken, auf der die Notfallpatienten eine erste medizinische Versorgung erhalten. Im folgenden Zusammenhang spiegelt der Begriff des *Notaufnahmelaagers* jedoch die Befindlichkeit der deutschen Nachkriegsgesellschaft wider, die in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands bis Mitte der 1950er Jahre großen Bevölkerungsbewegungen ausgesetzt gewesen war. Zur Befriedung Mitteleuropas hatten die Alliierten die Umsiedlungsmaßnahmen der deutschsprachigen und deutschstämmigen Bevölkerung aus den nunmehr polnischen und tschechischen Grenzgebieten angeordnet.¹ Konnten sich die deutschen Landesregierungen in den westlichen Besatzungszonen aufgrund der bedingungslosen Kapitulation und des damit verbundenen Status der alliierten Besatzung schon nicht gegen die Umsiedlungsmaßnahmen verwahren, so versuchten

sie ab Ende der 1940er Jahre, zumindest den Zuzug von Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und späteren DDR zu begrenzen.² Deshalb führte das Notaufnahmegesetz von 1950 die bis dahin in der britischen und amerikanischen Besatzungszone bestehenden Regelungen zusammen und schrieb fest, Personen aus der SBZ/DDR nur in Ausnahmefällen aufzunehmen, also aus politischen Gründen oder wenn ihnen Gefahr für Leib und Leben drohte.³ Als *Not* galt hierbei weniger die prekäre Lage eines Flüchtlings; vielmehr sah sich die Bundesrepublik in der *Not*, diese Menschen zusätzlich zu versorgen.

Das Notaufnahmegesetz gab also den Lagern in Uelzen-Bohldamm, Gießen und Marienfelde ihre Namen. Das Gießener Flüchtlingslager war 1946 gegründet worden und bestand als kleinstes der drei Lager bis 1990 als Erstaufnahmeeinrichtung für Übersiedler aus der DDR. Im Folgenden werden seine Entstehung und seine Verstetigung skizziert sowie nach Kontinuitäten von äußeren Lagerstrukturen gefragt.

Ein Flüchtlingslager entsteht

Seit April/Mai 1945 gehörte die Normalisierung des täglichen Lebens in den verschiedenen Besatzungszonen Deutschlands zu einer der wichtigsten Aufgaben der Besatzungsmächte: Zum einen war ein Großteil der städtischen und betrieblichen Infrastrukturen zerstört, zum anderen galt es, die ortsansässige Bevölkerung und diejenigen Menschen, die in dieser Zeit auf der Flucht oder auf der Suche nach Verwandten waren, mit Lebensmitteln, Wohnraum und Brennstoffen zu versorgen. Die alliierte Anordnung, Deutsche aus den einstigen Ostgebieten aufzunehmen, stellte angesichts der angespannten Wohnraumsituation und der Arbeitsmarktlage eine zusätzliche Herausforderung dar.⁴

Auch in Gießen waren die Lebensverhältnisse für die ca. 31 000 Einwohner in dieser Zeit schwierig: Alliierte Bombenangriffe und ein sich anschließender Großbrand im Winter 1944/45 hatten einen Großteil der Gebäude und der innerstädtischen Infrastrukturen zerstört. Von ehemals 3 800 Gebäuden im inneren Stadtbezirk waren nur 45 Gebäude unbeschädigt geblieben, und von ehemals 12 000 Wohnungen galten nur ca. 865 als unversehrt.⁵ Lediglich der Bahnhof und ein Großteil der Wehrmatskasernen blieben erhalten und funktionsfähig. Viele Gießener wurden in die umliegenden Gemeinden evakuiert oder hausten in den Kellern der zerstörten Stadt, als die amerikanischen Besatzungstruppen in Gießen Quartier bezogen. Die US-Army beschlagnahmte die Kasernen und einen Teil

der unversehrten Häuser und Wohnungen, womit sich die Wohnungslage in der Stadt zusätzlich verschärfte.⁶

Bereits im Frühjahr 1945 wurde in Gießen eine Sozial- und Flüchtlingsverwaltung gegründet, die den Heimatlosen und *Durchwanderern* vorübergehend Unterbringung und Versorgung anbot.⁷ Diese organisierte auch die – möglichst rasche – Weiterreise.⁸ Zum 1. Juli 1945 bezog das Sozialamt deshalb das notdürftig instandgesetzte Hotel *Lenz* gegenüber dem Bahnhof.⁹

Ende Oktober 1945 teilte die US-amerikanische Besatzungsmacht der hessischen Landesregierung mit, dass etwa 600 000 Volksdeutsche in Hessen aufzunehmen seien. Die neue Landesregierung wiederum forderte verschiedene Städte und Gemeinden auf, unter ihnen die Stadt und der Landkreis Gießen, Räumlichkeiten für die anstehenden Aufgaben der Registrierung, der medizinischen Versorgung, der Versorgung mit Nahrungsmitteln und der kurzfristigen Unterbringung der Umzusiedelnden bereitzustellen.¹⁰ Die vorbereitenden Maßnahmen beinhalteten, dass die kommunale Sozial- und Flüchtlingsverwaltung dem Staatskommissariat für das Flüchtlingswesen unterstellt wurde, welches seinerseits dem Hessischen Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt zugeordnet war.¹¹ Der Staatskommissar für das Flüchtlingswesen ernannte – in Rücksprache mit den Kommunalverwaltungen – den Flüchtlingskommissar für die Stadtverwaltung und den für den Landkreis Gießen.¹² Während der erste vom Hotel *Lenz* aus arbeitete, bezogen letzterer sowie das Gesundheitsamt die untere Etage des Hotels *Kobel*, ebenfalls in Bahnhofsnähe gelegen. Beide Einrichtungen schienen eng zusammenzuarbeiten, der Flüchtlingskommissar der Stadt koordinierte die organisatorischen Vorbereitungen.¹³

1946 standen den Umzusiedelnden in der Stadt Gießen drei Gebäude als provisorische Unterkünfte zur Verfügung, die als »Flüchtlingslager« bezeichnet wurden. Hierbei handelte es sich um das Hotel *Lenz* für 100 Personen, um die studentische Unterkunft *Otto-Eger-Heim* mit einer Kapazität für 600 Personen sowie um zwei Baracken in Bahnhofsnähe für zusammen 100 Personen. Die Flüchtlingslager des Landkreises befanden sich in Lich (350 Personen), am Flugplatz Ettingshaus (150 Personen) und in Freienseen (100 Personen).¹⁴ Damit zeichneten sich in der Stadt Gießen und im gleichnamigen Landkreis dezentrale Strukturen für Flüchtlingseinrichtungen in der amerikanischen Besatzungszone ab. Dies kann – wie am Beispiel Gießens – auf die allgemein beengte Raum- und Gebäudesituation der Stadt zurückgeführt werden. Der Hauptgrund mag darin gelegen haben, dass die westlichen Alliierten Assoziationen mit einstigen NS-Lagern vermeiden wollten, weshalb in diesem Fall nicht auf vorhandene Lagerstrukturen

zurückgegriffen wurde, sondern vielmehr Gaststätten, Schulen, Vereinshäuser oder eben Hotels als provisorische Unterkünfte für die Umzusiedelnden dienten.¹⁵ Auf die bis dahin übliche äußeren Kennzeichen von Lagern, wie etwa auf einen Zaun und auf eine Schranke wurde in diesen Fällen verzichtet.

Dass sich dennoch die Frage nach der Kontinuität zur NS-Zeit aufdrängen konnte, verdeutlicht der Bericht des Gießener Oberbürgermeisters, der den Darmstädter Regierungspräsidenten im Dezember 1945 beflissen über den Stand der Vorbereitungen zur Aufnahme der Umzusiedelnden unterrichtete: »Gruppenweise werden die Ostrückwanderer unter Polizeischutz [...] vom Zug zur Entlausung in die von der Stadt bereitgestellten Baracke geführt. Von dort wird die jeweilige Gruppe in die Flüchtlingszentrale zur gründlichen Untersuchung gebracht [...]. Erst nachdem die Rückwanderer auf ihrem Laufpass einen Vermerk ›frei von Läusen und ansteckenden Krankheiten‹ erhalten haben, können sie zu den für sie hergerichteten Quartieren weitergeleitet werden.«¹⁶ Die Gießener Stadtverwaltung konzentrierte sich formal auf die Aufgaben von Polizeischutz und medizinischer Versorgung. Der sachliche Ton mag charakteristisch für die Verwaltungssprache jener Zeit gewesen sein und doch zeigt seine Wortwahl, wie eng das Wohl bzw. Wehe der Umzusiedelnden in solchen Provisorien beieinander liegen mochten.

Die Stadt Gießen und die mit der Aufnahme der Vertriebenen betrauten Institutionen waren jedenfalls auf den *Tag X* vorbereitet. Diese Maßnahmen konzentrierten sich auf Sicherheit und Kontrolle sowie auf stabile Verhältnisse in der Stadt. Bereits am 10. Februar 1946 traf der erste Flüchtlingszug aus Mähren ein. 600 Personen wurden nach Friedberg weitergeleitet, die anderen 600 fanden Unterkunft in den genannten Räumlichkeiten.¹⁷ Nur einen Tag später lud die Landesregierung den Oberbürgermeister der Stadt, die Landräte verschiedener Landkreise, die Flüchtlingskommissare, den Polizeidirektor sowie Vertreter der Stadtverwaltung und hessischer Hilfsorganisationen zu einer »Konferenz ›Flüchtlingsfragen‹« in Gießen, vermutlich um so den Akteuren der Aufnahmezone ihre Unterstützung zuzusichern.¹⁸

Vom Regierungsdurchgangslager zum Notaufnahmelager

Ende 1946 stoppten die Alliierten die Ausweisung von Deutschen aus den Vertreibungsgebieten, und die Anzahl der Umzusiedelnden nahm ab.¹⁹ Trotzdem wurde das Gießener Flüchtlingslager nicht aufgelöst, vielmehr

wurde es auf Anordnung der Hessischen Regierung zu einem *Regierungsdurchgangslager*.²⁰ Zu den Aufgaben dieser Art von Flüchtlingszentrale gehörte es, den Zuzug von Deutschen nach Hessen zu kontrollieren, war dieser doch aufgrund der angespannten Wohnraumsituation in den hessischen Städten von der Besatzungsmacht stark eingeschränkt worden.²¹

Zu den Personengruppen, die das Lager aufzusuchen hatten, gehörten neben den Umzusiedelnden zeitweise *Displaced Persons*, heimkehrende Kriegsgefangene oder auch entlassene Internierte. Auch diejenigen, die in den ersten Nachkriegsjahren in anderen Ländern auf ihre Rückkehr nach Deutschland gewartet hatten, wurden hier *durchgeschleust*, wie es in der Amtssprache hieß. Bis 1950 wickelte das Lager »Transporte mit Flüchtlingen aus den Vertreibungsgebieten, Dänemark, Schleswig-Holstein, Österreich, Shanghai, Jugoslawien und Rumänien« ab.²² Eine weitere Personengruppe waren *illegale Grenzgänger*. So wurden offiziell jene Deutsche bezeichnet, die selbstständig von einer Besatzungszone in die andere wechselten. Da die Anzahl der *illegalen Grenzgänger* vor allem aus der sowjetischen Zone stetig zunahm, sahen sich die deutschen Behörden in der britischen und amerikanischen Besatzungszone gezwungen, deren Aufnahme zu beschränken.²³

Auf einer Konferenz der deutschen Länder der britischen und amerikanischen Besatzungszone im Juli 1949 wurde die Uelzener Entschließung verabschiedet, die festschrieb, aus welchen Gründen welche Grenzgänger aus der SBZ aufgenommen werden sollten.²⁴ Außerdem beschlossen die Vertreter, künftig nur noch zwei Flüchtlingslager für SBZ-Flüchtlinge je Besatzungszone zu betreiben. Für die britische Zone wurde das Uelzener Lager vorgehalten. In der amerikanischen Zone gestaltete sich die Standortfindung nicht ganz so einfach. Zunächst war eine Einrichtung in Ulm, später eine bei Hof-Moschendorf in Bayern im Gespräch. Weil es in der einen Einrichtung logistische Schwierigkeiten gab und die andere für einen anderen Personenkreis vorgesehen war, fiel die Wahl des US-Zonenlagers schließlich auf Gießen.²⁵

In der Folge schien sich die hessische Landesregierung am Uelzener Beispiel eines Zentrallagers für Flüchtlinge zu orientieren. Die bislang bestehenden dezentralen Strukturen wurden nun aufgegeben und ein Gelände oberhalb des Bahnhofs hergerichtet, das den Verantwortlichen für ein Flüchtlingslager geeignet erschien.²⁶ Die bisher vom Lager genutzten ehemaligen Baracken in der Stadt wurden ab- und auf dem Gelände des Viehmarkts wieder aufgebaut. Welche Entscheidungen dazu führten, dass die dezentralen Lager-Strukturen, die vor allem dem missliebigen »Lagereindruck« entgegenarbeiten sollten, aufgegeben wurden, ist noch unbekannt.

Vielleicht war es ein Ausdruck von Souveränität gegenüber der Besatzungsmacht, vielleicht war es aber auch ein Angebot an die Stadt, die über die vielen Menschen vor bzw. auf dem Bahnhofsvorplatz gar nicht glücklich war. Vielleicht sollten aber auch Verwaltungskompetenzen gebündelt werden.

Zu einer Verbesserung der Lebensumstände *im* Lager jedenfalls führte die Zentralisierung zunächst nicht. Vielmehr kritisierte der Flüchtlingsausschuss des neugegründeten Bundestages, der das Gießener Lager im November 1949 besuchte, die geringe finanzielle Unterstützung des Lagers durch das Land Hessen, die unzureichende Ernährung der Flüchtlinge und den Umstand, dass Flüchtlinge auf dem Boden schlafen mussten.²⁷ In den Folgemonaten wurden diese Missstände behoben und im Anschluss an eine erneute Besichtigung Anfang März 1950 wurde vermerkt: »Gut abgeschnitten. [...] Die Verantwortlichen waren von der vorteilhaften Veränderung des Lagers gegenüber der letzten Besichtigung so beeindruckt, dass die Entscheidung zu Gunsten des Lagers gefällt wurde.«²⁸ Zu diesem Zeitpunkt bestand das Lager aus sieben Wohnbaracken, vier Wirtschaftsbaracken, einer Kranken- und einer Kulturbaracke. Das Lager bot etwa 740 Flüchtlingen Unterkunft und Versorgung, ihre Unterbringung erfolgte nach Geschlechtern getrennt in Gemeinschaftsunterkünften.²⁹ Die Baracken selbst stammten in aller Regel aus den Beständen des Reichsarbeitsdienstes.

Die Wahl des Standortes des neuen Flüchtlingslagers verweist auf die lokale Kontinuitäten: Nach dem Ersten Weltkrieg befand sich auf dem Gelände des Viehmarktes ein Heimkehrerlager für Soldaten.³⁰ In der Zwischenkriegszeit diente es den Sinti und Roma und »Schaustellern« als Stellplatz für ihre Wohnwagen. Nach Kriegsende zogen auch diese wieder umher und fanden hier erneut Unterkunft. Mit der Errichtung eines neuen Flüchtlingslagers wurde vor allem ihr Stellplatz stark verkleinert, was in der Folge zu Spannungen mit den Lagerinsassen des Flüchtlingslagers führen sollte.³¹

Territorial gesehen befand sich das neue Lager damit *vor* den Toren der Stadt, denn es lag hinter dem Bahnhof. Wollte man so die Fremden aus der Stadt fernhalten oder die Bewohner der Stadt schützen? Bekannt ist, dass die Stadtverwaltung um 1948/49 viel daran setzte, eine Verlegung des Lagers zu erreichen.³²

Und noch etwas scheint wichtig: Im Fall der provisorischen Unterkünfte für die Umzusiedelnden wurde *nicht* auf bereits bestehende infrastrukturelle Einrichtungen aus der NS-Zeit – etwa auf Kriegsgefangenen- oder andere NS-Lager – zurückgegriffen, sondern neue Lager geschaffen. Damit distanzieren sich sowohl die Landesregierung als auch die Stadtverwaltung von der NS-Zeit.

Der Ausbau des Notaufnahmelagers

1952 stiegen die Flüchtlingszahlen aus der DDR erneut stark an. Die Gründe hierfür waren vielfältig: Die SED proklamierte den Aufbau des Sozialismus, befestigte ihren Grenzstreifen entlang der Demarkationslinie und erhöhte die Arbeitsnormen der Werktätigen. Erst der *Volksaufstand* am 17. Juni 1953 führte dazu, dass die Flüchtlingszahlen etwas abnahmen, nicht zuletzt, weil die Normerhöhungen zurückgenommen worden waren. Nach den Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR vom 26. Mai 1952 konnten Fluchtwillige nicht mehr einfach die *grüne Grenze*, wie die Demarkationslinie im Volksmund genannt wurde, überschreiten. Deshalb verließ der Großteil der Flüchtlinge die DDR fortan über Berlin. Weil dadurch die West-Berliner Lager alsbald hoffnungslos überfüllt waren, erfolgte am 30. Juli 1952 die Grundsteinlegung für ein neues großes Flüchtlingslager in Berlin-Marienfelde. Als 1953 das Notaufnahmelager Marienfelde medienwirksam eröffnet wurde, galt es mit den fünfzehn dreistöckigen Gebäuden als modernste Einrichtung dieser Art in der Bundesrepublik.³³

Es ist davon auszugehen, dass das Lager Marienfelde zu so etwas wie einem Vorbild für lagerähnliche Einrichtungen in der Bundesrepublik wurde. Außerdem setzte es sich die hessische Landesregierung in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre zum Ziel, die bestehenden Baracken als Unterkünfte für Vertriebene und Flüchtlinge zu schließen.³⁴ Im März 1955 kaufte das Land Hessen in Gießen das Lagergelände und bald darauf begann ein für eine ursprünglich temporär angelegte Einrichtung untypischer Umbau: Die Baracken wurden abgerissen und verkauft. An ihre Stelle rückten neue massive Häuser mit mehreren Etagen, zuerst ein Wirtschaftsbau mit Küche, Speisesaal und Kantine. Ihm folgten je ein dreigeschossiges Verwaltungs- und zwei Unterkuftsgebäude. In der Anordnung der Gebäude entstand ein Hof, der als Versamlungs- und Feierplatz, später auch als Parkplatz genutzt wurde. Die letzte Bauphase begann *nach* dem Mauerbau: Im September 1961 fand eine Besprechung über den »Endausbau des Lagers« statt. Dabei wurde der Bau eines fünfgeschossigen Unterkufts- und Bürogebäudes, einer neuen Krankenstation, einer größeren Gemeinschaftshalle und eines Pfortnerhauses bewilligt.³⁵ Nach Abschluss dieses insgesamt etwa fünf bis sieben Jahre dauernden Projekts verfügte das Gießener Notaufnahmelager über eine Aufnahmekapazität von etwa 700 Personen.³⁶

Zum bisherigen Kenntnisstand deutet kaum etwas darauf hin, dass der Ausbau des Lagers mit den hohen Flüchtlingszahlen aus der DDR begründet wurde. Es bleibt noch unbeantwortet, auf welche politischen Entschei-

dungen die Verstetigung der Gebäude und damit des Lagers zurückzuführen ist. Denkbar ist, dass die Flüchtlingsunterkünfte an die urbanen Strukturen der Stadt anknüpfen sollten, um so ihre Akzeptanz vor Ort zu erhöhen.³⁷ Vielleicht waren die Lagergebäude als *Eintrittsportal* oder *Schau-fenster* gedacht, mit denen sich die Bundesrepublik den deutschen *Brüdern und Schwestern* in der DDR präsentieren wollte. Nicht zuletzt sollten die neuen Gebäude demonstrieren, dass man glaubte, die unmittelbare Nachkriegszeit erfolgreich überwunden zu haben.

Das Lager nach dem Mauerbau

Die Bundesregierung reagierte erst knapp zwei Jahre nach dem Mauerbau auf die veränderte Flüchtlingssituation: Zum 1. April 1963 wurden das Lager Uelzen-Bohldamm in Niedersachsen geschlossen und das Lager Marienfelde in den Folgejahren um ein Drittel verkleinert.³⁸ Gleichzeitig erhielt das Lager in Gießen den Status eines zentralen *Bundesnotaufnahmelagers* für alle Flüchtlinge aus der DDR. Hierfür wurden zunächst die Jugendlager in Krofdorf und das *Haus Elisabeth* in die Einrichtung integriert. Weil die Belegungskapazität im Notaufnahmelager Gießen noch immer zu hoch war, wurde sie schließlich halbiert. So gab es um 1965 insgesamt 132 Unterkünfte für erwachsene Flüchtlinge, 72 für jugendliche, allein reisende Männer und acht für jugendliche, allein reisende Mädchen. Weitere 100 Betten wurden für Studenten und 46 für Krankenschwestern bereitgehalten und genutzt; das Krankenhaus konnte 40 Patienten betreuen.³⁹ Weil die Kapazitäten für die erwachsenen Flüchtlinge nach dem Mauerbau nur selten ausgeschöpft waren, erfolgte die Unterbringung von Familien zunehmend auch in Doppelzimmern.⁴⁰

Damit erinnerte im Grunde kaum noch etwas an die einst typischen Merkmale eines Lagers. Feste Gebäude hatten die Baracken ersetzt. Die ursprüngliche »Architektur auf Zeit«, wie die Baracken einmal bezeichnet worden waren, wurde in eine Architektur *der* Zeit transformiert.⁴¹ Sie waren kantig, klotzig und funktional. Die räumliche Enge einstiger Gemeinschaftsunterkünfte war in den Viermann- und Doppelzimmern zwar noch nicht vollständig aufgehoben, doch der individuelle Raum eines Flüchtlings bei weitem nicht mehr so beschränkt wie Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre; gleiches galt für die sanitären Einrichtungen. Erhalten blieb die Abgrenzung des Lagers nach außen, gut sichtbar mit einer Schranke am Pförtnerhaus und einem Zaun um das Lagergelände, sowie rudimentäre Merkmale einer Lagerordnung.⁴²

Die Flüchtlingszahlen von DDR-Bewohnern gingen zwischen 1961 und 1989 stark zurück, weshalb von einer Auslastung der Lagergebäude keine Rede mehr sein konnte.⁴³ Deshalb gewährte das Lager in den 1960er und 1970er Jahren Gießener Institutionen so etwas wie *Notaufnahme*, wenn auch wiederum in einem ganz anderen Sinne. Ab etwa 1967 residierte hier die Kriminalpolizei der Stadt, bis deren Verwaltungsbau 1972 fertig gestellt und bezugsfertig war. Es gab – wie angedeutet – erfolgreiche Verhandlungen mit der Gießener Universität, die dringend Schwesternheime bzw. Lernschwesterwohnheime benötigte. Letztlich wohnten hauptsächlich ausgebildete Krankenschwestern in einem Unterkunftsgebäude des Lagers, hatte doch das hessische Kultusministerium Bedenken geäußert, die Verantwortung für die minderjährigen Lernschwestern im Lager nicht übernehmen zu können.⁴⁴ Parallel dazu wurde ein Gebäude als Studentenwohnheim genutzt. Später wurde ein Unterkunftsgebäude zu einer Schule für spätausgesiedelte Jugendliche umgebaut, die hier sowohl einen Sprachkurs absolvieren und als auch einen Schulabschluss anstreben konnten. Weitere Beispiele ließen sich anführen.⁴⁵

Damit werden einmal mehr die flexiblen Arbeitskontinuitäten einer solchen Einrichtung deutlich, die mit verhältnismäßig geringem Aufwand immer wieder neue, andere Aufgaben übernehmen konnte. Es bleibt noch zu untersuchen, welche Strukturen hierfür die nötigen Bedingungen schufen. Die zunächst der Baracke als preiswerte Unterbringungsmöglichkeit zugeschriebene Charakteristik von begrenzter Zeitlichkeit mag zwar der Flexibilität der Lager entgegengearbeitet haben, letztere waren aber nicht auf sie angewiesen, wie die erfolgreiche Modernisierung und ihre anschließende Nutzung belegen.

Resümee

Vorliegend wurde der langjährige Prozess einer Verstetigung skizziert. Eine zunächst als Provisorium konzipierte und betriebene Einrichtung entwickelte sich über einen Zeitraum von 25 Jahren zu einer Institution. Hierfür wurden die unter der amerikanischen Besatzungsmacht geschaffenen dezentralen räumlichen Strukturen an einem neuen Standort zentralisiert, wobei man – wider Erwarten – an die Tradition der Vorkriegszeit anknüpfte.

Der Bau einer aus festen Gebäuden bestehenden Einrichtung schien den bis dahin üblichen Aufgaben zu widersprechen, die die Machthabenden bis dahin den Lagern zugeschrieben hatten – dem Insassen seine Rand-Posi-

tion in der Gesellschaft aufzuzeigen und ihn damit aufzufordern, rasch Eigeninitiative zu zeigen und sich in die Gesellschaft zu integrieren. Zwar können die Neubauten auch als »Schaufenster des Westens« interpretiert werden, mit denen den Deutschen aus der DDR ein spezifisches Bild von Freiheit und Demokratie präsentiert werden sollte. Vor allem aber signalisierte die Modernisierung dieser Provisorien der eigenen Gesellschaft, dass man die Nachkriegszeit Anfang der 1960er Jahre nunmehr endgültig überwunden glaubte.

Anmerkungen

- 1 Ray M. Douglas, »Ordnungsgemäße Überführung«. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2012, S. 201 f.
- 2 Helge Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/46 – 1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994, S. 83 ff.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd., S. 70.
- 5 Die Bestandszahlen der Gebäude und Wohnungen stammen aus dem Jahr 1939. Oberbürgermeister Gießens an das Landeswirtschaftsamt für Groß-Hessen, Abt. VI am 1. Juni 1946, Berichtswesen und Statistik, Stadtarchiv (StA) Gießen N 1636. Sowie Ludwig Brake und Eva-Maria Felschow, 50 Jahre Kriegsende. Stadt und Universität im Wiederaufbau 1945–1960, Gießen 1996, S. 2.
- 6 Ebd., S. 81.
- 7 Oberbürgermeister der Stadt Gießen an den Regierungspräsidenten, zu Händen OR Elsässer am 12. Dezember 1945, Hess. Staatsarchiv Darmstadt (HStAD), H 1, Nr. 3568.
- 8 Heinz Dörr, Vom Flüchtlingskommissariat zur Zentralen Aufnahmestelle – Rückblick auf 45 Jahre Flüchtlingslager in Gießen, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins(MOHG), NF81/1996, S. 49–68, hier S. 49 f.
- 9 Bericht des Stadtbauamts am 20. September 1945, Stadtarchiv Gießen, N 5348, sowie Mietvertrag zwischen Stadt Gießen und dem Hotelbesitzer Schulte, Hotel Lenz (Abschrift vom 30. Oktober 1945), Stadtarchiv Gießen, Nr. 5348.
- 10 Brake/Felschow, Kriegsende (Anm. 5), S. 107; Ludwig Brake, Neuanfang und Aufbruch, in: Ludwig Brake und Heinrich Brinkmann (Hg.), 800 Jahre Gießener Geschichte 1197–1997, Gießen 1997, S. S. 263–287, hier S. 276.
- 11 Bernhard Parisius und Manfred Pult, Einleitung, in: Diess., Quellen zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Hessen. Ein Inventar des Schriftguts in hessischen Staats-, Kommunal-, Kirchen- und Wirtschaftsarchiven von 1945–1975, Wiesbaden 1992, S. XXf.
- 12 Zur allgemeinen Arbeit und Zuständigkeit der Flüchtlingskommissariate vgl. Rolf Messerschmidt, Aufnahme und Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in

- Hessen 1945–1950. Zur Geschichte der hessischen Flüchtlingsverwaltung, Wiesbaden 1994, S. 248 f.
- 13 Oberbürgermeister der Stadt Gießen an den Regierungspräsidenten (Anm. 7).
- 14 Großhessisches Staatsministerium, Der Minister für Arbeit und Wohlfahrt, Staatskommissar für das Flüchtlingswesen am 21.8.1946, Aufteilung des Flüchtlingsdienstes in Großhessen, S. 2, Hess. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), Abt. 502, Nr. 4965.
- 15 Ebd.
- 16 Oberbürgermeister der Stadt Gießen an den Regierungspräsidenten (Anm. 7).
- 17 Dörr, Flüchtlingskommissariat (Anm. 8), S. 50 f. sowie Seit Januar 1946 eingeschleuste Flüchtlinge in geschlossenen Transporten nach Groß-Hessen, HStAD, H1, Nr. 4172.
- 18 An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen (handschriftlich), HStAD, H 1, Nr. 3568.
- Von den städtischen Vertretern waren das Gesundheitsamt, das Schulamt, die Finanzabteilung, das Hochbauamt und das Bauamt eingeladen, von den karitativen Verbänden die Vertreter des Hessischen Hilfswerkes, der Caritas und der Inneren Mission.
- 19 Vgl. zuletzt Douglas, »Ordnungsgemäße Überführung« (Anm. 1), S. 235 f.
- 20 Regierungspräsidium Hessen an den Herrn Minister für Arbeit und Wohlfahrt am 6. Dezember 1946. HStAD, H 1, Nr. 3568.
- 21 Aufgaben der Flüchtlingsstellen, in: Gießener Freie Presse, 11.12.1948, S. 7.
- 22 Bericht »Entstehung des Lagers«, Stadtarchiv Gießen, 7/3 0016, S. 6.
- 23 Ebd.
- 24 Arne Hoffrichter, Heinrich Albertz und die SBZ-Flucht. Zur Rolle Niedersachsens, der Presse und des Durchgangslagers Uelzen-Bohldamm im Prozess der Notaufnahmegesetzgebung 1949/1950, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 84 (2012), S. 402–433.
- 25 Zentrallager für die US-Zone in Gießen?, in: Gießener Freie Presse, 25.8.1949, S. 4.
- 26 Hierfür wurden die Bombenrichter zugeschüttet, um das Gelände so zu begradigen, dass weitere Baracken aufgestellt werden konnte. Bericht »Entstehung des Lagers« (Anm. 22).
- 27 Kritik am Lager Gießen, in: Hessische Nachrichten, 12.11.1949, Stadtarchiv Gießen, N 82/521.
- 28 Bericht »Entstehung des Lagers« (Anm. 22), S. 2.
- 29 Verzeichnis B für Grenzdurchgangslager, Stadtarchiv Gießen, 7/3 003.
- Aus den Rechenschaftsberichten der Stadt an das zuständige Regierungspräsidium geht hervor, dass das Lager gerade zwischen 1948 und 1950 oft überbelegt war. Stadtarchiv Gießen, N 2049.
- 30 »Heimkehrerlager«, in: Hessische Landeszeitung, Anzeiger für Oberhessen, 19.10.1920, S. 6.
- 31 Protokoll über die am 20. September 1948 stattgefundene Dezernentenbesprechung, Stadtarchiv Gießen, N 1683.
- 32 »Bürgermeister Dr. Elsner erklärte, dass die Stadt Gießen bei der Errichtung des Lagers nicht gefragt worden sei und sie nach wie vor alle Schritte unternehmen

- werde, um eine Verlegung des Lagers zu erreichen.« Siehe: Bisher 1,35 Millionen Ostflüchtlinge von den Westzonen aufgenommen. Zentrallager Gießen seiner neuen Bestimmung übergeben, in: Gießener Freie Presse, 2.9.1949, S. 2.
- 33 Vgl. Katja Augustin, Im Vorzimmer des Westens. Das Notaufnahmelager Marienfelde, in: Bettina Effner und Helge Heidemeyer (Hg.), *Flucht im geteilten Deutschland*, Berlin 2005, S. 135–154, hier S. 141.
- 34 Abt. X Vermerk Beschaffenheit und Belegung der hess. Landes- und Kreis-Flüchtlingslagern vom 22.8.58, HHStAW, Abt. 508, Nr. 3772.
- 35 Siehe Schriftverkehr zwischen Hess. Ministerium des Inneren und dem Hess. Ministerium der Finanzen über die Ausbau des Lagers, HHStAW, Abt. 506, Nr. 1942.
- 36 140 weitere Plätze gab es im Jugendlager Krofdorf und im Haus Elisabeth.
- 37 Zum Verhältnis von Lager und Stadt vgl. Jeannette van Laak, *Das Notaufnahmelager Gießen – Ein Seismograph der deutsch-deutschen Beziehungen?*, in: Detlev Brunner u. a. (Hg.), *Asymmetrisch verflochten? Deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte*, Berlin 2013, S. 97–114.
- 38 Das Notaufnahmelager Uelzen schließt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.3.1963, S. 6.
- 39 Vgl. HHStAW, Abt. 508, Nr. 4067a. Die Quelle erwähnt nur Studenten. Ob damit auch weibliche Studierende gemeint waren, ist ungeklärt.
- 40 Notaufnahmelager Gießen an den Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen am 2.1.1964: Übersicht über Aufnahmefähigkeit und Belegung des Notaufnahmelagers Gießens und des wirtschaftlich angeschlossenen Jugendlagers Krofdorf, HHStAW, Abt. 508, Nr. 4067a.
- 41 Axel Dossmann/Jan Wenzel/Kai Wenzel, *Architektur auf Zeit. Baracken, Pavillons, Container*, Berlin 2006.
- 42 Diese verwiesen auf die Mahlzeiten, auf die Pflicht der An- und Abmeldung sowie auf die Rückgabe der Bettwäsche und des Essbestecks. Siehe *Der Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Gießen, Belehrung*, Stadtarchiv Gießen, 7/3 017; *Laufzettel*, Stadtarchiv Gießen 7/3 006.
- 43 In den Jahren 1963 und 1964 lagen sie bei etwas mehr als 40000, zehn Jahre später betragen sie weniger als 20000. So wurden 1974 etwa 13252 DDR-Übersiedler gezählt, 1975 waren es 16285. Hans Hermann Hertle/Konrad H. Jaraus/Christoph Kleßmann (Hg.), *Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen*, Berlin, 2002, S. 310–314.
- 44 Minister des Inneren an Herrn Regierungspräsidenten Darmstadt am 17. Mai 1963, HStAD, H 1, Nr. 7759.
- 45 Niederschrift über die gemäß Ziffer 9 der Lagerrichtlinien vom 25. Januar 1954 durchgeführte Prüfung im Monat April 1981, HStAD, H 5, Nr. 26 Bestandsprüfungen, Bl. 2.



Zeitungskiosk in Berlin (Ost) 1963.

Anke Fiedler

DDR-Zeitungen und Staatssicherheit: Zwischen staatlicher Öffentlichkeitsarbeit und operativer Absicherung

Auch mehr als 20 Jahre nach dem Mauerfall ist unklar, ob und vor allem wie das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in die Medienpolitik der DDR eingegriffen hat. Man weiß inzwischen, dass der DDR-Geheimdienst westliche Korrespondenten ausspionierte und auch versuchte, in den Redaktionen der BRD-Medienhäuser inoffizielle Mitarbeiter (IM) einzuschleusen.¹ Mittlerweile ist auch bekannt, dass in den DDR-Medien IMs tätig waren, die den Redaktionsbereich kontrollierten und operativ absicherten.² Es kann jedoch nur vermutet werden, welchen Einfluss das MfS auf Medieninhalte genommen hat und wie sich die Zusammen-

arbeit zwischen der Stasi und den in den Redaktionen tätigen IMs konkret ausgestaltete.

Dass die Lenkung der DDR-Medien durch das MfS in der Wissenschaft bislang weitgehend ausgeklammert wurde³, überrascht nicht nur aufgrund der umfangreichen Aufarbeitung der Rolle des Staatssicherheitsdienstes in anderen gesellschaftlich relevanten Bereichen, wie zum Beispiel der Bildung, der Kultur oder den Kirchen, sondern vor allem auch durch das Wissen über die Strukturen des Herrschaftssystems und die Bedeutung der Medien für die SED-Führung: Presse und Funk wurden direkt aus dem Zentralkomitee angeleitet.⁴ Die Medien dienten nicht nur als Mittel zur Herrschaftssicherung der SED, sondern wurden auch gezielt als Werkzeuge im Kampf um die Herzen und Köpfe der eigenen Bevölkerung eingesetzt.⁵

Die vorliegende Untersuchung stützt sich neben der einschlägigen Literatur vor allem auf Archivquellen. Im ersten Schritt wurde ein Antrag auf Akteneinsicht bei der Stasiunterlagenbehörde BStU (Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes) zur DDR-Presse gestellt, der durch einen Ergänzungsauftrag zur Abteilung Agitation beziehungsweise zur Pressestelle des MfS ausgeweitet wurde. Der Archivdienst der BStU-Behörde konnte mehrere Bestände im Umfang von rund 650 Akten ermitteln. In einem zweiten Schritt wurden Archivalien aus der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« im Bundesarchiv in Berlin (SAPMO-BArch) ausgewertet, insbesondere Korrespondenzen, Beschlüsse, Konzeptionen, Geschäftsunterlagen und Sitzungsprotokolle, die Aufschluss über den Einfluss der Staatssicherheit auf die DDR-Presse gaben. Hierbei handelte es sich um rund 900 Akten, unter anderem aus den Beständen des Politbüros, des Sekretariats des Zentralkomitees (ZK) der SED, der ZK-Abteilung Agitation und der Agitationskommission.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass die Pressearbeit der Staatssicherheit in zwei Richtungen verlief: Das Ministerium war zum einen in die staatliche Öffentlichkeitsarbeit eingebunden, es »belieferte« die Medien mit Argumentationsmaterialien und koordinierte geplante Veröffentlichungen, die im engeren Sinn die Arbeit des Ministeriums betrafen. Hier unterschied sich das MfS kaum von den anderen DDR-Ministerien.⁶ Das zweite Aufgabengebiet umfasste zum anderen die politisch-operative Absicherung der Redaktionen und Druckereien über ein Netzwerk an inoffiziellen und hauptamtlichen Mitarbeitern. Bei dieser geheimen Überwachung einzelner Personen ging es allerdings weniger um die Platzierung von Artikeln, sondern vielmehr um das Abschöpfen von Informationen.

Abteilung Agitation und Bereich 6

In der Zentrale des MfS gab es eine eigens für die Pressearbeit eingesetzte Abteilung Agitation (nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen ZK-Abteilung), die in der Zeit zwischen Juli 1954 und März 1955 geplant, und schließlich im Sommer desselben Jahres als eigenständige Abteilung im damaligen Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS) eingerichtet wurde.⁷ Begründung für diese Maßnahme war, dass die Agitationsarbeit des Geheimdienstes bis dato nur »wenig organisiert« und »häufig sporadisch« erfolgte.⁸ Die Abteilung blieb auch nach der (Rück-)Umwandlung des SfS in das Ministerium für Staatssicherheit im November 1955 bestehen. Aus einem Stellenplanentwurf von Oktober 1957 geht nicht nur hervor, dass rund 50 Mitarbeiter zu diesem Zeitpunkt dort beschäftigt waren, sondern dass die Abteilung auch mit der ZK-Abteilung für Agitation, der Agitationskommission und dem Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates zusammenarbeitete.⁹ Später kamen weitere Arbeitskontakte hinzu: zum Beispiel zur Westkommission des Politbüros, zu anderen Ministerien sowie zum Ausschuss für Deutsche Einheit.¹⁰ Im Jahr 1957 übernahm Günter Halle die Leitung der Abteilung, der sie innerhalb eines Jahrzehnts auf knapp 60 Mitarbeiter ausbaute – damit war sie fast genauso groß wie die Schwesterabteilung im Zentralkomitee.¹¹

Durch seinen Befehl Nr. 6/85 löste der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, die Abteilung Agitation schließlich mit Wirkung zum 1. Mai 1985 auf und ließ sie fortan als »Bereich 6« der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) der Führung von Oberst Karl Fischer unterstellen.¹² Zu den Hauptaufgaben des Bereichs 6, der gegenüber der Öffentlichkeit als »Presseabteilung des MfS« zu bezeichnen war, gehörte wie schon bei der Abteilung Agitation die »Realisierung von Film-, Fernseh-, Rundfunk-, Presse- und Buchprojekten mit den zentralen Medien und mit Autoren, Dramaturgen und Regisseuren.«¹³

Ratgeber und Vorzensor

Seit den frühesten 1960er Jahren unterhielt die Abteilung Agitation des MfS offizielle Verbindungen zu den Chefredaktionen und Verlagen in Berlin, unter anderem zum ND, zur *Berliner Zeitung*, *BZ am Abend*, *Jungen Welt*, *Wochenpost*, *Freien Welt*, *Tribüne*, zu den Leitungen der beiden Staatlichen Komitees für Rundfunk und Fernsehen und zur Nachrichtenagentur *Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst* (ADN).¹⁴ Die überlieferten Akten

verdeutlichen, dass das Ministerium vor allem als Zulieferer und Vorzensor auftrat. Besonders üppig fällt das Aktenmaterial aus zu Artikeln für das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* (ND), die *Wochenpost*, die *Armeerundschau* oder sogar für die Jugendzeitschrift *Trommel*, die meist zu Jubiläen des Ministeriums, zu Geburtstagen von »Tschekesten« oder ähnlichen Anlässen von der MfS-Abteilung Agitation angefertigt wurden, häufig auch im Namen von Erich Mielke. Leitartikel – etwa für *DynamoSport*, das offizielle Magazin der Sportvereinigung Dynamo – schrieb Mielke als 1. Vorsitzender des Clubs manchmal auch selbst, zum 20. Jahrestag der DDR oder zum Ansporn der Sportler im neuen Jahr.¹⁵

Häufig wandten sich die Redaktionen an das Ministerium, um sich den Segen für kritische Artikel mit direktem oder indirektem MfS-Bezug einzuholen. Im August 1966 plante die *Neue Berliner Illustrierte* (NBI) zum Beispiel einen Bericht über Sporttaucher der Gesellschaft für Sport und Technik, die drei Akten aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen in einem See entdeckt hatten. Die Abteilung Agitation des MfS sagte eine Entscheidung über eine Veröffentlichung allerdings erst zu, »wenn der Sachstand geklärt« sei.¹⁶ Im Mai 1968 bat die Chefredaktion der Illustrierten das MfS sogar um Unterstützung bei der Vorbereitung einer Tatsachenserie über die Contergan-Affäre in Westdeutschland.¹⁷

Dass man bei der Staatssicherheit auch zielgruppenorientiert dachte, zeigt folgendes Beispiel: Im Januar 1970 rief Hermann Kalb, Chefredakteur der *Neuen Zeit*, in der MfS-Abteilung Agitation an und fragte nach einem Beitrag anlässlich des 20. Jahrestages des Ministeriums, weil »er niemand habe, der ihm einen solchen Artikel sachlich richtig machen würde«. Daher würde er »es am liebsten sehen, wenn wir ihm einen solchen Artikel liefern würden«, notierte Günter Halle – wobei »aber in jedem Fall bedacht werden« müsse, »daß er für die Leser einer immerhin christlich orientierten Parteizeitung geschrieben wird«.¹⁸

Auch in anderen Fällen funktionierte Halles Team als Ratgeber und Rückversicherung. Im Februar 1969 wusste die *Berliner Zeitung* beispielsweise nicht, wie sie auf Leserbriefe reagieren sollte, die mit der Übersiedlung eines westdeutschen Wissenschaftlers in die DDR zusammenhingen. Ein Leser des Blatts war der Ansicht, dass dieser aus »unlauteren Motiven« in die DDR übergetreten sei. Daraufhin gab die MfS-Abteilung Agitation die Anweisung aus, dass Anfragen aus der Bevölkerung zu diesem Thema nicht veröffentlicht werden durften. Die Mitarbeiter der Staatssicherheit formulierten sogar den Wortlaut, wie auf künftige Leserbriefe reagiert werden sollte.¹⁹ Und im August 1970 ordnete die Abteilung an, dass in der Presse aufgrund von Nachahmungstätern nicht mehr über

Flugzeugentführungen berichtet werden durfte, selbst wenn andere sozialistische Länder darüber etwas veröffentlichten.²⁰ Diese Beispiele machen nicht nur deutlich, dass es einen offenen Kommunikationskanal zwischen den Redaktionen und der Pressestelle des MfS gab (sei es über das Telefon, sei es per Briefpost), sondern dass die Zusammenarbeit weitaus weniger konspirativ ablief, als in der Literatur allgemein behauptet wird.²¹

Im Oktober 1967 installierte das MfS extra eine direkte Fernschreibverbindung zwischen der Nachrichtenagentur ADN und dem Sekretariat des Ministers, um das Ministerium »schneller über wichtige Ereignisse« zu informieren.²² Auch »Sonderaufträge« liefen über diesen Ticker, wie zum Beispiel der Artikel »Alte Lügen neu aufpoliert« über angebliche Gefangenemisshandlungen in DDR-Gefängnissen, der explizit »nur für ADN-West« bestimmt war.²³

Inoffizielle Mitarbeiter in den Redaktionen

Dort, wo der Staatsicherheitsdienst tatsächlich konspirativ arbeitete, ging es weniger um Inhalte als vielmehr darum, den Medienbetrieb im Land ohne Störung am Laufen zu halten.²⁴ Die in den Redaktionen stationierten inoffiziellen Mitarbeiter nahmen keinen Einfluss auf redaktionelle Inhalte im Auftrag des MfS, sondern waren in erster Linie für die Überwachung der Kollegen zuständig und sammelten aufgrund ihrer umfangreichen Vernetzung als Journalisten gezielt Informationen weit über die Redaktionsstuben hinaus.²⁵ Die sicherheitspolitische Zielstellung der Staatssicherheit bestand darin, vor allem Personen »mit operativ bedeutsamen Merkmalen« aufzuklären (etwa Mitarbeiter in Schlüsselpositionen, Geheimnisträger, Reisekader). Deshalb war die Stasi auch darauf aus, »die inoffizielle Basis in quantitativer Hinsicht« insbesondere in den Abteilungen Sport, Nachrichten und Außenpolitik der Presse »ständig auszubauen und zu erweitern.«²⁶ Nirgendwo sonst war der Kontakt zu Politikern und zum Ausland so eng wie hier.

Schon vor dem Bau der Berliner Mauer arbeiteten Journalisten als inoffizielle Mitarbeiter für die Staatssicherheit. Während der Chefredakteur des *Neuen Deutschland*, Günter Schabowski (1978–1985), erst nachträglich erfahren haben will, wer in seiner Redaktion für das MfS spionierte, lief das Rekrutierungsverfahren in den 1960er Jahren noch nicht gänzlich im Verborgenen ab.²⁷ Im Januar 1961 tauchten Mitarbeiter der Hauptabteilung V/2 bei ND-Chef Hermann Axen (1956–1966) auf und fragten, wen sie aus der Redaktion als IM werben könnten. Als Grund führten sie

an, dass »einige Feindzentralen stark daran interessiert sind, aus dem ND interne Materialien zu erhalten.« Axen versprach, innerhalb von 14 Tagen einen Genossen zu nennen, mit dem das MfS in Verbindung treten könne und betonte zugleich, dass die Staatssicherheit »nur mit seiner Zustimmung innerhalb des Objektes ND-Redaktion arbeiten« dürfe, da schließlich nur er seine Mitarbeiter genau kenne.²⁸ Dieser »lockere« Umgang in den Anfangsjahren verflüchtigte sich zwar mit der zunehmenden Professionalisierung und Ausweitung des Spionagenetzwerks. Trotzdem waren auch in den 1980er Jahren nur verhältnismäßig wenige Journalisten für die Stasi tätig, da diese Berufsgruppe als politisch zuverlässig galt. Unter den 130 Mitarbeitern des FDJ-Zentralorgans *Junge Welt*, die sich auf 15 Abteilungen und technische Bereiche verteilten, kooperierten im letzten Jahrzehnt der DDR zum Beispiel nur zwischen acht und zehn Redakteure mit dem Ministerium für Staatssicherheit.²⁹

Politisch-operative Absicherung der Redaktionen

Die Akten der Stasiunterlagenbehörde aus drei Jahrzehnten machen deutlich, dass sämtliche Informationen über das Berufs- und Privatleben von Journalisten gesammelt wurden: Hinweise auf Alkoholismus, Eheprobleme, Gehälter, Personalwechsel, Kontakte in den Westen und natürlich auch die politische Zuverlässigkeit der Kader. Die Informanten ermittelten, wer in den Redaktionen mit wem befreundet oder zerstritten war, sie berichteten über den Fleiß der einen und die Faulheit der anderen. Die Stasi erstellte Statistiken über die Zahl der Nichtwähler und der ehemaligen Grenzgänger, der Rückkehrer, Zugezogenen, Haftentlassenen und Wehrdienstverweigerer in den Verlagen, Redaktionen und Druckereien. Sie ermittelte, wer wann und wie oft wegen Familienangelegenheiten in den Westen gereist war und teilte Journalisten, Drucker und Setzer in die Kategorien »Erscheinungsformen der politisch-ideologischen Hetze und Propaganda« und »Vorstrafen« ein.³⁰ Briefe an und von Journalisten wurden abgefangen, geöffnet und archiviert, Telefonaufzeichnungsgeräte in den Redaktionen installiert.³¹

Zur Absicherung der Redaktions-, Verlags- und Druckereigebäude gehörte auch die Verfolgung von Drohanrufen, Bombendrohungen und sogenannten »Sabotageakten«.³² Dieser Bereich lag schwerpunktmäßig bei der Abteilung XX der Staatssicherheit. Im Mai 1965 ging das MfS zum Beispiel dem »hakenkreuzähnlichen Gebilde« auf Ulbrichts Ehrensperre zum Vaterländischen Verdienstorden in Gold in einem Rasterbild im

Neuen Deutschland nach. Mit großem Aufwand wurde ein Rasternegativ erstellt, um am Ende festzustellen, dass das Hakenkreuz »produktionsbedingt zufällig entstanden« war.³³ Im Juni 1975 wurde im Zeitungskopf der *Jungen Welt* das Datum 17. Juni 1953 gesetzt. Der Fehler wurde zwar noch rechtzeitig bemerkt, die Stasi leitete trotzdem Ermittlungen ein.³⁴

Überprüfung von Leserbriefen

Noch mehr Energie steckte der Geheimdienst in die Auswertung von Leserbriefen. Hans-Dieter Schütt, Chefredakteur der *Jungen Welt* (1984–1989), berichtet in seiner Autobiografie, dass ein MfS-Mitarbeiter in den 1980er Jahren regelmäßig bei ihm vorbeikam, um die Säcke mit der Leserpost abzuholen.³⁵ Was mit Leserbriefschreibern passieren konnte, die sich kritisch über den Staat und die Partei äußerten, zeigt ein fast vollständig bei der Stasiunterlagenbehörde abgelegter Operativer Vorgang über den Magdeburger Prokuristen Rudolph Winkler, der wegen mehrerer anonymer Leserbriefe an die *Volksstimme* (SED-Bezirksorgan Magdeburg) und das *Neue Deutschland* von der Stasi verfolgt und schließlich 1966 zu mehreren Jahren Haft verurteilt wurde.³⁶

Bei der Fahndung kooperierten die Redaktionen in aller Regel eng mit der Staatssicherheit. Im April 1963 bat der Geheimdienst den Verlag der *Berliner Zeitung* darum, in den nächsten Ausgaben Beiträge über die Staatsgrenze Berlin mit Fotomaterial zu veröffentlichen: »Wir bitten Sie, wenn möglich, Teile der Staatsgrenze und Angehörige der bewaffneten Organe auf diesen Bildern zu zeigen. Über die Durchführung dieser Veröffentlichung bitten wir Sie, uns vorher zu informieren.« Das MfS hoffte, auf diesem Weg einem »Hetzschriftenverbreiter« auf die Spur zu kommen, der solches Bildmaterial aus der *Berliner Zeitung* für seine Schreiben verwendete.³⁷ Im Juli 1983 fahndete der Geheimdienst nach einem »pseudonymen Drohbrieftschreiber«, der von Rostock aus vier Postkarten und einen Drohbrief verschickt hatte. »Der Täter bezieht sich auf verbreitete Gerüchte über die Delegation von Fußballspielern des FC Hansa Rostock nach Berlin und Magdeburg laut Beschluß des DFV [Deutscher Fußball-Verband] der DDR.« Bei Verwirklichung der Delegationen drohe er mit »Flugblattaktionen und Protesten«, teilte das MfS mit und forderte alle 1 437 Leserbriefe von der *Jungen Welt* an, die im Rahmen eines Leserinterviews mit Dieter Fuchs, Chefverbandstrainer und stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Fußball Verbandes, an die Zeitung geschickt worden waren.³⁸

Verdächtige hand- und maschinengeschriebene Briefe speicherte das MfS in einer Schriftenvergleichsdatei ein, ganz gleich ob die Anschreiben anonymisiert waren oder einen Absender trugen.³⁹ An dieser Stelle muss offen bleiben, was mit den einzelnen Leserbriefschreibern passierte, die Kritik am System übten. Wie im Fall von Rudolph Winkler müsste erst Antrag auf Zugang zu den personenbezogenen Akten gestellt werden.⁴⁰ Gesichert kann nur gesagt werden, dass die Stasi die Leserbriefe häufig im Zusammenhang mit Personenermittlungen und Operativen Vorgängen auswertete und ablegte.⁴¹

Fazit

Das Ministerium für Staatssicherheit war Teil der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit in der DDR. Über die hauseigene Abteilung Agitation, ab 1985 über die Pressestelle, lenkte die Stasi die Berichterstattung in den Bereichen, für die das MfS im engeren oder weiteren Sinne zuständig war: vor allem auf militärischem und geheimdienstlichen Gebiet. In dieser Aufgabe unterschied sich die Stasi kaum von anderen Ministerien und staatlichen Stellen des Landes.⁴² Im Vordergrund stand stets, den Interessen der SED-Führung nicht zu schaden. So wurden Informationen unterdrückt, die als »staatsgefährdend« eingestuft wurden (etwa Meldungen über Flugzeugentführungen). Auf der anderen Seite wurden solche Nachrichten als besonders positiv herausgestellt, die den Interessen förderlich schienen (zum Beispiel Jubiläen, »MfS-Helden«). Meldungen, die für die Staatssicherheit von herausgehobener Bedeutung waren, schrieb Minister Erich Mielke zum Teil selbst.

Die staatliche Öffentlichkeitsarbeit beinhaltete aber nicht nur die Versorgung der Presse mit Informationen. Häufig waren es die Redakteure selbst, die sich an das MfS wandten, wenn sie sich unsicher waren, wie ein Ereignis »richtig« gedeutet werden musste oder wie die offizielle Lesart lautete. In dieser Funktion kam das MfS zwar einer Art Vorzensur gleich; die Redakteure konnten sich durch die eingebaute Rückversicherungsschleife aber auch gegen potenzielle Rügen wappnen. Die Verantwortung wurde auf eine höhere Instanz »abgewälzt«.

Unabhängig von der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit hatte der Geheimdienst aber noch eine weitere Aufgabe, in der er sich von anderen Ministerien unterschied: die operative Absicherung der Redaktionsstuben. Journalisten wurden gezielt observiert, zum Teil auch als inoffizielle Mitarbeiter geworben, um einen reibungslosen Ablauf in der Pressearbeit zu

gewährleisten. Gesammelt wurde buchstäblich alles, was die Staatssicherheit in die Finger bekommen konnte: von privaten Informationen bis hin zu beruflichen Auseinandersetzungen oder Problemen in der Redaktion. Allerdings, und auch das zeigen die gesichteten Akten, nahm das MfS über seine inoffiziellen Mitarbeiter keinerlei Einfluss auf Zeitungsinhalte. Vielmehr dienten die IMs in den Redaktionen als Garanten des Systems – Störenfriede innerhalb und außerhalb der Redaktion, etwa Kontaktpersonen im Umfeld der Journalisten oder kritische Leserbriefschreiber, konnten mit ihrer Hilfe blockiert, identifiziert oder sogar ausgeschaltet werden.

Anmerkungen

- 1 Peter Jochen Winters, West-Korrespondenten im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, in: Deutschland Archiv 32 (1999), S. 804–812; Peter Jochen Winters, Das MfS und die Westmedien, in: Deutschland Archiv 35 (2003), S. 153–155; Hubertus Knabe, Der diskrete Charme der DDR: Stasi und Westmedien, 2. Aufl., Berlin 2003; Helmut Müller-Enbergs, Hofberichterstatter der SED oder Schutzbrigade der Opposition? Westkorrespondenten in der DDR, in: Deutschland Archiv 36 (2003), S. 54–63; Peter Pragal, Der geduldete Klassenfeind: Als West-Korrespondent in der DDR, Berlin 2008; Jochen Staadt, Tobias Voigt und Stefan Wolle, Feind-Bild Springer: Ein Verlag und seine Gegner, Göttingen 2009.
- 2 Ulrich Kluge, Steffen Birkefeld und Silvia Müller, Willfähige Propagandisten: MfS und SED-Bezirksparteizeitungen, Stuttgart 1997; Michael Heghmanns und Wolff Heintschel von Heinegg, Der Staatssicherheitsdienst in der Lausitzer Rundschau, Band 18, Berlin 2003; Staadt, Voigt und Wolle, Operation Fernsehen (Anm. 1).
- 3 Exemplarisch: Gunter Holzweißig, Die schärfste Waffe der Partei: Eine Mediengeschichte der DDR, Köln, Weimar und Wien 2002, S. 35–42. Holzweißig geht zwar auf die Rolle der Staatssicherheit ein. Allerdings legt er weder offen, welche Bestände er gesichtet hat, noch ist bis in letzter Konsequenz nachvollziehbar, wie er zu seinen Ergebnissen kommt.
- 4 Exemplarisch: Jens Ackermann, Die Jenaer Schulen im Fokus der Staatssicherheit: Eine Abhandlung zur Mitarbeit von Lehrern und Schülern beim Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Weimar 2005; Matthias Braun, Kulturinsel und Machtinstrument: Die Akademie der Künste, die Partei und die Staatssicherheit, Göttingen 2007; Jutta Gladen, Wir überlassen keinen dem Gegner: Die Evangelische Studentengemeinde in Magdeburg im Blick der Staatssicherheit, Magdeburg 2004.
- 5 Michael Meyen und Anke Fiedler, »Totalitäre Vernichtung der politischen Öffentlichkeit?« Tageszeitungen und Kommunikationsstrukturen in der DDR, in: Stefan Zahlmann (Hg.), Wie im Westen, nur anders: Medien in der DDR, Berlin 2010, S. 35–59.
- 6 Vgl. Anke Fiedler, Medienlenkung in der DDR, Köln, Weimar und Wien 2013.

- 7 Vorlage zur Beschlussfassung über die Schaffung einer Abteilung Agitation des SfS, 10.7.1954; Büro-Vorlage zur Empfehlung an das Kollegium des Staatssekretariats für Staatssicherheit über die Schaffung einer Abteilung Agitation und Presse des SfS, 8.3.1955, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr.26998, Bd. 2, Bl. 349–352 und 353f.
- 8 Borrmann an Mielke, 31.5.1954, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr.26998, Bd. 2, Bl. 355–357.
- 9 Stellenplanentwurf, 28.10.1957, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr.26998, Bd. 1, Bl. 299–310.
- 10 Arbeitsverbindungen der Abteilung Agitation des MfS, 27.1.1962, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr.26999, Bd. 1, Bl. 495–499.
- 11 Stellenplan der Abteilung Agitation und Stellenbesetzung, 4.9.1967, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr.26998, Bd. 1, Bl. 129–134.
- 12 Befehl Nr.6/85, 30.4.1985, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr.26999, Bd. 1, Bl. 2f.
- 13 Aufgabenstellung und Struktur des Bereichs 6, September 1985, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr.27311, Bl. 7–49, hier: 25.
- 14 Arbeitsverbindungen der Abteilung Agitation des MfS (Anm.10), Bl. 496; Arbeitskontakte der AG Massenmedien der Abteilung Agitation, 14.5.1973, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr.26049, Bl. 1–10.
- 15 Leitartikel Erich Mielke, Mit Stolz und Zuversicht ins dritte Jahrzehnt: Gedanken zum 20. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, 18.9.1969, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr.4616, Bl. 236–244; Leitartikel Erich Mielke, Im neuen Jahr zu noch größeren sportlichen Erfolgen, 30.12.1966, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr.4616, Bl. 262–272.
- 16 Aktenvermerk zu SS-Aktenfunden im Heinitzsee, 12.8.1966, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr.24942, Bl. 104f.
- 17 Aktennotiz zur Bitte der Chefredaktion der NBI um Unterstützung bei der Vorbereitung einer Tatsachenserie über die Contergan-Affäre in Westdeutschland, 24.5.1968, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr.24942, Bl. 110f.
- 18 Artikel für das CDU-Organ Neue Zeit, 27.1.1970; Aktennotiz Oberst Halle, 26.1.1970, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr.26541, Bl. 223f.
- 19 Aktennotiz zur Leserschrift an die Berliner Zeitung, 10. Februar 1969, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr.24942, Bl. 53f.
- 20 Veröffentlichungen über Flugzeugentführungen, 26.8.1970, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr.26999, Bl. 424.
- 21 Exemplarisch: Gunter Holzweißig, Zensur ohne Zensor: Die SED-Informationsdiktatur. Bonn 1997, S.91.
- 22 Direktferschreiber von ADN zur Leitung des MfS, 25.10.1967, in: BStU, MfS, SdM, Nr.797, Bl. 11f.
- 23 »Alte Lügen neu aufpoliert«, ohne Datum, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr.4616, Bl. 15.
- 24 Heghmanns und Heintschel von Heinegg, Staatssicherheitsdienst (Anm.2).
- 25 Kluge et al., Propagandisten (Anm.2), S.117.
- 26 Konzeption zur operativen Sicherung der Redaktion Junge Welt im Verlag Junge Welt, 21.9.1980, in: BStU, MfS, HA XX, Nr.11690, Bl. 201–213.
- 27 Holzweißig, Zensur ohne Zensor (Anm.21).

- 28 Bericht über Schwierigkeiten im Objekt Neues Deutschland, 30.1.1961, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 15108, Bl. 175.
- 29 Konzeption zur operativen Sicherung (Anm. 26); Michael Meyen und Anke Fiedler, *Wer jung ist, liest die Junge Welt: Die Geschichte der auflagenstärksten DDR-Zeitung*, Berlin 2013.
- 30 Aufstellung aus operativen Hinweisen, 1.4.1975, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 1137, Bl. 31; Arbeitsplan für das Jahr 1973, 3.4.1973; Entwicklung, Qualität und Ergebnisse der Auswertungs- und Informationstätigkeit, insbesondere der analytischen Tätigkeit, 14.12.1973, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 1137, Bl. 15–18.
- 31 Bereitstellung von Telefonaufzeichnungstechnik für die Redaktion Junge Welt im Rahmen der Aktion »Schutzwall 20«, 10.8.1981, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 11543, Bl. 43.
- 32 Exemplarisch: Anonyme Drohanrufe in der Redaktion Neues Deutschland, 3.8.1987, in: BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 4711, Bl. 86f.
- 33 Gutachten über das Zustandekommen eines hakenkreuzähnlichen Gebildes in einem Rasterbild im Neuen Deutschland, 7.5.1965, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 14589, Bl. 178–183.
- 34 Durch die Druckerei des Neuen Deutschland verursachter Druckfehler, 16.6.1975, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 11543, Bl. 314.
- 35 Hans-Dieter Schütt, *Glücklich beschädigt: Republikflucht nach dem Ende der DDR*, Berlin 2009, S. 76f.
- 36 Manfred Scharrer, *Der Leserbriefschreiber: Tatwaffe »Erika«*, Berlin 2005.
- 37 Gegebene Veranlassung, Ausgaben der BZ am Abend, 19.4.1963, in: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 24942, Bl. 34.
- 38 Fahndung nach einem pseudonymen Drohbriefschreiber, 10.8.1983, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 10778, Bd. 2, Bl. 327f.
- 39 Exemplarisch: »Aktion Reaktion«, 16.3 1981, in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 10778, Bd. 2, Bl. 407.
- 40 Scharrer, *Leserbriefschreiber* (Anm. 36), S. 149.
- 41 Exemplarisch: BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 5795.
- 42 Vgl. Fiedler, *Medienlenkung* (Anm. 6).



Auszubildende im Schuhkombinat Weißenfels, 1950.

Monica Fioravanzo

Die »neue Frau«, Frauenbilder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und der Partito Comunista Italiano (PCI) 1944–1950 im Spiegel von Frauenzeitschriften

Der vorliegende Aufsatz untersucht kommunistische Frauenbilder in West- und Osteuropa in der Konfrontation des Kalten Krieges. Die komparative Untersuchung konzentriert sich auf zwei signifikante und repräsentative Beispiele für die unterschiedliche politische und soziale Realität der kommunistischen Parteien: der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und der Partito Comunista Italiano (PCI). Analysiert wer-

den die bedeutendsten politischen Frauenzeitschriften, die in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und später in der DDR und in Italien im Zeitraum von 1944 bis Anfang der 1950er Jahre veröffentlicht wurden. Ziel der Untersuchung ist es zu verstehen, wie Frauenbilder und -konzepte entstanden, die jeweils Ziele und Programmatik der SED und der PCI widerspiegeln. Diese Konzepte entstanden in politischen und sozialen Kontexten, die aufgrund des Kalten Krieges politisch sowie kulturpolitisch entgegengesetzt waren.

Die Kommunikationsstrategien der beiden Parteien waren notwendigerweise durch die jeweils spezifischen politischen und ökonomischen Umstände und durch deren jeweilige Rolle im nationalen Kontext beeinflusst. Während die *SED* das politische Monopol und die volle staatliche Kontrolle in einem Einparteiensystem innehatte, war die *PCI* Oppositionspartei in einem pluralistischen Mehrparteiensystem.¹ Dennoch handelte es sich um die stärkste kommunistische Partei in der westlichen Welt, die enge Verbindungen zur Sowjetunion und dem Ostblock unterhielt.² In Italien war 1948 die *PCI* nach der *Democrazia Cristiana* die zweitstärkste Partei, die über eine tiefgreifende Verwurzelung und über eine starke soziale Basis verfügte.

Nach dem Krieg hatte sich die politische und soziale Stellung der Frau in beiden Ländern verändert. Infolge der enormen Verluste im Krieg gab es mehr Frauen als Männer, die nun zu einem bedeutsamen Faktor sowohl politisch als auch auf dem Arbeitsmarkt wurden.³ Außerdem waren beide Länder aus der gemeinsamen Erfahrung eines rechtsgerichteten totalitären Regimes hervorgegangen, das in Erziehung und Propaganda die Frau zwar mit einbezogen und mobilisiert, ihr jedoch eine subalterne und traditionelle Rolle zugewiesen hatte.⁴ Die kommunistische Ideologie plante demgegenüber eine grundlegende Erneuerung der politischen, sozialen, ökonomischen und juristischen Bedingungen für Frauen. Dieser Wandel wurde in der DDR von Anfang an mit einer neuen Familien- und Frauengesetzgebung in Gang gesetzt.⁵ Es war jedoch notwendig, dass diese Erneuerung bekannt und verbreitet wurde, sei es, um die Frauen in die Politik des Regimes einzubinden und so ihre Zustimmung zu erwirken und um sie der kommunistischen Ideologie zuzuführen. Die DDR war nicht nur ein Mitgliedsstaat des »Ostblocks«, sondern zugleich Teil einer Nation, die in zwei entgegengesetzte und miteinander konkurrierende Systeme gespalten war. Diese besondere Situation der DDR in Europa führte zu einem grundlegenden Bruch mit der Vergangenheit und zugleich zu einem Überlegenheitsanspruch gegenüber dem Westen, gegen dessen kapitalistische und bürgerliche Werte das SED-Regime von Anfang an agierte.⁶

Wenngleich Frauen 1946 in Italien das Wahlrecht erhielten und die Verfassung von 1948 die formale Gleichstellung der Frauen einführte, erfolgten die Reformen zur Familien- und Arbeitssituation der Frauen im Vergleich zur DDR doch langsamer und gradueller.⁷ Darum war es für die PCI eine drängende Aufgabe, ein progressives Frauenmodell anzubieten, das sich klar von dem faschistischen Modell abhob.⁸ Außerdem wurde die politische Kultur in der Nachkriegszeit in Italien von der *Democrazia Cristiana* dominiert, die der katholischen Kirche nahestand. Ihre Doktrin übte einen besonders nachhaltigen Einfluss auf das Familien- und Frauenkonzept aus. Durch das neu eingeführte Wahlrecht für Frauen ergab sich in einem Mehrparteiensystem für die PCI von Anfang an die Notwendigkeit, die Einflussnahme der katholischen Kirche auf die Frauen einzudämmen.⁹

Die Rolle der Frauenpresse

Sowohl in der DDR als auch in Italien wurde die politische Frauenpresse zu einem wichtigen Forum sowohl für die Leserinnen als auch für die Parteien und die Frauenorganisationen, denn sie überbrückte die Kluft zwischen dem öffentlichen Bereich, von dem die Frauen lange ausgeschlossen waren, und der ihnen traditionell vorbehaltenen privaten Sphäre.

Bei der Frauenpresse der DDR handelt es sich insbesondere um die Zeitschrift *Die Frau von heute*, die das offizielle Presseorgan des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD) war. Die »Sozialistische Frauenorganisation der DDR unter der Leitung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei« war im Wesentlichen ein Vermittlungsorgan, das dazu dienen sollte, den Willen der SED auf die weibliche Komponente der Gesellschaft zu übertragen.¹⁰ Die Zeitschrift sollte der Vermittler zwischen Leserin und Staat sein und als dessen Instrument, gleichsam »von oben« herab, ein Frauenmodell formen und zugleich »von unten« her die Reaktionen der Leserinnen sondieren.¹¹

In Italien kann die Zeitschrift *Noi Donne* (»Wir Frauen«) als das offizielle Presseorgan der *Unione Donne Italiane* (UDI: Vereinigung italienischer Frauen) gelten. Die UDI wiederum war wie der DFD eine mit der PCI verbundene, wenn auch formal autonome Frauenorganisation. UDI und DFD unterhielten kontinuierliche Beziehungen zueinander, und gehörten der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) an.¹²

In beiden Ländern versuchten die Parteien, die Frauenorganisationen zu beeinflussen und ihre Aktivitäten für die eigenen Zwecke zu nutzen:

Die Dialektik zwischen allgemein politischen oder parteipolitischen Zielen auf der einen und den spezifischen Zielen der Frauen auf der anderen Seite zeichnet die Anfangsphase der Beziehungen zwischen Partei und Frauenbewegung aus; ein Prozess, der sich eben in den Zeitschriften deutlich widerspiegelt.¹³

Die neue Frau

Noi Donne wurde 1944 heimlich von den *Gruppi per la difesa della donna* (Gruppen zur Verteidigung der Frau) in dem von den Nationalsozialisten besetzten Norditalien und gleichzeitig dank einer Gruppe der PCI nahe stehender Frauen in dem bereits befreiten Teil Italiens gegründet.¹⁴ Von der sechsten Ausgabe vom November 1944 an erschien *Noi Donne* als Zeitschrift der UDI, die aber offiziell erst nach der Befreiung im Oktober 1945 entstehen sollte.¹⁵

Die Frau von heute wurde hingegen im Februar 1946 in der sowjetischen Besatzungszone auf dem Gipfeltreffen der antifaschistischen Frauenausschüsse gegründet.¹⁶ Ab dem 1. März 1948 wurde *Die Frau von heute* zum offiziellen Presseorgan des DFD, der sich am 8. März 1947 gebildet hatte.¹⁷ Sowohl die UDI als auch der DFD hatten ihrem Anfangsstatut gemäß die Absicht, sich an alle demokratischen und antifaschistischen Frauen zu wenden, und zwar unabhängig von ihrer »politischen Weltanschauung, ihrer Religion und sozialen Klasse«, und alle gemeinsam in einer überparteilichen einheitlichen Bewegung zu repräsentieren. Nichtsdestotrotz realisierte sich diese Absicht in beiden Fällen nicht: In Italien waren die katholischen Frauen der UDI nicht beigetreten, sie hatten vielmehr eine konkurrierende Organisation ins Leben gerufen, das der katholischen Kirche verbundene *Centro italiano femminile* (CIF: italienisches weibliches Zentrum).¹⁸ Der DFD hingegen hatte seine ersten Schritte in einem politischen Klima unternommen, das bereits vom Prozess der erzwungenen Vereinigung von SPD und KPD in der SED und von einer Politik der UdSSR gezeichnet war, die in jeder Hinsicht die Voraussetzung für eine dominante kommunistische Partei und die Grundlage für eine sozialistische Ordnung geschaffen hatte.¹⁹ Trotzdem erschienen sowohl *Die Frau von heute* als auch *Noi Donne* zu einem Zeitpunkt, in dem es eine gewisse Solidarität und Zusammenarbeit zwischen allen antifaschistischen Parteien noch gab.²⁰ Die beiden Zeitschriften hatten den Wiederaufbau und den Kampf gegen die Überreste des Faschismus zum Ziel. Vor allem wollten sie jedoch ihre Leserinnen dazu anregen, sich aus der traditionellen Frau-

enrolle zu lösen, um ihre demokratischen Rechte zu verteidigen und die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen.²¹ Sie wollten eine »Beraterin der Frau« sein, aber gleichzeitig auch »ihr Spiegel«. ²² Der Zusammenbruch der Diktatur hatte in beiden Ländern einen bislang noch unbekanntem Raum für eine von Grund auf neue Definition der Rolle der Frau geöffnet. Im Vergleich zur Tradition waren die Eigenschaften der »neuen Frau« – so wie sie in den beiden Zeitschriften dargestellt wurden – eine Antithese: Das dort vorgeschlagene Modell zeigte eine politisch aktive Frau, die als Arbeiterin in den Produktionsprozess und in die Gesellschaft integriert ist – oder besser – integriert sein soll²³.

Der Versuch, das Recht der Frauen auf gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen und politischen Leben zu etablieren, basierte dennoch auf unterschiedlichen Motivationen. Grundlegend für Deutschland war nach Ansicht der *Frau von heute* die Erfahrung eines Krieges, den die Frauen nicht gewollt, aber ertragen hatten, eben weil sie an politischen Entscheidungsprozessen unbeteiligt waren.²⁴ Diese Nichtbeteiligung machte die Notwendigkeit deutlich, in Zukunft an politischen Entscheidungsprozessen teilzuhaben. Im Hinblick auf Italien verdeutlicht die beachtenswerte Beteiligung der italienischen Frauen an der *Resistenza* (der Widerstandsbewegung) ihre politische Reife. Und daher erhebe, so *Noi donne*, die Italienerin Anspruch auf politische und staatsbürgerliche Rechte sowie gleichberechtigten beruflichen Zugang.²⁵ In der SBZ unterschrieben sowohl die SPD als auch die KPD, die CDU und die LDP diese Forderungen.²⁶ Die Front der Zustimmung in Italien erschien hingegen mit Ausnahme von der PCI und der PSIUP (Italienische sozialistische Partei der proletarischen Einheit) auch unter den antifaschistischen Parteien weniger geschlossen: Die Liberale Partei (PLI) war beispielsweise nicht völlig einverstanden. Die Frauen erhielten zwar im Februar 1945 das aktive Wahlrecht, jedoch erst im März 1946 wurde ihnen auch das passive Wahlrecht zuerkannt.²⁷

Arbeiterin und Aktivistin

Zu Beginn der Entwicklung, die in Deutschland zur Gründung der SED führte, begann sich das Profil der Frau auf den Seiten der *Frau von heute* zu verändern. *Die Frau von heute* lieferte ihren Leserinnen hierzu eine in jeder Hinsicht wohlwollende Interpretation – *de facto* nämlich die offizielle Version der späteren SED. Sie unterstrich die Notwendigkeit der Einigkeit unter den Parteien, um die Fehler der Vergangenheit zu Beginn

des Nazismus nicht zu wiederholen.²⁸ Ein Jahr später endete in Italien die Dreiparteienregierung (DC, PCI und PSI) unter Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi mit dem Ausschluss der PCI und der PSI: Mit den ersten allgemeinen Wahlen 1948 in Italien und 1949 der Gründung der DDR erreichte diese Wende ihren Höhepunkt.²⁹ Die Leserin, an die sich die Zeitschriften wendeten, war nicht so sehr die Staatsbürgerin im Kampf um Gleichberechtigung, sondern vielmehr eine militante Aktivistin auf der Linie der SED und der PCI, eine Aktivistin, die dazu angeleitet wurde, die Ziele der Partei als die eigenen zu verfolgen. Schon ab dem Zweiten nationalen Kongress, der im Oktober 1947 in Mailand stattfand, verzichtete die UDI auf eine spezifische Frauenidentität: die Parole der Tagung war: *Für eine glückliche Familie, Frieden und Arbeit*. Außerdem schloss sich die UDI der Alleanza femminile (Frauenallianz) der Fronte democratico popolare (FDP: Demokratische Volksfront) an, d. h. der gemeinsamen Front, die die PCI und die PSI zur Wahl im April 1948 gegründet hatten.³⁰ *Die Frau von heute* distanzierte sich deutlich von der CDU und der LPD: Die demokratischen Rechte, für deren Anerkennung die Frauen kämpfen sollten, wurden so zunehmend mit den sozialistischen Rechten gleichgesetzt, wie sie von der KPD und dann der SED zum Ausdruck gebracht wurden.³¹ In beiden Fällen wurde aber die Mehrparteiennatur der zwei Frauenorganisationen und ihrer jeweiligen Zeitschriften offiziell unterstrichen. Dies geschah auch von sowjetischer Seite. Das bestätigte auch der Leiter der Propaganda- und Informationsabteilung der SMAD, Oberst Sergej Tjulpanow, als er im Juli 1946 behauptete, dass »in früheren Zeiten die deutsche Frauenbewegung zersplittert war und [...] [sich] dies nur zum Vorteil der Reaktion [...] auswirkte. Die Einheit schließt Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Fragen der Politik und Religion nicht aus. Die Zersplitterung der Frauenbewegung hat dunkle Kräfte hervorgerufen, [...] Deshalb ist die Einheit der Frauenbewegung ein Unterpfand für ihren Erfolg«. ³² In Wirklichkeit aber handelte es sich um eine instrumentelle Wahl, die dazu diente, den Konsens unter den Frauen zu vergrößern oder nicht zu verlieren, da Frauen nach Kriegsende einen gewichtigen Teil der deutschen Bevölkerung stellten.

Der eigentliche Wendepunkt in Italien war aber der 18. April 1948, als die ersten allgemeinen Wahlen stattfanden: Mit dem deutlichen Sieg der DC über die demokratische Volksfront, erhielt das kommunistische Frauenbild in Italien starke Sprünge. Die »neue Frau«, diejenige nämlich, die nach der Erfahrung des Widerstands ein neues Bewusstsein erlangt zu haben schien, entsprach in Wirklichkeit nur einer Minderheit. Eine weit- aus größere Mehrheit stellte sich ihr entgegen, die nach Ansicht der Kom-

munisten vom Klerus beeinflusst sein musste.³³ Das hatte die Wahl gezeigt. Die Leserin, auf die die Zeitschrift *Noi donne* abzielte, stellte also lediglich eine winzige Avantgarde dar: Die Masse der Italienerinnen musste erst noch zur Emanzipation erzogen werden. Um die Frauen zu erreichen, die zu einer kulturell weniger gebildeten Schicht gehörten und deshalb eher dem Einflussbereich der Kirche anheimfielen, wurde auf Novellen, Liebesromane in Fortsetzungen, ja sogar Fotoromane zurückgegriffen, während die großen russischen und klassischen Romane in Fortsetzung wie auch die erbaulichen Erzählungen des Widerstands, die in der ersten Zeit veröffentlicht wurden, zunehmend verschwanden.³⁴ Die Enttäuschung der PCI angesichts eines solchen Ergebnisses, das als Zeichen der Unreife der Italienerinnen interpretiert wurde, war groß, was wiederum eine verstärkte Unterordnung der UDI unter die Partei zur Folge hatte. Im allgemeinen Klima des Kalten Krieges wurde die Leserin also dazu angehalten, die Front der Linken nicht mit spezifischen Frauenfragen zu schwächen, sondern vielmehr im Namen der grundsätzlichen Ziele der Linken gegen die Regierung zu kämpfen.³⁵

Die kommunistische Frau war, anders als die Mehrheit der als »unerfahren« apostrophierten Italienerinnen, dem Staat gegenüber kritisch und stand den von der PCI lancierten Kämpfen zu Diensten: Von der Friedensbewegung bis zur Opposition gegen den Nordatlantikkpakt und den Koreakrieg.³⁶ Erst nach dem Sieg der PCI sollte sie Zeit für emanzipatorische Forderungen finden. In der Zwischenzeit verblasste das Anfangsbild der politischen Kämpferin immer mehr, und die »neue Frau« wurde von der Partei dazu abgeordnet, sich – wenn auch unter fortschrittlichem Vorzeichen – mit als spezifische Frauenthemen eingestuften Fragen zu beschäftigen: mit Kindergärten, Ferienkolonien, Nachschulbetreuung.³⁷ Als Ausgleich für diese interne Isolierung diente lediglich die Identifikation mit der internationalen Organisation der Bruderstaaten im Ostblock. Hier gab es ein – allerdings idealisiertes – Modell eines Staates, der mit den Frauen solidarisch war.³⁸

Ab Herbst 1949, d. h. zum Zeitpunkt der Gründung der DDR, veränderten sich die Eigenschaften der »neuen Frauen«, an die sich *Die Frau von heute* wendete. Analog zu Italien richteten sich auch die Aktivitäten des DFD nach den Anforderungen der SED.³⁹ Der DFD übernahm daher den Kampf für Frieden und gegen Krieg und Militarismus als vornehmlich eigene Ziele. Krieg und Militarismus wurden mit dem monopolistischen Kapitalismus des Westens gleichgesetzt. Durch die Identifizierung der SED mit dem neuen Staat und der Bindung des DFD zur Partei wurde dieser zu einem Instrument, die Frauen für den Staat einzuneh-

men.⁴⁰ Parallel hatte eine fortschrittliche Gesetzgebung im Hinblick auf die Anerkennung der Rechte der Frauen und zum Mutterschaftsschutz aber durchaus auch von sich aus die Grundfesten für eine von Seiten der Frauen auf Dankbarkeit basierende Identifizierung mit dem Staat gelegt. Dieser hatte die Frauenfrage sozusagen gelöst: Die Frau war gleichberechtigt, jetzt konnte (und musste) sie das Recht, am politischen Leben und der Arbeitswelt teilzunehmen, in Anspruch nehmen, um den sozialistischen Staat, der ihr diese Rechte »zugestanden« hatte, zu unterstützen.⁴¹ Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges fiel die Verteidigung des Staates mit der Mobilisierung für alle Länder des realen Sozialismus zusammen. Die Mobilisierung wurde durch die direkte Abhängigkeit von der Sowjetunion und die Gegensätzlichkeit zu Westdeutschland noch stringenter. Das westdeutsche Modell wurde mit kritischen Worten und aus einer antagonistischen Position heraufbeschworen, was in einem auffälligen Gegensatz zu dem kontinuierlich proklamierten Willen zu Einheit und Frieden stand.⁴² In Vorbereitung zu den Wahlen am 15. Oktober 1950 konnte man in der Zeitschrift lesen: „Angesichts der furchtbaren Tatsache, dass in Westdeutschland deutsche Männer und Söhne in imperialistische Söldnerheere gepresst werden sollen, um für fremde Interessen zu verbluten, [...] erhalten die Wahlen am 15. Oktober noch eine besondere Bedeutung, denn die Festigung unserer jungen Republik ist ein wachsendes Hindernis für die Kriegsabsichten der Westmächte.“⁴³

Das politische Engagement für die Weiterentwicklung des Sozialismus fiel also für die neue Frau mit dem Kampf für den Frieden zusammen und ihr Einsatz als Arbeiterin, Mutter und Aktivistin wurde als Dienst für die internationale Konsolidierung der DDR aufgefasst.⁴⁴ Es war das Profil einer Kämpferin, aber jeder Konflikt wurde nach außen abgeleitet, in die Welt des Kapitalismus, zum Feind des Vaterstaats, eben dem Verkünder des Krieges.⁴⁵

Wie zu sehen ist, veränderte sich in beiden Ländern zwischen 1944 und 1950 aufgrund der nationalen und internationalen Entwicklungen das Verhältnis zwischen Partei und Frauenorganisation gravierend. In beiden Fällen dienten die Frauenzeitschriften als Mittler dieser neuen Beziehung und des neuen Bildes sowie der neuen Rolle der kommunistischen Frau. In der DDR und auch in Italien, also in zwei politisch und sozial entgegengesetzten Kontexten, wurde das Bild der Frau den Parteien untergeordnet. Frauen sollten, anders als anfänglich noch propagiert, letztlich auf ihre spezifischen eigenen Ziele verzichten.

Anmerkungen

- 1 Arnd Bauerkämper/Francesco Di Palma (Hg.), *Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs, Die Beziehungen der SED zu den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas (1968–1989)*, Berlin 2011, S. 12.
- 2 Elena Aga Rossi/Victor Zaslavsky, *Togliatti e Stalin, il PCI e la politica estera staliniana negli archivi di Mosca*, Il Mulino, Bologna 2007. Giovanni Gozzini/Renzo Martinelli, *Storia del Partito Comunista Italiano*, Bd. 7, *Dall'Attentato a Togliatti all'Ottavo Congresso*, Torino 1998. Johannes Lill, *Völkerfreundschaft im Kalten Krieg? Die politischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen der DDR zu Italien 1949–1973*, Frankfurt am Main 2001, S. 57 und 95.
Vgl. Istituto Gramsci, *PCI Archiv*, [Apci], *Ausland*, 1953, Mf 0408 p. 2415 RDT und *Ausland*, 1956, Mf 0447 p. 1658 RDT.
- 3 Vgl. Gunnar Winkler (Hg.), *Frauenreport '90*, Berlin 1990, S. 17: im Jahre 1946 war der Frauenanteil in der SBZ 57,5% der Bevölkerung und der Männeranteil 42,5% (135 Frauen zu 100 Männern). Klaus Müller, *Demographische Aspekte der Einbeziehung der Frau in den Berufsprozess*, »Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte«, 1974, I, S. 173–86. Ulrich Mählert, *La DDR, Una storia breve*, Milano/Udine 2009, S. 20. Arnd Bauerkämper, *Die Sozialgeschichte der DDR*, München 2005, S. 12.
- 4 Perry Willson, *Italiane, Biografia del Novecento*, Roma/Bari 2010. Nicole Kramer, *Volksgenossinnen an der Heimatfront, Mobilisierung, Verhalten, Erinnerung*, Göttingen 2011.
- 5 Vgl. »Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau«, September 1950. Ursula Enders, »...damit sie ihre Pflichten als Berufstätige, Ehefrau und Mutter immer besser vereinbaren kann«, *Zu einigen Aspekten der Lebensbedingungen von Frauen in der DDR*, in: *Lebensbedingungen in der DDR, Siebzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland*, 12. bis 15. Juni 1984, Köln 1984, S. 39.
- 6 Barch SAPMO, DR 1/8243, Ministerium für Kultur, Sekretariat des Ministers J.R. Becher, Entwurf der Thesen zur Kulturkonferenz der SED, den 2. Oktober 1957: »Der kultureller Kampf erhält bei uns einen besonderen scharfen Ausdruck durch die Tatsache, dass neben der DDR ein anderer Deutscher Staat besteht, der von den reaktionärsten Kräften der deutschen Militaristen und Imperialisten mit ihrer Nato Konzeption beherrscht«, S. 7.
- 7 Anna Rossi-Doria, *Diventare cittadine, Il voto alle donne in Italia*, Milano 1999. Patrizia Gabrielli, *1946, le donne, la Repubblica*, Roma 2009. Simona Colarizi, *Storia politica della Repubblica 1943–12006*, Roma/Bari 2007, S. 29–32.
- 8 Vgl. Gisela Bock, *Le donne nella storia europea, Dal Medioevo ai nostri giorni*, Roma/Bari 2001, S. 333–367. Gisela Bock, *Il nazionalsocialismo, politiche di genere e vita delle donne*, S. 176–212. Victoria de Grazia, *Le donne nel regime fascista*, Venezia 1992, S. 94–111 und 127–136.
- 9 Vgl. Monica Fioravanzo, *Élites e generazioni politiche, Democristiani socialisti e comunisti veneti (1945–62)*, Milano 2003, S. 137–140 und Anm. 23, S. 140 und S. 261–263.

- 10 Handbuch gesellschaftlicher Organisationen in der DDR, Massenorganisationen, Verbände, Vereinigungen, Gesellschaften, Genossenschaften, Komitees, Ligen, Berlin 1985, S. 40–43. Petra Scheidt, Karriere im Stillstand, Der Demokratische Frauenbund Deutschlands im Spiegel seiner Kaderarbeit und der Kaderstrukturen seines hauptamtlichen Funktionärskorps, Stuttgart 2011, S. 37–48 und 405.
- 11 Vgl. z.B., Barch, Berlin, SAPMO, DY 30/IV A.2/17/5, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Zentralkomitee, Protokoll 3/65, Perspektivplan der Redaktion »für dich« für das 2. Halbjahr 1965, und Redaktion »für dich«, Leserbriefanalyse für das Jahr 1964.
- 12 Marisa Rodano, Memorie di una che c'era, Una storia dell'Udi, Milano 2010. Giulietta Ascoli, L'UDI tra emancipazione e liberazione (1943–1964), in: La questione femminile in Italia dal '900 ad oggi, Milano 1977, S. 109–59.
- 13 Giovanni Gozzini/Renzo Martinelli, Storia del Partito comunista italiano, S. 297–300. Istituto Gramsci, PCI Archiv, Abteilung Arbeit, (1961), Mf 0478, 0662, UDI zur Frauenabteilung des Politbüros der PCI, 27.2.1961 und Mf 0478, 0742, Note informative sul lavoro femminile nel partito.
- 14 Marisa Rodano, Anleitung, in: Noi donne 1944–1945, Ristampa, Roma 1978, S. 3–8.
- 15 UDI wurde anlässlich der ersten nationalen Tagung (vom 20. bis 23. Oktober 1945, nach der Befreiung Italiens) in Florenz offiziell gegründet. Siehe auch: Rodano, Memorie di una che c'era, S. 46–49.
- 16 Vgl. Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, N. 080 vom 3. November 1945, in: Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1945, p. 47, in: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1997, S. 208. Sabine Tonscheidt, Frauenzeitschriften am Ende, Ostdeutsche Frauenpresse vor und nach der Wende 1989, Münster 1996, S. 197.
- 17 Hermann Weber, Die DDR 1945–1990, München 2012, S. 8–9. Arnd Bauerkämper, Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005, S. 71–73.
- 18 Fiorenza Taricone, Il Centro italiano femminile: dalle origini agli anni Settanta, Milano 2001.
- 19 Petra Scheidt, Karriere im Stillstand u. Reiner Eckert, Massenorganisationen im Alltag, in: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), herausgegeben vom Deutschen Bundestag, Band II/2, Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 1245–52 und 1258–1259.
- 20 Ennio Di Nolfo, Storia delle relazioni internazionali 1918–1999, Roma/Bari 2000, S. 661 f.
- 21 è finita la guerra conquistiamo la pace, in: Noi Donne, 6. Heft, Mai 1945 und Was hat das mit Politik zu tun?, in: Die Frau von heute, 2. Heft, März 1946.
- 22 Non c'è tempo da perdere, Noi Donne, 1. Heft, Juli 1944. Leitartikel, in: Die Frau von heute, 1. Heft, Februar 1946.

- 23 Ein paar Worte zur Berufswahl, Was wird aus Dir?, in: Die Frau von heute, 1. Heft, Februar 1946. In difesa del lavoro femminile, in: Noi Donne, 30. November 1945.
- 24 Die Frau von heute, Der Berliner Frauenausschuß grüßt, in: Die Frau von heute, 1. Heft, Februar 1946. Arnd Bauerkämper, Das umstrittene Gedächtnis, Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa seit 1945, Paderborn 2012, S. 191–213 u. S. 195–197.
- 25 Le donne d'Italia e la lotta partigiana, in: Noi Donne, 1. Juli 1944. Eroiche nella lotta tenaci nella resistenza, in: Noi Donne, 3. September 1944.
- 26 Der Berliner Frauenausschuß grüßt, in: Die Frau von heute, 1. Heft, Februar 1946.
- 27 Marco Rossi-Doria, Diventare cittadine, S. 20–23.
- 28 Nie wieder, in: Die Frau von heute, 3. Heft, März 1946.
- 29 Vgl. Weber, Die DDR, S. 28–36. Simona Colarizi, Biografia della Prima Repubblica, Roma/Bari 1996, S. 20–27.
- 30 Rodano, Memorie di una che c'era, S. 59–64.
- 31 Nie Wieder, in: Die Frau von heute, 3. Heft, März 1946. Alexander Fischer, Zur Vorgeschichte der DDR, S. 16–17, in: Ders (Hg.), Die Deutsche Demokratische Republik, Daten, Fakten, Analysen, Köln 2004.
- 32 Eine Friedensgarantie, Die Einheit der Frauenbewegung, in: Die Frau von heute, 12. Heft, August 1946.
Über die Delegiertenkonferenz der Frauenausschüsse am 13. U. 14. Juli 1946 vgl.: Frauenpolitik, in: Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler (Hg.), So funktionierte die DDR, B. I, Lexikon der Organisationen und Institutionen, Hamburg 1994, S. 284.
- 33 Così hanno votato le donne, in: Noi Donne, Heft 12, 25. April 1948.
- 34 Maria Casalini, Le donne della sinistra (1944–1948), Roma 2005, S. 171–191.
- 35 Rodano, Memorie, S. 62–64.
- 36 Governo recidivo, in: Noi Donne, 19. März 1950. Nessuna donna vuole la guerra, in: Noi Donne, 16. Oktober 1949. Guerra alla guerra, in: Noi Donne, 12. März 1950; Convogli di armi attraversano l'Oceano nel primo anniversario del Patto Atlantico, in: Noi Donne, 9. April 1950.
- 37 Der dritte nationale Kongress der UDI im Oktober 1949 wurde dem Frieden und den Kindern gewidmet. Siehe dazu: Patrizia Gabrielli, La pace e la mimosa, l'U.D.I. e la costruzione politica della memoria (1944–55), Roma 2005, S. 51.
- 38 Partenza per Mosca, in: Noi Donne, 20. November 1949. Barch, SAPMO, DY 31/1310, DFD, Bundesvorstand, Telegramm an Inge Lange vom 13.2. 1952. UDI Archiv Rom, Donne nel mondo, B. 27, S. 138, Europa, sf. 7: Germania, 1960–1961.
- 39 Der Bundesvorstand nimmt Stellung zur Konstituierung der Deutschen Demokratischen Regierung, in: Die Frau von heute, Heft 21, November 1949. Man liest: »Der Demokratische Frauenbund Deutschlands als starke Massenorganisation wird [...] ein wichtiger Motor im Kampf um die Verwirklichung des Programms unserer Regierung.«
- 40 Gisela Helwig, Frauen im SED-Staat, in: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), herausgegeben vom Deutschen Bun-

- destag, Band III/2, Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR, Baden-Baden 1995, S. 1259.
- 41 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in der Fassung vom 7. Oktober 1949, Art. 7, 30, 32, und 33.
Vgl. Ute Gerhard, Die staatliche institutionalisierte »Lösung« der Frauenfrage, Zur Geschichte der Geschlechterverhältnisse in der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Harmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 387–388. Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, B. 8, Deutsche Demokratische Republik im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus, Baden-Baden 2004.
- 42 Die Sowjetfrau, in: Die Frau von heute, Heft 5, März 1950; Gerda Grenz, Wie fanden Sie Westdeutschland?, Die Frau von heute, Heft 22, Juli 1950.
- 43 Wir stimmen am 15. Oktober für Frieden, Einheit und Aufstieg, in: Die Frau von heute, Heft 32, September 1950.
- 44 Mehr Mut, Aktivistinnen!, in: Die Frau von heute, Heft 3, Februar 1950. Elli Schmidt, Wir sichern den Frieden durch die Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Frauen, in: Die Frau von heute, Heft 1, Januar 1950. Die Schmidt war von 1947 bis 1953 die erste Vorsitzende des DFD. Vgl. Hermann Weber, Deutsche Kommunisten, Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 673–4; Für den Frieden und den Aufbau des Sozialismus. das war 1957 das Thema des Referats der (neuen) Vorsitzenden, Ilse Thiele, auf dem VI. Bundeskongress. Vgl. Die Kraft aller Frauen, in: Die Frau von heute, Heft 52, Dezember 1957.
- 45 Trumanismus, in: Die Frau von heute, Heft 4, Januar 1950. Diese Kritik wurde noch stärker in den nächsten Jahren: Vgl. Der Zusammenbruch des faschistischen Abenteuers, in: Die Frau von heute, Heft 26, Juni 1953; Ein Anschlag auf den Frieden, in: Die Frau von heute, Heft 36, September 1956; Die Fratze des Faschismus in den USA und in Westdeutschland, in: Die Frau von heute, Heft 42, Oktober 1956.



Grenzöffnung am 11. November 1989 am Autobahnkontrollpunkt Helmstedt.

Astrid M. Eckert

Der andere Mauerfall. Die Öffnung der innerdeutschen Grenze 1989

In den Darstellungen zur friedlichen Revolution von 1989/90 nimmt der Fall der Berliner Mauer einen zentralen Platz ein. Hier spielte sich ein Drama von welthistorischer Bedeutung ab, das nicht nur das Schicksal der ungeliebten SED-Herrschaft besiegelte, sondern weltweit zum Symbol für das Ende des Kalten Krieges avancierte.¹ Die Ereignisse entlang der innerdeutschen Grenze nehmen sich im Vergleich wie eine Wiederholung des Berliner Skripts aus. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die erste DDR-Bürgerin, die am Abend des 9. November 1989 nur »bloß gucken [wollte], ob die Grenze auf« sei, dies von Marienborn aus tat und nicht etwa an der Bornholmer Straße in Berlin. Den Ost-Berlinern war sie um immerhin fünf Minuten voraus, aber die Weltpresse stand nun ein-

mal nicht in Helmstedt, sondern im Wedding, in Kreuzberg und am Brandenburger Tor.²

»Die größte Wiedersehensfeier des 20. Jahrhunderts«

Die berühmte Pressekonferenz von Günter Schabowski am frühen Abend des 9. November 1989 war der unmittelbare Auslöser für die »größte Wiedersehensfeier des 20. Jahrhunderts«.³ Schabowski gab die neue Reiseregelung bekannt, die das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) an jenem Tage verabschiedet hatte. Auf Nachfrage des italienischen Journalisten Riccardo Ehrman bestätigte Schabowski, dass »ständige Ausreisen« aus der DDR »sofort« und »unverzüglich« möglich seien, und zwar »über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin-West.«⁴ Die Fernsehberichterstattung über Schabowskis Versuche, seinen Sprechzettel zu interpretieren, elektrisierte nicht nur Ost-Berliner, sondern auch die DDR-Bürger im Grenzland. Vor den zwanzig regulären Grenzübergängen bildeten sich Menschenmengen, die Durchlass begehrten, und zwar nicht zur »ständigen Ausreise«, sondern um ihre Interpretation von Schabowskis Worten zu testen und anschließend in die DDR zurückzukehren.

Der Übergang Selmsdorf/Lübeck-Schlutup öffnete noch in der Nacht des 9. November. Kurz vor 22 Uhr fuhr der erste blaue Trabant nach Schlutup. Die Beamten des Bundesgrenzschutzes boten den Insassen Umsiedlerformulare an, allerdings wollten diese sich nur Lübeck ansehen und anschließend wieder nach Hause fahren.⁵ Noch in der Nacht bildete sich eine »Trabischlange [...] über Selmsdorf bis zum Horizont«, tatsächlich am ersten Tag gut 60 Kilometer bis Wismar. Der Besucherstrom riss für die nächsten vier Wochen nicht mehr ab und stellte die Stadt vor ungeahnte logistische Herausforderungen. Nicht nur brach der Verkehr in und um Lübeck zusammen, die Besucher aus Mecklenburg mussten auch versorgt werden, denn viele von ihnen kamen aus der Stadt gar nicht mehr heraus. »Es wurde alles geöffnet, Rathaus und Schulen, damit [die Gäste] nicht in der Kälte sein mussten.«⁶ Auf dem Marktplatz entstand spontan eine Übernachtungsbörse, auf der die Lübecker private Unterkünfte zur Verfügung stellten. Der ehemalige Bürgermeister Michael Bouteiller ist heute noch überzeugt, dass man niemanden »in Lübeck finden kann, der das erlebt hat und sagt, dass das kein wichtiges Erlebnis für ihn gewesen sei.«⁷

Die Szenen aus Lübeck wiederholten sich an anderen Grenzübergängen. Auch Worbis/Duderstadt, Henneberg/Eußenhausen und andere Über-

gänge öffneten noch in der Nacht des 9. November 1989. Das »Zonenrandgebiet« hieß seine Gäste willkommen. An jenem denkwürdigen Wochenende im November galten neue Spielregeln: Verkehrsverbünde transportierten Besucher aus der DDR ohne Fahrschein; westliche Tankstellen führten plötzlich Zweitakter-Gemisch; Falschparken war erlaubt; West-Kaufhäuser nahmen Ost-Mark an; Theater, Opern, Zoos und Hallenbäder verteilten Freikarten; unzählige Lokale und Privatpersonen schenkten Kaffee und Bier aus; viele Einzelhändler ließen sich Begrüßungsangebote einfallen.⁸ Die kleinen und mittelgroßen Städte auf westlicher Seite wurden umgehend überrannt: Das bayerische Mellrichstadt mit seinen 5 000 Einwohnern beispielsweise lag nahe des Überganges Henneberg/Eußenhausen. Am 10. November waren die Einwohner schon in der Minderzahl: 7 000 Besucher bevölkerten die Stadt. Bis Ende des Monats zählte die Stadtverwaltung nicht weniger als 330 000 Besucher aus der DDR. Zwischen Freude und Verzweiflung schrieb der Bürgermeister an die bayerische Staatskanzlei und begehrte zu wissen, wer für die Mehrausgaben der Stadt aufkommen werde, die im Zuge der Grenzöffnung angefallen waren. In München hielt man den Besucherstrom jedoch für »beste Grenzlandförderung« – endlich war was los im »Zonenrandgebiet«.⁹

Die Dynamik an den bestehenden Grenzübergängen verlagerte sich in den folgenden Tagen an Orte entlang der Grenze, die keinen eigentlichen Übergang, aber eine ehemalige Verkehrsverbindung besaßen. Wiederum war »people power« am Werk: Menschen sammelten sich spontan auf beiden Seiten des Zaunes und forderten die Öffnung der Grenze. Viele trotzten den kalten Novemberrächten und harrten bis in die frühen Morgenstunden aus. An der *Gebrannten Brücke* zwischen dem thüringischen Sonneberg und dem bayerischen Neustadt fiel der Schlagbaum am 12. November, einem Sonntag, morgens um 4:48 Uhr.¹⁰ Ähnlich hatten am Tage zuvor Anwohner den Abbau des Grenzzauns in Stapelburg erzwungen, um über die Ecker nach Eckertal und Bad Harzburg zu gelangen. Als westdeutsche Bundesgrenzschützer die Demarkationslinie überschritten, um den zugewachsenen Weg freizuschneiden, verwies ein Major der DDR-Grenztruppen sie ein letztes Mal in die Schranken: »Bis hierher und nicht weiter!« Den Rest der Nacht arbeiteten west- und ostdeutsche Grenzer jedoch einträchtig an der Konstruktion einer Behelfsbrücke über die Ecker. Auch die anfänglichen Versuche, noch Übergangskontrollen in Stapelburg durchzuführen, gaben die DDR-Grenzeinheiten schnell auf.¹¹

Je später Grenzöffnungen stattfanden, desto koordinierter liefen sie ab. Kommunalpolitiker und Vertreter der jeweiligen Grenzorgane legten im

Vorfeld das Datum der Öffnung fest, die Zugangswege zum neuen Übergang wurden befestigt, Lokalzeitungen kündigten das Ereignis an, die Anrainergemeinden organisierten gegenseitige Begrüßungsfeiern. Die Bilder und Abläufe begannen sich zu ähneln: Mit Spielmannszug oder Blaskapelle vorweg zogen Ostdeutsche und Westdeutsche in der jeweiligen Nachbargemeinde oder -stadt ein, wo sich umgehend Volksfeststimmung ausbreitete.¹² Fremde lagen sich in den Armen, alte Bekanntschaften wurden aufgefrischt, gemeinsame Dialekte wiederentdeckt, Schlagbäume symbolisch zersägt. Auch Politprominenz ließ sich an verschiedenen Grenzzonen blicken. Im geteilten Dorf Mödlareuth an der thüringisch-bayerischen Grenze ging am 9. Dezember sogar eine Grußbotschaft des amerikanischen Präsidenten George Bush ein, der die Westseite des Dorfes sechs Jahre zuvor besucht hatte.¹³ Oft öffneten die Grenztruppen eine neue Übergangsstelle zwar kurzfristig auf Druck der versammelten Menschen, schlossen den Zaun dann aber wieder und richteten anschließend eine Abfertigung mit festen Öffnungszeiten ein.

Bei aller Freude stürzte die Grenzöffnung viele DDR-Bürger auch in Verunsicherung. »Man kam ja mit den Gedanken und Gefühlen gar nicht mehr nach«, erinnert sich ein leitender Mitarbeiter der LPG in Böckwitz im Bezirk Magdeburg. »[M]an war doch total überwältigt, regelrecht schockiert.« Tief saß die Furcht vor Repressionen, mit denen in der DDR bei wirklichen oder vermeintlichen Grenzüberschreitungen zu rechnen war. Deshalb hatte man »bei allem Trubel auch ein bisschen Angst. Es hätte doch wirklich gut sein können, dass es nur ein paar Tage dauert. Und dann wäre man möglicherweise für die Dinge bestraft worden, die man jetzt so in der Ausgelassenheit machte. Die DDR bestand ja schließlich noch ...«¹⁴ Gerade weil die Freude nicht frei war von Sorge, behielten auch die späteren Grenzöffnungen für die Beteiligten noch den Charakter eines Tabubruchs. Die »Befreiung« des Brockens im Harz beispielsweise blieb auch am 3. Dezember 1989 noch brisant, weil sich auf dem Brockenplateau Abhöranlagen der Sowjets und der Stasi befanden.¹⁵ Die Öffnung der innerdeutschen Grenze zog sich von der Nacht des 9./10. November 1989 bis in das Frühjahr 1990. Im Februar 1990 bestanden 192 Grenzübergänge, fünf davon waren Fährverbindungen über die Elbe.¹⁶ »Reisefreiheit« wurde das Wort des Jahres 1989.

»Und plötzlich kommt und geht jeder, wie er will!« – Das Ende des Grenzregimes

So ansteckend die Feierstimmung der Grenzlandbewohner gewesen sein mag, die Offiziere der DDR-Grenztruppen teilten sie nicht. Anders als die Berliner SED-Führung sahen sich die Grenzer direkt mit den unzufriedenen DDR-Bürgern konfrontiert, die friedlich aber bestimmt die Öffnung der Grenze einforderten. Die Grenzer standen umgehend unter einem Rechtfertigungsdruck, der die SED-Spitze erst zeitversetzt erreichte. In den wenigen vorliegenden Erinnerungen von Grenzern an den 9. November 1989 spiegeln sich die Gemütszustände jener Offiziere, die sich mit Überzeugung der Sicherung der »Staatsgrenze West« verschrieben hatten.¹⁷ Ein Tag, der noch ganz normal begonnen hatte, endete in Aufruhr. Schabowskis Pressekonferenz läutete auch entlang der innerdeutschen Grenze das Ende des Grenzregimes ein. »Das Chaos nimmt seinen Lauf«, notierte Oberstleutnant Harald Hentschel aus Bad Salzungen an jenem Tag in seinem Tagebuch. »Das ist das Ende des Sozialismus, meiner militärischen Laufbahn – meine Welt bricht zusammen. Alles, wofür ich gedient habe – es ist vorbei!«¹⁸

Viele Grenzer sahen sich angesichts der direkten Herausforderung durch die Bürger im Grenzland von ihren Vorgesetzten verraten und verkauft. Von oben drangen keine Handlungsanweisungen für die plötzliche Ausnahmesituation durch. »Die Führung war total kopflos«, erinnert sich der Grenzaufklärer Mario Gaudig aus Böckwitz, »auf einmal gab es keine direkten Befehle mehr.«¹⁹ Entsprechend standen die Wachposten »den ersten, die über die Grenze wollten, hilflos und uninformiert gegenüber.«²⁰ An der Grenze, wo es für die Angehörigen der Grenztruppen nur den einen einzigen, systemerhaltenden Auftrag gegeben hatte; wo jahrzehntelang der Schutzstreifen mit wenigen Ausnahmen nur von Grenztruppen betreten werden durfte, dort »kommt und geht [plötzlich] jeder, wie er will? Als Grenzer stand man da wie der allerletzte Nachwächter!«²¹ Oberstleutnant Hentschel reagierte mit wachsender »Verbitterung« auf die Ereignisse und beklagte sich über den »Haß«, der ihm von Seiten der ostdeutschen Grenzlandbewohner entgegenschlug. Dass Hentschel weder die weit verbreitete Aversionen gegen das Grenzregime noch die Freude über die Grenzöffnung nachvollziehen konnte, zeigt sich in seiner Beschreibung der Grenzöffnung Theobaldshof/Andenhausen in der Rhön. Die Bewohner sah er im Moment des Grenzübertritts »wie Vieh, das zur Tränke rast!!!«, den Superintendenten, der sich bei ihm bedankte, als »verlogen.«²² Als sich von Gemeinde zu Gemeinde ein Übergang nach

dem anderen auftrat, rutschten die Grenztruppen selbst in einen unkoordinierten Auflösungsprozess.²³ »Das war«, beschrieb einer der Grenzsoldaten, »wie wenn Sie mit 230 Sachen ein Auto fahren und lassen plötzlich das Lenkrad los. Genau so. Der Prozess war völlig ungesteuert.«²⁴ Der ehemalige Kompaniechef in Böckwitz, Hans Habermann, fand im August 1990 noch nicht einmal mehr jemanden in der Kleiderkammer vor, der ihm die Uniform abgenommen hätte. »Da fühlt man sich schon ziemlich mies, wenn das nach einem Vierteljahrhundert so unrühmlich zu Ende geht. [...] Ohne Anstand und Würde.«²⁵

Den Angehörigen des Bundesgrenzschutzes (BGS) und des Zollgrenzdienstes (ZGD) fiel es offensichtlich leichter, die Freude der Grenzlandbewohner zu teilen. Trotzdem warf der Mauerfall auch für sie Fragen über die berufliche Zukunft auf. Dem BGS standen aufgrund des Schengener Abkommens von 1985 ohnehin strukturelle Veränderungen ins Haus, die durch den Wegfall der innerdeutschen Grenze erst recht auf die Tagesordnung rückten.²⁶ Anders als ihre ostdeutschen Gegenüber mussten zwar weder Mitarbeiter des BGS noch des ZGD um ihren Arbeitsplatz fürchten, Versetzungen an neue Dienstorte standen freilich zu erwarten. Auch westlichen Grenzern war im November 1989 bewusst, dass ihre Routine ausgedient hatte.²⁷ In den verfügbaren Erinnerungen von westdeutschen Grenzern stehen aber nicht Reflexionen über die Zukunft, sondern Begegnungen mit den ostdeutschen Grenzsoldaten im Vordergrund: Kooperation bei der Öffnung neuer Grenzübergänge, Fachsimpeln über den gemeinsamen Grenzabschnitt, Neugierde über Einrichtungen und Ausrüstung des »Gegners«, Fußballspiele von Grenzern Ost gegen Grenzer West sowie private Einladungen. Ein beliebtes Gastgeschenk bei solchen Anlässen waren offenbar jene Fotos, die die Grenzaufklärer regelmäßig von den westdeutschen Grenzbeamten geschossen hatten.²⁸

Noch aber ging der Grenzdienst weiter, wengleich sich die Aufgaben radikal verändert hatten. Für die plötzliche Reisefreiheit mussten neue Grenzübergänge sicher angelegt, der Verkehr geleitet, unzählige Anfragen beantwortet werden. Wie gehabt rapportierte der BGS auch weiterhin über die Grenzsicherung der DDR, wobei den Beamten klar war, dass sie über ein System in Auflösung berichteten.²⁹ Ein letztes Mal hefteten die Grenzschilder des Grenzschutzkommandos Nord im Mai 1990 dienstbeflissen auch noch einen Vermerk zu einer kuriosen »Flucht« über die innerdeutsche Grenze ab. Zwei jungen Männern »gelang ... die Flucht durch die Elbe in die Bundesrepublik Deutschland. Sperranlagen«, so hieß es weiter, »sind im Bereich der Fluchtstelle nicht mehr vorhanden.«³⁰ Die Personenkontrolle an der innerdeutschen Grenze, die sich seit der Grenz-

öffnung oft nur aufs Durchwinken beschränkt hatte, wurde am 1. Juni 1990 offiziell eingestellt. Einen Monat später gaben beide Seiten auch den Streifendienst auf.

Nach der Party: Die »D-Mark-ation«

Bei offener Grenze traf das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen der Bundesrepublik und der DDR hart aufeinander und brachte Zustände und Verhaltensweisen hervor, die das Grenzland schon in den späten 1940er und 1950er Jahren bestimmt hatten. Bevor der militärische Ausbau der Demarkationslinie im Mai 1952 seinen Anfang nahm, hatte sich die Grenze bereits als eine wirtschaftliche Binnengrenze entpuppt und Ost und West scharf voneinander geschieden. Schwarzmarktaktivitäten waren charakteristisch für die Trümmervesellschaft der Nachkriegsjahre, florierten aber besonders prächtig in der Viersektorenstadt Berlin und entlang der Demarkationslinie. Das wirtschaftliche Gefälle zwischen Ost und West verschärfte sich mit der Währungsreform vom Juni 1948. Gelegenheitsschmuggel weitete sich zu professionellen Schiebereien aus. Der Währungsdualismus beförderte auch das sogenannte »Grenzgängertum«, das von beiden Seiten heftig bekämpft wurde. Ostdeutsche pendelten in die westlichen Grenzkreise, um dort D-Mark zu verdienen, lebten aber weiterhin östlich der Demarkationslinie und profitierten von den günstigeren Lebenshaltungskosten. Bewohner im westlichen Grenzland hingegen machten sich die niedrigeren Preise auf der östlichen Seite zunutze und kauften dort Waren und Dienstleistungen ein. Noch vor der Grenzschießung von 1952 sorgte die materielle Disparität für stereotype Wahrnehmungen vom »reichen Westen« und »armen Osten«. Auch ohne elaborierte Grenzanlagen funktionierte die Grenze also bereits als »D-Mark-ationslinie«. ³¹

In den Tagen nach der überraschenden Grenzöffnung machte sich das alte ökonomische Gefälle umgehend am Begrüßungsgeld fest. Dieses Handgeld, eingeführt 1970 in Höhe von 30 DM, sollte DDR-Bürgern auf Westreisen aushelfen, denen ihre eigene Regierung nur geringe Geldumtauschbeträge genehmigte. 1988 wurde die Auszahlung auf 100 DM erhöht, nachdem Honecker den 1:1 Umtausch auf 15 Mark reduziert hatte und die DDR-Rentner, für die eine vereinfachte Besuchsregelung galt, damit quasi mittellos auf Westreisen schickte. Am 31. Dezember 1989 stellte die Bundesregierung die Zahlung des Begrüßungsgeldes ein, nachdem westdeutsche Stellen seit dem 10. November gut zwei Milliarden DM ausgegeben hatten. ³²

Das Begrüßungsgeld trug maßgeblich zum Kollaps der Infrastruktur im westdeutschen Grenzraum bei. In Braunschweig standen am 10. November 2000 DDR-Bürger vor der Stadtverwaltung Schlange. In Duderstadt, wo am gleichen Tag schon eine halbe Million DM ausgezahlt worden war, ging an jenem Abend das Geld aus. Auch in Lübeck waren die Geldvorräte bald erschöpft. Die Stadt lieh sich daraufhin Geld bei einer Bank. Als auch der Bank das Geld ausging, sprang eine große Kaufhauskette ein. Von da an lief das Geld im Kreis: vom Kaufhaus in die Auszahlungsstellen, von dort in die Hände der DDR-Besucher und in großen Teilen zurück ins Kaufhaus.³³ Der Aktienmarkt spekulierte sofort auf die Explosion der aufgestauten Konsumwünsche der Ostdeutschen: die Kurse der etablierten Kaufhausketten legten deutlich zu.³⁴ Aber nicht jeder Besucher aus der DDR verfiel in einen Kaufrausch, wie es die westdeutsche Presse in den Tagen nach der Grenzöffnung gern hervorkehrte. In Hamburg stellten die Einzelhändler schnell fest, dass die DDR-Bürger sich gerne im Kaufhaus umschaute, den dort angebotenen Umtauschkurs von 1:9 oder 1:10 aber nicht sofort akzeptierten. Das Begrüßungsgeld allein reichte ohnehin nicht für teure Konsumgüter wie begehrte Elektrogeräte aus, sondern wurde in der Regel in kleineren Beträgen in Lebensmittel umgesetzt.³⁵ Am 12. November 1989, einem Sonntag, als der Einzelhandel in vielen grenznahen Städten öffnete, blieben die Geschäfte in Hamburg deshalb geschlossen.³⁶

Währungsdualismus

Das Begrüßungsgeld stand symbolisch für die wieder greifbaren Probleme des Währungsdualismus. Das Währungsgefälle machte Geld-Spekulationen in kleinem Rahmen attraktiv. »Umrubeln« hieß der Vorgang im Wende-Jargon, den sogar Helmut Kohl dem amerikanischen Präsidenten George Bush erklärte: »Wenn jetzt z. B. ein Ehepaar mit drei Kindern in den Westen reise, erhalte es 500 DM Begrüßungsgeld. Wenn es für 200 DM Ware bei uns kaufe und 300 DM zum Kurs von 1:20 wieder in Ost-Mark der DDR umtausche, bringe es von dieser Reise noch praktisch 6 Durchschnittsgehälter mit zurück.«³⁷ Angesichts des Geldüberhangs der Privatsparer in der DDR schreckte aber selbst der Wechselkurs vom 1:10 nach ein paar Tagen nicht mehr. Besser als das mühsam Ersparte bei einer möglichen Währungsreform entwertet zu sehen, schien es immer noch, das Geld im Westen einfach auszugeben.³⁸

Auch Schmuggel spielte an der innerdeutschen Grenze plötzlich wieder eine Rolle. Wenn DDR-Bürger die hart erarbeitete Ost-Mark nur unter

hohen Verlusten in West-Mark konvertieren konnten, lag es nahe, Sachwerte in der Bundesrepublik zu verkaufen. Antiquitäten, Briefmarken, Münzen, Meissner Porzellan, Jenaer Glas, optische Geräte von Zeiss-Jena, in der DDR subventionierte Lebensmittel und Textilien wanderten über die Grenze in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin.³⁹ Nicht nur Konsumgüter konnten versilbert werden: das Bonner Umweltministerium zeigte sich besorgt über die Ausfuhr geschützter Tiere. Über Vogelbörsen und Zoohändler, in Kleinanzeigen und auf Flohmärkten lief ein schwunghafter Handel mit besonders geschützten Tieren – lebend oder ausgestopft. Heimische Greifvögel, aber auch exotische Vögel wurden entweder eingefangen oder auch in Zoos gestohlen, um auf dem Schwarzmarkt gegen Westgeld verhökert zu werden.⁴⁰ Schließlich kehrte ein weiteres Phänomen der 1950er Jahre an die Grenze zurück: das Grenzgängertum. Wer keine Ost-Mark zu tauschen oder keine Sachwerte zu versetzen hatte, konnte immer noch versuchen, im Westen durch Schwarzarbeit ein paar Mark zu verdienen.⁴¹

Die Gewinner des Währungsgefälles waren die Westdeutschen. Mit der Aufhebung der Sperrzone am 13. November 1989 und dem Wegfall von Visumpflicht und Mindestumtausch am 1. Januar 1990 wurde das östliche Grenzland für Konsum-Ausflüge attraktiv. Hier ließ sich günstig einkaufen, nicht nur aufgrund der Kaufkraft der West-Mark gegenüber der Ost-Mark, sondern auch, weil diverse Waren und Dienstleistungen in der DDR hoch subventioniert waren. Der DDR-Ministerrat stellte fest, dass Westdeutsche »in grenznahen Orten [...] als ständige Kunden für den wöchentlichen Familienbedarf auf[traten], wobei vor allem Brot, Brötchen, Teigwaren, Zucker, Mehl, Karpfen, Forellen und andere Nahrungsmittel gekauft werden.«⁴² Als es im Frühjahr 1990 in einem Sonneberger Supermarkt zum ersten Mal Bananen zu kaufen gab, fand der Abteilungsleiter zu seinem Erstaunen Bundesbürger in der Warteschlange vor.⁴³ Der Dezember war noch keinen Tag alt, da schätzte das DDR-Handelsministerium den Wert der von Touristen »abgekauften Waren« bereits auf über zwei Milliarden Mark, eingedenk der Subventionen gar auf drei bis vier Milliarden.⁴⁴ Die Bedingungen für diesen »Abkauf« waren für Westdeutsche in der Tat günstig: Wem der offizielle Wechselkurs von 1:3 für die subventionierten Preise in der DDR nicht ausreichte, schmuggelte noch Ost-Mark für den Einkauf dazu. An der Minol-Tankstelle am Ortsausgang von Sonneberg machte schwarz getauschte Ost-Mark das Tanken zu einem Pfennig-Vergnügen. Nicht nur der Tank, auch Ersatzkanister wurden gefüllt; ein Kunde brachte gar ein 200-Liter-Fass für Diesel mit. »Sonneberg«, so schien es den Anwohnern, »das ist für sie ein einziger großer Wühltisch.«⁴⁵

Der Währungs dualismus wirkte sich nachhaltig auf die Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschen in der Wendezeit aus und schlug bei aller Euphorie über die Grenzöffnung auch tiefe Wunden. Vor allem das Auftreten etlicher Westdeutscher blieb den östlichen Grenzland-Bewohnern in unguter Erinnerung. Zu den Schnäppchenjägern gesellten sich Immobilienspekulanten, gefolgt von kaufkräftigen Touristen, die sich aufführten wie »Hänschen Prahlhans«. ⁴⁶ Umgekehrt häuften sich in der westdeutschen Presse bald die Klagen über »Mehrfachabholer« des Begrüßungsgeldes, die beim ersten Mal den Personalausweis, beim zweiten Mal den Pass vorlegten oder sich mal mit, mal ohne Kinder anstellten. ⁴⁷ Auch einen Anstieg der Ladendiebstähle meinten westdeutsche Kaufhäuser und Einzelhändler zu verzeichnen, obwohl der Anteil der Diebstähle gemessen am Besucheraufkommen von rund zehn Millionen DDR-Bürgern bis Mitte Dezember erstaunlich gering ausfiel. ⁴⁸ Angesichts der 119 000 Übersiedler, die schon vor dem Mauerfall über Ungarn und die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik gekommen waren und seit dem 9. November von weiteren 225 000 verstärkt wurden, ließen Westdeutsche ihre Besucher auch immer öfter wissen, dass sie herzlich willkommen seien, sofern sie auch wieder abreisten. ⁴⁹

»Ossi go home« – noch im November 1989 berichtete *Der Spiegel* über »Gewalt gegen Besucher aus der Nachbarrepublik« und die »altbekannte Arroganz [der Westdeutschen] gegenüber den armen Verwandten von drüben.« ⁵⁰ Noch einmal war es das Begrüßungsgeld, das den Stimmungsumschwung einfiel. DDR-Bürger empfanden die gutgemeinten 100 DM »mehr und mehr als Demütigung, als Almosen, sie fühlen sich nicht wohl dabei.« ⁵¹ Die Party war vorbei.

Ende im Gelände – Der Abbau der Sperranlagen

Wie in Berlin konnte es vielen Grenzlandbewohnern zunächst aber gar nicht schnell genug gehen, die Sperranlagen verschwinden zu sehen. Zeitgleich mit dem Abriss von Grenzanlagen für die neuen Übergänge setzte der »private Abbau« ein. Ähnlich den »Mauerspechten« in Berlin waren auch im Grenzland Souvenirjäger unterwegs, die Schilder, Hoheitszeichen, Stacheldraht und Stücke des Metallgitterzaunes mitnahmen. Teilweise schlug die Souvenirjagd auch in Vandalismus um. ⁵² Was im Frühjahr 1990 nach der Einrichtung der neuen Grenzübergänge noch stand, wurde von den verbleibenden Grenztruppen abgebaut; etliche DDR-Grenzer hatten den Dienst aber schon längst quittiert. Als besonders kostspielig erwies sich

die Suche nach Minen im Grenzstreifen. Zwischen 1961 und 1985, hatten die Grenztruppen der DDR 1,3 Millionen Minen verlegt. Die meisten Minenfelder wurden noch Mitte der 1980er Jahre wieder geräumt, allerdings belegten die vorhandenen Kataster eine Diskrepanz zwischen verlegten und geräumten Minen – fast 34 000 Minen wurden nie gefunden. Das Bundesverteidigungsministerium gab deshalb für mindestens 83 Millionen DM die Minennachsuche in Auftrag.⁵³ Bis Mitte der 1990er Jahre war der Abbau der Sperranlagen abgeschlossen, auch die Minennachsuche galt als beendet.⁵⁴ Im Frühjahr 2012 machte das Thema allerdings noch einmal Schlagzeilen, als das Land Thüringen abermals auf die Minengefahr im ehemaligen Grenzstreifen hinwies.⁵⁵

Nur wenige Grenzgemeinden besaßen Anfang der 1990er Jahre die Weitsicht, einen Teil der Grenzanlagen quasi als Freilichtmuseum zur Geschichte der deutschen Teilung zu erhalten.⁵⁶ Ein bekanntes Beispiel sind die Sperranlagen im ehemals geteilten Dorf Mödlareuth. In »Klein Berlin«, wie das bayerisch-thüringische Dorf wegen seiner Grenzmauer genannt wurde, formierte sich noch 1990 ein deutsch-deutscher Museumsverein. Gut 200 Meter Grenzmauer und einen Beobachtungsturm konnten die Mitglieder bewahren. Besonders die zuvor abgeschirmten Thüringer Bewohner des geteilten Dorfes sahen in dem plötzlichen Besucherrummel anfangs jedoch keinen Gewinn an Lebensqualität. Mittlerweile hat sich das Dorf mit seiner Rolle als Freilichtmuseum arrangiert, obwohl auf jeden der knapp 60 Mödlareuther tausend Touristen pro Jahr kommen.⁵⁷ In Mödlareuth setzt sich damit ein Trend fort: Der westliche Teil des Dorfes war bereits vor November 1989 eine Attraktion für Grenztouristen gewesen. Diese Popularität blieb ungebrochen, nur ist das Dorf eben nicht länger Brennpunkt, sondern Museum des Kalten Krieges.⁵⁸

Längst ist die ehemalige innerdeutsche Grenze musealisiert und fest im Kalender der Jubiläen zum Mauerfall und Vereinigung von 1989/90 etabliert. Eine Reihe von Grenz Museen säumt die ehemalige Grenze, gut 100 Gedenktafeln erinnern sowohl an die Teilung, aber eben auch an die Grenzöffnung am jeweiligen Ort.⁵⁹ Einzelne Gemeinden feiern nach wie vor den Tag »ihrer« Grenzöffnung mit Blasmusik und Glühwein, die runden Geburtstage allemal. In der Erinnerung stehen in der Regel nicht die Missverständnisse und Demütigungen im Vordergrund, sondern die »grenzenlose Freude mitten in Deutschland.«⁶⁰

Anmerkungen

- 1 Hans-Hermann Hertle, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen, 2. Aufl. 1999; Hans-Hermann Hertle und Kathrin Elsner, Mein 9. November. Der Tag an dem die Mauer fiel, Berlin 1999; Manfred Wilke, Der 9. November: Fall der Berliner Mauer, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 224–237.
- 2 Zitat in: Die Grenzübergangsstelle Marienborn: Bollwerk, Nadelöhr, Seismograph, Marienborn, o.J. [Katalog zur Dauerausstellung], S. 61. Vgl. auch Jens Bauszus, »Schabowski hat gesagt, wir dürfen,« in: Focus online, 09.11.2009, Link: http://www.focus.de/politik/deutschland/20-jahre-wende/tid-16034/anne-marie-reffert-schabowski-hat-gesagt-wir-duerfen_aid_449598.html (April 2013); Christine Berger, Museum für Passkontrolle, in: tageszeitung (taz), 26.7.2003, Link: <http://www.taz.de/1/archiv/archiv-ort=re&dig=2003%2F07%2F26%2Fa0197&cHash=656fffb75a0b8caf201188d3bf5c30d2/> (April 2013).
- 3 Theo Sommer, »Oh Freiheit! Kehrest Du zurück?«, in: Die Zeit Nr. 47, 17.11.1989, Link: <http://www.zeit.de/1989/47/o-freiheit-kehrst-du-zurueck> (April 2013).
- 4 Hertle, Der Fall der Mauer (Anm. 1), S. 171.
- 5 Einmal Westluft schnuppern, in: Hamburger Abendblatt, 10.11.1989, S. 2.
- 6 Karen Meyer-Rebentisch, Grenzerfahrungen. Dokumentation zum Leben mit der innerdeutschen Grenze bei Lübeck von 1945 bis heute, Lübeck 2009, S. 103–110, Zitate S. 105 und 109.
- 7 Ebd.
- 8 Aral mit Trabi-Gemisch; Alsterhaus nimmt Ost-Mark; Das müssen Sie wissen; Frühstück und Bananen kaufen, alle in: Hamburger Abendblatt, 11./12.11.1989, S. 4, S. 6; »Die Katastrophe ist da«, in: Der Spiegel Nr. 46, 13.11.1989, S. 131 f., Link: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497246.html>;
Die Situation in West-Berlin, in: Stefanie Eisenhuth, 9. November 1989: Achtung! Sie verlassen jetzt West-Berlin, in: Jens Schöne (Hg.), Revolution. Die DDR im Jahre 1989, Berlin 2010, S. 56–58, 60–63, Link: http://www.berlin.de/imperia/md/content/lstu/schriftenreihe/bd29_2011.pdf?download.htm.
- 9 Oskar Herbig, Bürgermeister Mellrichstadt, an Bay. Staatskanzlei (StK), 1.12.1989, BayHStA StK 19461. Dort auch Marginalie »Grenzlandförderung«.
- 10 Edith Sheffer, Burned Bridge. How East and West Germans made the Iron Curtain, New York 2011, S. 240. Dieser Übergang war 1952 geschlossen worden.
- 11 Lars Stöhr, »Plötzlich gab es einen grossen Knall«, NDR.de: 20 Jahre Mauerfall, http://www.ndr.de/geschichte/grenzenlos/begegnungen/grenzanlage100_page-1.html (März 2013); Zitat in Wolfgang Röhl, »Ein Bericht und Bilddokumente von der Grenzöffnung Eckertal – Stapelburg/DDR am 11. November 1989«, <http://www.wolfgangroehl.de/Grenzoeffnung-Eckertal/Grenzoeffnung-Eckertal.htm> (März. 2013).

- 12 Ausführliche Dokumentation der Grenzöffnungen im Bezirk Suhl/Bayern-Hessen in Reinhold Albert und Hans-Jürgen Salier, Grenzerfahrungen Kompakt. Das Grenzregime zwischen Südhüringen und Bayern/Hessen von 1945 bis 1990, Hildburghausen 2009, S. 593–698. Darstellungen zur Grenzöffnung finden sich verstreut in lokalen und regionalen Publikationen und sind z. T. längst vergriffen. Vgl. z. B. Axel Kahrs und Christine Beyer (Hg.), »... mitten in Deutschland.« Die Grenzöffnung 1989 im Spiegel der Elbe-Jeetzel-Zeitung, Lüchow 1992; Horst-Dieter Betz, Als die Grenze fiel. Grenzöffnung am 18.11.1989 zwischen Grasleben und Weferlingen, o. O. 2009; Herbert Ahrens (Hg.), Bad Harzburger Grenz-Report, Wernigerode 1994; Klaus Hartwig Stoll, Das war die Grenze. Erlebte Geschichte an der Zonengrenze im Fuldaer, Geisaer und Hünfelder Land von 1945 bis zur Grenzöffnung, Fulda 1997, S. 193–202; Achim Walther, Die eisige Naht. Die innerdeutsche Grenze bei Hötenleben, Offleben und Schöningen, Halle/S. 2011, S. 420–440.
- 13 Jason Johnson, Dividing Mödlareuth: The Incorporation of Half a German Village into the GDR Regime, 1945–1989, Ph.D. dissertation, Northwestern University 2011, S. 289.
- 14 Heinrich Thies, Weit ist der Weg nach Zicherie. Die Geschichte eines geteilten Dorfes an der deutsch-deutschen Grenze, Bergisch-Gladbach 2007, S. 209. Ähnlich äußerte sich der DDR-Bürgerrechtler Rainer Eppelmann in: Hertle/Elsner, Mein 9. November (Anm. 1), S. 211: »Auf den Gesichtern [an der Bornholmer Straße] konnte man alles zugleich ablesen: Freude, Zweifel, Jubel, Fassungslosigkeit, totale Verunsicherung und Glück. Ich weiss nicht, ob ich jemals wieder eine Situation erleben werde, in der solche gegensätzlichen Gefühle in wenigen Sekunden, in wenigen Minuten im Gesicht jedes einzelnen Menschen zu erkennen sind.«
- 15 Hendrik Bindewald, Brocken. Der Kalte Krieg im Äther, die grossen Ohren im Harz, in: Detlef Schmiechen-Ackermann, Carl-Hans Hauptmeyer und Thomas Schwark (Hg.), Grenzziehungen, Grenzerfahrungen, Grenzüberschreitungen. Die innerdeutsche Grenze 1945–1990, Darmstadt 2011, S. 122–126; Viktoria Urmersbach, »Eine ganz besondere Erstbesteigung«, NDR.de: 20 Jahre Mauerfall, Link: <http://www.ndr.de/geschichte/grenzenlos/begegnungen/brocken120.html> (März 2013).
- 16 Zahl im Tätigkeitsbericht des BGS 1989, in: Zeitschrift des BGS, 17:4 (April 1990), S. 9. Eine Liste der Grenzöffnungen im Bezirk Suhl/Bayern-Hessen in: Albert/Salier, Grenzerfahrungen Kompakt (Anm. 12), S. 417–420. Eine Liste der Grenzübergänge im Juni 1990 in: Ingolf Hermann, Karsten Sroka (Hg.), Deutsch-deutsches Grenzlexikon. Der Eiserne Vorhang und die Mauer in Stichworten, Zella-Mehlis 2005, S. 63–64.
- 17 Die Erinnerung von ehemaligen Mitgliedern der DDR-Grenztruppen ist bisher nicht wissenschaftlich aufgearbeitet worden. Die Lücke füllen derweil Online-Foren, die endlosen Platz für Reminiszenzen bieten. Dazu Anne-Dore Krohn, »Forum DDR-Grenze«: Genosse Weichmolch und wie der die Welt sieht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.8.2011. Link: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/2.1781/forum-ddr-grenze-genosse-weichmolch-und-wie-er-die-welt-sieht-11111721.html>.

- 18 Harald Hentschel, Von der Wende bis zum Ende, – Tagebuchauszug, in: Gerhard Schätzlein, Reinhold Albert, und Hans-Jürgen Salier, Grenzerfahrungen. Bezirk Suhl – Bayern/Hessen. Zur Zeit der Wende, Hildburghausen 2005, S. 546. Ähnlich der Oberstleutnant Wolfgang W. vom Grenzkommando Mitte, also Berlin, in: Hertle/Elsner, Mein 9. November (Anm. 1), S. 196. Für ihn brach angesichts der offenen Mauer »eine Welt zusammen.« Als Grenzer definierte er sich über die Aufgabe, die »Zuverlässigkeit der Staatsgrenze wie [m]einen Augapfel« zu hüten. »Das war eben das Arbeitsprodukt – und jede Niederlage an der Staatsgrenze [wurde] auch als persönliche Niederlage« empfunden.
- 19 Thies, Zicherie, (Anm. 14), S. 205. Dazu auch das Interview mit Oberstlt. Harald Jäger von der Passkontrolle an der Bornholmer Straße, in: Hertle, Der Fall der Mauer (Anm. 1), S. 380–389.
- 20 Major Cristof Baldrich, GrenzKomm Hildburghausen, in: Schätzlein/Albert/Salier, Grenzerfahrungen (Anm. 18), S. 559.
- 21 Hentschel, Wende bis Ende (Anm. 18), S. 552.
- 22 Ebd., S. 550.
- 23 Ebd., Wende bis Ende (Anm. 18), S. 553–560, beschreibt die Häufung von Entlassungsgesuchen, Fahnenflucht, und den allgemeinen Verfall von Stimmung und Disziplin. Die plötzliche Sinnlosigkeit des Grenzdienstes ritze ein Grenzer als Graffiti in die Wand des Beobachtungsturms von Hötenleben: »Die Grenze ist jetzt offen//Das Wunder ist geschehen//Sie gehen alle Rüber und//lassen uns hier Stehen.« Zitat in: Walther, Eisige Naht (Anm. 12), S. 438.
- 24 Thies, Zicherie (Anm. 14), S. 235.
- 25 Ebd., S. 231 f.
- 26 Die Reorganisierung des Bundesgrenzschutzes als Bundespolizei befand sich bereits in der Diskussion. Siehe Luftleerer Raum. Im Europa der offenen Grenzen werden Grenzschilder kaum mehr gebraucht. Sie suchen neuen Aufgaben, in: Der Spiegel Nr. 26, 26.6.1989, S. 33, 35, Link: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13495294.html>.
- 27 Siehe den leicht wehmütigen Rückblick auf den Grenzdienst von Manfred Krellenberg, Auf Grenzstreife zwischen Lübeck und Herrnburg/DDR, <http://www.grenze-luebeck.de/13707.html> (März 2013).
- 28 Peter Matera, ehem. BGS Lübeck, in: Meyer-Rebentisch, Grenzerfahrungen (Anm. 6), S. 116.
- 29 Veränderte Lage an der Grenze zur DDR, in: Zeitschrift des BGS 17:2 (Feb. 1990), S. 5f. Im April 1990 erinnerte ein BGS-Beamter daran, »daß beide Institutionen noch ihren Grenzdienst durchführen [und] einem unterschiedlich gearteten Grenzüberwachungsdienst nachkommen.« Ebd., 17:4 (April 1990), S. 23.
- 30 Grenzschutzkommando (GSK) Nord, Meldung von Flüchtlingen, Telex vom 9.5.1990, HStA Han Nds. 1050 Acc. 108/92 Nr. 296.
- 31 Sheffer, Burned Bridge (Anm. 10), S. 50–70, zum Grenzgängertum ebd. S. 61–65; Fallstudie Grenzschieber in: Sagi Schaefer, Ironing the Curtain: Border and Boundary Formation in Cold War Rural Germany, PhD. Diss. Columbia University, 2011, S. 67–72; Begriff »DMarkation« ebd.; Ernst Schubert, Von der Interzonengrenze zur Zonengrenze. Die Erfahrung der entstehenden Teilung Deutschlands im Raum

- Duderstadt 1945–1949, in: Bernd Weisbrod (Hg.), *Grenzland. Beiträge zur Geschichte der innerdeutschen Grenze*, Hannover 1993, S.70–87. Zur Berliner Situation vgl. Paul Steege, *Black Market, Cold War. Everyday Life in Berlin, 1946–1949*, New York 2007; Frank Roggenbuch, *Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau*, Berlin 2008.
- 32 Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl bezifferte Anfang Dezember 1989 das ausgezahlte Begrüßungsgeld seit Grenzöffnung auf 1,8 Mrd. DM. Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik (DzD) Nr.109. *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, bearb. Hanns Jürgen Küsters, Daniel Hoffmann, München 1998, S.601f. Erhöhung Begrüßungsgeld 1988 in: Karl-Rudolf Korte, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989*, Stuttgart 1998, S.344. Ab 1. Januar 1990 stand ein Devisenfonds zur Verfügung, der einen günstigen Wechselkurs subventionierte. DDR-Bürger konnten in diesem Rahmen pro Jahr maximal 600,- Mark Ost in 200,- DM eintauschen. Dazu Dieter Grosser, *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln*, Stuttgart 1998, S.140. Der Devisenfond wurde mit der Währungsunion hinfällig.
- 33 Zu Braunschweig und Duderstadt vgl. »Die Katastrophe ist da«, in: *Der Spiegel* Nr.46, 13. 11. 1989, S.131; zu Lübeck Meyer-Rebentisch, *Grenzerfahrungen* (Anm.6), S.108.
- 34 Nikolaus Piper, *Von der Mark geschockt*, in: *Die Zeit* Nr.47, 17.11.1989, Link: <http://www.zeit.de/1989/47/von-der-mark-geschockt> (April 2013).
- 35 Annette Kaminsky, *Konsumwünsche und Konsumverhalten der DDR-Bevölkerung in den achtziger Jahren im Spiegel der Studien des Instituts für Marktforschung der DDR*, in: Günther Heydemann, Gunter Mai und Werner Müller (Hg.), *Revolution und Transformation in der DDR 1989/90*, Berlin 1999, S.106.
- 36 Kommentar »ds«, in: *Hamburger Abendblatt*, 13.11.1989, S.8.
- 37 Zitat in: DzD Nr.109 (Anm.32), S.601f.
- 38 Michael Sontheimer, *Schmuggler, Schieber, Spekulanten*, in: *Die Zeit* Nr.49, 1.12.1989, Link: <http://www.zeit.de/1989/49/schmuggler-schieber-spekulanten> (April 2013).
- 39 Ebd.; *Stasi an den Schlagbaum. Interview mit Henry Otto, Stellvertretender Leiter der Zollfahndung der DDR*, in: *Die Zeit* Nr.49, 1.12.1989; *Ost-Mark zum Willkür-Kurs*, in: *Der Spiegel* Nr.48, 27.11.1989.
- 40 Bundesumweltministerium, Abt. N3 an oberste Naturschutzbehörden der Länder, 27.03.1990, Betr. *Illegale Einfuhren von geschützten Tieren und Pflanzen aus der DDR*, BArch B295 Nr.20719.
- 41 Piper, *Von der Mark geschockt* (Anm.34); Sontheimer, *Schmuggler* (Anm.38). Zur Situation der fünfziger Jahre vgl. Anm.31.
- 42 Zitat in André Steiner, *Die DDR-Volkswirtschaft am Ende*, in: Henke, *Revolution* (Anm.1), S.124.
- 43 Roland Kirbach, *Sonneberg: Die tägliche Demütigung*, in: *Neue Presse* (Coburg), 10.3.1990; auch in: *Die Zeit* Nr.11, 9.3.1990, Link: <http://www.zeit.de/1990/11/und-wieviel-kostest-du> (April 2013).

- 44 Sontheimer, Schmuggler (Anm.38).
- 45 Kirbach, Sonneberg (Anm.43); zu Sonneberg auch Sheffer, Burned Bridge (Anm.10), S.243–247.
- 46 Hänchen Prahlhans. Die Westdeutschen ... steuern als neues Urlaubsziel die DDR an, in: Der Spiegel 51/1989, 18. Dez. 1990, S.101–102. Zu Immobilien vgl. Grundstücke: Glücksspiel im Osten, in: Der Spiegel 48/1989, 27.11.1989, S.133; Schwarzhandel: Leben wie ein Direktor, in: Der Spiegel 49/1989, 4.12.1989.
- 47 »Mit hungrigem Blick.« Die Tricks von Besuchern und Besuchten, in: Der Spiegel Nr.47, 20.11.1989, S.31; Sontheimer, Schmuggler (Anm.38); Meyer-Rebentisch, Grenzerfahrungen (Anm.6), S.108.
- 48 Der »Anteil der Ladendiebe gemessen an den rund 10 Millionen Besuchern aus der DDR« falle »kaum ins Gewicht.« Ende der Schonzeit, in: Der Spiegel Nr.50, 11.12.1989, Zitat S.60; ähnlich Sheffer, Burned Bridge (Anm.10), S.243; bei 120000 Wochenendbesuchern in Coburg wurden 16 Fälle von Ladendiebstahl gemeldet.
- 49 Wer zurückfährt, ist willkommen, in: Der Spiegel Nr.47, 20.11.1989, S.16f. Zur Flüchtlingskrise von 1989 vgl. Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S.71–83, 188–190, Zahlen S.189.
- 50 Ossi go home, in: Der Spiegel Nr.48, 27.11.1989, S.69.
- 51 Oskar Herbig, Bürgermeister Mellrichstadt, an Bay. Staatskanzlei (StK), 1.12.1989, BayHStA StK 19461.
- 52 Souvenirjäger DDR-Grenze: Wie warme Semmeln, in: Der Spiegel Nr.15, 9.4.1990, S.50–51, Link: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498199.html> (April 2013); Vandalismus: Hentschel, Wende bis Ende (Anm.18), S.574. Zum Abbau in Berlin siehe Gerhard Sälter, Der Abbau der Berliner Mauer und noch sichtbare Reste in der Berliner Innenstadt, Berlin 2004, S.7–12, Link: <http://sgd.zhdk.ch/media/Mauer-Reste.pdf> (April 2013).
- 53 Martin Stehböck, Abbau der Grenzanlagen und Minennachsuche, in: Mitteilungen aus der Norddeutschen Naturschutzakademie 5:3 (1994), S.24–30; Deutscher Bundestag, 13. WP, Drucksache 13/1023, 30.3.1995 darin Kosten auf S.3, unten, Link: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/010/1301023.pdf> (April 2013).
- 54 Robert Lebegern, Zur Geschichte der Sperranlagen an der innerdeutschen Grenze 1945–1990, Erfurt 2004, S.69.
- 55 Thomas Otto, »Grünes Band voller Gefahren«, DLF-Magazin auf dradio.de, 2.8.2012, Link: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/dlfmagazin/1829097/> (April 2013); Saskia Döhner, »Minengefahr im Grenzstreifen«, Hannoversche Allgemeine Zeitung, 11.5.2012, Link: <http://www.haz.de/Nachrichten/Der-Norden/UEbersicht/Minengefahr-am-Grenzstreifen> (April 2013); Alexander Gies, An der innerdeutschen Grenze liegen noch immer Minen in der Erde, in: Fuldaer Zeitung, 3.5.2012, Link: <http://www.fuldaerzeitung.de/nachrichten/huenfeld/Huenfeld-An-der-innerdeutschen-Grenze-liegen-noch-immer-Minen-in-der-Erde;art17,556300> (April 2013).
- 56 Zur Musealisierung der Grenzrelikte vgl. Maren Ullrich, Geteilte Ansichten. Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze, Berlin 2006, S.163–191.

- 57 Johnson, Dividing Mödlareuth (Anm. 13), S. 291–293; siehe auch die Webpräsenz von »Little Berlin« unter <http://littleberlin.de/> (April 2013) hier bes. die Seiten unter »Was bleibt«; und des Deutsch-Deutschen Museums unter <http://www.museum-moedlareuth.de/> (April 2013).
- 58 Zum Grenztourismus vor 1989 vgl. Astrid M. Eckert, »Greetings From the Zonal Border.« *Tourism to the Iron Curtain in West Germany*, *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 8:1 (2011), S. 9–36; Eckert, »Zaun-Gäste.« Die innerdeutsche Grenze als Touristenattraktion, in: Schmiechen -Ackermann/Hauptmeyer/Schwark, *Grenzziehungen* (Anm. 15), S. 243–251.
- 59 Die Erinnerungstafeln gehen auf die 2007 verabschiedete »Brocken-Erklärung« der Verkehrsministerkonferenz zurück, verfügbar unter <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/11642> (April 2013). Zu den Grenz Museen vgl. Matthias Mahlke, *Zukunft der Grenz Museen*. Sammlung, Präsentation, Konzepte, wissenschaftliche Forschung, Koordination. Hannover 2012, verfügbar unter http://www.grenzprojekt.de/fileadmin/innerdeutsche_grenze/pdf/Bericht_Zukunft_der_Grenzmuseen.pdf (April 2013). Siehe auch Ullrich, *Geteilte Ansichten* (Anm. 56).
- 60 Wolfgang Schuller, *Die deutsche Revolution 1989*, Berlin 2009, S. 200.



Luftbild von der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze zwischen Thüringen und Bayern (bei Föritz-Mupperg).

Georg Baumert

Das »Grüne Band« – ein lebendes Denkmal in Deutschland und Europa

Am 12. September 1944 unterzeichnen die Alliierten des Zweiten Weltkriegs das Londoner Protokoll, nachdem sie sich in einer vorangegangenen Geheimkonferenz geeinigt hatten, Deutschland in vier Besatzungszonen aufzuteilen. Auch deren Grenzen werden im Londoner Protokoll festgelegt. Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wird dieses Protokoll genehmigt. Nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 setzen die Alliierten es um – die deutsche Teilung ist vollzogen.

Bereits in den Folgemonaten wird immer deutlicher, dass sich zwei konkurrierende Machtblöcke in der Welt bilden: der kommunistische um die Sowjetunion im Osten, der demokratisch-marktwirtschaftliche um die USA im Westen. Die Nahtstelle dieser Blöcke teilt nicht nur Deutsch-

land, sondern auch Europa, und ein knappes Jahr nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa, am 5. März 1946, stellt der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill in seiner berühmten Rede am College von Fulton, Missouri in den USA fest: »From Stettin in the Baltic to Trieste in the Adriatic an iron curtain has descended across the continent.« Auch wenn Churchill nicht der erste war, der diesen Begriff für die Westgrenze des Sowjetreiches benutzte, hat er diesen Zusammenhang wohl geprägt, auch, weil dieses Bild den Charakter dieser Grenze besonders treffend widerspiegelt.

Die folgende historische Entwicklung gibt Churchill zunächst recht: Aus der Teilung Deutschlands wird die Teilung Europas. Mit der Gründung der beiden deutschen Staaten vertieft sich diese Spaltung, der »Eiserne Vorhang« wird in den folgenden 40 Jahren immer höher und dichter. Schließlich zerfällt jedoch das System, dem er gedient hat, an sich selbst, und er verschwindet innerhalb von weniger als vier Jahren scheinbar nahezu spurlos.

Der »Eiserne Vorhang« und sein ökologischer Fußabdruck

Die innerdeutsche Grenze zerschneidet auf 1 394 Kilometern nicht nur einen Staat, sondern auch historisch gewachsene Kulturlandschaften, Wirtschaftsbeziehungen, soziale Bindungen und Familien. Der seitens der DDR betriebene Aufwand ist erheblich: Schneisen werden in Wälder geschlagen, Gehölzaufwuchs dauerhaft beseitigt, Spurensicherungsstreifen vegetationsfrei gehalten. Am Schluss werden 1,2 Mio. Tonnen Beton und 700 000 Tonnen Eisen zu 3 000 Kilometer Zaun, 200 Kilometer Mauer, 1 800 Kilometer Kolonnenweg, 800 Kilometer Sperrgraben und 850 Wachtürmen verbaut worden sein. Dazu werden ca. 1,3 Mio. Bodenminen verlegt und 60 000 Selbstschussanlagen installiert. Bewacht wird das alles von 50 000 DDR-Grenzsoldaten.¹

Für größere Säugetiere werden Lebensräume und Wanderwege für lange Zeit be- oder zerschnitten; nicht wenige werden in den Minenfeldern getötet. Die Wildkatze beispielsweise nutzt erst seit den letzten Jahren wieder ihre alten Wanderkorridore, und von Rothirschen im bayerisch-tschechischen Grenzgebiet weiß man, dass etwa zwei Drittel immer noch dort umkehren, wo früher der Zaun stand – obwohl heute kein Hirsch mehr lebt, der die Grenze noch kennt! Verbaute und verrohrte Fließgewässer werden zum Wanderungshindernis für Fische und Insektenlarven. Eine Folge solcher Abriegelungen ist genetische Verarmung, weil der Genaustausch zwischen einzelnen Populationen fehlt.

Andererseits werden Ackerflächen direkt im Grenzstreifen zu Grünland, das nur ab und zu gemäht wird. Ökologisch wertvolle Bereiche, z. B. im Drömling, entgehen einer Intensivierung, weil sie plötzlich nicht mehr möglich (Betretungsverbote auf DDR-Seite) oder nicht mehr rentabel ist. Vielerorts entstehen sehr verschiedenartige Offen- oder Halboffenland-Lebensräume, die anderswo bedroht oder ganz verschwunden sind. Dazu werden Wälder im Grenzstreifen nur extensiv, also zurückhaltend und sporadisch, bewirtschaftet. So bilden sich für viele Tier- und Pflanzenarten, die auf der Roten Liste der gefährdeten Arten stehen, Lebensräume und Ausbreitungskorridore. Diese erstaunliche biologische Vielfalt sehr unterschiedlicher Biotoptypen, häufig in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander, wird im Weiteren noch exemplarisch geschildert.

Vom Todesstreifen zur Lebenslinie – der Weg zum »Grünen Band«

Ab Mitte der 1970er Jahre wird durch das Aufkommen der Umweltbewegung in der Bundesrepublik der Grenzstreifen unter ökologischen Gesichtspunkten (neu) entdeckt. Vielerorts entlang der Grenze wird im »Westen« gezielt kartiert (auf DDR-Seite war das wegen der Betretungsverbote nicht möglich). Die Ergebnisse bündelt der bekannte Tierfilmer Heinz Sielmann (gest. 2006) in seinem Dokumentarfilm »Tiere im Schatten der Grenze«, den er von 1982–1988 für den NDR dreht. Der Film wird im Februar 1989 gesendet, in der Abmoderation zeichnet Heinz Sielmann eine Vision von einem Großschutzgebiet auf dem gesamten Grenzstreifen, wenn diese Grenze fallen sollte.

Am 9. November 1989 wird die Grenze tatsächlich geöffnet. Im Dezember 1989 treffen sich auf Einladung des Bundes Naturschutz in Bayern (BN) etwa 400 Umweltschützer aus beiden deutschen Staaten in Hof. »Spiritus rector« ist hier Dr. Kai Frobels vom BN, der selber als Gymnasiast in den 1970ern am Grenzstreifen bei seiner oberfränkischen Heimat Mitwitz bei Coburg Vögel kartiert hatte. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution fordern sie, den gesamten Grenzstreifen unter Naturschutz zu stellen. Hier fällt auch zum ersten Mal der Begriff »Grünes Band«. Er soll versinnbildlichen, dass hier wie an einer Perlenschnur aufgereiht durch ganz Deutschland die verschiedenartigsten wertvollen Lebensräume liegen und untereinander und mit ihrer Umgebung, wenigstens zum Teil noch, vernetzt sind.

Die darauf folgenden Jahre sind geprägt von Basisarbeit: Überall entlang des – bald ehemaligen – Grenzstreifens werden die wissenschaftlichen

Grundlagen geschaffen, möglichst viele Abschnitte wenigstens vorläufig unter Schutz zu stellen. Es wird immer deutlicher, dass auch nach Abbau der Grenzsperranlagen dauerhafte – und schützenswerte – Spuren in der Landschaft geblieben sind. Getragen werden diese Aktivitäten vielfach von ehrenamtlichen oder studentischen Hilfskräften. Diese »Graswurzelbewegung« verleiht dem Grünen Band so viel Schwung, dass die Naturschutzverwaltungen aller Ebenen sich dem nicht entziehen können. Das Grüne Band wird zum größten deutschen Naturschutzprojekt, die Förderung durch den Bund übernimmt das Bundesamt für Naturschutz (BfN). Projektleitung hat der Bund für Umwelt- und Naturschutz in Deutschland (BUND) zusammen mit dem BN. Das Projektbüro Grünes Band der beiden Organisationen nimmt 1999 in Nürnberg seine Arbeit auf. Als gewichtiges Problem erweisen sich schon sehr früh die Besitzverhältnisse: Die Grenzsperranlagen der DDR befanden sich überwiegend auf Grundstücken, deren Eigentümer zu diesem Zweck enteignet worden waren. Seit Juni 1996 ist mit dem Mauergrundstücksgesetz auch die Klärung der Besitzverhältnisse geregelt. Soweit diese Flächen mit der Wiedervereinigung Bundeseigentum wurden, hat der Bund jetzt die Möglichkeit, sie gegen Entschädigung an die Alteigentümer z. B. zu Naturschutzzwecken zu veräußern. Naturschutzorganisationen können dadurch erste Flächen pachten oder kaufen.

Gegenwart und Zukunft

In Zahlen ausgedrückt, liest sich die bisherige Bilanz des Grünen Bandes so: Bei einer Länge von 1394 Kilometern hat es eine Fläche von 17656 Hektar oder knapp 177 Quadratkilometern. 60 Prozent davon sind Fließ- oder Stillgewässer, extensiv genutztes Grünland, Brachflächen oder Wälder. Es gibt 109 verschiedene Biotoptypen, von denen 48 Prozent als bedroht gelten. Nach einer Bestandsaufnahme im Jahr 2001 leben hier 5200 verschieden Tier- und Pflanzenarten, von denen über 600 in der Roten Liste der gefährdeten Arten stehen. 28 Prozent des Grünen Bandes stehen unter Naturschutz: Es gibt dort zwei Nationalparks (Harz und Bayerischer Wald), drei Biosphärenreservate (Schaalsee, Elbtalauen und Rhön) und 150 Naturschutzgebiete. 85 Prozent der Fläche und 80 Prozent der Länge sind noch naturnah. Andererseits sind 15 Prozent der Fläche durch Acker, Intensivgrünland/-weide oder den Bau von Straßen oder Gewerbegebieten zerstört. Insgesamt kreuzen bis heute 450 Straßen das Grüne Band, und es kommen neue hinzu!²

Der »Eiserne Vorhang« teilte nicht nur Deutschland, sondern auch Europa, und zwar nicht nur von der Ostsee bis zur Adria, wie Churchill 1946 feststellte, sondern vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer. Die heutigen Anrainerstaaten sind – mit internationaler Unterstützung – dem Beispiel Deutschlands gefolgt, sodass 2002 die paneuropäische Initiative »European Green Belt« ins Leben gerufen wurde. Sie führte zum größten gesamteuropäischen Naturschutzprojekt: Das Europäische Grüne Band erstreckt sich auf 12500 Kilometern von der Barentssee bis zum Schwarzen Meer. Es verbindet 24 Länder und sämtliche biogeografischen Regionen Europas. In einem 25 Kilometer breiten Korridor beiderseits der ehemaligen Grenzanlagen liegen etwa 3000 Schutzgebiete, davon 39 Nationalparks. So sind 50 Prozent des Europäischen Grünen Bandes geschützt. Andererseits jedoch sind 20 Prozent beeinträchtigt, vor allem durch intensive Landwirtschaft und Verkehrswegebau.³ Überdies unterscheiden sich die gesetzlichen Regelungen über Eingriffe in die Natur in den Anrainerstaaten zum Teil deutlich. Nähere Informationen kann man auf der Website von European Green Belt erhalten.



Das Grüne Band erstreckt sich von der Barentssee bis zum Schwarzen Meer.

Mit den Menschen eine Zukunft des Bandes sichern

Die Zukunft des Grünen Bandes kann nur mit den Menschen gelingen. Deshalb gilt es nicht nur, das Grüne Band zu schützen, sondern auch die Menschen dafür zu gewinnen. Exemplarisch hierfür stehen die Ziele der Stiftung Naturschutz Thüringen (SNT) am Grünen Band:

Naturschutz hat Vorrang, d. h., wertvolle Lebensräume müssen erhalten und entwickelt, gefährdete Arten unterstützt werden.

Alle Zerschneidungen des Grünen Bandes mindern nicht nur seinen ökologischen Wert, sondern auch seine Wirksamkeit für die nachhaltige Entwicklung der Region.

- **Das Grüne Band soll für die Menschen erlebbar sein (Wahrnehmbarkeit, Umweltbildung).**

Seine Funktion als lebendiges, ökologisches und historisches Mahnmal setzt voraus, dass die Menschen es kennen und schätzen.

- **Biotoppflege muss langfristig funktionieren (d. h. in der Regel Pflege durch Nutzung).**

Die Erhaltung des Grünen Bandes soll deshalb zur Existenzsicherung der Menschen am Grünen Band beitragen.

- **Die Menschen, die am Grünen Band leben, sollen sich mit ihm identifizieren können (Inwertsetzung für Naherholung und Tourismus).**

Menschen am Grünen Band sollen mit dem Grünen Band leben können.

- **Das Grüne Band soll verbinden (Zusammenarbeit zwischen den Regionen, Ländern, Staaten).**

Durch viele internationale Projekte und seine Besucher soll es Nationen und Menschen miteinander verbinden.

Auch alle anderen Nichtregierungsorganisationen und Naturschutzverwaltungen, die am Grünen Band tätig sind, verfolgen vergleichbare Zielsetzungen. Stellvertretend für viele andere, genau so wichtige, zeigen folgende Projekte die Bandbreite der unterschiedlichen Initiativen auf.

Besondere Schwerpunkte setzt der BUND in sogenannten Pilotregionen:

1. In der Altmark bei Salzwedel hat der BUND Sachsen-Anhalt Erlenbruchwälder und Grünland vernässt, also die Entwässerungen verschlossen oder beseitigt, Kleingewässer angelegt und ein Torfmoor renaturiert. Seitdem brütet der Kranich hier am Grünen Band.
2. Im Großen Bruch zwischen den Flüssen Bode und Oker durchzieht das Grüne Band auf 25 Kilometern ein ehemaliges Niedermoorgebiet. Durch Grundstücksankäufe sowie Anlegen von Gewässern und Gehölzen will der BUND hier die letzten naturnahen Lebensräume erhalten.

3. Zusammen mit der Heinz Sielmann Stiftung schuf der BUND im Eichsfeld mit dem »Westöstlichen Tor« ein markantes Kunstwerk aus zwei Eichenstämmen, verbunden durch eine Edelstahlschwelle und umpflanzt von Eichen. Es symbolisiert die Überwindung der Teilung.
4. Der »Ulstersack«, eine Biegung des Flusses Ulster, liegt im Biosphärenreservat Rhön. Der BUND hat hier Flächen angekauft und das Flussufer renaturiert. So haben hier Uferschwalbe, Flussuferläufer, Eisvogel und die seltene Bechstein-Fledermaus wieder einen Lebensraum.
5. Bei Mendhausen im Grabfeld, Landkreis Hildburghausen, hat der BUND Ackerflächen gekauft. Diese werden in naturnahes Grünland umgewandelt und durch extensive Bewirtschaftung gepflegt und erhalten.
6. Im Steinachtal zwischen Coburg und Kronach sind durch die Nähe zur Grenze extensiv bewirtschaftete Wälder, Teiche und Wiesen sowie Brachflächen erhalten geblieben. Der BUND hat Brachflächen, Zwergstrauchheiden, Au- und Bruchwälder angekauft, der BN Bayern Wiesen und Teiche. Sie werden jetzt ebenfalls gepflegt und bieten Lebensräume für so seltene Vögel wie Heidelerche und Ziegenmelker.

Das Fachgebiet Verkehr und Raum der FH Erfurt hat im Projekt »GREEN BELT« zusammen mit 18 Partnern aus Deutschland, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Slowenien, Kroatien und Österreich eine Machbarkeitsstudie für schonende, nachhaltige Verkehrserschließung am Grünen Band erarbeitet. Dabei wurden viele Lücken im Grünen Band deutlich. Im Nachfolgeprojekt »GREENNET« geht es daher um Entwicklung und Wiederherstellung eines ökologischen Netzwerkes, eines durchgängigen zusammenhängenden Biotopverbundes, u. a. als Teil des europäischen Netzes »Natura 2000«. Neben dem Fachgebiet Verkehr und Raum arbeitet hier das Fachgebiet Landschaftsplanung mit insgesamt elf Kooperationspartnern aus sechs europäischen Ländern (Österreich, Tschechien, Deutschland, Slowakei, Slowenien, Italien) zusammen.

Beispiele auf Landes-, regionaler und lokaler Ebene

Landesebene

Mit 763 Kilometern und 6800 Hektar Fläche liegt gut die Hälfte des Grünen Bandes in Deutschland im Freistaat Thüringen. Daher hat die Stiftung Naturschutz Thüringen (SNT) dessen Thüringer Abschnitt zu einem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit gemacht. Ihre Hauptaufgabe besteht dabei

im Flächenerwerb mit anschließender Erstpflege; letztere wird dann von lokalen Projektpartnern durchgeführt. Auf diese Weise sind bis jetzt 4 000 Hektar des Grünen Bandes in Thüringen in das Eigentum der SNT übergegangen; vorgesehen ist, dass etwa 3 600 Hektar auch dort verbleiben.⁴ Drei aktuell gestartete Projekte verdeutlichen auch noch einmal die Zielsetzung der SNT, die bereits geschildert wurde:

In der Rhön wird der Landschaftspflegeverband Biosphärenreservat Rhön dabei unterstützt, Streuobstwiesen durch Bewirtschaftung und Neuanlage wieder in Wert zu setzen. Neben dem Naturschutzeffekt entsteht daraus regionales Einkommen und ein Angebot nachhaltiger erzeugter Produkte aus der Region.

Am Grünen Band im Wartburgkreis werden lokale Akteure beim Flächenerwerb unterstützt. Neben dem Schutz seltener heimischer Orchideen entstehen durch die Landschaftspflege auch wieder Einkommensmöglichkeiten für die Bevölkerung.

Zwar unspektakulär, aber ebenso wichtig ist das Anlegen einer Datenbank, in der alle Flächen im Eigentum der SNT mit Lage, aktuellem Zustand und bisherigen sowie geplanten Maßnahmen aufgeführt sind. Neben dem Flächenmanagement und -monitoring ist dies auch ein Werkzeug, Pflegemaßnahmen wissenschaftlich auszuwerten.

Regionale Ebene

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) fördert und betreut am Grünen Band fünf Naturschutzgroßprojekte, die mit lokalen Partnern umgesetzt werden. Die Projekte am Schaalsee (Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) und in der Lenzener Elbtalau (Brandenburg und Niedersachsen) sind abgeschlossen. Die Naturschutzgroßprojekte Drömling (Niedersachsen und Sachsen-Anhalt), Eichsfeld-Werratal (Dreiländereck Thüringen, Hessen und Niedersachsen) und Rodachtal-Lange Berge-Steinachtal (Bayern und Thüringen) werden noch umgesetzt. Als beispielhaft für das gesamte Grüne Band soll hier das Naturschutzgroßprojekt Eichsfeld-Werratal geschildert werden.

Das Eichsfeld ist eine in Jahrhunderten gewachsene Kulturlandschaft. Es ist eine Hügellandschaft mit wechselnden Ausgangsgesteinen, auf denen sich ein Mosaik von Böden mit dementsprechend unterschiedlicher Wasser- und Nährstoffversorgung gebildet hat. So sind auch die Bodennutzungen verschiedenartig: Intensive und extensive Land- und Forstwirtschaft, viele Streuobstwiesen, aber auch Brachflächen aller Art. Inmitten dieser Vielfalt, die exemplarisch für das gesamte Grüne Band ist, eröffnete die

Heinz Sielmann Stiftung auf Gut Herbigshagen bei Duderstadt ihr erstes Naturerlebniszentrum.

Gerade auch im Hinblick auf Heinz Sielmanns Dokumentarfilm »Tiere im Schatten der Grenze« begreift die Stiftung ihr Engagement für das Grüne Band als Verpflichtung. Aus dieser Verpflichtung heraus stellt sie sich dem BfN als regionaler Partner für das Naturschutzgroßprojekt zur Verfügung. Die Umsetzung begann 2009. Das Projektleitbild der Stiftung lautet: »Naturerbe bewahren – Naturerleben ermöglichen – regionale Wertschöpfung sichern.« Schon aus diesem Leitbild wird deutlich, dass die Menschen in das Projekt bewusst mit einbezogen sind.

Der »Projektsteckbrief« liest sich so: Das Kerngebiet ist 9600 Hektar groß. Mit 130 Kilometern betrifft es 10 Prozent des Grünen Bandes in 3 Bundesländern und 6 Landkreisen. Es schließt mehrere bereits ausgewiesene Naturschutzgebiete, Natura-2000-Schutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und geschützte Landschaftsbestandteile mit ein. Etwa 340 Rote-Liste-Arten leben dort.⁵ Das Gebiet des Großprojektes wird geprägt durch einen hohen Anteil an naturnahen Lebensräumen wie artenreichem Grünland, Halbtrockenrasen, Fels- und Schuttbereichen sowie naturnahen Fließgewässern und Wäldern.⁶ Hier wächst der Frauenschuh, eine Orchideenart, die Kalkböden benötigt. Von besonderer Bedeutung ist dieses Gebiet für den Roten Milan, der über Grünland und Äckern jagt, aber in kleineren Wäldern brütet: Fast die Hälfte der Weltpopulation des Rotmilans lebt in Deutschland, und davon wiederum fast die Hälfte im Bereich Südniedersachsen – Nordwestthüringen – Nordhessen!

Die Vorphase des Projekts ist jetzt abgeschlossen, über die Einleitung der Hauptphase wird derzeit entschieden. Bereits jetzt wird eines deutlich: Gerade im Eichsfeld stößt dieses Projekt bei ortsansässigen Landwirten nicht nur auf Begeisterung. Vielen sind die Einschränkungen durch die Grenze noch präsent. Auf Thüringer Seite kommt die Erinnerung an die Zwangsaussiedlungen und die Kollektivierung in der DDR-Zeit dazu, und es werden Parallelen gezogen. Auch wenn diese Bedenken nicht immer rational begründet sind, müssen sie doch wahrgenommen werden. Nur so kann es gelingen, die Menschen nachhaltig in das Projekt mitzunehmen – kein leichtes Unterfangen.

Lokale Ebene

Bereits im Januar 1990 richten Naturschützer aus Behörden und Verbänden der Landkreise Göttingen (Niedersachsen) sowie Worbis und Heiligenstadt (Thüringen, beide heutiger Eichsfeldkreis) einen »Grünen Run-

den Tisch« ein. Sie beraten gemeinsam, wie sie die ökologisch wertvollen Abschnitte des Grünen Bandes im Eichsfeld erfassen und schützen können. Bald tragen diese Bemühungen erste Früchte: Auf einer Länge von 9 Kilometern wird der ehemalige Grenzstreifen von der B 247 bei Teistungen Richtung Nordosten bis auf den »Bundsenberg« 1997 vorläufig unter Naturschutz gestellt; 2000 tritt dann die endgültige Naturschutzgebietsverordnung in Kraft. Zusammen mit dem Grenzlandmuseum Eichsfeld hat die Heinz Sielmann Stiftung hier ein Besucherinformations- und Besucherleitsystem aufgebaut.

Die große biologische Vielfalt des gesamten Grünen Bandes spiegelt sich an diesem kleinen Abschnitt wieder: Wald grenzt an extensives Offenland, es gibt Fließ- und Stillgewässer, ein Halbtrockenrasen liegt keine 500 Meter entfernt von einem ausgedehnten Großseggenried (Feuchtpflanzengesellschaft). Typisch sind offene und halboffene Lebensräume mit Gebüsch. Zum Teil werden sie mit Leineschafen (einer aussterbenden Nutztier rasse) beweidet und offen gehalten, zum Teil der Sukzession, also der natürlichen Entwicklung ohne menschlichen Einfluss, überlassen. Hier jagt und brütet der Neuntöter, ein Charaktervogel dieses Schutzgebiets. Seine Beute, Kleintiere bis zur Größe einer jungen Maus, erbeutet er auf den Freiflächen, in Dornbüschen baut er sein Nest. Dort legt er auch eine Vorratskammer an, indem er Beutetiere, die er nicht sofort an seine Brut verfüttert, auf Dornen aufspießt. Daher rührt sein volkstümlicher Name, eine andere Bezeichnung ist »Rotrückenwürger«.

Problematisch ist, wie anderswo am Grünen Band auch, die fehlende räumliche Tiefe des Schutzgebiets, das überwiegend eher ein Schlauch ist. Intensiv bewirtschaftete Äcker grenzen unmittelbar an. Deren Stoffeinträge und der Stickstoffeintrag aus der Luft (mittlerweile 64 Kilogramm je Hektar und Jahr – was vor noch 50 Jahren einer Volldüngung entsprochen hätte) bewirken, dass das Offenhalten sehr aufwändig ist und in einigen Abschnitten zugunsten einer natürlichen Sukzession aufgegeben werden musste. Diese führt jedoch in Deutschland immer zu Wald, sodass die Tiere und Pflanzen des offenen und halboffenen Landes Lebensraum verlieren.

Fazit

Insbesondere auch im Hinblick auf seine Entstehungsgeschichte ist das Grüne Band wichtiger Bestandteil des nationalen und internationalen Naturerbes. Es zu schützen und zu erhalten ist daher in doppelter Hinsicht

Verpflichtung: Zum einen ist, was früher trennte, heute Lebensgrundlage und verbindendes Element, nicht nur für Pflanzen und Tiere, sondern auch Menschen und Völker geworden. Zum anderen mahnt dieses lebendige »Gedächtnis der Landschaft« an das Schicksal derer, die durch den »Eisernen Vorhang« Freiheit, Gesundheit oder gar das Leben verloren. So ist das Grüne Band ein Ort des interdisziplinären Lernens, wo zukünftige Generationen nicht nur ökologische, sondern auch politische Lektionen erhalten können.

Anmerkungen

- 1 Karin Kowol und Th. Wey, in: BUND Thüringen (Hg.), *Spur in der Landschaft. Eine Reise entlang des Grünen Bandes vom Vogtland bis zum Harz*, Erfurt 2012, S. 5.
- 2 Liana Geidezis und M. Kreutz, in: BUND (Hg.), *Naturerbe Grünes Band. Grenzen trennen, Natur verbindet*. Faltblatt, Nürnberg 2009.
- 3 Gabriel Schwaderer, *Grünes Band Balkan-Rettung für bedrohte Paradiese*, in: Deutscher Naturschutztag (Hg.), *Grünes Band Balkan*, Erfurt 2011, S. 83.
- 4 Stiftung Naturschutz Thüringen (Hg.), *Flächenbestand*, in: <http://www.stiftung-naturschutz-thueringen.de/gruenes-band-thueringen/flaechenbestand.html>, abgerufen am 19.6.2013.
- 5 Holger Keil, in: Heinz Sielmann Stiftung (Hg.), *Informationsveranstaltung Grünes Band Eichsfeld-Werratal*, Präsentation am 16.11.2011 in Duderstadt, S. 19.
- 6 Bundesamt für Naturschutz (Hg.), *Grünes Band Eichsfeld-Werratal*, in: http://www.bfn.de/0203_gruenes-band-eichsfeldwerra.html, abgerufen am 19.6.2013.



"Deutschland Archiv Online" bietet wissenschaftlich fundierte, allgemein verständliche Beiträge zur gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte und zum deutschen Einigungsprozess im europäischen Kontext.

Die Geschichte des "Deutschland Archivs" (DA) als publizistisches Forum zur deutsch-deutschen Geschichte ist vielfältig und wechselhaft - von seinen Anfängen im Jahr 1968 bis heute. Als Spiegel seiner Zeit entwickelte sich auch das DA stets weiter. Mit der Einführung des Portals "Deutschland Archiv Online" im Januar 2011 hat das DA den Weg in die digitale Welt eingeschlagen. 2013 erfolgte der nächste Schritt: An Stelle der ehemaligen Themenausgaben erscheinen dynamische Themenschwerpunkte, die fortlaufend erweitert werden.

Deutschland Archiv

Inhalt:

- ▶ Neu im DA
- ▶ Schwerpunkte
- ▶ Ausgaben (bis Ende 2012)
- ▶ Über das Deutschland Archiv
- ▶ Redaktion



Lars Förster

Bruno Apitz und die Staatssicherheit

Mit seinem Werk "Nackt unter Wölfen" erlangte der Schriftsteller Bruno Apitz weltweite Anerkennung. Dennoch fehlt bis heute eine umfassende und wissenschaftlich fundierte politische Biografie über den Autor, der den real existierenden Sozialismus zeitliebens verteidigte. Lars Förster beleuchtet Bruno Apitz' Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit sowie seine Haltung gegenüber DDR-Dissidenten und regimerechnischen Künstlern. Weiter...



APuZ-Forum "Geschichte als Instrument" | 7.10.2013

Tagungsbericht

Auf dem APuZ-Forum "Geschichte als Instrument" am 7. Oktober 2013 debattierten Experten aus Wissenschaft und Praxis über Stand und Zukunft der "Aufarbeitung" der SED-Diktatur. Auch die Pläne für einen „Campus der Demokratie“ auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale wurden kontrovers diskutiert. Weiter...

Dokumentation



APuZ-Forum "Geschichte als Instrument"

Anlässlich des Erscheinens der APuZ-Ausgabe "Geschichte als Instrument" veranstaltete die bpb am 7. Oktober in Berlin ein "APuZ-Forum". Auf zwei Podien wurde über den Stand und die Zukunft der "Aufarbeitung" der SED-Diktatur diskutiert. Das vollständige Forum kann als Audio-Podcast nachgehört werden. Weiter...

Themenschwerpunkte



Schwerpunkt

Medien in der DDR

Der Schwerpunkt beschäftigt sich mit verschiedenen Formen der Mediensteuerung und -kontrolle in der DDR. Die Beiträge thematisieren verschiedene Mediengattungen und erkunden die Vielfalt der Steuerveransuche, die häufig unterhalb der Schwelle direkter, leicht durchschaubarer Einflussnahme liegen. Weiter...



Schwerpunkt

Grenzgebiete

Als am 9. November 1989 die Mauer in Berlin fiel, öffneten sich auch an vielen anderen Orten entlang der deutsch-deutschen Grenze die Schlagbäume. Der Themenschwerpunkt richtet den Blick auf die "Provinz", den "Rand" des öffentlichen Interesses, und stellt das alltägliche am Einigungsprozess dar. Weiter...



Dossier

Geschichte und Erinnerung

Wird die DDR-Diktatur verharmlost? Und warum begann die intensive Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit erst so spät? Die Deutung von Geschichte ist oft umstritten - und nicht selten ein Politikum. Weiter...



Dossier

Deutsche Teilung - Deutsche Einheit

13. August 1961: In den frühen Morgenstunden beginnt der Bau der Mauer. Die Teilung bekommt eine konkrete Gestalt. Mehr als 20 Jahre nach dem Mauerfall ist Deutschland in vielerlei noch immer ein Land mit zwei Gesellschaften. Weiter...



Autorinnen und Autoren

Georg Baumert, Dipl. Forstwissenschaftler; seit 1998 beim Grenzlandmuseum Eichsfeld zuständig für Grünes Band und Umweltbildung.

Astrid M. Eckert, Dr.; Associate Professor für neuere und neueste deutsche Geschichte an der Emory University in Atlanta, USA.

Anke Fiedler, Dr.; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Monica Fioravanzo, Dr.; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Padua, Italien.

Arne Hoffrichter, M. A.; Doktorand am Institut für Historische Landesforschung der Universität Göttingen. Sein Dissertationsprojekt thematisiert die Vertreibung und DDR-Flucht am Beispiel des Flüchtlingsdurchgangs- und Notaufnahmelagers Uelzen-Bohldamm.

Matthias Judt, Dr.; Wirtschaftshistoriker am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Er untersucht zurzeit in einem Forschungsprojekt die Geschichte des deutschen Einzelhandels von 1961 bis 2000.

Benjamin Koerfer, B. A.; Student an der Universität Trier im Master of Arts Studiengang Geschichte und Politikwissenschaft.

Jeannette van Laak, Dr; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Ehrhart Neubert, Dr.; Theologe, Pfarrer und DDR-Bürgerrechtler, war 1989 Mitglied des Initiativkreises zur Gründung des Demokratischen Aufbruchs. Von 1997 bis 2005 arbeitete er als Fachbereichsleiter der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Günter Riederer, Dr.; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation (IZS) der Stadt Wolfsburg im Forschungsprojekt »Wolfsburg auf dem Weg zur Demokratie«.

Corinna Wagner, M. A.; forschte im Rahmen ihrer Magisterarbeit, eingereicht an der Justus-Liebig-Universität Gießen, zur Lagerthematik am Beispiel Trutzhain und präsentierte ihre Ergebnisse beim Workshop des Arbeitskreises »Lager in Deutschland nach 1945«.

Regina Wick, Dr. phil.; promovierte über die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990. Wissenschaftliche Referentin im Strategieteam des Rektoratsbüros der Universität Stuttgart.

Thomas Wiedemann, Dr.; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Edgar Wolfrum, Prof. Dr.; Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Heidelberg.

Tobias Wunschik, Dr.; wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Corinna Wagner, Dr. phil.; promovierte über die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990. Wissenschaftliche Referentin im Strategieteam des Rektoratsbüros der Universität Stuttgart.

Bildnachweis

- S. 9: Bundesarchiv, B 285 Bild-L0040
- S. 16: Bundesregierung, B 145 Bild-00160800, Fotograf: Ludwig Wegmann
- S. 27: Privatarchiv Horst Hagemann
- S. 42: Bundesarchiv, Bild 183-1985-0918-308, Fotograf: Rainer Mittelstädt
- S. 59: picture alliance/dpa-zentralbild, Fotograf: Wilfried Glienke
- S. 77: picture alliance/dpa
- S. 79: Archiv Grünes Gedächtnis/Petra-Kelly-Archiv, Foto: Renate Mohr
- S. 85: Bundesarchiv, Bild 183-V20450-67
- S. 96: Bundesarchiv, Bild 183-68348-0001, Foto: Wittig
- S.107: Stadt Wolfsburg, Fotograf: Willi Luther
- S.119: Gedenkstätte und Museum Trutzhain
- S.133: Bundesarchiv, Bild B 145 F000065-3039, Foto: Prof. Arntz
- S.145: picture alliance/dpa, Fotograf: Gerd Schwenn/transit
- S.156: Bundesarchiv, Bild 183-08844-008
- S.168: Wikimedia/Günther Mach, Lizenz: cc by-sa/2.5
- S.185: Wikimedia, Lizenz: cc by-sa/3.0
- S.189: Wikimedia/NordNordWest, Lizenz: cc by-sa/3.0

Deutschland Archiv 2013

Das Online-Portal „Deutschland Archiv“, hervorgegangen aus der gleichnamigen Zeitschrift, ist ein publizistisches Forum zur deutsch-deutschen und gesamtdeutschen Geschichte. Dieser Band enthält eine Auswahl der wichtigsten Artikel, die im Jahr 2013 erschienen sind. Neben Einzelbeiträgen sind Beiträge aus den Themenschwerpunkten „Der Aufstand des 17. Juni 1953“, „Lager nach 1945“, „Grenzgebiete“ und „Medien in der DDR“ vertreten.

